

Voluntaris

Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement
Journal of Voluntary Services and Civic Engagement

Herausgegeben von:

Jörn Fischer

Christoph Gille

Benjamin Haas

Wolfgang Hinz-Rommel

Emra Ilgün-Birhimeoglu

Katharina Mangold

Andrea Walter

Verantwortlich für den
Themenschwerpunkt:

Friederike Hobein

Christoph Gille

Andrea Walter

2 | 2025
13. Jahrgang
ISSN 2196-3886



Nomos

Themenschwerpunkt

Einsatz für Demokratie

Aufsatz Tuuli-Marja Kleiner

Zwischen demokratischer Resilienz und
Normalisierung

Aufsatz Anja Schöll

Wenn „Demokratie fördern“ zu „Demokratie
verteidigen“ wird

Aufsatz Thomas Klie

Demokratie, Engagement und Systemvertrauen

Debatte Matthias Laurisch & Alina Mendler

Zum Umgang mit rechtspopulistischen und
-extremistischen Interventionen im Naturschutz

Debatte Jens Maedler

Freiwilligendienste zwischen Ermutigung und den
Grenzen des Zumutbaren

Dokumentation

Von den OMAs GEGEN RECHTS Hildesheim
bis zur Limus Zukunftsschmiede Gotha:
Sechs Initiativen im Einsatz für Demokratie

Voluntaris

www.voluntaris.de

www.voluntaris.nomos.de

www.linkedin.com/company/voluntaris

www.instagram.com/voluntaris_z

IMPRESSUM

Voluntaris – Zeitschrift für Freiwilligen-
dienste und zivilgesellschaftliches
Engagement / Journal of Volunteer
Services and Civic Engagement

ISSN 2196-3886

SCHRIFTLEITUNG

Einsendungen bitte an:
Hochschule Düsseldorf
University of Applied Sciences
c/o Christoph Gille
Münsterstraße 156, 40476 Düsseldorf
E-Mail: voluntaris@nomos-journals.de
www.voluntaris.nomos.de

HERAUSGEBER:INNEN

Dr. Jörn Fischer
Universität zu Köln, Cologne Center
for Comparative Politics

Prof. Dr. Christoph Gille
Hochschule Düsseldorf, Fachbereich
Sozial- und Kulturwissenschaften

Benjamin Haas, M.A.
Freiberuflicher Berater und Vorstand von
Voluntaris e.V.

Wolfgang Hinz-Rommel, Dipl.-Päd.
Ehemals Diakonisches Werk Württemberg,
Abteilungsleiter Freiwilliges Engagement |
Gutachter Quifd

Prof.in Dr.in Emra Ilgün-Birhimeoğlu
Fachhochschule Dortmund, Fachbereich
Angewandte Sozialwissenschaften

Dr.in Katharina Mangold
Universität Hildesheim, Institut für
Sozial- und Organisationspädagogik

Prof.in Dr.in Andrea Walter
Hochschule für Polizei und
öffentliche Verwaltung NRW,
Fachbereich Allgemeine Verwaltung

Redaktion

Florian Khalil,
Hochschule Düsseldorf
redaktion@voluntaris.de

Korrektorat

Fachlektorat Sozialwissenschaften
Dr.in Annika Hennl
lektorat@hennl.net

Kontakt

Hochschule Düsseldorf
Fachbereich Sozial- & Kulturwissenschaften
c/o Prof. Dr. Christoph Gille
Münsterstraße 156
40476 Düsseldorf
redaktion@voluntaris.de

Manuskripte und andere Einsendungen:

Alle Einsendungen sind an die o. g. Adresse zu
richten. Es besteht keine Haftung für Manu-
skripte, die unverlangt eingereicht werden.
Sie können nur zurückgegeben werden, wenn
Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur
Veröffentlichung muss in Textform erfolgen.
Mit der Annahme zur Veröffentlichung über-
trägt die*der Autor*in der Nomos Verlags-
gesellschaft mbH & Co.KG an ihrem*seinem
Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urhe-
berrechts das exklusive, räumlich und zeitlich
unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und
Verbreitung in körperlicher Form, das Recht
zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglich-
machung, das Recht zur Aufnahme in Daten-
banken, das Recht zur Speicherung auf elektro-
nischen Datenträgern und das Recht zu
deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie
das Recht zur sonstigen Verwertung in elektro-
nischer Form. Hierzu zählen auch heute
noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das
in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende
Zweitverwertungsrecht die*der Autor*in
nach Ablauf von 12 Monaten nach der Ver-
öffentlichung bleibt hiervon unberührt. Eine
eventuelle, dem einzelnen Beitrag oder der
jeweiligen Ausgabe beigelegte Creative Com-
mons-Lizenz hat im Zweifel Vorrang. Zum
Urheberrecht vgl. auch die allgemeinen Hin-
weise unter www.nomos.de/urheberrecht.

Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser*innen erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Urheber- und Verlagsrechte:

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Rechtsschutz gilt auch im Hinblick auf Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes oder über die Grenzen einer eventuellen, für diesen Teil anwendbaren Creative Commons-Lizenz hin aus ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgebenden/Redaktion wiedergeben.

Der Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

Anzeigen:

Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Media Sales

Dr. Jiri Pavelka

Wilhelmstraße 9

80801 München

Media-Sales:

Tel: (089) 381 89-687

mediasales@beck.de

Verlag und Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG,

Waldseestr. 3-5,

76530 Baden-Baden,

Telefon: 07221/2104-0

Telefax 07221/2104-899

www.nomos.de

Geschäftsführer: Thomas Gottlöber

HRA 200026, Mannheim

Sparkasse Baden-Baden Gaggenau,

IBAN DE05662500300005002266

(BIC SOLADES1BAD).

Erscheinungsweise: halbjährlich

Preise:

Individualkunden: Jahresabo € 42,- inkl. digitaler Einzelplatzlizenz; Institutionen: Jahresabo € 199,- inkl. digitaler Mehrplatzlizenz; Der Digitalzugang wird in der Nomos eLibrary bereitgestellt. Einzelheft: € 35,-. Die Abopreise verstehen sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer und zuzüglich Vertriebskostenanteil (Inland € 16,- /Ausland € 26,-) bzw. Direktbeorderungsgebühr € 3,50 Die Rechnungsstellung erfolgt nach Erscheinen des ersten Heftes des Jahrgangs. Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

Kundenservice:

Telefon: +49-7221-2104-222

E-Mail: service@nomos.de

Kündigung:

Abbestellungen mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende.

Adressenänderungen:

Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO: Bei Anschriftenänderung kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeauftrag gestellt ist. Hiergegen kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft Widerspruch bei der Post AG eingelegt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Themenschwerpunkt

Einsatz für Demokratie

Editorial	6
-----------------	---

AUFSÄTZE

Tuuli-Marja Kleiner

Zwischen demokratischer Resilienz und Normalisierung: Eine empirische Analyse des Zusammenhangs von Engagement und AfD-Wahl (2013–2022)	10
--	-----------

Anja Schöll

Wenn „Demokratie fördern“ zu „Demokratie verteidigen“ wird: Bedrohungslagen und <i>contested spaces</i> der postmigrantischen (Civil-)Gesellschaft.....	39
--	-----------

Thomas Klie

Demokratie, Engagement und Systemvertrauen	57
---	-----------

Philipp Knopp & Paul Herbiniger

In/formelles Engagement und Dörflichkeit: Mischzonen und Grenzen von Verein, Hilfsnetzwerken und Gemeinschaft.....	80
---	-----------

Carmen Koch & Nadine Klopfenstein

Connecting with Young Volunteers: A Multimethod Approach to Boosting Youth Engagement in NPOs	95
--	-----------

DEBATTE & DIALOG

Matthias Laurisch & Alina Mendlar

Von der Haltung zur Handlung.....	114
--	------------

Jens Maedler

Freiwilligendienste zwischen Ermutigung und den Grenzen des Zumutbaren.....	127
--	------------

Sascha Nicke

Der zivilgesellschaftliche Raum in Deutschland 2024	134
--	------------

VOLUNTARIS FRAGT

Voluntaris fragt...

Aydan Özoguz - Vorsitzende des Ausschusses für Sport und Ehrenamt im Deutschen Bundestag	144
---	------------

DOKUMENTATION

Lisa

Netzwerk Polylux – Spotlights für die antifaschistische Zivilgesellschaft..... 198

Doritta Kolb-Unglaub

DON‘T BE SILENT – die Hütte brennt!..... 156

Otmar Iser

Zuhören und Reden: Bürgerdialog in der Limus Zukunftsschmiede Gotha 163

Dagmar Leopold & Ulrike Wackerbarth

OMAS GEGEN RECHTS – Demokratie schützen. Jetzt!..... 171

Sebastian Kron

Sprembergs Schicksale als Orte des Erinnerns und Gedenkens – Stolpersteine für Demokratie und Demokratieförderung 176

Christiane Leidinger & Lina Brink

„vt:politics – Video-Tutorials zu Gesellschaft, Politik und Emanzipation in Bewegung“: Online-Erklärfilme zu Sozialen Bewegungen und

Rechtsextremismusprävention 184

REZENSIONEN

Monika Alisch

Engagement im Zwiespalt. Erfahrungen ehemaliger Engagierter in Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Sportvereinen und Umweltinitiativen

Andreas Kewes, Moritz Müller, Chantal Munsch 187

Janine Patz

Jugend. Klima. Rechtsextremismus. Perspektiven junger Menschen auf Herausforderungen der Gegenwart.

Marleen Hascher, Ann-Katrin Kastberg, Benjamin Kerst, Alina Mönig, Edmund Osterberger, Matthias Quent, Fabian Virchow 190

EDITORIAL

Zivilgesellschaftliches Engagement und Demokratie sind zwei Seiten einer Medaille: Sie bilden wechselseitig Ausgangs- und Bezugspunkt und stellen zugleich ein notwendiges Fundament für einander dar. Ein „Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Regeln selbst organisieren“ (Deutscher Bundestag 2002: 15), ist grundlegende Voraussetzung für die Entstehung zivilgesellschaftlichen Engagements. In dieser Gesellschaftskonzeption erkennt der Staat die Menschen als Träger einer unverletzlichen Würde und gemeinsamer Rechte an, ebenso wie die Menschen diese Würde und Rechte einander zusprechen. Aus diesen Bedingungen heraus eröffnet zivilgesellschaftliches Engagement die Möglichkeit, Interessen zu artikulieren und auszutauschen, sich kritisch mit unterschiedlichen Themen und Realitäten auseinanderzusetzen, gemeinsame Ziele zu entwickeln und auf deren Basis kollektives Handeln zu entfalten. Darüber hinaus geht es in vielen konkreten Formen des Engagements um die „Hoffnung auf ein Mehr an Demokratie“ (Zimmer 2024: 26). Dann setzen sich Menschen auch in ihren konkreten Aktivitäten für das demokratische Ideal der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ein. In jedem Fall werden im konkreten Engagement Erfahrungen von Vertrauen, Verantwortung, Anerkennung, Selbstwirksamkeit und Partizipation ermöglicht – Erfahrungen, die als Basis demokratischer Kompetenzen verstanden werden können. Kurz: Zivilgesellschaftliches Engagement ist eine zentrale Form gelebter Demokratie.

In der Praxis gerät der demokratische Kern des zivilgesellschaftlichen Handelns in den vergangenen Jahren jedoch in mehrfacher Hinsicht unter Druck. Erstens wächst das „unzivile Engagement“ (Roth 2024), also solches Engagement, das sich gegen demokratische Teilhabe richtet und sich stattdessen für Ausschluss und Ungleichwertigkeit von Menschen einsetzt. Unziviles Engagement findet sich sowohl in eigenen Initiativen menschenfeindlicher Akteure als auch in den Landnahmen und Unterwanderungen bestehender Organisationen (z. B. Schroeder et al. 2022; Krüger 2022). Zweitens ist zivilgesellschaftliches Engagement – und zwar insbesondere solches, das sich dezidiert für die Demokratie und die Gleichwertigkeit von Menschen einsetzt – zunehmend Bedrohungen und Anfeindungen durch extrem rechte Akteure ausgesetzt (vgl. Schöll in diesem Band). Sie schränken den Handlungsspielraum ein, gefährden die Engagierten und wirken sich auch schon im Vorhinein auf die Gestaltung von Engagement aus, indem sie eine Zugangsschwelle zum Engagement darstellen (BMFSFJ 2024). Drittens wird der Wirkungskreis von zivilgesellschaftlichem Engagement durch Shrinking Civic Spaces (vgl. Nicke in diesem Band; Hayes et al. 2017) geringer. Hier sind es die staatlichen Akteure, die in den vergangenen Jahren den Gestaltungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen auf der

ganzen Welt einschränken; von der öffentlichen Diskreditierung zivilgesellschaftlicher Organisationen (z. B. in parlamentarischen Anfragen) über die Einschränkung ihres Handlungsspielraumes (z. B. durch Aberkennung von Gemeinnützigkeit) bis hin zur rechtlichen Verfolgung (z. B. durch so genannte Agentengesetze, Hummel 2024). Die Bandbreite dieser Gefährdungen der Zivilgesellschaft wird zunehmend erforscht und synthetisiert, so dass die Forschungslage hier immer deutlicher wird (vgl. IDZ 2025 oder Becker et al. 2024).

Diesen Entwicklungen demokratischer Regression tritt auf der anderen Seite ein vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement entgegen, das sich den rechten und rechtsextremen Dominanzbestrebungen im diskursiven und physischen Raum widersetzt – von den großen Demonstrationen nach den bekannt gewordenen Plänen zur Massenabschiebung im Winter 2024 bis hin zu den vielen Initiativen, die sich vor Ort, national oder transnational gegen extrem rechte Ideologien und Akteure einsetzen. Eben jene Engagementpraxen für Demokratie zeigen eindrücklich die Fähigkeit zur Selbstkorrektur (Roth 2024), in denen zivilgesellschaftliches Engagement zu seinem Kern zurückkommt.

Um einen Beitrag zur herausgeforderten Situation des zivilgesellschaftlichen Engagements zu leisten, setzt diese Voluntaris-Ausgabe den Fokus auf den zivilgesellschaftlichen Einsatz für Demokratie. Dabei wird theoretisch und empirisch das Verhältnis von Demokratie und zivilgesellschaftlichem Engagement beleuchtet, aus empirischer und praktischer Perspektive Bedrohungsrealitäten skizziert und insbesondere aus praktischer Perspektive Strategien des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen autoritäre und menschenfeindliche Entwicklungen in der Gesellschaft aufgezeigt.

Den Auftakt machen drei Artikel, die auf der Basis empirischer Daten aufzeigen, wie sehr das zivilgesellschaftliche Engagement bereits unter Druck geraten ist und wie groß seine Bedeutung für das demokratische Miteinander weiterhin bleibt. Tuuli-Marja Kleiner untersucht das Verhältnis von Demokratie und zivilgesellschaftlichem Engagement im Kontext rechtspopulistischer Entwicklungen in Deutschland. Aufbauend auf der Analyse verschiedener SOEP-Daten zur Resonanz rechtspopulistischer Wahlerfolge in Engagementmilieus kommt sie zu hoch relevanten Erkenntnissen: In Ostdeutschland zeigen sich Hinweise, dass Engagement seine demokratiefördernde Funktion verliert, in Westdeutschland dagegen Hinweise auf soziale Abschottungsprozesse. Entsprechend schlussfolgert die Autorin, dass die vermeintliche Schutzwirkung von zivilgesellschaftlichem Engagement vor antidemokratischen Tendenzen entweder nicht besteht oder verloren geht. Anja Schöll analysiert in ihrem Beitrag das Bedrohungserleben von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Bereich der Demokratieförderung tätig sind. Eindrücklich weist die Autorin die gestiegenen Gefährdungen dieser Organisationen nach und spricht in der Folge vom „contested space“, in dem sich die Organisationen bewegen und

Gegenstrategien im Umgang mit den Bedrohungen finden müssen. Thomas Klie richtet in seinem Beitrag den Fokus auf die lokalen Zusammenhänge, in dem er zentrale Ergebnisse des Monitorings Demokratische Integration 2.0 vorstellt. Die Untersuchung zeigt, wie regionale Strukturmerkmale – etwa sozioökonomische Faktoren oder Krisenerfahrungen – die demokratische Partizipation, das Vertrauen in politische Institutionen sowie das Engagement der Bevölkerung beeinflussen. Dabei bestätigt sich zum einen der enge Zusammenhang von Wahlbeteiligung, Engagement und Systemvertrauen sowie die Bedeutung der Strukturbedingungen für die Ausprägung von Systemvertrauen. Zugleich zeigt sich, dass die demokratische Integration dennoch unter Druck gerät, wenn Verhärtungen und Polarisierungen Eingang in die lokale Kultur finden. Um die Resilienz der Demokratie zu stärken, schließt Klie, kommt es deswegen auf die regionalen Kontexte an und darauf, sowohl für gute Infrastrukturen wie lokale Demokratieförderung einzutreten.

Wie sich Organisationen des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Vereinammungen und Bedrohungen wehren können, zeigen wir in der Rubrik „Debatte & Dialog“. Matthias Laurisch und Alina Mendl berichten von Erfahrungen, Herausforderungen und Erfolgen der Arbeit des Naturschutzbund Deutschland e. V. im Umgang mit Rechtspopulismus und -extremismus. Sie zeigen, wie sich zivilgesellschaftliche Organisationen konkret wehren können und identifizieren Perspektiven für die zukünftige Arbeit. Jens Maedler geht in seinem Debattenbeitrag auf den Kontext der Freiwilligendienste ein. Er beschreibt die demokratische Positionierung und Praxis der Freiwilligendienste Kultur und Bildung und gibt Einblicke in damit verbundene Herausforderungen sowie entsprechende Umgangsstrategien. Im Anschluss stellt Sascha Nicke wesentliche Ergebnisse des Civic Space Report 2025 vor, in dem zunehmende Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raumes in Deutschland ausgemacht werden und in konkreten Beispielen sichtbar wird, wie die Zivilgesellschaft unter Druck gerät.

Gerade vor dem Hintergrund der gestiegenen Gefährdungen möchten wir in diesem Heft auch einen Blick auf die vielen Initiativen richten, die sich vor Ort für die Demokratie stark machen und damit dem Kern des zivilgesellschaftlichen Engagements Leben einhauchen. In der Rubrik „Dokumentationen“ stellen wir sechs Beispiele vor, die sich konkret gegen die Bedrohungen und Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume einsetzen. Polylux e. V. gibt Einblick in ein solidarisches Netzwerk, das durch die Umverteilung finanzieller Ressourcen, Projekte und Strukturen der ostdeutschen Zivilgesellschaft im ländlichen Raum unterstützt. Im Gespräch mit Friederike Hobein skizziert Doritta Kolb-Unglaub nicht nur die vielfältigen Engagementpraxen des Vereins colorido e. V. aus Plauen, sondern gibt einen eindrücklichen Einblick, warum aus Perspektive der Engagierten im ländlichen Raum Sachsen aktuell „die Hütte brennt“. Ottmar Iser berichtet, wie die Limus Zukunfts schmiede in Gotha Bürgerdialoge als Praxis eines demokratischen Miteinanders in

Zeiten einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung gestaltet. Dagmar Leopold und Ulrike Wackerbarth stellen die Omas gegen Rechts Hildesheim vor – eine der Ortsgruppen einer bundesweit aktiven Initiative, die in letzter Zeit als wichtiger Bestandteil demokratischer Proteste viel Aufmerksamkeit erfahren hat. Sebastian Kron beschreibt den Stellenwert von Erinnerungs- und Gedenkpraxis als zivilgesellschaftlicher Demokratiearbeit am Beispiel der Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in Spremberg/Grodk. Schließlich erläutern Christiane Leidinger und Lina Brink, wie mit Hilfe von wissenschaftlich fundierten Erklärfilmen zu Sozialen Bewegungen und zur Rechtsextremismusprävention das Wissen über zivilgesellschaftliches Engagement auch in der Hochschullehre gestärkt werden kann.

Wie immer finden sich im Heft auch weitere Beiträge, die nicht im engeren dem Themenschwerpunkt „Einsatz für Demokratie“ zugeordnet sind. Gleichwohl geht es auch in der Rubrik „Voluntaris fragt“ mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Sport und Ehrenamt Aydan Özoguz (SPD) um die politische Unterstützung von Engagementstrukturen und Freiwilligendiensten im Lichte der Stärkung der Demokratie. Der Beitrag von Phillip Knopp entwickelt am Beispiel eines Männergesangvereins im ländlichen Österreich das Konzept des in/formellen Engagements weiter. Carmen Kochs und Nadine Klopfensteins Aufsatz identifiziert auf Basis einer in der Schweiz durchgeführten Multi-Methods-Studie verschiedene Merkmale, welche die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement fördern. Zwei Rezensionen zu aktuellen Publikationen aus der Engagementforschung runden das Heft ab. Monika Alisch gibt Einblick in „Engagement im Zwiespalt“ von Andreas Kewes, Moritz Müller und Chantal Munsch; Janine Patz rezensiert die Studie von Marleen Hascher et al. „Jugend. Klima. Rechtsextremismus“, die direkt an das Schwerpunktthema anschließt.

Das vorliegende Heft gibt einen Einblick in die vielen Gefährdungen, die das zivilgesellschaftliche Engagement zur Zeit erlebt. Zugleich zeigt es das widerständige Potential von Engagement, durch das die Demokratie überhaupt erst lebendig werden kann. In diesem Sinne wünschen wir eine erkenntnisreiche, anregende und motivierende Lektüre, um sich auch in diesen Zeiten für die Demokratie stark zu machen!

Friederike Hobein, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena
 Christoph Gille
 Andrea Walter

Literatur

Becker, Reiner; Bohn, Irina; Einwächter, Sophie; Küpper, Beate; Reinfrank, Timo; Schmitt, Sophie (Hrsg.) (2024): Demokratierelevante Bedrohung. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, Heft 1/2024. Frankfurt/Main.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2024): Vierter Engagementbericht: Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/publikationen/vierter-engagementbericht-253738> (30.09.2025).

Deutscher Bundestag (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsähnige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Drucksache 14/8900. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf> (15.09.2025)

Hayes, Ben; Barat, Frank; Geuskens, Isabelle; Buxton, Nick; Dove, Fiona; Martone, Francesco; Twomey, Hannah; Karaman, Semanur (2017): On “shrinking space”: A framing paper. https://www.tni.org/files/publication-downloads/on_shrinking_space_2.pdf (15.09.2025).

Hummel, Siri (2024): Shrinking Civic Space. Die Entwicklung der Repressionen gegen Zivilgesellschaft weltweit. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, 185-196. <https://doi.org/10.5771/9783748936497-185>.

Krüger, Christine (2022): Engagement recht(s) extrem. Einflussnahmen der extremen Rechten auf soziales Engagement. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 35 (3), 527-539. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0042>.

Roth, Roland (2024): Die Dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Antidemokratische Herausforderungen und zivilgesellschaftliche Selbstkorrektur. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, 197-209. <https://doi.org/10.5771/9783748936497-197>.

Schroeder, Wolfgang; Greef, Samuel; Ten Elsen, Jennifer; Heller, Lukas; Inkinen, Saraa (2022): Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Frankfurt/New York.

Zimmer, Annette (2024): Zivilgesellschaft. Ein multidimensionales Konzept und ambitioniertes Projekt. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Baden-Baden, 25-38. <https://doi.org/10.5771/9783748936497-25>.

AUFSÄTZE

Zwischen demokratischer Resilienz und Normalisierung

Eine empirische Analyse des Zusammenhangs von Engagement und AfD-Wahl (2013–2022)

PD Dr.in Tuuli-Marja Kleiner

Akademische Oberrätin, Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen |

Goethe-Universität Frankfurt (Main) | t.kleiner@thuenen.de |

<https://orcid.org/0000-0002-1158-7332>

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und der Wahl rechtspopulistischer Parteien in Deutschland. Theoretisch stützt sich die Analyse auf Putnams Sozialkapitalansatz, der eine lebendige Zivilgesellschaft als Ressource demokratischer Stabilität betrachtet. Empirisch wird mit SOEP-Daten (2013–2022) geprüft, ob engagierte Personen seltener rechtspopulistische Parteien wählen als Nicht-Engagierte (Resilienzthese vs. Normalisierungsthese). Auf der Makroebene wird analysiert, ob Regionen mit hoher Engagementdichte geringere AfD-Stimmenanteile aufweisen als Regionen mit niedriger Beteiligung (Bridging vs. Fragmentierung). Die Ergebnisse zeigen: In Westdeutschland sind AfD-Wähler:innen seltener zivilgesellschaftlich engagiert als andere, dieser Unterschied findet sich nicht in Ostdeutschland. Auf regionaler Ebene zeigt sich kein schützender Effekt zivilgesellschaftlicher Vitalität – im Gegenteil: ein höherer Anteil freiwillig Engagierter korreliert positiv mit dem AfD-Stimmenanteil – ein Befund, der auf selektive Schließungsprozesse und gesellschaftliche Fragmentierung hinweist.

Schlagwörter: Zivilgesellschaft; Engagement; Sozialkapital; AfD-Wahl

Between democratic resilience and normalisation

An empirical analysis of the relationship between civic engagement and AfD voting (2013–2022)

Abstract

This article examines the relationship between civic engagement and the election of right-wing populist parties in Germany. Theoretically, the analysis is based on Putnam's social capital approach, which views a vibrant civil society as a resource for democratic stability. Empirically, SOEP data (2013–2022) is used to examine whether engaged individuals are less likely to vote for right-wing populist parties than non-engaged individuals (resilience thesis vs. normalisation thesis). At the macro level, the analysis examines whether regions with a high density of engagement have lower AfD vote shares than regions with low participation (bridging vs.

fragmentation). The results show that in western Germany, AfD voters are less likely to be engaged in civil society than others, but this difference is not found in eastern Germany. At the regional level, there is no protective effect of civil society vitality – on the contrary, a higher proportion of volunteers correlates positively with the AfD vote share – a finding that points to selective closure processes and social fragmentation.

Keywords: civil society; engagement; social capital; AfD voting

1. Einleitung

Die im September 2023 veröffentlichte Studie *Die distanzierte Mitte* (Zick et al. 2023) zeigt einen deutlichen Rückgang des Vertrauens in demokratische Institutionen in Deutschland und einen signifikanten Anstieg demokratiekritischer Einstellungen: Demnach stimmen 38 % verschwörungsgläubigen, 33 % populistischen und 29 % völkisch-autoritären Aussagen zu. Damit liegen die Anteile deutlich über den Vergleichswerten aus den Jahren 2020/21 und 2018/19. Diese Entwicklungen spiegeln sich im Wahlverhalten wider: Bei der Bundestagswahl 2025 erreichte die AfD 20,8 % der Stimmen und wurde in allen ostdeutschen Flächenländern stärkste Kraft (Bundeswahlleiterin 2025). In Sachsen-Anhalt deuten aktuelle Prognosen¹ zudem auf die Möglichkeit hin, dass die AfD nach der Landtagswahl 2026 alleine die Regierung stellen könnte. Die Partei wird von den Verfassungsschutzbehörden insgesamt als „Verdachtsfall“ eingestuft; mehrere Landesverbände gelten als gesichert rechtsextremistisch.

Sinkendes politisches Vertrauen, zunehmende politische Spaltung und wachsender Zuspruch zu autoritären Positionen werfen mehr als 75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik erneut die Frage nach der demokratischen Widerstandsfähigkeit der Demokratie auf.

In dieser Situation rückt die organisierte Zivilgesellschaft in den Fokus: als potenzielle Ressource demokratischer Resilienz – oder aber als Resonanzraum gesellschaftlicher Konflikte und Fragmentierung.

Ausgehend von Alexis de Tocqueville betrachten Robert D. Putnam und andere Demokratietheoretiker die organisierte Zivilgesellschaft – verstanden als Sphäre freiwilliger Zusammenschlüsse jenseits von Staat, Markt und Familie (Anheier 2004) – als zentralen Ort sozialer Einbindung, Vertrauensbildung und demokratischer Sozialisation. Sie gilt damit als Quelle sozialer Kohäsion und politischer Mäßigung. Die aktive Teilhabe am zivilgesellschaftlichen Leben wird folglich als entscheidende

1 In Sachsen-Anhalt liegt die AfD laut einer aktuellen Infratest-dimap-Umfrage bei 39 Prozent und damit deutlich vor allen anderen Parteien. Damit gilt ein mögliches Szenario, in dem die AfD allein regiert, als realistische Option (Infratest dimap 2025).

Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Resilienz gesehen (Putnam 1993; Arvanitidis 2017; Paxton 2002; Arendt 1962; Kornhauser 1972). Aus dieser Perspektive erscheint die organisierte Zivilgesellschaft als Bollwerk gegen Polarisierung und autoritäre Versuchungen.

Andere Autor:innen haben hingegen auf die ambivalente Rolle zivilgesellschaftlicher Strukturen hingewiesen. So betont Richard Florida (2003), dass traditionelle Vereins- und Gemeinschaftsformen starke Innenbindungen pflegen und Homogenität fördern, was die Offenheit gegenüber Außenstehenden und Neuem erschweren kann. Sheri Berman (1997) hat am Beispiel der Weimarer Republik aufgezeigt, wie eine vitale Vereinslandschaft den Aufstieg der NSDAP ermöglichte, indem sie soziale Fragmentierung verstärkte und als Mobilisierungsplattform diente. Sie kommt zu folgender Schlussfolgerung: „Damit die Zivilgesellschaft die von den Neo-Tocquevilleianern postulierten positiven Auswirkungen hat, muss der politische Kontext stimmen: Ohne starke und reaktionsfähige politische Institutionen kann eine aktive Zivilgesellschaft ein politisches Regime untergraben anstatt es zu stärken“ (Berman 1997: 402).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Rolle die aktive Zivilgesellschaft und ihre Strukturen im Kontext antidemokratischer Entwicklungen, wie dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien, spielen: Sind zivilgesellschaftlich Partizipierende beispielsweise immun gegenüber populistischen Einflüssen? Pflegt das Milieu der zivilgesellschaftlich Aktiven eine stabile demokratische Kultur und wirkt als Bollwerk gegen antidemokratische Entwicklungen? Oder wird die organisierte Zivilgesellschaft gar zum Resonanzraum anti-demokratischer Strömungen?

Vor diesem Hintergrund fragt dieser Beitrag, welche Antworten die Literatur auf die Frage nach dem Zusammenhang von aktiver Zivilgesellschaft und demokratischer Resilienz gibt und prüft diese auf ihren empirischen Gehalt.

Im Folgenden werden zwei opponierende theoretische Perspektiven dargestellt und auf die benannte Frage angewandt. Dabei wird zwischen individueller (Mikro-) und regionaler bzw. struktureller (Makro-)Ebene unterschieden, da jeweils unterschiedliche Mechanismen wirken: Auf der *Makroebene* stellt sich die Frage, ob Regionen mit einer lebendigen Zivilgesellschaft als Schutzraum demokratischer Kultur wirken oder ob sie umgekehrt antidemokratischen Entwicklungen Vorschub leisten. Der Sozialkapitalansatz betont, dass eine lebendige Vereins- und Assoziationskultur soziales Vertrauen und Netzwerke stärkt und damit Sozialkapital als Grundlage gesellschaftlicher Kooperation und sozialer Kohäsion fördert (Putnam 1993). Die Gegenperspektive geht hingegen davon aus, dass freiwillige Zusammenschlüsse zu Homogenität und inneren Schließungsprozessen neigen und gesamtgesellschaftlich Fragmentierung begünstigen können (Berman 1997; Florida 2002). Auf der *Mikroebene* wird gefragt, ob zivilgesellschaftlich Partizipierende sich resilient

gegenüber populistischen Einflüssen zeigen oder ob es zu einer Normalisierung antidemokratischer Haltungen und Verhaltensweisen unter zivilgesellschaftlich Aktiven kommt. Die Massentheorie argumentiert, dass intermediäre Strukturen das Individuum in soziale Gruppen einbinden und so seine Anfälligkeit für autoritäre Tendenzen und extremistische Ideologien verringern (Arendt 1962; Kornhauser 1972). Und in der Tradition des neo-tocquevilleanischen Sozialkapital- und Assoziationalismus-Ansatzes sowie im Civic Voluntarism Model (Verba et al. 1995) wird die politische Sozialisation durch Assoziationen betont, wodurch Individuen demokratische Kompetenzen vermittelt bekommen und ihre politische Handlungsfähigkeit gestärkt wird (Arvanitidis 2017). Es ist jedoch auch möglich, dass – wenn mehr Individuen mit bestimmten Einstellungen Vereinigungen beitreten und ihre Positionen dort mit hoher Sichtbarkeit vertreten – dadurch Deutungsrahmen und Praktiken gesetzt werden, die sich routinisieren und entsprechende (politische) Haltungen normalisieren. Inhalte werden so entmoralisiert und banalisiert; sie erscheinen als normaler Bestandteil der Assoziationskultur und nicht mehr als politischer Umbruch (Sunstein 1999; Verba/Schlozman/Brady 1995).

Im Anschluss an die theoretische Diskussion werden Hypothesen abgeleitet, operationalisiert und auf ihren empirischen Gehalt geprüft. Der Beitrag schließt mit einer kurzen Zusammenfassung und Einordnung der Befunde.

2. Theoretische Perspektiven

In Anlehnung an Anheier (2004: 22) lässt sich die organisierte Zivilgesellschaft als jene Sphäre von Institutionen, Organisationen, Individuen und sozialen Bindungen verstehen, die zwischen Familie, Staat und Markt verortet ist. Hierbei schließen sich Menschen freiwillig zusammen, um gemeinsame Interessen zu verfolgen. Zivilgesellschaft übernimmt dabei zentrale Funktionen: Sie artikuliert kollektive Anliegen, prägt soziale Normen, stellt Dienstleistungen bereit und übernimmt Kontroll- sowie Schutzaufgaben. In demokratietheoretischer Perspektive prägt die organisierte Zivilgesellschaft somit maßgeblich die Dichte und Qualität intermediärer Netzwerke, die gesellschaftliche Kohäsion und das Vertrauen und trägt somit zur Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Demokratie einer Region oder der Gesellschaft bei. Zivilgesellschaftliche Partizipation bezeichnet die freiwillige, nicht-kommerzielle Mitwirkung von Individuen in kollektiven Zusammenhängen außerhalb von Beruf und Familie. Sie umfasst sowohl formelle als auch informelle Tätigkeiten, die über die private Sphäre hinausgehen und in politischen wie nicht-politischen Bereichen stattfinden können. Dazu zählen unter anderem die Mitwirkung in Vereinen, Initiativen oder Projekten. Ähnlich wie ehrenamtliches Engagement kann Partizipation auf die Wahrung öffentlicher Werte oder die Initiierung gesellschaftlicher Veränderungen zielen, ist jedoch nicht zwingend auf Fragen des allgemeinen öffentlichen Interesses ausgerichtet (Kleiner 2021a: 116).

2.1 Sozialkapital und soziale Kohäsion oder soziale Schließung und gesellschaftliche Fragmentierung (Makroebene)?

In seiner Studie *De la Démocratie en Amérique* (1835/40) identifiziert Alexis de Tocqueville die aktive, organisierte Zivilgesellschaft als essentielles Element des demokratischen Systems der USA. Sie wirkt als Korrektiv gegenüber dem Staat, bindet Individuen an die Gemeinschaft und schafft ein praktisches Verständnis von Freiheit und Verantwortung. Diese Grundannahmen wurden von späteren Autor:innen aufgegriffen und weiterentwickelt.

So formuliert Robert D. Putnam (1993; 2000) das Konzept des Sozialkapitals, wobei er Sozialkapital als eine kollektive Ressource beschreibt, die in sozialen Netzwerken verankert ist und als Nebenprodukt gemeinschaftlichen Handelns entsteht. In horizontalen Zusammenschlüssen wie Sportvereinen, Chören oder Nachbarschaftsinitiativen fördern wiederholte Interaktionen gegenseitiges Vertrauen sowie die Entwicklung prosozialer Normen wie Solidarität und Reziprozität (Putnam 2000). Diese Dimensionen des kollektiven Sozialkapitals (Netzwerke, Vertrauen, prosoziale Normen) erleichtern Kooperation und gegenseitige Unterstützung und stärken institutionelles Vertrauen; Putnam spricht hier von einem „Zirkel der Tugenden“ (1993), durch den sich demokratische Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt gegenseitig verstärken.

Dabei unterscheidet Putnam zwischen *Bonding Social Capital* – Beziehungen mit starker Bindung innerhalb relativ homogener Gruppen (religiöse Gruppen, Vereine mit hoher Binnenhomogenität) – und *Bridging Social Capital* – Beziehungen, die Brücken zwischen unterschiedlichen Netzwerken schlagen. Während Bindungskapital den sozialen Zusammenhalt nach innen fördert, ermöglicht Brückenkapital eine offene, integrierte Gesellschaft, in der Fortschritt und Anpassung an externe Veränderungen möglich ist. Vereine und andere Freiwilligenorganisationen tragen aus dieser Perspektive zur Herausbildung beider Formen des Sozialkapitals bei und spielen daher eine wichtige Rolle für das Funktionieren offener, adaptiver Gesellschaften: Einerseits sichern sie über Bindungskapital Einbindung und Gemeinschaft (Integration); andererseits ermöglichen sie über Brückenkapital die Anschlussfähigkeit an gesellschaftsübergreifende Entwicklungen (Adaption).

In den USA wird seit Jahren ein Rückgang zivilgesellschaftlicher Beteiligung dokumentiert, was mit politischer Entfremdung und demokratischer Schwäche in Verbindung gebracht wird (Macedo 2005; Putnam 2000; Power 2022). Auch in Deutschland bestehen offenbar Bedenken über die Leistungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen. Staatliche Programme und Förderinstitutionen wie *Demokratie leben!*, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) sowie Projekte wie *Hauptamt stärkt Ehrenamt* verdeutlichen, dass Engagementpolitik neben projektbezogener Förderung auch gezielt auf die Stärkung und Stabilisierung

zivilgesellschaftlicher Strukturen abzielt, die den Zugang und die Ausübung von Engagement erleichtern sollen.² Für Deutschland erweist sich die Sorge vor einem generellen Rückgang von Partizipation und Engagement oder des Vereinslebens bislang jedoch als unbegründet: Die Engagementquoten sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen (Kleiner 2022a), und im Jahre 2019 engagierten sich je nach Messung zwischen 30 und 40 % der deutschen Bevölkerung freiwillig (Simonson et al. 2021: 10; Kleiner/Kühn 2023: 18). Und auch von einem flächendeckenden „Vereinssterben“ kann keine Rede sein; der Vereinsbestand weist insgesamt sogar einen leichten Zuwachs auf (Schubert et al. 2023).³

Bevor man jedoch die organisierte Zivilgesellschaft zum Bollwerk gegen antidemokratische Entwicklungen in Stellung bringt, lohnt ein weiterer kritischer Blick in die Literatur, denn das Sozialkapitalkonzept und seine Wirkungen sind nicht unumstritten. Eine prominente rivalisierende These stammt von Richard Florida (2002). Auch wenn Florida weniger die demokratische als die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen untersucht, lässt sich seine Argumentation auf die vorliegende Thematik übertragen. Florida argumentiert, dass traditionelle Vereine insbesondere die Herausbildung von kulturell homogenen Gruppen und damit Bindungskapital fördern (Florida 2003: 5). Solche Gruppen tun sich allerdings schwer, verschiedene Arten von Personen zu integrieren und sich an von außen herangetragene Entwicklungen anzupassen. Dies liegt daran, dass Bindungs- und Brückenkapital auf unterschiedlichen Quellen beruhen und unterschiedliche Voraussetzungen haben. Vereinigungen mögen unter ihren Mitgliedern starke soziale Bindungen stiften; dies impliziert jedoch keineswegs tragfähige Verbindungen zwischen Milieus.

Sheri Berman (1997) argumentiert ebenfalls, dass ein lebendiges zivilgesellschaftliches Leben nicht automatisch demokratiestabilisierend wirkt. Am Beispiel der Weimarer Republik zeigt sie, dass die Vielzahl und Vitalität der Vereine und Verbände eher zur gesellschaftlichen Fragmentierung beitragen, als Brücken zwischen verschiedenen Gruppierungen und Akteuren zu schlagen. Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke seien nicht integrativ gewesen, sondern hätten soziale Gräben vertieft, indem sie sich entlang isolierter Milieus formierten. Diese Strukturen boten der

² So argumentiert der Vierte Engagementbericht (Deutscher Bundestag 2024). Das Bundesprogramm Demokratie leben! zielt explizit darauf ab, „zivilgesellschaftliche Strukturen nachhaltig zu fördern und zu stärken“ (BMFSFJ 2020: 4). Auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) verfolgt laut ihrem Stiftungszweck die Aufgabe, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen zu stärken; ihr Förderprogramm trägt bezeichnenderweise den Untertitel „Zivilgesellschaft stärkt“ (DSEE 2023). Das BMEL-Projekt Hauptamt stärkt Ehrenamt (2023) zeigt, wie durch den Aufbau hauptamtlicher Strukturen in Landkreisen nachhaltige Unterstützungsmodelle für zivilgesellschaftliches Engagement entstehen können. In der Forschung wird dieser Fokus auf Infrastruktur und Strukturen durch die Arbeiten von Zimmer und Priller (2007) sowie Alischer et al. (2021) und Schubert et al. (2023) untermauert, die die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen als institutionelle Träger und Ermöglicher von Engagement hervorheben.

³ Die jüngste ZiviZ-Studie verweist allerdings auf eine regional sehr heterogene Gründungsdynamik. Während die Zahl der Neueintragungen seit Jahren rückläufig ist, bleibt die Zahl der Löschungen weitgehend konstant. Ob dies langfristig zu einem Rückgang des Vereinsbestandes führen wird, ist offen.

NSDAP ein ideales Rekrutierungsfeld: Die Nationalsozialisten nutzten bestehende Vereinsstrukturen, um in relativ kurzer Zeit ein großes Publikum zu erreichen, Unterstützer:innen zu gewinnen, rechte Ideologie zu verbreiten und politische Gegner:innen zu marginalisieren (Berman 1997: 417). Die Zivilgesellschaft diente hierbei nicht als Bollwerk gegen Extremismus, sondern wurde zum Instrument seiner Durchsetzung:

Weimar's rich associational life provided a critical training ground for eventual Nazi cadres and a base from which the National Socialist German Workers' Party (NSDAP) could launch its Machtergreifung (seizure of power). Had German civil society been weaker, the Nazis would never have been able to capture so many citizens for their cause or eviscerate their opponents so swiftly. (Berman 1997: 402)

Ähnlich zeichnet sie in einem späteren Beitrag nach, wie der radikale Islamismus in Teilen der arabischen Welt von zivilgesellschaftlichen Strukturen profitierte. Schwache, illegitime Staaten, wirtschaftliche Krisen und eine junge, frustrierte Bevölkerung schufen demnach Räume, die islamistische Gruppen gezielt nutzten. Indem sie soziale Dienstleistungen bereitstellten, Berufsverbände und lokale Vereine dominierten und neue Formen kollektiver Identität stifteten, gelang es ihnen, Unterstützer:innen zu mobilisieren und die Legitimität staatlicher Institutionen weiter auszuhöhlen. Die Zivilgesellschaft wurde so zu einer wichtigen Ressource des Aufstiegs des Extremismus (Berman 2006). Berman (1997; 2006) kommt zu dem Schluss, dass die positiven Wirkungen zivilgesellschaftlicher Aktivität – wie sie von den Neo-Tocquevillianern angenommen werden – nur dann eintreten können, wenn ein entsprechender politischer Kontext gegeben ist. Ohne starke und reaktionsfähige staatliche Institutionen könne eine aktive Zivilgesellschaft ein politisches Regime eher untergraben als stärken.

Ob also eine aktive und lebendige Zivilgesellschaft gesamtgesellschaftlich eher integrativ wirkt und Kohäsion fördert oder im Gegenteil ausgrenzt und Spaltung begünstigt, hängt demnach von mehr als ihrem bloßen Vorhandensein ab: von der Homogenität, Offenheit sowie der ideologischen Ausrichtung ihrer intermediären Strukturen. Gerne wird stillschweigend davon ausgegangen, dass Gruppierungen, die sich demokratisch artikulieren und auf sich aufmerksam machen, quasi automatisch auch demokratisch legitime Interessen verfolgen. Doch welche Inhalte und Interessen verfolgt werden und ob diese demokratisch legitimierbar sind, ist strukturell offen.

Kommt es zu der Herausbildung einer milieuspezifisch fragmentierten Vereins- und Netzwerklandschaft, in der sich aufgrund fehlenden Brückenkapitals bestehende kulturelle Grundhaltungen – auch intolerante und antidemokratische – verstärken (Berman 1997: 402, 420), kann kulturelle, ethnische und/oder sozio-ökonomische

Homogenität innerhalb der Netzwerke zu einem Insider/Outsider-Effekt führen: Personen andersartiger Gruppen oder jene, die sich nicht beteiligen wollen oder können, erfahren dann soziale Ausgrenzung. Studien zeigen, dass ein hohes regionales Niveau zivilgesellschaftlicher Partizipation sich unterschiedlich auf Partizipierende und Nicht-Partizipierende auswirkt: Während aktive Mitglieder in Regionen mit hoher Beteiligung über mehr Freundschaften und größere soziale Unterstützung verfügen, sind Nicht-Partizipierende dort häufiger sozial isoliert – sie haben weniger enge soziale Kontakte und erwarten auch seltener Unterstützung durch ihr Umfeld (Kleiner 2021a; 2021b).

Solche Tendenzen stehen einem kulturell offenen und adaptionsfähigen sozialen System eher im Weg als es zu fördern: „Indeed, social capital can and often does cut both ways: it can reinforce belonging and community, but it can just as easily shut out newcomers, raise barriers to entry, and retard innovation“ (Florida 2003: 6).

Im Anschluss an diese Überlegungen lassen sich zwei konkurrierende Modelle zivilgesellschaftlicher Wirkung unterscheiden, die im Folgenden als *Modell des Sozialkapitals* und *Modell der sozialen Schließung* bezeichnet werden:

(1) Das *Modell des Sozialkapitals* geht davon aus, dass aktive Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch die Ausbildung von Bindungs- und Brückenkapital sowohl zur sozialen Integration innerhalb von Gruppen als auch zur Offenheit gegenüber externen Ideen und Perspektiven beitragen. In Regionen mit hoher Partizipationsdichte entsteht dadurch eine zivilgesellschaftliche Infrastruktur, die ein Klima wechselseitiger Anerkennung, gegenseitigen Vertrauens sowie demokratiefördernder Normen begünstigt und sich gegenüber antidemokratischen Tendenzen als „resilient“ erweist.

(2) Das *Modell der sozialen Schließung* geht hingegen davon aus, dass aktive zivilgesellschaftliche Teilnahme, besonders in stark milieugebundenen Vereinigungen, vor allem zur inneren Kohäsion dieser Gruppen beiträgt, zugleich aber auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie sich gegenüber Andersdenkenden oder neuen Ideen abschotten. In solchen Fällen kann eine dichte zivilgesellschaftliche Infrastruktur mit hoher Partizipationsdichte nicht nur integrativ, sondern auch exklusiv wirken. Sie kann sogar dazu genutzt werden, nicht-demokratische Inhalte zu verbreiten sowie gesellschaftliche Spaltungen zu zementieren oder gar zu vertiefen. Regionen mit einem hohen Partizipationsniveau weisen daher nicht zwingend eine größere Demokratiefestigkeit auf.

2.3 Atomisierung und Sozialisation oder Selektion und Normalisierung (Mikroebene)?

Gegenwartsdiagnosen deuten auf eine Atomisierung unserer Gesellschaft hin. Laut einer aktuellen DIW-Studie auf Basis des SOEP (Sozio-oekonomisches Panel)

fühlen sich 19 % der Deutschen „manchmal oder öfter“ einsam – vor der Pandemie waren es nur 14 % (Entringer et al. 2025). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht aktuell sogar von einer „Epidemie der Einsamkeit“ (WHO o. J.), und in den US-amerikanischen Medien ist Putnam mit seinen Thesen aus seiner Studie *Bowling Alone* (Putnam 2000), in der er den Abstieg der Zivilgesellschaft und die Vereinsamung der Individuen beklagt, seit einiger Zeit wieder deutlich präsent (The Daily Show 2024). Besorgniserregend sind diese Entwicklungen insbesondere mit Blick auf den Bedeutungszuwachs digitaler Räume. Plattformen wie Facebook, X (ehemals Twitter), WhatsApp oder TikTok bieten durch ihre algorithmengesteuerte Struktur und weitgehend ungefilterten Inhalte neue Möglichkeiten, vereinsamte Individuen direkt anzusprechen – und für populistische Botschaften empfänglich zu machen.

Die *Massentheorie* geht davon aus, dass gesellschaftliche Isolation und fehlende gemeinschaftliche Einbindung zentrale Voraussetzungen für die Anfälligkeit gegenüber extremistischen Bewegungen darstellen. Hannah Arendt (1962) und William Kornhauser (1972) sehen eine wesentliche Ursache für den Aufstieg totalitärer Regime im Zerfall sozialer Bindungen. In Arendts Analyse erscheint die atomisierte, vereinsamte Person als besonders manipulierbar:

Totalitäre Bewegungen sind Massenorganisationen von atomisierten, isolierten Individuen (...) [Totale] Loyalität kann nur von dem völlig isolierten Menschen erwartet werden, der ohne andere soziale Bindungen an Familie, Freunde, Genossen oder auch nur Bekannte sein Gefühl, einen Platz in der Welt zu haben, nur aus seiner Zugehörigkeit zu einer Bewegung, seiner Mitgliedschaft in der Partei ableitet. (Arendt 1962: 323–324)

Auch Kornhauser betont die Bedeutung stabiler sozialer Netzwerke: Wer sozial eingebunden ist, orientiert sich an gemeinsamen Normen und Werten und ist dadurch weniger anfällig für extremistische Versuchungen (Kornhauser 1972: 32). Partizipierende Menschen sind stärker in soziale Netze eingebettet, erleben Nähe, Austausch und eine geteilte Identität. Die Zivilgesellschaft wird damit zum Ort der Vergemeinschaftung – sie schützt vor Apathie, Entfremdung und Intoleranz (Rydgren 2009: 129). Der Verlust solcher Einbindung hingegen kann, wie Robert Nisbet (1962: 15) betont, zu psychischem Verfall führen: „As a result of disintegration at the structural level, people are becoming increasingly disorganized at the psychological level“. Der populistische Appell an ein „Wir“ richtet sich gezielt an jene, die sich abhängt, orientierungslos oder gesellschaftlich entwurzelt fühlen – das atomisierte Individuum lässt sich so leichter ideologisch vereinnahmen.⁴

4 Parallelen zur MAGA-Bewegung in den USA und zu den Rekrutierungsstrategien von AfD-Anhängern auf TikTok sind dabei nicht rein zufällig (Weiss 2024).

Empirische Studien weisen deutlich auf einen positiven Zusammenhang zwischen Einsamkeit beziehungsweise sozialer Isolation einerseits und antidemokratischen Einstellungen sowie der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien andererseits hin (Langenkamp/Bienstman 2022; Rydgren 2009; O'Day/Heimberg 2021; Peterson et al. 2025; Pfundmair et al. 2024).

Allerdings stellt sich die Frage, ob zivilgesellschaftliche Beteiligung tatsächlich einen exklusiven Beitrag zur sozialen Einbindung leistet – oder ob ähnliche Wirkungen nicht auch durch andere Formen der Freizeitgestaltung erzielt werden können. In kapitalistischen Demokratien existiert heute eine Vielzahl sozialer Räume jenseits der organisierten Zivilgesellschaft, die ebenfalls Möglichkeiten für Begegnung, Austausch und kollektives Erleben bieten. Orte wie Cafés, Clubs, Theater, Fitnessstudios oder auch Urlaubsresorts fungieren als soziale Treffpunkte, an denen bestehende Netzwerke gepflegt und neue Beziehungen geknüpft werden können (Hirschle/Kleiner 2016). Auch digitale Plattformen – von Partnerbörsen bis hin zu sozialen Medien – eröffnen vielfältige Gelegenheiten zur sozialen Interaktion. Tatsächlich deutet die Forschung dahin, dass Freiwilligenorganisationen nach wie vor eine wichtige Rolle beim Aufbau sozialer Beziehungen außerhalb von Familie spielen (Feld 1982; McPherson et al. 2001). Menschen, die sich aktiv in Freiwilligenorganisationen einbringen, pflegen außerdem mehr Freundschaften, sind glücklicher und zeigen ein höheres Maß an Vertrauen gegenüber anderen als Menschen, die dies nicht tun (Davidson/Sanyal 2017; Roßteutscher 2008).

In der Tradition des neo-tocquevillianischen Sozialkapital- und Assoziationalismus-Ansatzes sowie im Civic Voluntarism Model (Verba et al. 1995) gelten Vereine und Initiativen als „Schulen der Demokratie“ – als Orte, an denen Individuen demokratische Werte nicht nur theoretisch erfahren, sondern durch ihre aktive Teilnahme praktisch einüben (Putnam 1993; Tocqueville 1835/1840; Arvanitidis 2017; Paxton 2002). Durch das gemeinsame Miteinander in Freiwilligenorganisationen lernen Bürger:innen, Verantwortung zu übernehmen, Konflikte konstruktiv auszutragen und Vertrauen aufzubauen. Diese Form der Teilhabe fördert soziale und kommunikative Kompetenzen wie Verhandlungsgeschick, Argumentation, Organisations-talent und Frustrationstoleranz, die wiederum zentrale Voraussetzungen politischer Partizipation darstellen (Roßteutscher 2009). Dabei werden zugleich demokratische Normen wie Toleranz, Mäßigung und Respekt gegenüber abweichenden Meinungen vermittelt und gestärkt (Verba et al. 1995; Paxton 2002). Aktives Partizipieren trägt somit zur Herausbildung eines „democratic consciousness“ (Arvanitidis 2017: 253) bei, dass das Individuum befähigt, sich souverän in der (vor-) politischen Öffentlichkeit zu bewegen – und es zugleich gegenüber antidemokratischen Einflüssen widerstandsfähiger macht (Arvanitidis 2017).

Auch hier lässt sich einwenden, dass es von der gelebten Norm abhängt, ob erworbene soziale und gemeinschaftsbezogene Fähigkeiten und Fertigkeiten

demokratieunterstützend wirken oder nicht. Wenn Menschen aktiv in Vereinigungen partizipieren und dabei Verhaltensweisen wie Toleranz, vertrauensvolles Kooperieren, friedliche Konfliktaustragung oder Frustrationstoleranz annehmen, ist dies sicherlich demokratieförderlich. Andere Fertigkeiten hingegen, wie Reden halten, debattieren, andere motivieren, Veranstaltungen organisieren, Verantwortung übernehmen und für gemeinsame Ziele arbeiten, können jedoch auch antidemokratischen Interessen dienen.

Schließlich kann eingewandt werden, dass aktive Beteiligung nicht demokratisch sozialisierend wirkt, sondern Partizipierende selbst eine selektive Gruppe darstellen. Zwar zeigen empirische Studien, dass aktive Individuen typischerweise eher demokratisch orientiert sind und in geringerem Maße zu rechtspopulistischen Ideen neigen als Nicht-Partizipierende (Rydgren 2009; Buzogány 2021). Doch stellt sich die Frage, ob „[...] people develop certain attitudes [...] in voluntary associations or do they self-select into these associations on the basis of preexisting views?“ (Quintelier 2013: 175).

Ein solcher Selektionseffekt kann auf zwei Ebenen wirken: *Zum einen* partizipieren demokratisch eingestellte Menschen mit höherer Wahrscheinlichkeit, da sie stärker auf das Gemeinwohl orientiert sind, kollektive Prozesse als wirksam empfinden und eher bereit sind, Verantwortung zu übernehmen (van Deth 2002; Almond/Verba 1963). *Zum anderen* findet zivilgesellschaftliche Partizipation (aktuell noch?) häufiger in einem Milieu statt, das von demokratisch orientierten Akteur:innen geprägt ist. Dieses Umfeld erzeugt sozialen Druck hin zu einer gewissen Konformität: Wer mitmachen will, passt sich entweder an – oder wird mittelfristig marginalisiert oder ausgeschlossen. So kann ein scheinbarer Sozialisationseffekt schlicht das Ergebnis milieubedingter Selektion sein.

Diese politisch-kulturelle Selektion kann eng verknüpft sein mit sozialer Ungleichheit. Wie die Forschung zeigt, ist die Gruppe der Aktiven typischerweise nicht Spiegelbild der Sozialstruktur der Gesamtgesellschaft. Verba, Schlozman und Brady (1995) haben für die USA gezeigt, dass zivilgesellschaftliche und politische Beteiligung eng mit höherem sozioökonomischem Status verknüpft ist. Für Deutschland verweist van Deth (2013) darauf, dass höher Gebildete systematisch häufiger und vielfältiger sowohl politisch als auch zivilgesellschaftlich partizipieren. Jüngere Forschung zeigt, dass Engagierte sich verstärkt aus den oberen Bildungs- und Klassenlagen rekrutieren, während bildungsferne Gruppen und Arbeiter:innen im Engagement deutlich unterrepräsentiert sind (Deutscher Bundestag 2025; Kleiner 2025; Meyer/Rameder 2022). Gerade diese überrepräsentierten Gruppen weisen zugleich die größte Demokratiezufriedenheit und die geringste Affinität zu autoritären oder rechtspopulistischen Einstellungen auf (Pickel 2021: 42). Das heißt: Der scheinbare Schutzeffekt zivilgesellschaftlicher Teilhabe könnte letztlich eher auf soziale Herkunft als auf die Tätigkeit selbst zurückzuführen sein.

Man könnte nun einwenden, dass diese Unterscheidung letztlich rein akademischer Natur sei – entscheidend sei, dass Partizipierende demokratisch gefestigter sind als Nicht-Partizipierende. Doch dieser Einwand enthielt einen Denkfehler und griffe zu kurz, denn Selektionseffekte sind anfällig für gesellschaftlichen Wandel und können ausgehebelt werden. Wenn sich zum Beispiel rechtspopulistische Einstellungen auch in höher gebildeten Milieus verbreiten oder sich unterrepräsentierte Gruppen stärker beteiligen, verändert sich zwangsläufig auch das Profil der Partizipation – und damit seine politische Wirkung. Die Folge ist eine schleichende Normalisierung rechtspopulistischer Haltungen im Aktivenmilieu – das heißt: Der Schutzeffekt geht mit der Veränderung des Milieus, aus dem sich die Partizipierenden rekrutieren, verloren. In diesem Fall entfiele der Schutz durch die Vergemeinschaftung; vielmehr würden Vereine und Initiativen zu einem Ort der Reproduktion antideokratischer Einstellungen und könnten so gesellschaftliche Fragmentierung oder sogar Polarisierung vorantreiben. Wenn hingegen ein echter Sozialisations- bzw. Immunisierungseffekt vorliegt, ist davon auszugehen, dass sich rechtspopulistische Einstellungen durch zivilgesellschaftliche Beteiligung selbst abschwächen – oder dass Personen mit entsprechenden Haltungen sich aus den Organisationen zurückziehen.

Es macht also einen Unterschied, auf welchem Mechanismus der Effekt beruht: Nur wenn Partizipation selbst eine formende Kraft entfaltet, lässt sich auf seine demokratifördernde Wirkung dauerhaft bauen. Und gerade vor dem Hintergrund, dass sich populistische – besonders rechtspopulistische – Milieus zunehmend in die gesellschaftliche Mitte hinein ausdehnen (Buzogány 2021; Hartmann et al. 2022), gewinnt diese Unterscheidung an Relevanz. Die Immunisierungswirkung von Partizipation steht also nicht fest – sie ist eine empirisch offene Frage. Inzwischen gibt es Anzeichen, dass Personen, die zu rechtspopulistischen Parteien neigen, sich immer weniger nur aus den (soziodemographischen) Reihen der sogenannten „Modernisierungsverlierer“ rekrutieren (Buzogány 2021: 37; Hartmann et al. 2022). Der Rechtspopulismus kommt, mit anderen Worten, immer mehr in der Mitte der Gesellschaft an (siehe Einleitung). Vor diesem Hintergrund ist es plausibel, dass, wenn mehr Individuen mit bestimmten Einstellungen Vereinigungen beitreten und ihre Positionen dort mit hoher Sichtbarkeit vertreten, neue Deutungsrahmen und Praktiken sich durch Wiederholung etablieren und routiniert werden; dadurch verschieben sich deskriptive und injunktive Normen, und entsprechende (politische) Haltungen normalisieren sich. Inhalte verlieren ihren Ausnahmeharakter, werden entmoralisiert und erscheinen als selbstverständlicher Bestandteil der Assoziationskultur (Sunstein 1999; Verba/Schlozman/Brady 1995).

Aus diesen theoretischen Überlegungen lassen sich zwei zentrale Annahmen ableiten: die Resilienzthese, die von einer demokratifördernden Wirkung zivilgesellschaftlicher Partizipation ausgeht, und die Normalisierungsthese, die eine

zunehmende Durchlässigkeit des Engagementmilieus für rechtspopulistische Orientierungen annimmt:

Die *Resilienz- bzw. Schutzhypothese* geht davon aus, dass zivilgesellschaftlich Partizipierende – sei es durch demokratische Sozialisation oder selektive Milieueffekte – gegenüber anti-demokratischen Tendenzen vergleichsweise resistent bleiben.

Die *Normalisierungsthese* besagt, dass sich anti-demokratische Orientierungen unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (ideologische Verschiebung der gesellschaftlichen Mitte, gesellschaftliche Polarisierung) auch unter den zivilgesellschaftlich Partizipierenden ausbreiten.

3. Empirische Analysen

Im Folgenden werden zunächst die Fragen auf der Mikroebene operationalisiert und empirisch geprüft. Hier stellt sich die Frage, ob zivilgesellschaftliche Partizipation die Individuen gegenüber antidemokratischen Tendenzen, wie dem Populismus, immunisiert – oder ob sich entsprechende Haltungen zunehmend auch unter Partizipierenden verbreiten und die Unterstützung populistischer Gruppen unter ihnen ansteigt. Auf der Makroebene stellt sich die Frage, ob Regionen mit hohen Partizipationsquoten und inklusiv ausgerichteten Strukturen besser gegen antidemokratische Tendenzen gewappnet sind als Regionen, in denen die Partizipation geringer ausgeprägt ist und die zivilgesellschaftlichen Strukturen eher exklusiv wirken.

3.1 Hypothesen, Daten, Operationalisierung: Resilienz vs. Normalisierung

Für die Analyse des Zusammenhangs zwischen zivilgesellschaftlicher Partizipation und rechtspopulistischer Orientierung liegt es zunächst nahe, den Freiwilligensurvey heranzuziehen. Dieser stellt für Deutschland die umfassendste Datengrundlage zur Erfassung freiwilliger Tätigkeiten dar. Allerdings fehlen dort Variablen zu politischen Einstellungen und zur Unterstützung populistischer Parteien, sodass sich die für diesen Beitrag zentrale Fragestellung mit diesen Daten nicht bearbeiten lässt. Eine weitere Option wären international vergleichende Umfragestudien, die sowohl politische Orientierungen als auch Partizipation erfassen. Für Deutschland bieten diese jedoch keine hinreichend großen Fallzahlen, um die Hypothesen auch auf regionaler Ebene robust zu prüfen. Vor diesem Hintergrund greife ich auf das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) zurück. Das SOEP zählt zu den größten repräsentativen Erhebungen in Deutschland, zeichnet sich durch eine hohe Datenqualität aus, ermöglicht als Längsschnittpanel die Analyse von Trends und bietet aufgrund seiner großen Fallzahl eine solide Basis auch für regionale Auswertungen. Umgekehrt erfasst das SOEP zivilgesellschaftliche Partizipation nicht in ihrer gesamten Breite, sondern lediglich einen Teilbereich: das ehrenamtliche Engagement. Während zivilgesellschaftliche Partizipation jede Form freiwilliger Beteiligung außerhalb von

Familie und Beruf umfasst (siehe oben), bezeichnet das Ehrenamt dauerhafte, unentgeltliche Tätigkeiten im Rahmen organisierter Strukturen, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind. Damit bildet das SOEP zentrale, aber nicht alle theoretisch relevanten Dimensionen zivilgesellschaftlicher Partizipation ab (Kleiner 2021a: 116).

Auch für die Operationalisierung der abhängigen Variable – populistische Orientierungen (z. B. Skalen zu Anti-Eliten-Einstellungen, Volkszentrierung, Manichäismus oder Präferenz für direkte Herrschaft) – stehen im SOEP keine optimalen Indikatoren zur Verfügung. Daher wird im Folgenden die Wahl rechtspopulistischer Parteien als Proxy herangezogen. Dabei ist selbstverständlich, dass populistische Orientierungen inhaltlich breiter gefasst sind als eine parteispezifische Wahlentscheidung. Ebenso sind Einstellungen und Verhalten nicht deckungsgleich, auch wenn beide empirisch deutlich miteinander korrelieren (Kleiner 2013).

Vor dem Hintergrund der praktischen Datenrestriktionen und der damit einhergehenden Engführung müssen – in Anlehnung an die theoretischen Ausführungen – die Resilienz- und die Normalisierungsthese in Form empirisch prüfbarer Hypothesen reformuliert werden, wobei an die oben beschriebene Entwicklung des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien im Zeitverlauf angeknüpft wird:

H1-Mikro (Resilienz): Ehrenamtlich Engagierte haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, rechtspopulistische Parteien⁵ zu wählen, als Nicht-Engagierte; dieser Unterschied bleibt über die Zeit stabil oder verstärkt sich.

H2-Mikro (Normalisierung): Über die Zeit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass auch ehrenamtlich Engagierte rechtspopulistische Parteien wählen, sodass sich ihr Wahlverhalten zunehmend dem der Nicht-Engagierten annähert.

Um die Wirkung einer immunisierenden Sozialisation von Engagierten gegenüber antidemokratischen Entwicklungen kausal prüfen zu können, wären Paneldaten erforderlich, die es erlauben zu analysieren, wie sich Engagement und die Wahl rechtspopulistischer Parteien über die Zeit hinweg auf Personenebene entwickeln – ob sie aus dem Engagement aussteigen, ihr Wahlverhalten ändern etc. Solche Daten liegen jedoch derzeit nicht vor. Es ist jedoch möglich zu untersuchen, wie sich die Anteile der Personen, die rechtspopulistische Parteien wählen, innerhalb der Gruppe der Engagierten und Nicht-Engagierten über die Zeit entwickeln. Bleibt der Anteil unter den Engagierten stabil niedrig oder sinkt sogar, spricht dies für die Resilienzthese. Ein Anstieg bzw. eine Angleichung des Anteils rechtspopulistischer Wähler:innen unter den Engagierten an das Niveau unter den Nicht-Engagierten würde hingegen die Normalisierungsthese stützen. Ein zentrales methodisches

5 Selbstverständlich existieren auch linkspopulistische Parteien. Mit der Partei Die Linke verfügen sie jedoch derzeit weder im Bundestag noch in den meisten Landtagen über eine mit den Rechtspopulisten vergleichbare Stärke und stellen daher aktuell keine nennenswerte Gefahr für die Stabilität der Demokratie dar. Der Schwerpunkt dieses Beitrags liegt daher auf dem Rechtspopulismus.

Problem dieser Analyse besteht jedoch darin, dass der Anteil der Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien im betrachteten Zeitraum (2013–2022) insgesamt noch vergleichsweise gering ist. Dies erschwert die Analyse insofern, als auf Basis kleiner Fallzahlen lediglich marginale Unterschiede identifiziert werden können, deren Aussagekraft und statistische Belastbarkeit begrenzt sind. Zum anderen ist die Entwicklung des Anteils AfD-wählender Personen unter den Engagierten nur im Verhältnis zur Gesamtentwicklung in der Bevölkerung interpretierbar. Ein isolierter Anstieg oder Rückgang sagt für sich genommen wenig aus, da sich die politische Kultur gesamtgesellschaftlich verschieben kann. Um valide Aussagen über eine potenzielle „Normalisierung“ rechtspopulistischen Wahlverhaltens im Engagementmilieu zu treffen, muss geprüft werden, ob sich die Entwicklung hier anders vollzieht als in der Gesamtbevölkerung – etwa abschwächt (resilient) oder überproportional verstärkt (normalisierend). Ein bloßer Parallelverlauf hingegen deutet auf eine Spiegelung allgemeiner gesellschaftlicher Trends hin, nicht aber auf spezifische Effekte des Engagements.

Daher wähle ich eine umgekehrte Perspektive: Statt den Anteil AfD-wählender Personen innerhalb der Gruppe der Engagierten zu betrachten, analysiere ich die Entwicklung des Anteils freiwillig Engagierter innerhalb zweier Vergleichsgruppen – AfD-Wähler:innen und Nicht-AfD-Wähler:innen – über den Zeitraum von 2013 bis 2022. Dabei gehe ich davon aus, dass sich beide Gruppen überwiegend in nicht-politischen Kontexten engagieren – etwa in Sport- und Kulturvereinen, sozialen Diensten, Religionsgemeinschaften oder im Rettungswesen. Diese Annahme erscheint plausibel, da zum einen die im SOEP erfassten Engagementformen primär auf solche nicht-politischen Aktivitäten abzielen, und zum anderen politisches Engagement mit einem Anteil von unter 6 % unter allen Engagierten zu den eher randständigen Engagementformen zählt (Kleiner 2022b: 5). Diese Vorgehensweise erlaubt es, die Engagementquoten der beiden Wählergruppen im Zeitverlauf systematisch zu vergleichen. Eine Annäherung der Engagementanteile unter AfD- und Nicht-AfD-Wählenden würde dabei auf eine zunehmende Normalisierung rechtspopulistischer Einstellungen im zivilgesellschaftlichen Raum hinweisen. Umgekehrt würde ein stabiler oder wachsender Abstand zugunsten der Nicht-AfD-Wählenden die Resilienzthese stützen.

Durch die getrennte Analyse für Ost- und Westdeutschland kann zugleich die Wirkung unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Kontexte kontrolliert werden: Während die Gesamtquote der AfD-Wähler:innen zum betrachteten Zeitraum in Westdeutschland noch vergleichsweise niedrig ausfällt, liegt sie in Ostdeutschland deutlich höher. Die weitere politische Entwicklung bestätigt diese Divergenz: Bei der Bundestagswahl 2025 wurde die AfD in sämtlichen ostdeutschen Flächenländern stärkste Kraft und erzielte dort einen Stimmenanteil von 32 %, während ihr Anteil in Westdeutschland bei 18 % lag (Bundeswahlleiterin 2025). Infolgedessen ist davon

auszugehen, dass der gesellschaftspolitische Druck auf zivilgesellschaftlich Engagierte in Ostdeutschland höher ausfällt – ebenso wie die Wahrscheinlichkeit einer Normalisierung rechtspopulistischer Einstellungen im Engagementmilieu.

Zur empirischen Überprüfung der formulierten Hypothesen werden repräsentative Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP 2024) herangezogen, das auf einer Zufallsstichprobe der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland basiert. Die Operationalisierung des Engagements erfolgt über einen Indikator, der auf die selbstberichtete Häufigkeit ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten abzielt. Die Erhebung konzentriert sich damit auf Formen des klassischen Ehrenamts, das typischerweise institutionell an zivilgesellschaftliche Organisationen angebunden ist. Die Variable wird im zweijährigen Rhythmus auf einer vierstufigen Skala erhoben. Für die Analyse erfolgt eine Dichotomisierung: Der Wert 1 wird vergeben, wenn die befragte Person angibt, sich mindestens „jede Woche“, „jeden Monat“ oder „seltener“ zu engagieren. Der Wert 0 entspricht der Angabe „nie“.

Die Wahl rechtspopulistischer Parteien wird im SOEP über folgende Frage erhoben: „Wie war das eigentlich bei der letzten Bundestagswahl am XX.XX.XXXX? Welche Partei haben Sie da gewählt?“ Diese Variable liegt für die Wahljahre 2013, 2017 und 2021 vor. Auch sie wird als dichotome Variable in die Analyse aufgenommen: Der Wert 1 steht für die Wahl einer der folgenden Parteien: *Alternative für Deutschland (AfD), Republikaner, Die Rechte, oder Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*⁶. Der Wert 0 umfasst alle übrigen Parteien sowie Wahlenthaltung.

Da Wahlverhalten und Engagement im SOEP nicht in derselben Erhebungswelle abgefragt werden, erfolgt eine zeitliche Zuordnung auf Basis der Panelstruktur. Die Angabe zum ehrenamtlichen Engagement wird jeweils um ein Jahr nach vorne verschoben, sodass beispielsweise die Angabe aus dem Jahr 2013 für das Wahljahr 2014 herangezogen wird. Analog wird für die Jahre 2017 (verschoben nach 2018) und 2021 (verschoben nach 2022) verfahren. Diese Vorgehensweise setzt voraus, dass Befragte in jeweils zwei aufeinanderfolgenden Paneljahren (2013/2014, 2017/2018, 2021/2022) enthalten sind.

3.2 Hypothesen, Daten, Operationalisierung: Sozialkapital vs. soziale Schließung

Die zweite Frage bezieht sich auf die Wirkungen des Engagements auf der Makroebene (vgl. Abschnitt 2.2). Auch für die Analysen auf der regionalen Makroebene muss mit Einschränkungen umgegangen werden, da keine strukturellen Daten zur Messung der organisierten Zivilgesellschaft zur Verfügung stehen. Selbst wenn

6 Die Deutsche Volksunion (DVU) existierte 2013 nicht mehr und war bereits in der NPD aufgegangen.

regional aufgelöste Daten zum Organisationsgrad der Zivilgesellschaft vorlägen, ist mir keine Datenquelle bekannt, die Aufschluss über die Inklusions- oder Exklusionsneigung dieser Vereinigungen und Freiwilligenorganisationen geben würde. Daher wird die regionale Engagementdichte als Maß für die institutionelle Verankerung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten auf regionaler Ebene herangezogen, das zwar angibt, wie verbreitet das organisationsgebundene Engagement in einer Region tatsächlich ist, jedoch zentrale Qualitäts- und Strukturmerkmale der organisierten Zivilgesellschaft, wie Inklusivität/Exklusivität von Organisationen, Bonding- vs. Bridgingpotenziale, politische/kulturelle Ausrichtung der Organisationen, interne Demokratie und Governance, Mitgliederzusammensetzung etc. nicht abbilden kann.

Folgende Hypothesen werden aufgestellt:

H3-Makro (Sozialkapital/Resilienz): Regionen mit höherem Engagementniveau weisen einen geringeren Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien auf.

H4-Makro (Soziale Schließung): Regionen mit höherem Engagementniveau weisen einen höheren Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien auf.

Zur empirischen Überprüfung dieser konkurrierenden Annahmen wird auf aggregierte Regionaldaten zurückgegriffen. Analysiert wird der Zusammenhang zwischen dem Anteil Engagierter in einer Region und dem Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien bei der Bundestagswahl 2025. Eine negative Korrelation – also ein geringerer Stimmenanteil für rechtspopulistische Parteien in Regionen mit hohem Engagement – würde die These Putnams stützen. Eine positive Korrelation spräche dagegen für das von Florida und Berman skizzierte Szenario der sozialen Schließung.

Analysen auf der Makroebene sind grundsätzlich mit methodischen Unsicherheiten behaftet, insbesondere hinsichtlich der Kausalität. Regionen unterscheiden sich nicht nur im Grad zivilgesellschaftlichen Engagements, sondern auch in zahlreichen sozioökonomischen, kulturellen und politischen Merkmalen, die nicht vollständig kontrolliert werden können. Ziel der Analyse ist daher nicht der Nachweis kausaler Wirkmechanismen, sondern ein explorativer Blick auf mögliche Zusammenhänge zwischen Engagement und Wahl rechtspopulistischer Parteien. Zur Durchführung der Analyse werden zwei Datensätze kombiniert: erstens die aggregierten Angaben zum ehrenamtlichen Engagement aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP 2019), zweitens die offiziellen Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2025 auf Ebene der Wahlkreise (Bundeswahlleiterin 2025). Beide Datensätze werden auf die sogenannte NUTS-2-Ebene aggregiert, die unterhalb der Bundesländer-Ebene angesiedelt ist und insgesamt 38 regionale Einheiten umfasst (vgl. Tabelle 2, Anhang). Einige NUTS-2-Einheiten sind dabei mit der Bundeslandebene identisch – dabei handelt es sich zum einen um die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, zum anderen um die Flächenländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Saarland und Thüringen.

Während die Zuordnung zur NUTS2-Ebene im SOEP als Variable vorliegt, muss sie für die Wahlergebnisse (auf Wahlkreisebene) manuell hergestellt werden, indem die Bundestagswahlergebnisse auf Wahlkreisebene den 38 NUTS2-Regionen zugeordnet werden. Anschließend werden beide Datensätze aggregiert. Für das Engagement wird für die dichotome Variable (Operationalisierung vgl. Abschnitt oben) der gewichtete Mittelwert über die NUTS2-Regionen gebildet. Um die Wahlergebnisse abzubilden, wird für jede NUTS2-Region der Anteil der AfD-Stimmen an allen gültigen Stimmen berechnet. Die fertig aggregierten Daten aus dem SOEP und den Wahlergebnissen können anschließend über die NUTS2-Region als Schlüsselvariable verknüpft und gemeinsam analysiert werden.

3.3 Analyseergebnisse der Mikroebene – Resilienz oder Normalisierung?

Zeigt sich unter Engagierten eine Resilienz gegenüber rechtspopulistischen Entwicklungen oder kommt es zu einer schlechenden Normalisierung (H1, H2)? In Tabelle 1 sind dazu die Engagementraten im Zeitverlauf dargestellt, getrennt nach Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien⁷ und jenen Wahlberechtigten, die keine solche Partei gewählt haben. Da sich sowohl die Engagementraten als auch das Wahlverhalten im Hinblick auf rechtspopulistische Parteien deutlich zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden, werden die beiden Regionen getrennt ausgewiesen.

Zunächst ist erkennbar, dass ehrenamtliches Engagement über die Jahre hinweg kontinuierlich zunimmt. Während sich im Jahr 2014 über die Gesamtstichprobe hinweg rund 31 % der wahlberechtigten Befragten engagieren, liegt dieser Anteil 2018 bei 34 % und 2022 bereits bei 36 %. Dieser Anstieg zeigt sich in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen – allerdings auf deutlich unterschiedlichen Ausgangsniveaus: In den westdeutschen Bundesländern engagieren sich im Schnitt rund sieben Prozentpunkte mehr Personen als in den ostdeutschen Bundesländern (35 % vs. 28 %, gemittelt über alle drei Jahre).

Betrachtet man nun Wähler:innen rechtspopulistischer Parteien im Vergleich zu jenen, die demokratische Parteien gewählt oder gar nicht an der Wahl teilgenommen haben, zeigt sich ein klares Muster: Letztere engagieren sich deutlich häufiger ehrenamtlich als AfD-Wähler:innen. Über alle Bundesländer und alle drei Zeitpunkte hinweg liegt die durchschnittliche Engagementquote dieser Gruppe um neun Prozentpunkte höher (34 % vs. 25 %). Auffällig ist zudem: Der Anstieg des ehrenamtlichen Engagements über die Jahre betrifft ausschließlich jene Bürger:innen, die entweder demokratisch gewählt haben oder gar nicht gewählt haben. Unter den AfD-Wähler:innen bleibt die Engagementrate dagegen insgesamt relativ stabil.

7 Der Einfachheit halber wird diese Gruppe im Folgenden als AfD-Wählergruppe bezeichnet.

Dieses Bild differenziert sich jedoch deutlich, sobald man zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheidet. Während der Anteil engagierter AfD-Wähler:innen in Westdeutschland zwischen 2014 und 2022 kontinuierlich zurückgeht (von 27 % auf 20 %), steigt er in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum an – und zwar von 20 % auf 27 %. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Anstieg in Ostdeutschland im Jahr 2014 auf einer kleinen Fallzahl basiert und statistisch nicht signifikant ist (vgl. Konfidenzintervalle in Tabelle 3, Anhang).

Über die Zeit zeigt sich dennoch: In Westdeutschland liegt die Engagementquote von AfD-Wählenden klar unter derjenigen der restlichen wahlberechtigten Bevölkerung (24 % vs. 35 %). In Ostdeutschland hingegen sind die Unterschiede marginal – hier engagieren sich 28 % der Nicht-AfD-Wählenden und 26 % der AfD-Wählenden.

In Bezug auf die beiden Hypothesen zeigt sich somit ein gemischtes Bild: Die Resilienz-Hypothese (H1), der zufolge Engagierte weniger anfällig für Rechtspopulismus sind, findet in Westdeutschland Unterstützung. Die Normalisierungshypothese (H2), nach der die Wahl rechtspopulistischer Parteien auch unter Engagierten Verbreitung finden sollte, wird hingegen durch die Entwicklung in Ostdeutschland gestützt. Dort lässt sich ein Trend zur Angleichung der Engagementquoten zwischen AfD- und Nicht-AfD-Wähler:innen beobachten. Dieser Befund spricht im Übrigen auch dafür, dass etwaige Schutzeffekte eher durch Selektion als durch eine immunisierende Wirkung des Engagements zustande kommen – denn bei Letzterem hätten sich vergleichbare Unterschiede in Ostdeutschland gezeigt.

Tabelle 1: Anteil Engagierte unter AfD-Wähler:innen und Nicht-AfD-Wähler:innen (2014–2022)

	Nicht-AfD-Wähler:innen			AfD-Wähler:innen			Gesamt		
	West-D.	Ost-D.	Ges.	West-D.	Ost-D.	Ges.	West-D.	Ost-D.	Ges.
2014	33%	25%	31%	27%	20%	25%	32%	25%	31%
N	15.141	4.690	19.831	403	173	576	15.544	4.863	20.407
2018	36%	29%	35%	24%	27%	25%	35%	29%	34%
N	15.318	4.220	19.538	928	613	1.541	16.246	4.833	21.079
2022	38%	34%	37%	20%	27%	23%	37%	33%	36%
N	14.601	3.895	18.496	487	477	964	15.088	4.372	19.460
Gesamt	35%	28%	34%	24%	26%	25%	35%	28%	33%
N	45.060	12.805	57.865	1.818	1.263	3.081	46.878	14.068	60.946

Quelle: Datenbasis SOEP (2024), eigene Berechnungen, gewichtet. Zu den Konfidenzintervallen siehe Tabelle 3 im Anhang.

Unter den Wahlberechtigten, die keine rechtspopulistische Partei gewählt haben, steigen die Engagementraten sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Der Zuwachs ist im Osten stärker, sodass sich der Ost-West-Abstand in dieser Gruppe von 8 Prozentpunkten (2014) auf 4 Prozentpunkte (2022) verringert. Gleichzeitig steigt in Ostdeutschland die Engagementrate unter AfD-Wähler:innen (20 % → 27 %), während sie in Westdeutschland sinkt (27 % → 20 %).

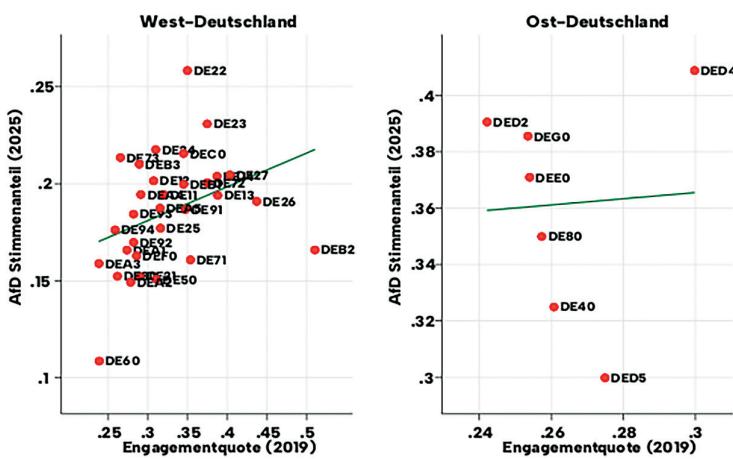
Wie lassen sich die Ergebnisse einordnen? Bundesweit zeigt sich unter den Nicht-AfD-Wählenden eine zunehmende Aktivierung; ob es sich dabei um eine demokratische Mobilisierung handelt, kann den Daten nicht entnommen werden. Der westdeutsche Verlauf stützt eher die Resilienzthese (H1), während die ostdeutschen Entwicklungen – mit steigenden Engagementraten unter AfD-Wählenden – auf eine Normalisierung rechtspopulistischen Wahlverhaltens hindeuten (H2).

3.4 Analyseergebnisse der Makroebene – Sozialkapital oder soziale Schließung?

Schließlich richtet sich der Blick auf die Frage, ob Regionen mit einem hohen Anteil Engagierter weniger anfällig für den Rechtspopulismus sind als Regionen mit geringeren Anteilen (H3), oder ob sich im Gegenteil eher Hinweise auf Prozesse sozialer Schließung (H4) erkennen lassen? Es sei vorweggenommen: Diese Frage lässt sich nur in groben Zügen beantworten. Regionen unterscheiden sich nicht nur im Anteil freiwillig Engagierter, sondern zugleich in zahlreichen weiteren Faktoren – etwa in ihrer wirtschaftlichen Struktur, der sozialen Zusammensetzung oder dem Grad an Urbanisierung. Diese Einflüsse lassen sich im Rahmen der hier vorliegenden Daten nicht kontrollieren. Ziel der Analyse ist daher kein kausaler Nachweis, sondern eine explorative Einschätzung der gegenwärtigen Lage.

Abbildung 1 zeigt den Zusammenhang zwischen ehrenamtlichem Engagement und der Wahl rechtspopulistischer Parteien auf regionaler Ebene, getrennt für West- und Ostdeutschland (Ostdeutschland ohne Berlin). Der Befund überrascht: Anders als von der Sozialkapitalthese (H3) erwartet, ergibt sich kein negativer, sondern ein positiver Zusammenhang – zumindest für Westdeutschland. Dort korreliert der Anteil Engagierter auf NUTS2-Ebene signifikant positiv mit dem Stimmenanteil der AfD: Je höher der Engagementanteil in einer Region, desto mehr Personen haben dort AfD gewählt. Der Zusammenhang ist bei einem Signifikanzniveau von 5 % nachweisbar, die erklärte Varianz liegt bei rund 13 %. Für Ostdeutschland hingegen ergibt sich kein substantieller Zusammenhang zwischen Engagementquote und AfD-Wahlergebnis. Aufgrund der deutlich kleineren Fallzahl ($n = 7$ Regionen) ist die Aussagekraft hier eingeschränkt.

Abbildung 1: Anteil Engagierte und Anteil AfD-Wählende auf NUTS2-Ebene



Quelle: SOEP 2019 sowie Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 (Bundeswahlleiterin 2025), aggregiert auf NUTS2-Ebene. Eigene Berechnungen. Stichprobe: n = 31 (DE-W), n = 7 (DE-O).

Auch wenn die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind – insbesondere ange- sichts der fehlenden Kontrolle konfundierender Variablen – sprechen sie gegen die Sozialkapitalthese (H3). Dies wiegt umso schwerer, als auf Individualebene gezeigt wurde, dass Engagierte in Westdeutschland seltener rechtspopulistische Parteien wählen. Eine negative Korrelation auf regionaler Ebene wäre also allein deshalb zu erwarten gewesen.

Die Tatsache, dass sich dennoch ein positiver Zusammenhang zeigt, legt nahe: Ent- weder wird der erwartete Schutzeffekt durch andere strukturelle Faktoren überla- gert – oder aber es handelt sich um einen sozialen Schließungseffekt (H4). In diesem Fall würde vom Engagement eine eher exkludierende Wirkung ausgehen: In Re- gionen mit hohem zivilgesellschaftlichen Engagement könnte sich ein „Insider/Out- sider“-Gefälle ausbilden, bei dem sich Nicht-Engagierte als ausgeschlossen oder sogar abgehängt erleben. Diese Gruppe wäre dann vermutlich empfänglicher für rechtspopulistische Ansprache. Entsprechende Hinweise finden sich bereits bei Kleiner (2021b: 877): „Widespread civic participation increases the risk that non- participants will be excluded from communal life.“ In diesem Sinne könnten hohe

Engagementquoten in bestimmten Regionen zum Erstarken des Rechtspopulismus beitragen – zumindest unter jenen, die sich sozial nicht zugehörig fühlen.⁸

4. Diskussion und Fazit

Der vorliegende Beitrag befasste sich mit der zentralen Frage, ob die organisierte Zivilgesellschaft eine Schutzwirkung gegenüber antidemokratischen Entwicklungen in der Gesamtgesellschaft entfaltet oder ob sie alternativ Prozesse sozialer Schließung begünstigt und entsprechenden Tendenzen Vorschub leistet. Empirisch konnten aufgrund der Datenrestriktionen jedoch nur Zusammenhänge zwischen ehrenamtlichem Engagement (SOEP 2013–2022) und der Wahl rechtspopulistischer Parteien geprüft werden; Einstellungsmaße sowie strukturelle Merkmale der organisierten Zivilgesellschaft blieben unberücksichtigt.

Die Befunde fallen ambivalent aus. Unter den Nicht-AfD-Wählenden steigen die Engagementraten in West- und Ostdeutschland und der Ost-West-Abstand schrumpft. Im Westen sinkt die Engagementrate unter den AfD-Wählenden über die Zeit – was mit der Resilienz-Hypothese (H1) vereinbar ist. In Ostdeutschland hingegen nähern sich die Engagementquoten beider Gruppen an, was als Hinweis auf eine beginnende Normalisierung der Wahl rechtspopulistischer Parteien im Engagementmilieu gedeutet werden kann (H2). Vor dem Hintergrund, dass die AfD dort inzwischen stärkste politische Kraft ist, scheint die zivilgesellschaftliche Sphäre an demokratischer Abgrenzungsfunktion zu verlieren.

Auch auf der Makroebene lässt sich – entgegen der Annahme der Sozialkapitaltheorie (H3) – kein protektiver Effekt regional verdichteten Engagements gegenüber rechtspopulistischer Parteipräferenz nachweisen. Im Gegenteil: In Westdeutschland fällt der Zusammenhang auf der NUTS2-Ebene signifikant positiv aus – je höher der Anteil ehrenamtlich Engagierter in einer Region, desto größer der Anteil der AfD-Wählenden. Dieser Befund könnte entweder durch unbeobachtete Drittvariablen überlagert sein oder auf einen Exklusionseffekt im Sinne eines „Insider/Outsider“-Musters hinweisen. Er könnte aber auch – im Sinne des Modells der sozialen Schließung – auf selektive Abschottungsprozesse hinweisen (H4). In Ostdeutschland ist hingegen kein substanzialer Zusammenhang erkennbar.

Insgesamt legen die Befunde nahe, dass von einer genuinen Schutzwirkung von zivilgesellschaftlichem Engagement vor antidemokratischen Tendenzen (hier: Wahl rechtspopulistischer Parteien) nicht ausgegangen werden kann. Wahrscheinlicher ist, dass Selektionsprozesse und/oder regionale Schließungsmechanismen die

⁸ Zur besseren Visualisierung der regionalen Streuung zeigen die Karten in Abbildung 2 die Verteilung des ehrenamtlichen Engagements (links) und des Stimmenanteils für die AfD (rechts) auf Ebene der NUTS-2-Regionen. Die kontrastierenden Muster stützen die aggregierten Befunde und illustrieren die regional unterschiedlichen Zusammenhänge (siehe Anhang).

Befunde prägen – die demokratiefördernde Wirkung von Engagement hängt offenbar vom gesellschaftlichen Kontext ab. Wie oben beschrieben, ist es plausibel, dass unter bestimmten Bedingungen – insbesondere bei einseitiger sozialer Rekrutierung oder abnehmender demokratischer Grundorientierung – zivilgesellschaftliche Strukturen auch zur Fragmentierung der Gesellschaft beitragen.

Für die Politik stellt sich die Frage, wie die aktive Zivilgesellschaft als Ressource demokratischer Resilienz und ihre integrativen Potenziale gezielt gestärkt werden können. Dazu gehört, Teilhabekräfte für bislang unterrepräsentierte Gruppen zu senken, das Brückenkapital zwischen verschiedenen Milieus zu fördern und Vereine sowie Initiativen zu unterstützen, die demokratische Werte aktiv vermitteln. Vor diesem Hintergrund leistet die vorliegende Analyse auch einen Beitrag zur aktuellen Debatte über gesellschaftliche Polarisierung und politische Fragmentierung. Wenn Engagement sich zunehmend von demokratischen Grundhaltungen entkoppelt, droht seine gesellschaftlich legitimierende Funktion verloren zu gehen. Und wenn soziale Teilhabe vorwiegend innerhalb homogener Milieus stattfindet, kann die Zivilgesellschaft ihre Brückenfunktion nicht mehr erfüllen – sie wird selbst Teil des Problems.

Für die Forschung ergibt sich daraus ein doppelter Erkenntnisbedarf: Zum einen bedarf es längsschnittlicher Studien, die die Wirkzusammenhänge zwischen Engagement und weiteren Dimensionen der organisierten Zivilgesellschaft einerseits und der politischen Kultur andererseits im Zeitverlauf empirisch nachzeichnen. Zum anderen sind vertiefende Milieustudien notwendig, um Kontexte, Inhalte und Adressatengruppen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten differenzierter erfassen und einordnen zu können.

Literaturverzeichnis

Almond, Gabriel Abraham; Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton.

Alischer, Mareike; Dathe, Dietmar; Priller, Eckhard; Speth, Rudolf (2021): *Zivilgesellschaft in Zahlen. Der Dritte-Sektor in Deutschland. Ziviz-Survey 2021*. Berlin.

Anheier, Helmut K. (2004): *Civil society. Measurement, Evaluation, Policy*. London.

Anheier, Helmut K.; Themudo, Nuno (2002): *Organizational forms of global civil society: Implications of going global*. In: Glasius, Marlies; Kaldor, Mary; Anheier, Helmut K. (Hrsg.): *Global Civil Society 2002*. Oxford, S. 191–216.

Arendt, Hannah (1962): *The Origins of Totalitarianism*. Cleveland.

Arvanitidis, Paschalidis A. (2017): *The concept and determinants of civic engagement*. In: *Human Affairs*, 27. Jg., Heft 3, S. 252–272, <https://doi.org/10.1515/humaff-2017-0022>.

Berman, Sheri (2006): *Gesellschaft, Konflikt und Zivilgesellschaft*. In: *Mittelweg* 36, 15. Jg., Heft 1, S. 33–48.

Berman, Sheri (1997): *Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic*. In: *World Politics*, 49. Jg., Heft 3, S. 401–429, <https://doi.org/10.1353/wp.1997.0008>.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL); Deutscher Landkreistag (2023): Hauptamt stärkt Ehrenamt. Ansatzpunkte, Ideen, gute Beispiele (Schriften des Deutschen Landkreistages, 151). <https://www.landkreistag.de/publikationen/3294-hauptamt-staerkt-ehrenamt-ansatzpunkte-ideen-gute-beispiele> (9.9.2025).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): Demokratie leben! Zweite Förderperiode 2020–2024. Programmheft. <https://www.demokratie-leben.de/dl/foerderung/fruehere-foerderperioden> (9.9.2025).

Bundesministerium des Innern und für Heimat & Bundesamt für Verfassungsschutz (2023): Verfassungsschutzbericht 2022. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022/vsb-2022.pdf> (19.9.2025).

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024): Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen – Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen. https://www.beratungsnetzwerk-mv.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Download/Materialien/Grundlagen/2024.02.13_REX_entschlossen_bek%C3%A4mpfen_BMI_2024.pdf (19.9.2025).

Buzogány, Aron (2021): Civic engagement, political participation and the radical right in Central and Eastern Europe. In: *Party Politics*, 27. Jg., Heft 1, S. 35–45, <https://doi.org/10.1177/1350468819863630>.

Dahl, Viktor; Abdelzadeh, Ali (2017): Self-Selection or Socialization? The Longitudinal Relation Between Civic Engagement and Political Orientations Among Adolescents. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 46. Jg., Heft 6, S. 1250–1269, <https://doi.org/10.1177/0899764017728363>.

Davidson, Thomas; Sanyal, Paromita (2017): Associational Participation and Network Expansion: Microcredit Self-Help Groups and Poor Women's Social Ties in Rural India. In: *Social Forces*, 95. Jg., Heft 4, S. 1695–1724, <https://doi.org/10.1093/sf/sow021>.

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) (2023): Mikroförderprogramm „Ehrenamt gewinnen. Engagement binden. Zivilgesellschaft stärken.“ https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/wp-content/uploads/2023/03/Foerderleitfaden_Mikrofoerderung-2023.pdf (9.9.2025).

Deutscher Bundestag (2024): Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/vierter-engagementbericht-253738> (9.9.2025).

Die Bundeswahlleiterin (2025): Bundestagswahl 2025. <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/opendata/btw25/csv/> (9.9.2025).

Entringer, Theresa M.; Kumrow, Linda; Stacherl, Barbara (2025): Einsamkeit in Deutschland: Die gefährdetste Gruppe sind Menschen mit niedrigem Einkommen. In: *DIW Wochenbericht*, Heft 5, S. 59–67, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-5-1.

Eurostat (2021): NUTS – Nomenclature of territorial units for statistics. Klassifikation der NUTS-2-Regionen in Deutschland. Brüssel: Europäische Kommission. <https://ec.europa.eu/eurostat/web/nuts/background> (19.9.2025).

Feld, Scott L. (1982): Social Structural Determinants of Similarity among Associates. In: *American Sociological Review*, 47. Jg., Heft 6, S. 797–801, <https://doi.org/10.2307/2095216>.

Florida, Richard (2003): Cities and the Creative Class. In: *City & Community*, 2. Jg., Heft 1, S. 3–19, <https://doi.org/10.1111/1540-6040.00034>.

Florida, Richard (2002): The rise of the Creative Class. And how It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life. New York.

Hartmann, Jörg; Kurz, Karin; Lengfeld, Holger (2022): Modernization Losers' Revenge? Income Mobility and Support for Right- and Left-Wing Populist Parties in Germany. In: European Sociological Review, 38. Jg., Heft 1, S. 138–152, <https://doi.org/10.1093/esr/jcab024>.

Hirschle, Jochen; Kleiner, Tuuli-Marja (2016): Tradierte und kommodifizierte Formen sozialer Partizipation. In: Soziale Welt, 67. Jg., Heft 1, S. 43–66, <https://doi.org/10.5771/0038-6073-2016-1-43>.

Infratest dimap (2025, 4. September): Bundestagsumfrage zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt: AfD bei 39 %. Infratest dimap – Umfragen & Analysen. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/sachsen-anhalt/laendertrnd/2025/september/> (19.9.2025).

Kleiner, Tuuli-Marja (2025): On Good Deeds and the Reproduction of Social Inequality: An Empirical Study on Social Class and Volunteering in Germany. In: Sociology, (online first), <https://doi.org/10.1177/00380385251343282>.

Kleiner, Tuuli-Marja (2022a): Engagement und Klasse. Die Entwicklung klassenspezifischer Unterschiede im Engagement zwischen 1992 und 2017. In: Gille, Christoph; Jepkens, Katja (Hrsg.): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Ergebnisse empirischer Forschungsprojekte zu formellem und informellem Engagement. Sonderband Voluntaris, S. 15–33, <https://doi.org/10.5771/9783748928942-15>.

Kleiner, Tuuli-Marja (2022b): Denn wir wissen nicht, was sie tun. Eine Analyse der Tätigkeiten freiwillig Engagierter in Deutschland auf Basis des Freiwilligensurveys 2014 (Thünen Working Paper, 196). https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn065001.pdf (9.9.2025).

Kleiner, Tuuli-Marja (2021b): Civic participation and social exclusion in rural and urban regions. In: Voluntaris, 9. Jg., Heft 11, S. 114–134, <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2021-1-114>.

Kleiner, Tuuli-Marja (2021a): The isolating side effect of civic participation. In: Journal of Sociology, 57. Jg., Heft 4, S. 877–897, <https://doi.org/10.1177/1440783320969906>.

Kleiner, Tuuli-Marja; Kühn, Marie (2023): Engagement im Spiegel sozialer und räumlicher Ungleichheit. Empirische Analyseergebnisse auf Basis des Deutschen Freiwilligensurveys (2019) und des Sozio-oekonomischen Panels (2001–2019) (Thünen Report, 111). https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn066496.pdf (9.9.2025).

Kornhauser, William (1972): The Politics of Mass Society. 4. Auflage. London.

Langenkamp, Alexander; Bienstman, Simon (2022): Populism and Layers of Social Belonging: Support of Populist Parties in Europe. In: Political Psychology, 43. Jg., Heft 5, S. 931–949, <https://doi.org/10.1111/pops.12827>.

Macedo, Stephen (2005): Democracy at Risk. How Political Choices Undermine Citizen Participation and What We Can Do About It. Washington, D.C.

McPherson, Miller; Smith-Lovin, Lynn; Cook, James M. (2001): Birds of a Feather: Homophily in Social Networks. In: Annual Review of Sociology, 27. Jg., Heft 1, S. 415–444, <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.27.1.415>.

Meyer, Michael; Rameder, Paul (2022): Who Is in Charge? Social Inequality in Different Fields of Volunteering. In: VOLTANTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations, 33. Jg., Heft 1, S. 18–32, <https://doi.org/10.1007/s11266-020-00313-7>.

Nisbet, Robert A. (1962): Community and Power. Oxford.

O'Day, Emily B.; Heimberg, Richard G. (2021): Social media use, social anxiety, and loneliness: A systematic review. In: Computers in Human Behavior Reports, Heft 3, <https://doi.org/10.1016/j.chbr.2021.100070>.

Paxton, Pamela (2002): Social Capital and Democracy: An Interdependent Relationship. In: *American Sociological Review*, 67. Jg., Heft 2, S. 254–277, <https://doi.org/10.2307/3088895>.

Peterson, Delaney; Rooduijn, Matthijs; Hopp, Frederic R.; Schumacher, Gijs; Bakker, Bert N. (2025): Loneliness is positively associated with populist radical right support. In: *Social Science & Medicine*, Heft 366, <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2025.117676>.

Pfundmair, Michaela; Wood, Natasha R.; Hales, Andrew; Wesselmann, Eric D. (2024): How social exclusion makes radicalism flourish: A review of empirical evidence. In: *Journal of Social Issues*, 80. Jg., Heft 1, S. 341–359. <https://doi.org/10.1111/josi.12520>.

Pickel, Gert (2021): Demokratiezufriedenheit, Vertrauen und politische Partizipation – Entwicklungen in Deutschland. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände*. Bonn, S. 40–44.

Power, Sally (2022): Exploring civil society through a lifecourse approach. In: Power, Sally (Hrsg.): *Civil Society through the Lifecourse*. Bristol, S. 1–12.

Putnam, Robert D. (2000): *Bowling alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York.

Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton.

Quintelier, Ellen (2013): Socialization or Self-Selection? Membership in Deliberative Associations and Political Attitudes. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 42. Jg., Heft 1, S. 174–192, <https://doi.org/10.1177/0899764011434556>.

Roßteutscher, Sigrid (2009): Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): *Politische Soziologie*. Wiesbaden, S. 163–180.

Roßteutscher, Sigrid (2008): Undemokratische Assoziationen. In: Brodocz, André; Llanque, Marcus; Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Bedrohungen der Demokratie*. Wiesbaden, S. 61–76.

Rydgren, Jens (2009): Social Isolation? Social Capital and Radical Right-wing Voting in Western Europe. In: *Journal of Civil Society*, 5. Jg., Heft 2, S. 129–150, <https://doi.org/10.1080/17448680903154915>.

Schubert, Peter; Kuhn, David; Tahmaz; Birthe (2023): *Ziviz-Survey 2023. Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken*. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/ziviz-survey_2023_hauptbericht.pdf (9.9.2025).

Simonson, Julia; Nadiya, Kelle; Kausmann, Corinna; Karnick, Nora; Arriagada, Céline; Hagen, Christine et al. (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/176836/7dffaa04816c6c652fec8bgeff5450b6/freiwilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligensurvey-data.pdf> (9.9.2025).

Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) (2024): *Sozio-ökonomisches Panel (SOEP), Version 39, Daten der Jahre 1984–2022 (SOEP-Core, v39, Onsite Edition)*, <https://www.doi.org/10.5684/soep.core.v39o>.

Sunstein, Cass R. (1999): The Law of Group Polarization. John M. Olin Program in Law & Economics Working Paper No. 91, University of Chicago Law School.

The Daily Show (2024): Robert D. Putnam (Staffel 29, Episode 125). <https://www.imdb.com/de/title/tt34259410> (9.9.2025).

Tocqueville de, Alexis (1841): *Democracy in America*. New York.

van Deth, Jan W. (2013): Sind Partizipierende die besseren Demokraten? In: Keil, Silke I.; Thaidigsmann, S. Isabell (Hrsg.): *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung*. Wiesbaden, S. 35–52.

Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman; Brady, Henry E. (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge/London.

Weiss, Johanna (2024): 'A Truer Reality Beyond Reality': Hannah Arendt's Warning About How Totalitarianism Takes Root. A Q&A with a leading Arendt scholar adapts the philosopher's ideas to today's politics. In: Politico, 19.5.2024. <https://www.politico.com/news/magazine/2024/05/19/mag-weiss-samantharosehill-q-a-00158439> (9.9.2025).

World Health Organization (WHO) (o. J.): Social Isolation and Loneliness. <https://www.who.int/teams/social-determinants-of-health/demographic-change-and-healthy-ageing/social-isolation-and-loneliness> (9.9.2025).

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hrsg.) (2023): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn.

Zimmer, Annette; Priller, Eckhard (2007): *Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung*. 2. Auflage. Wiesbaden.

Anhang

Tabelle 2: NUTS2-Regionen in Deutschland

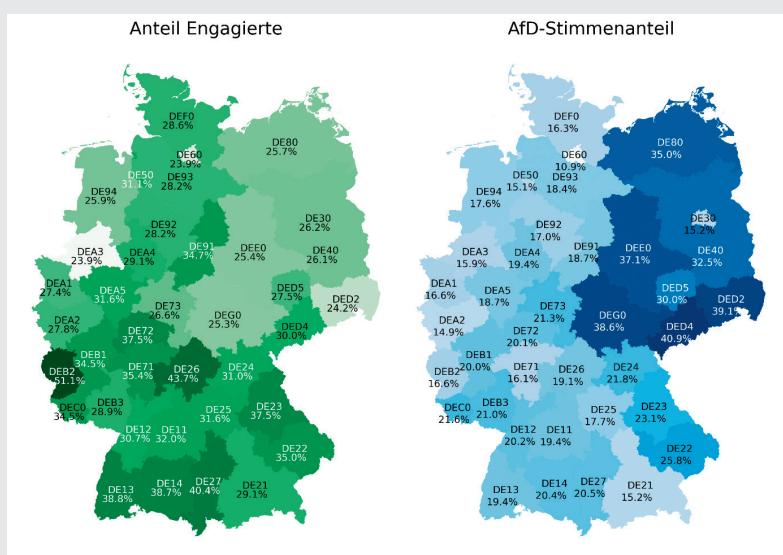
Code	Region	BL	Code	Region	BL	Code	Region	BL
DE11	Stuttgart	BW	DE50	Bremen	HB	DEA4	Detmold	NW
DE12	Karlsruhe	BW	DE60	Hamburg	HH	DEA5	Arnsberg	NW
DE13	Freiburg	BW	DE71	Darmstadt	HE	DEB1	Koblenz	RP
DE14	Tübingen	BW	DE72	Gießen	HE	DEB2	Trier	RP
DE21	Oberbayern	BY	DE73	Kassel	HE	DEB3	Rheinhes- sen-P.	RP
DE22	Niederbayern	BY	DE80	Mecklenburg-V.	MV	DEC0	Saarland	SL
DE23	Oberpfalz	BY	DE91	Braunschweig	NI	DED2	Dresden	SN
DE24	Oberfranken	BY	DE92	Hannover	NI	DED4	Chemnitz	SN
DE25	Mittelfranken	BY	DE93	Lüneburg	NI	DED5	Leipzig	SN
DE26	Unterfranken	BY	DE94	Weser-Ems	NI	DEE0	Sachsen-Anhalt	ST
DE27	Schwaben	BY	DEA1	Düsseldorf	NW	DEF0	Schleswig-H.	SH
DE30	Berlin	BE	DEA2	Köln	NW	DEG0	Thüringen	TH
DE40	Brandenburg	BB	DEA3	Münster	NW			

Tabelle 3: Anteil Engagierte nach AfD-Wähler:innen und Nicht-AfD- Wähler:innen für Ost- und Westdeutschland inklusive Konfidenzintervalle (KI)

	Nicht-AfD-Wähler:innen				AfD-Wähler:innen							
	West-D.		Ost-D.		West-D.		Ost-D.					
	Anteil	[95% KI]	Anteil	[95% KI]	Anteil	[95% KI]	Anteil	[95% KI]	Anteil	[95% KI]	Anteil	[95% KI]
2014	33%	32%	33%	25%	24%	26%	27%	23%	32%	20%	14%	27%
2018	36%	35%	37%	29%	28%	31%	24%	21%	27%	27%	23%	31%
2022	38%	37%	39%	34%	32%	36%	20%	16%	25%	27%	21%	32%
Gesamt	35%	35%	36%	28%	28%	29%	24%	22%	26%	26%	23%	29%

Quelle: Datengrundlage SOEP (2024), eigene Berechnungen, gewichtet.

Abbildung 2: AfD-Stimmenanteile sowie Engagementquote pro NUTS2-Region



Wenn „Demokratie fördern“ zu „Demokratie verteidigen“ wird: Bedrohungslagen und *contested spaces* der postmigrantischen (Zivil-)Gesellschaft

Anja Schöll

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut) |
schoell@dezim-institut.de | <https://orcid.org/0009-0009-4631-1211>

Zusammenfassung

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland, die im Bereich Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierung tätig sind, sind mit Bedrohungslagen konfrontiert. Eine Analyse basierend auf Mixed-Method-Erhebungen mit 78 „Demokratie leben!“-Projekten und 50 weiteren anonymen Organisationen zeigt einen Anstieg von Bedrohungen – darunter Hate Speech, Diskriminierung und störende Übergriffe – zwischen 2020 und 2024. Besonders betroffen sind Organisationen in strukturschwachen Regionen sowie jüdische, migrantische und queere Einrichtungen.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen zunehmend zwischen Demokratieförderung und (Selbst-)Verteidigung agieren müssen. Während konkrete Bedrohungen den Handlungsspielraum einschränken, entwickeln Organisationen Gegenstrategien und erarbeiten Sicherheitskonzepte. In aktuelle Literatur eingeordnet zeigt sich, dass von einem *contested space* gesprochen werden kann statt eines *shrinking space*. Es bedarf neben Beratungsangeboten, staatlicher Unterstützung und langfristiger Finanzierung insbesondere Sicherheitsmaßnahmen und Vernetzung, um die Resilienz der postmigrantischen, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zu stärken.

Schlagwörter: Bedrohungslagen; Demokratiearbeit; Shrinking Space; Zivilgesellschaft

When “promoting democracy” turns into “defending democracy”: Threat scenarios and *contested space* of post-migrant (civil) society in Germany

Abstract

This study examines the threat situations of civil society organizations in Germany that are active in the field of diversity and anti-discrimination. Based on mixed-method data from 78 “Demokratie leben!” projects and 50 other anonymous organizations, the analysis shows an increase in threats, including hate speech, discrimination, and disruptive attacks, between 2020 and 2024. Organizations in structurally weak regions, as well as Jewish, migrant, and queer organizations, are particularly affected.

The results underline that civil society actors increasingly have to balance the promotion of democracy and (self-)defense. While concrete threats limit the scope of action, organizations develop counter-strategies and establish security concepts. In reference to current literature, the results show that we can speak of a “contested space” instead of a pure “shrinking space”. In addition to advisory services, state support, and long-term funding, security and protective measures are needed to strengthen the resilience of post-migrant civil society actors.

Keywords: threat scenarios; democracy; shrinking space; civil society

1. Der demokratische Auftrag einer (postmigrantischen) Zivilgesellschaft

Die demokratische Stabilität wird auf die Probe gestellt (Merkel 2024), denn in den letzten Jahren wirken Herausforderungen und Krisen auf das plurale demokratische System. Antidemokratische Positionen, rechtsextreme Ideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verstärken sich deutlich (Zick/Küpper/Mokros 2023). Durch gezielte zivilgesellschaftliche Projekte der Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierung sollen diese Herausforderungen angegangen werden (Schöll/Schmit 2025) und Zivilgesellschaft fördert und fordert Rechenschaftspflicht, Repräsentation und Beteiligung (Strachwitz/Hummel 2024: 12). Sie leistet wichtige Beiträge, um Gleichstellung und sozialen Zusammenhalt – vor allem in einer pluralen Gesellschaft (Bostancı/Ilgün-Birhimeoğlu 2024) – zu stärken, indem sie auf den Ebenen der Toleranz im Pluralismus, Teilhabe, des Selbstwirksamkeitserlebens, der politischen Bildung und des „sozialen Gleichgewichts“ in einer Demokratie (social balance; vgl. das Hexagon der demokratischen Gesellschaft; Strachwitz/Hummel 2024) ansetzt. Während also zivilgesellschaftliche Organisationen als wichtige Räume angesehen werden, in denen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit entgegengewirkt werden kann (Lenhart/Roth 2023), werden sie zunehmend selbst zur Zielscheibe von Anfeindungen (Litschko 2024; Ohlendorf 2025).

1.1 Shrinking (civic) spaces oder contested (civic) spaces?

Es entsteht das Paradox, dass gleichzeitig ein Wachstum der Zivilgesellschaft zu beobachten ist (Troschke 2024), aber auch Druck auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Verdrängung und Anfechtung – *shrinking (civic) space* – zunehmen. Diese Gleichzeitigkeit nennt Hummel (2020) *contested space* und beschreibt damit die Verteidigung des herausgeforderten zivilgesellschaftlichen Raumes gegen autoritäre Tendenzen. *Shrinking space* bezeichnet die systematische Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume. Ursprünglich konzipiert für autoritäre Regime, kann dies zunehmend auch in westlichen Demokratien beobachtet werden (Anheier/Lang/Toepler 2019; Hayes 2017). In einem „*shrinking civic space by softer means*“ (Strachwitz/Toepler 2022) werden durch regulatorische Rahmenbedingungen (z. B. Kontrolle oder Einschränkung von Finanzierungen, unverhältnismäßige Rechenschaftsauflagen und Verwaltungsaufwand) und gesetzliche Rahmenbedingungen (z. B. Gemeinnützigkeitsrecht) Handlungsräume in Frage gestellt (Hummel 2024). Zusätzlich sind viele zivilgesellschaftliche Akteur:innen mit einer Zunahme nichtstaatlicher Einschränkungen konfrontiert, was sich sowohl in (Online-)Hass und Angriffen von rechten Gruppierungen (Sommer/Ratzmann 2022; Leber/Martens/Küpper 2024; Becker et al. 2024b) als auch gezielten Interventionen gegen zivilgesellschaftliche Akteursgruppen (Gensing 2025; Monroy 2025; Reinfrank 2025) äußert.

1.2 Postmigrantische Zivilgesellschaft: demokratiefördernd, diskriminierungskritisch, pluralistisch

Dieser Artikel untersucht Organisationen, die in den Bereichen Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierung tätig sind, als spezifischen Sektor der Zivilgesellschaft. Hierfür wird auf das Konzept der „postmigrantischen Gesellschaft“ (Foroutan 2019) zurückgegriffen. Postmigrantisch beschreibt einen Zustand, in dem Migration nicht als zeitlich begrenztes Phänomen, sondern als dauerhafte Realität verstanden wird. Im Mittelpunkt dieser pluralen Gesellschaften steht die Frage, wie ein Einwanderungsland gestaltet werden kann. Solidarische Kooperationen und gemeinsames Handeln bestehen über Differenzkategorien wie Ethnizität, Religion, Geschlecht, Klasse oder kulturelles Erbe hinaus (Foroutan 2019: 173; Aydemir/Yaghoobifarah 2019: 10). Die Demarkationslinie verläuft zwischen denen, die Pluralität akzeptieren und schätzen, und denen, die dies nicht tun (Foroutan 2022). Postmigrantische, zivilgesellschaftliche Akteur:innen setzen sich entsprechend für Pluralität und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Einige Projekte dieser Organisationen werden durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ 2022) gefördert. In den Projektbeschreibungen der „Innovationsprojekte“ (2025–2028) im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“¹ zeigt sich, dass rassismuskritische Bildungsarbeit, diskriminierungskritische Sensibilisierung, Aufbau von Kompetenzen in Bezug auf Diversität sowie die Förderung von Selbstorganisation und Empowerment von marginalisierten Gruppen und Communitys besonders in den Fokus genommen werden. Der zunehmende Druck auf zivilgesellschaftliche Organisationen, die solche Projekte durchführen, bestätigt, was Foroutan (2024) als Prozesse einer „postmigrantische[n] Gesellschaft in der Krise“ beschreibt: Migrationsfeindlichkeit ist Ausdruck gesellschaftlicher Spannungen um Pluralisierung. Damit einher geht das Erstarken politischer Bewegungen und Parteien, die grundsätzliche emanzipatorische Errungenschaften (vom Kampf für Gleichberechtigung über Klimaschutz bis hin zu Gleichstellung und Partizipation von Minderheiten) infrage stellen (Foroutan 2024). Dies manifestiert sich sowohl in der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz migrationsfeindlicher Positionen bis in die politische Mitte hinein als auch in rechtspopulistischen und rechtsextremen Diskursen. Entsprechend stehen nicht nur die Tätigkeiten gegen Rassismus und Migrationsfeindlichkeit unter Druck,

¹ Die Projektanträge der Innovationsprojekte im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der 3. Förderperiode (2025–2028) wurden im Rahmen der Evaluation durch die Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut, Berlin, mit einer Dokumentenanalyse ausgewertet.

sondern auch der Kampf gegen Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Antifeminismus² sowie der Einsatz für eine pluralistische Demokratie grundsätzlich.

Im Folgenden wird beleuchtet, wie zivilgesellschaftliche Organisationen, die in Deutschland im Bereich Demokratiearbeit, Vielfaltgestaltung und/oder Antidiskriminierung tätig sind, von einem zunehmend feindseligen politischen Umfeld betroffen sind und wie sie darauf reagieren.

2. Methodik und Forschungsfrage

Die empirischen Erkenntnisse ergeben sich aus Untersuchungen mit zwei Samples: Beim ersten Sample handelt es sich um die Modellprojekte im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ der 2. Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2020–2024; n=78). Es wurden Analysen von längsschnittorientierten Mixed-Method-Erhebungen (jährliche Onlinebefragungen und leitfadengestützte Interviews) herangezogen³. Als Folgeuntersuchung zu einer Pilotstudie aus dem Jahr 2020 (Sommer/Ratzmann 2022) wurden Daten zu Bedrohungslagen der „Demokratie leben!“-Projekte erhoben und ausgewertet. Die Zeitpunkte waren jeweils im Frühsommer 2020, 2021 und 2024. Zusätzlich wurde ein Fragenblock zu Auswirkungen und Sorgen aufgrund aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in einen Onlinefragebogen 2024 aufgenommen, dessen Items sich durch ein exploratives Vorgehen aus den Interview-Daten von 2020–2023 ergaben. Ergänzt werden die quantitativen Daten mit Erkenntnissen aus leitfadengestützten Interviews (relevante Fragen: aktuelle Herausforderungen in der Projektarbeit sowie Einfluss gesellschaftlicher Entwicklungen), die im Frühling 2024 mit den Projektmitarbeitenden der Modellprojekte (n=75) geführt wurden. Die Interviewten hatten sowohl Koordination als auch Umsetzung der Projekte in ihrer Verantwortung. Das zweite Sample besteht aus 50 Organisationen, die im Sommer 2024 zur aktuellen Situation der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit in Deutschland (identische Items zu Bedrohungslagen wie in den Onlinefragebogen-Items der „Demokratie leben!“-Projekte) in einem Onlinefragebogen befragt wurden (anonym, verteilt über Schneeballsystem). Die Daten aus den drei Datenquellen wurden ad hoc ausgewertet (statistische Analysen mit SPSS und R, qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz 2024 mit MAX-QDA) und trianguliert.

2 Die hier aufgezählten Bereiche entsprechen den Themenfeldern der Modellprojekte im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ der 2. Förderperiode (2020–2024), allerdings wurden zur Begriffsschärfung „Islamfeindlichkeit“ und „Antiziganismus“ unter Rassismus (vgl. Begriffsdefinition „Antimuslimischer Rassismus“ und „Rassismus gegen Sinti*ze und Rom*nja“; Neue Deutsche Medienmacher*innen o. D.) und „Sexismus“ unter Antifeminismus (Schmincke 2018) gefasst.

3 Alle Erhebungen in Bezug auf die Modellprojekte im Handlungsfeld Vielfaltgestaltung (N=78) wurden im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (gefördert durch das BMFSFJ von 2020–2024) durch die Fachgruppe „Demokratieförderung und demokratische Praxis“ am DeZIM-Institut, Berlin, durchgeführt. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsausserung des BMFSFJ oder des BAFZA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.

3. Ergebnisse

Insgesamt wird in den Interviews mit den Projektmitarbeitenden der „Demokratie leben!“-Projekte deutlich, dass die Thematisierung von Rassismus und Diskriminierung größere Relevanz in der deutschen Gesellschaft erhält. Das sei einerseits auf Aufklärungsarbeit zurückzuführen, andererseits haben Krisen und Kriege der letzten Jahre (insbesondere die Coronapandemie, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der 7. Oktober 2023) zu steigenden Diskriminierungsvorfällen und polarisierten Debatten geführt (antiasiatischer Rassismus und Verschwörungstheorien, antislawischer Rassismus und rassistische Anders-Behandlung von Geflüchteten, Antisemitismus und anti-muslimischer Rassismus) (Schöll/Schmit 2025). Die Nachfrage nach Bildungsangeboten zu diesen Themen steigt. Gleichzeitig beschreiben die Projektmitarbeitenden die Bedingungen für politische Bildungsarbeit in der Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierungsarbeit als zunehmend erschwert: Im Bereich der Sensibilisierung sei es schwieriger, Angebote zu den Themen Anti-Diskriminierung, Anti-Rassismus durchzuführen. Gleiches gelte, wenn es darum geht, ein pluralistisches Demokratieverständnis zu vermitteln – vor allem in Kontexten, in denen rechtspopulistisches Gedankengut stark verbreitet ist. Im Bereich des Empowerments wird immer deutlicher, wie wichtig es ist, Räume zu schaffen, in denen sich marginalisierte Zielgruppen sicher und gehört fühlen. Dahingehend ist es eine Herausforderung, Sichtbarkeit zu erreichen, ohne bestimmte Gruppen zusätzlich zu belasten oder weiteren Diskriminierungsrisiken oder Hassrede auszusetzen.

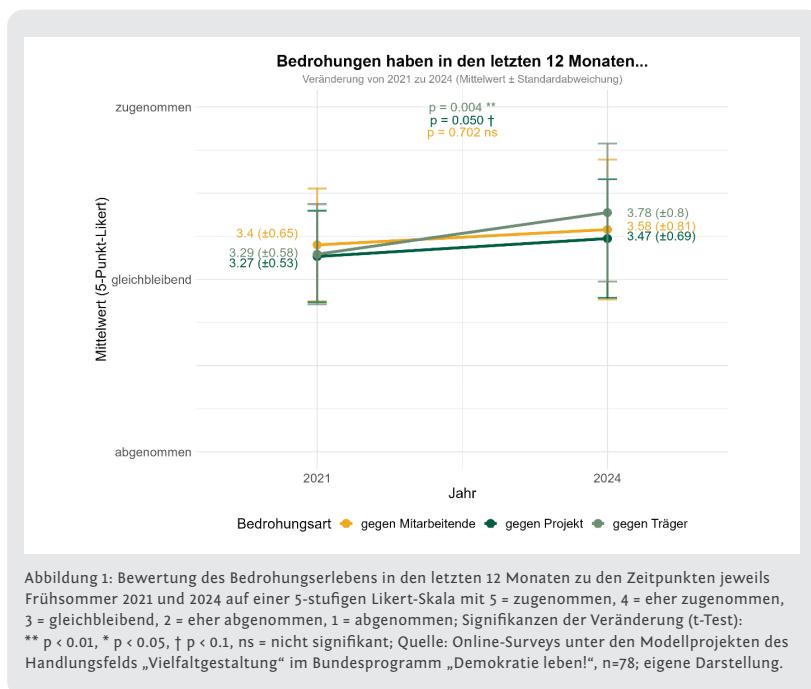
3.1 *Shrinking spaces und Bedrohungslagen: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird*

Es können drei Hauptaspekte identifiziert werden, in denen die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeschränkt wird⁴: erschwerte Umsetzung von Aktivitäten (Sowa et al. 2025), wachsende emotionale Belastung der Projektmitarbeitenden (Albrecht et al. 2025) und zunehmende Sicherheitsbedenken aufgrund ansteigender Bedrohungslage (Sommer/Ratzmann 2022). Im Folgenden soll der Fokus auf die Sicherheitslage gelegt werden.

3.1.1 *Diskriminierung, Hate Speech und Diskreditierung sind an der Tagesordnung*

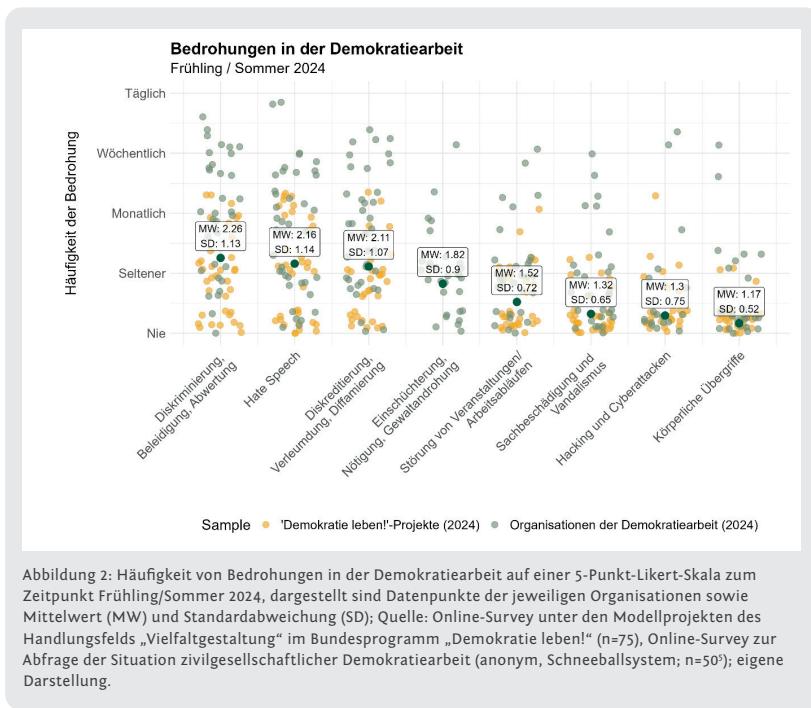
Die befragten Projektmitarbeitenden berichten 2024 signifikant mehr von einer Zunahme der Bedrohungen in den letzten 12 Monaten als noch 2021 (siehe Abbildung 1).

4 Zu den hier genannten Themen wurden mit den Daten der „Demokratie leben!“-Projekte bereits Analysen durchgeführt und in Veröffentlichungen aufbereitet. An entsprechenden Stellen wird auf die jeweiligen Veröffentlichungen verwiesen, die als Ergänzung zu diesem Artikel dienen können.



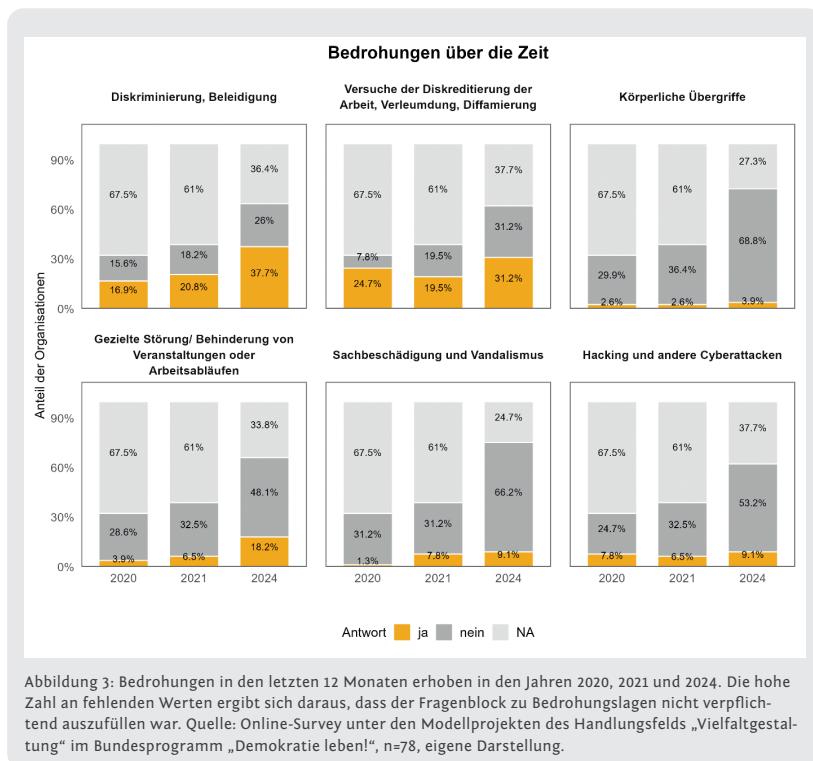
Leber, Mertens und Küpper (2024) identifizieren vier Dimensionen von Bedrohungen, in denen im Folgenden die empirischen Ergebnisse eingeordnet werden:

1. *Gewaltbezogene Angriffe* äußern sich in Körperverletzung, Beleidigung, Androhung und Sachbeschädigung. In den untersuchten Daten zeigt sich diese Dimension vor allem in Form von Diskriminierung, Beleidigung und Abwertung von Mitarbeitenden. Hier lässt sich in den Antworten der Onlinebefragung unter den „Demokratie leben!“-Projekten ein signifikant ansteigender Trend verzeichnen von 17 Prozent der Organisationen im Jahr 2020 auf 38 Prozent der Organisationen in 2024 ($p < .05$; siehe Abbildung 3).



Außerdem berichten die untersuchten Organisationen von Diskreditierung und Diffamierung sowie von Einschüchterung und Androhung von Gewalt (siehe Abbildung 2). Vereinzelt wurden sogar körperliche Übergriffe auf Mitarbeitende genannt und seit 2020 steigen die Fälle von Sachbeschädigung und Vandalismus (1 Prozent im Jahr 2020, 9 Prozent im Jahr 2024; $p < 0.1$); siehe Abbildung 3). Zudem spielt Hate Speech eine große Rolle. Dazu gehören insbesondere Droh-E-Mails und Hasskommentare auf Social Media. Projektmitarbeitende berichten: „[W]ir sind es gewohnt, dass wir viele Hassnachrichten bekommen“ (49_KI, Pos. 11).

5 Abbildung 2 zeigt, dass die Organisationen des zweiten Samples (Organisationen der Demokratiearbeit 2024) von häufigeren Bedrohungssituationen berichten. Die Datenerhebung für dieses Sample geschah anonym über Schneeballsystem durch ein Netzwerk, in dem sich viele „Migrationsorganisationen“ (Bostancı/Ilgün-Birhimeo lu 2024) und Organisationen, die zu antimuslimischem Rassismus arbeiten, wiederfinden. Die Ergebnisse der Unterschiede je nach Organisation (siehe 3.1.2) zeigen, dass ebendiese Organisationen besonders unter Druck stehen und vermehrt Anfeindungen erfahren, was die erhöhten Zahlen erklärt.



Zur Analyse des Anstiegs der Bedrohungen von 2020 bis 2024 wurden logistische Regressionen mit Jahr als Prädiktor durchgeführt (fehlende Antworten wurden dabei als „nein“ behandelt). Die Anzahl der fehlenden Antworten ging von 2020 zu 2024 deutlich zurück, was auf eine gesteigerte Sensibilisierung und Aufmerksamkeit für das Thema hindeutet. Während viele Organisationen das Thema 2020 als weniger relevant einzuschätzen schienen, machten sie 2024 Angaben, um ihre Bedrohungs erfahrungen zu berichten. Besonders auffällig ist das bei Diskriminierung und Beleidigung (66 Prozent der Organisationen, die 2020 nicht antworteten, verzeichneten 2024 entsprechende Vorfälle)⁶.

2. Politische Interventionen beinhalten Infragestellung der Professionalität, Diskreditierung / Behinderung / Negierung der Arbeit, Entpolitisierung oder politische Markierung durch Dritte und auch Verwehrung von Unterstützung (Lebers/Mertens/Küppers 2024). Ein Drittel der untersuchten Organisationen war mit

⁶ Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024) bestätigt diese Beobachtung: Diskriminierungsfälle werden immer häufiger gemeldet und Beratung aufgesucht, während die steigenden Zahlen auch auf zunehmende Diskriminierungen im Alltag hinweisen.

Einschüchterung, Verleumdung und Hassrede konfrontiert. Insbesondere die Störung und Behinderung von Veranstaltungen und Arbeitsabläufen zeigt einen signifikant ansteigenden Trend von 5 Prozent im Jahr 2020 auf 19 Prozent in 2024 ($p < .05$; siehe Abbildung 3). Beispielsweise gab es Vorfälle, bei denen Personen von rechten Parteien und Gruppierungen bei Veranstaltungen aufgetaucht sind (41_KI, Pos. 14–18) oder „massiv Leute hingekommen sind, die bei den [Projektangeboten] gestört haben“ (15_KI, Pos. 42).

3. Das *gesellschaftliche Bedrohungsszenario* aufgrund des Erstarkens der extremen Rechten, mangelnder Solidarisierung, unsicherer Bedingungen von Demokratiearbeit und allgemeiner gesellschaftlicher Verhältnisse stellt laut Leber, Martens und Küpper (2024) ebenfalls eine Einschränkung des Handlungsspielraums für zivilgesellschaftliche Organisationen dar. 72 Prozent der untersuchten „Demokratie leben!“-Projekte gaben an, dass Sparpolitik und Austerität (in Form der verzögerten Haushaltsverhandlungen im Jahr 2023/2024) ein Bedrohungsszenario für den Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Organisationen darstellen (Sowa et al. 2025). Zum Zeitpunkt der Erhebungen 2024 berichteten Projektmitarbeitende im Interview, dass es sie „viel beschäftigt [...] wie [rechtsextreme Parteien] agieren, also über Anträge oder Kleine Anfragen“ und „wie viel Energie reingesteckt wird, um ja, letztendlich Symbolpolitik oder Kulturmärkte auszufechten“ (48_KI, Pos. 16-18).

4. Mit dem gesellschaftlichen Bedrohungsszenario gehen *Bedrohungserwartungen* (Leber/Martens/Küpper 2024) und damit die verbundene Sorge vor Angriffen und deren Folgen für das private Leben, die Demokratiearbeit und die Gesellschaft einher. In den Interviews 2024 wurde berichtet, dass unter den Mitarbeitenden eine erhöhte Verunsicherung und Erschöpfung zu beobachten sei. Die psychische Belastung durch potentielle Bedrohungen und Übergriffe steige an (Albrecht et al. 2025) genauso wie die zusätzliche Arbeitsbelastung durch das Erarbeiten und Umsetzen von Sicherheitskonzepten und -maßnahmen.

3.1.2 Unterschiede je nach Organisationen

Es bestehen besondere Herausforderungen und Bedrohungslagen je nach Region und Organisationstyp. In den Interviews berichteten vor allem Projektmitarbeitende von LGBTQI*- und migrantischen Organisationen von Einschränkung und Verunmöglichung ihrer Arbeit durch Einschüchterungsversuche und Drohungen sowie vermehrte Übergriffe und Störungen bei Veranstaltungen. Projektmitarbeitende erzählten beispielsweise von folgenden Vorfällen:

Also wir haben hier Übergriffe auf [muslimische] Gemeinden gehabt, also diese Kackbeutel, die überall hin verschickt wurden, Drohbriefe, Koranverbrennungen, die angekündigt wurden oder irgendwie per Video zugeschickt wurden. (36_KI, Pos. 8)

Wir haben das immer auch aus Partnerprojekten mitbekommen, dass es (...) Angriffe gab (...). In [Ort in Brandenburg] wurde zum Beispiel die Regenboogenflagge abgenommen und eine Hakenkreuzflagge aufgehängen. (52_KI, Pos. 17)

Jüdische und migrantische Organisationen sehen sich schon seit Langem mit Bedrohungslagen konfrontiert und setzen sich mit Sicherheitsbedenken auseinander. Oft bestehen bereits entsprechende Sicherheitskonzepte, auf die zurückgegriffen werden kann (06_KI, Pos. 10). Organisationen, die zu queeren Themen arbeiten, erfahren jedoch zunehmende Bedrohungen und werden von rechten Bewegungen als Feindbild markiert. Ein:e Projektmitarbeiter:in erläutert, dass die steigende Sichtbarkeit des Themas und die erstarkende Gegenbewegung nun einen Umgang mit der dadurch entstandenen Vulnerabilität vieler Organisationen erfordert (52_KI, Pos. 17). Organisationen, die zu antimuslimischem Rassismus und Antisemitismus arbeiten, erfahren viele Spannungen und Bedrohungsszenarien seit dem 7. Oktober 2023 (Sowa et al. 2025). Die Organisationen sind mit einer Vielzahl von Aspekten beschäftigt: Es häufen sich Angriffe auf Moscheen und Synagogen; jüdische Organisationen werden von rechts instrumentalisiert; Organisationen müssen sich in einem Klima geprägt von Versammlungsverboten, Boykott von Veranstaltungen oder Ausladungen von Referent:innen aufgrund bestimmter Positionen bewegen (36_KI, Pos. 18). Diese Organisationen im Speziellen berichteten in den Interviews von angedrohten Angriffen, die teilweise sogar von Sicherheitsbehörden verhindert werden mussten (49_KI, Pos. 20–22), und einer Zunahme an Hassnachrichten.

In ländlichen und strukturschwachen Regionen sind rechte Gruppierungen und Narrative oft stark vertreten („das kriegen wir hier in [Name der Stadt] wenig mit, aber in den Provinzen, da ist das schon heftig“; 12_KI, Pos. 117–118). Dies betrifft auch einzelne Mitglieder von Sicherheitsfirmen und -behörden, wodurch sich die Zusammenarbeit mit ebendiesen oft erschwert, selbst dann, wenn Organisationen sie für den eigenen Schutz benötigen. Viele dieser Regionen, die als ländlich und sozioökonomisch benachteiligt kategorisiert werden können (Becker et al. 2024a), mit starken rechten Tendenzen, liegen in ostdeutschen Gebieten. Die Auswirkungen auf die Demokratiearbeit zeigt sich auch in den Daten: Mitarbeitende aus Organisationen, die in Ostdeutschland tätig sind, haben signifikant mehr Sorgen vor Veränderungen des politischen Klimas, Diskursverschiebungen, Stigmatisierung und Wahlerfolgen rechter Parteien als befragte Mitarbeitende, die vorrangig Projektaktivitäten in Westdeutschland durchführen. Die Notwendigkeit regionaler Vernetzung und Unterstützungsstrukturen ist deshalb in diesen Regionen umso größer.

3.2 Reaktionen und Gegenstrategien

Zivilgesellschaftliche Organisationen zeigen Reaktionen und Gegenstrategien in drei Richtungen: Paralysis (Lähmung und Rückzug), Sicherheitsvorkehrungen und Allianz-Bildung (Ausweitung der Angebote und Vernetzung) (Sowa et al. 2025; siehe Abbildung 4).



Paralysis, verlangsame Arbeitsabläufe und Rückzug: Eingeschränkte Handlungsfähigkeit und Sichtbarkeit aufgrund der oben dargelegten Dimensionen von Bedrohungen führen zu einem Rückzug aus öffentlichen Räumen (z. B. Erstgespräche nur digital) und Einschränkungen von öffentlichen Veranstaltungen (z. B. Absage von Vernetzungstreffen), um störenden Personen keine Angriffsfläche zu bieten (49_KI, Pos. 46–49). Entsprechend gehen Sicherheitsbedenken mit einem Verlust von Vernetzung und Austausch und auch eingeschränkter Sichtbarkeit der Angebote einher. Auch wenn die Organisationen selbst nur wenige ihrer geplanten Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen absagen (8 Prozent, siehe Tabelle 1), wurden manche Veranstaltungen von Kooperationsbeteiligten abgesagt, denen das „Thema aktuell zu heikel [ist] und [die] das erstmal aufschieben oder grundsätzlich stornieren [möchten]“ (06_KI, Pos 8).

Sicherheitsvorkehrungen: Als Antwort auf Bedrohungsszenarien werden Schutz- und Präventionskonzepte ausgearbeitet, um Mitarbeitende und Teilnehmende zu schützen, was in Tabelle 1 dargestellt ist.

DeZIM-Institut	BEWARE-Projekt (Lebers, Martens, Küpper 2024: 10)	
Sicherheitsvorkehrungen bei Veranstaltungen	52 %	Besondere Veranstaltungskonzepte 77 %
Austausch mit Fachberatungsstellen und Beratungseinrichtungen	52 %	Kollegiale Fallberatung 80 %
Meldung von Inhalten in sozialen Medien	44 %	
Interne Dokumentation der Übergriffe	40 %	
Entfernen von Kontaktdaten aus dem Netz	38 %	Verringerung der Sichtbarkeit des Projekts 17 % Reduktion öffentlicher Details 58 %
Sicherheitsvorkehrungen im Büro	38 %	
Meldung von Vorfällen an externe Stellen	36 %	
Gezielte Gegenrede online	36 %	
Schulung der Mitarbeitenden	34 %	Angebote zur Förderung des Teamzusammenhalts 63 %
Zusätzliche personelle Unterstützung	32 %	
Beantragen von Auskunftssperren (z. B. Melderegister)	28 %	
Zuvor öffentliche Veranstaltungen in geschlossenen Formaten	24 %	
Einstellung/Einschränkung Social-Media-Aktivitäten	22 %	
Strafanzeige	20 %	Erstattung von Strafanzeige 15 %
Online-Sicherheit / Schutz vor Cyber-attacken	16 %	
Keine Reaktion / Ignorieren	16 %	Keine direkte Reaktion 12 %
Absage von Veranstaltungen	8 %	
Änderung von Örtlichkeiten oder Adressen	2 %	

Tabelle 1: Ergebnisse Sicherheitsvorkehrungen und Maßnahmen; Quelle: Online-Survey 2024 zur Abfrage der Situation zivilgesellschaftlicher Demokratiearbeit; Schneeballsystem, n=50; DeZIM-Institut. Im Vergleich die Werte aus dem BEWARE-Projekt (Lebers/Martens/Küppers 2024), sofern ähnliche Items erhoben wurden (die Werte zu „primärer Strategie“ und „vereinzelt durchgeführt“ wurden addiert); eigene Darstellung.

Die Maßnahmen beinhalten neben Vorbereitungen und Recherche zu Räumlichkeiten, Ort und regionalen Gegebenheiten auch Überlegungen zu An- und Abreise, Kooperation mit privaten Sicherheitsfirmen, Sicherheitstrainings, Supervision und

emotionale Unterstützung (50_KI, Pos. 23; 13_KI, Pos. 6): „[D]a ist es regelmäßig so, dass man tatsächlich gucken muss, wer meldet sich da an und das, was wir früher auch nie gemacht haben, dass man sich die Namen anguckt oder dass man mit Veranstaltern vorher kommuniziert“ (15_KI, Pos. 42). Auch die Sicherheitslage in Büros wird geprüft und beispielsweise eine Sicherheitsanlage in Budgets mitbedacht (61_KI, Pos. 108). Diese Maßnahmen erfordern erhöhte Ressourcen und „mach[en] natürlich einen finanziellen (...) und Kraftaufwand“ (66_KI, Pos. 6; siehe auch Sowa et al. 2025).

Allianz-Bildung, Zusammenschlüsse und neue Aktivitäten: Um den Bedrohungsszenarien und Sicherheitsbedenken entgegenzuwirken, werden viele zivilgesellschaftliche Initiativen aktiv. Eine zentrale Strategie ist es, Austauschräume, Workshops und Strukturen zu schaffen, um über die Bedenken zu sprechen und gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln. Es finden auch immer mehr Tagungen und Veranstaltungen zu ebendiesem Thema statt.

Tatsächlich eher in so einem offenen Austausch (...) ein Forum zu schaffen und auch Trainer:innen, Eltern etc. eine Plattform zu geben, um über ihre Bedenken zu sprechen und zu schauen, was man da machen kann und vor allem nochmal ganz deutlich die Abläufe klarzumachen, wenn Vorfälle passiert sind. (06_KI, Pos. 10)

Es gibt Entwicklungen und Gegenstrategien, von denen die Mitarbeitenden berichten, die ihnen Hoffnung machen: Zunehmende Demonstrationen und zivilgesellschaftliches Engagement, Vernetzung und Kooperationen als Gegenkraft (siehe Abbildung 4). Ein Projektmitarbeiter aus Sachsen stellt dazu fest: „einen riesigen Zuwachs an Menschen, die auf die Straße gehen gegen rechts und sich auch engagieren wollen, dauerhaft. Viel mehr als je zuvor. Das ist positiv. Aber es steigen damit auch massiv die Angriffe von den Neonazis gegen Leute, die sich engagieren“ (12_KI, Pos. 117–118). Eine weitere interviewte Projektmitarbeiterin macht dies im Zusammenhang einer postmigrantischen Gesellschaft und den damit verbundenen Aushandlungsprozessen in Bezug auf Deutschland als Einwanderungsland deutlich:

Es ist immer so eine Gleichzeitigkeit (...). Aufgrund dessen, was wir an Bedrohung sehen von rechts, kommen mehr Leute zu dem Schluss, oh je, wir müssen uns damit beschäftigen. Aber gleichzeitig werden auch die Räume enger, in denen das problemlos möglich ist. (...) Zukünftig würde ich sagen, dass die Frage von Migration und der Regelung von Migration natürlich eine ganz, ganz große Rolle spielt und die Frage sozusagen, schafft Deutschland es sich zu verstehen als progressives Einwanderungsland, das ohne Einwanderung untergeht oder nicht? Und geht es dann einfach unter? (55_KI, Pos. 30)

Viele der Interviewten sind sich einig: Die (Zivil-)Gesellschaft fühle sich einerseits bedroht und andererseits werde sie aktiv (66_KI, Pos. 12). Darin zeigt sich die Gleichzeitigkeit von Einschränkungen durch bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen und proaktivem Engagement, um genau dem entgegenzutreten.

4. Zwischen Demokratieförderung und (Selbst-)Verteidigung

4.1 Zentrale Erkenntnisse zu Bedrohungslagen

Die Untersuchungen mit 50 anonymen Organisationen der Demokratiearbeit und 78 „Demokratie leben!“-Projekten aus dem Handlungsfeld Vielfaltgestaltung verdeutlichen sowohl die Bedrohungslagen postmigrantischer, zivilgesellschaftlicher Organisationen als auch deren Reaktionsstrategien. Die Ergebnisse bestätigen die Befunde des Projekts „BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“ (Leber/Martens/Küpper 2024). In allen Erhebungen sind digitale Interventionen wie Hate Speech, verbale Bedrohungen und Diskriminierung sowie Diskreditierung am häufigsten genannt. Weniger häufig, aber dennoch präsent sind Sachbeschädigungen und vereinzelt sogar körperliche Übergriffe. Diese Bedrohungslagen führen teilweise zu Rückzug aus dem Engagement, verlangsamten Arbeitsabläufen und personeller und emotionaler Belastung und damit verbundener „Lähmung“ der Mitarbeitenden und Organisationen (Sowa et al. 2025). Die betroffenen Organisationen reagieren aber auch reaktiv und proaktiv, indem sie Austauschräume und Beratungsangebote schaffen oder diese in Anspruch nehmen. Zudem entwickeln sie Schutzkonzepte und ergreifen Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere bei Veranstaltungen und bezüglich öffentlicher Informationen und Kontaktdaten.

4.2 Einordnung: *contested spaces* statt *shrinking spaces*

Im Kontext der Debatten über *shrinking civic spaces* liefert dieser Beitrag empirische Erkenntnisse dazu, dass nicht nur staatliche Interventionen den zivilgesellschaftlichen Raum einschränken. Auch Bedrohungen durch nichtstaatliche Akteur:innen und sich verändernde öffentliche Diskurse beeinflussen den zivilgesellschaftlichen Raum (Strachwitz/Toepler 2022: 180; Hummel 2024). Anfeindungen und Bedrohungen des postmigrantischen zivilgesellschaftlichen Engagements sind nicht die Ausnahme, sondern regelmäßig Realität. Dabei zeigen sich Ambivalenzen in Bezug auf die Stärkung und Fragilität von Engagement im Bereich Demokratiearbeit, Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierungsarbeit. Konkrete Bedrohungen und latente Sorgen schränken den Handlungsspielraum von zivilgesellschaftlichen Organisationen ein. Diese Räume werden aber durch verstärktes politisches Engagement und insbesondere durch erhöhte Sicherheitsmaßnahmen verteidigt. Dies weist darauf hin, dass es sich weniger um eine Entwicklung der *shrinking spaces* als um *contested spaces* handelt (Hummel 2020).

Katja Nonn postuliert zwar, es sollte „nicht [die] Aufgabe [von Akteur:innen in der Demokratiearbeit] sein, sich über Schutzkonzepte Gedanken zu machen. Das sollten andere Leute machen, deren Job das ist“ (Wunderlich/Nonn/Kamuf 2024: 162). Aber auch die Realität geschildert im Datenmaterial dieses Artikels zeigt, dass Organisationen der Demokratiearbeit zunehmend selbst Schutzkonzepte erarbeiten und dies als essentiellen Teil ihrer Arbeit verstehen. Dafür wenden sie zumeist eigene

Ressourcen auf, da der Schutz durch offizielle Stellen oft unzureichend ist (Czollek 2024: 210; Wunderlich/Nonn/Kamuf 2024: 162).

4.3 Handlungsempfehlungen

Über zwei Drittel der im Sommer 2024 befragten Organisationen wünschen sich mehr öffentliche Unterstützung und klare Solidaritätsbekundungen aus der Politik, bessere Beratungsangebote bei konkreten Vorfällen und Unterstützung in rechtlichen Fragen (Weiberg/Schöll 2025). Die Politik sollte Prävention durch gezielte Maßnahmen, Handreichungen und Beratungsangebote stärken. Das Demokratiefördergesetz mit Unterstützung aller demokratischen Parteien endlich voranzubringen könnte hierbei einen maßgeblichen Beitrag leisten (Weiberg/Schöll 2025).

Für eine resiliente emanzipatorische, pro-demokratische Zivilgesellschaft (Peters et al. 2024) ist es für zivilgesellschaftlich Agierende essentiell, Allianzen zu bilden, Kooperationen einzugehen und vernetzt zu agieren. Dies ermöglicht, gegenseitig Sicherheit und Unterstützung zu gewährleisten und Zusammenhalt zu erfahren (Ayivi 2024: 246). Gute Beispiele für das aktive Entgegentreten sind die Website „European Shrinking Space Plattform“ (Maecanta Institut o. D.), die Leitfäden zu Hass, Gewalt & Lügen im Netz von HateAid (2024), die Handreichungen zum Umgang mit Hass und Gewalt oder rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen der MBR (2017) und spezielle Handreichungen für (post-)migrantische Organisationen wie das YourSafetyKit (Andreeva/Benoit/Sisouphantavong 2024).

5. Fazit

Die Analyse der Bedrohungslagen zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Demokratiearbeit und Vielfaltgestaltung verdeutlicht, dass die postmigrantische Zivilgesellschaft in einem zunehmend komplexen Spannungsfeld zwischen Demokratieförderung und Demokratievereidigung agiert. Dies wirft die zentrale Frage auf, wie Demokratiearbeit unter den Bedingungen des *shrinking space* bzw. im *contested space* aufrechterhalten werden kann, wenn Organisationen einer Realität von emotionaler Belastung und Rückzug aus dem Engagement gegenüberstehen. Antidemokratische Tendenzen, konkrete Bedrohungen und Übergriffe machen psychische Unterstützungssysteme und konkrete Sicherheitskonzepte notwendig. Resilienz in der emanzipatorischen Zivilgesellschaft erfordert sowohl individuelle und organisationale Stärkung (Peters et al. 2024) als auch strukturelle Schutzmaßnahmen. Eine starke, resiliente Demokratie zu fördern und zu erhalten bleibt dabei nicht nur ein Ziel, sondern wird zur existenziellen Herausforderung einer (Zivil-)Gesellschaft, die zugleich die pluralistischen Grundsätze gegen antidemokratische Kräfte behaupten muss.

Literaturverzeichnis

Andreeva, Liubov; Benoit, Amélyste; Sisouphantavong, Sarah (2024): Your SafetyKit – Eine Handreichung zur Erstellung von Schutzkonzepten für (post-)migrantische Organisationen in Ostdeutschland. Berlin. https://static1.squarespace.com/static/666064c3cbf1d45f5dba618a/t/67fe37663892c47a6a7c9c1f/1744713578059/YourSafetyKit_Handreichung+zur+Erstellung+von+Schutzkonzepten.pdf (20.7.2025).

Anheier, Helmut; Lang, Markus; Toepler, Stefan (2019): Civil society in times of change. Shrinking, changing, and expanding spaces and the need for new regulatory approaches. In: *Economics*, 13. Jg., Heft 8, S.1-27, <https://doi.org/10.5018/economics-ejournal.ja.2019-8%0A>.

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024): Jahresbericht. <https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2024.html>. (31.8.2025).

Albrecht, Yvonne; Prytula, Andrea; Engel, Lena; Kılıç, Melisa (2025): Holding So Much Fear and Pain – Emotional Labour of Civil Society Actors in Germany in Times of Polarisation (submitted for review).

Aydemir, Fatma; Yaghoobifar, Hengameh (2024): Vorwort. In: Aydemir, Fatma; Yaghoobifar, Hengameh (Hrsg.): Eure Heimat ist unser Albtraum. Erweiterte Ausgabe. Berlin. S. 9-12.

Ayivi, Simone Dede (2024): Zusammen. In: Aydemir, Fatma; Yaghoobifar, Hengameh (Hrsg.): Eure Heimat ist unser Albtraum. Erweiterte Ausgabe. Berlin. S. 238-250.

Becker, Carlos; Kemeti, Eleni; Sassmanhausen, Jan; Schwall, Talisa (2024a): Aktivierung für Demokratie in strukturschwachen Räumen. Raumtypologie, Praxis und Gelingensbedingungen der Engagementförderung. Kurzbericht. Frankfurt am Main.

Becker, Reiner; Bohn, Irina; Einwächter, Sophie; Küpper, Beate; Reinfrank, Timo; Schmitt, Sophie (2024b): Demokratierelevante Bedrohung. Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Frankfurt am Main.

Bostancı, Seyran; İlgün-Birhimoğlu, Emra (2024): Postmigrantische Gesellschaft. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Frankfurt am Main, S. 161-172, <https://doi.org/10.5771/9783748936497-161>.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2022): Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!) vom 5. August 2019 mit Änderungen vom 20. Oktober 2021 und 5. August 2022. In: Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) (Hrsg.): Gemeinsames Ministerialblatt, 73 (35), S. 810-812.

Czollek, Max (2024): Gegenwartsbewältigung. In: Aydemir, Fatma; Yaghoobifar, Hengameh (Hrsg.): Eure Heimat ist unser Albtraum. Erweiterte Ausgabe. Berlin. S. 201-215.

Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld.

Foroutan, Naika (2022): Das postmigrantische Paradigma: Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse in pluralen Demokratien. In: Sievers, Wiebke; Bauböck, Rainer; Josipovic, Ivan; Karabegović, Dženeta; Shinozaki, Kyoko (Hrsg.): Jenseits der Migrantologie: Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven der Migrationsforschung. Jahrbuch Migrationsforschung Nr. 6. Wien, S. 33-53, <https://doi.org/10.1553/9780EAW90493>.

Foroutan, Naika (2024): Postmigrantische Gesellschaft in der Krise. Zwischen Migrationsabwehr und Migrationsbedarf. Aus Politik und Zeitgeschichte. <https://www.bpb.de/shop/>

zeitschriften/apuz/flucht-und-migration-2024/555933/postmigrantische-gesellschaft-in-der-krise/ (27.1.2025).

HateAid (2024): Hass, Gewalt & Lügen im Netz sind nicht Teil des Jobs. Ein Leitfaden zum Umgang mit digitaler Gewalt. <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/02/hateaid-leitfaden-umgang-mit-digitaler-gewalt-2025.pdf> (20.7.2025).

Hayes, Ben et al. (2017): On „shrinking space“. A framing paper. Amsterdam. https://www.tni.org/files/publication-downloads/on_shrinking_space_2.pdf (20.12.2024).

Hummel, Siri (2020): Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsräum. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 33. Jg., Heft 3, S. 649–670, <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0056>.

Hummel, Siri (2024): Shrinking Space. In: Gille, Christoph; Walter, Andrea; Brombach, Hartmut; Haas, Benjamin; Vetter, Nicole (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Engagement und Freiwilligendienste. Frankfurt am Main, S. 185–196, <https://doi.org/10.5771/9783748936497-185>.

Gensing, Patrick (2024): Achtung Reichelt: Nius und die NGO-Verschwörungslegende. In: Belltower.News, 3.7.2025. <https://www.belltower.news/achtung-reichelt-nius-und-die-ngo-verschwoerungslegende-160853/> (31.8.2025).

Kuckartz, Udo (2012): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim.

Leber, Tina; Mertens, Fabian; Küpper, Beate (2024): Bedrohungen der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Kurzbericht aus dem Projekte BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen. https://diak.org/wp-content/uploads/2024/09/beware_bedrohung_der_zivilgesellschaftlichen_demokratiearbeit_kurzbericht_20240903.pdf (20.7.2025).

Lenhart, Karin; Roth, Roland (2023): Anti-Diskriminierung als zivilgesellschaftliches Projekt. In: Scherr, Albert; Reinhardt, Anna Cornelia; El-Mafaalani, Aladin (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden, S. 615–638, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-42800-6>.

Litschko, Konrad (2024): Zivilgesellschaft unter Druck - Risikante Demokratiearbeit. In: taz, 15.3.2025. <https://taz.de/Zivilgesellschaft-unter-Druck/!6016225/> (2.9.2025).

Maecenata Institut für Philantropie und Zivilgesellschaft (o. D.): European Shrinking Space Platform. <https://shrinkingspace.eu/en> (20.7.2025).

Merkel, Wolfgang (2024): Demokratische Resilienz als Konzept. In: Nida-Rümelin, Julian; Greger, Timo; Oldenbourg, Andreas (Hrsg.): Normative Konstituenzen der Demokratie. Berlin/Boston, S. 341–358.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (2017): Wachsam sein: Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen. Berlin. https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/mbr_broschuere_wachsamsein_Web_klein.pdf (20.7.2025).

Monroy, Matthias (2025): Orchestrierte Antisemitismusvorwürfe gegen Vereine. In: Neues Deutschland, 23.5.2025. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1192091/welt-union-afd-und-zentralrat-orchestrierte-antisemitismusvorwuerfe-gegen-vereine.html> (31.8.2025).

Neue Deutsche Medienmacher*innen (o. D.): NdM-Glossar – Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft. <https://glossar.neuemedienmacher.de> (15.8.2025).

Ohlendorf, Vera (2025): Demokratiearbeit in Gefahr – Der Schutz der Zivilgesellschaft muss jetzt politische Priorität haben. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>

demokratiearbeit-in-gefahr-der-schutz-der-zivilgesellschaft-muss-jetzt-politische-prioritaet-haben-133365/ (15.3.2025).

Peters, Stephan; Kny, Josefa; Scheffel, Franka; Ullrich, Angela (2024): Nicht kleinzukrisen – Was die Zivilgesellschaft resilient macht. Berlin. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.34051.72482>.

Reinfrank, Timo (2025): „Der NGO-Komplex“ SPIEGEL-Bestsellerliste listet rechtsextremes Framing. In: Belltower.News, 4.6.2025. <https://www.belltower.news/der-ngo-komplex-spiegel-beststellerliste-listet-rechtsextremes-framing-160351/> (31.8.2025).

Schmincke, Imke (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. Aus Politik und Zeitgeschichte. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/267942/frauenfeindlich-sexistisch-antifeministisch/> (31.8.2025).

Schöll, Anja; Schmit, Lisa (2025): Innovativ und widerstandsfähig: wie Zivilgesellschaft das post-migrantische Deutschland trotz Krisenzeiten und antidemokratischen Kräften gestaltet. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Uncivil Society – „Schattenseiten“ der Zivilgesellschaft, Band 17. Jena, S. 198–211.

Sommer, Moritz; Ratzmann, Nora (2022): Bedrohte Zivilgesellschaft – Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltsgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DeZIM Research Notes 10. Berlin. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5334.pdf (27.1.2025).

Sowa, Christian; Ramadan, Ebtisam; Schöll, Anja; Sträter, Till (2025, in press): Between Restrictions and Reactions: Civil Society in Times of Multiple Crises in Germany – a Shrinking Space for Post-Migrant Alliances? (submitted for review).

Strachwitz, Rupert Graf; Hummel, Siri (2024): Civil Society is Here to Stay! A Report on the Shrinking Civic Space Project (2019–2023). Opuscula 186. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-92596-5> (2.9.2025).

Strachwitz, Rupert Graf; Toepler, Stefan (2022): Contested Civic Spaces in Liberal Democracies. In: Nonprofit Policy Forum, 13. Jg., Heft 3, S. 179–193, <https://doi.org/10.1515/npf-2022-0026>.

Troschke, Hagen (2024): Zivilgesellschaft in Deutschland: Daten, Fakten, Entwicklungen. Opuscula 188. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-93241-7> (2.9.2025).

Weiberg, Mirjam; Schöll, Anja (2025): Schwindende Räume – Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird. DeZIM Briefing Notes. Berlin.

Weiberg, Mirjam et al. (2025): Vielfalt stärken, Demokratie gestalten. Transfer und organisationaler Wandel in der Zivilgesellschaft. 5. Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld „Vielfaltsgestaltung“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des BMBFSFJ, 01.01.2024–31.12.2024. DeZIM Project Report #16. Berlin.

Wunderlich, Svea; Nonn, Katja; Kamuf, Viktoria (2024): Bedrohtes Engagement – über Gefährdungen und Gegenstrategien der lokalen Zivilgesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Sicherheit – Schlüsselbegriff einer offenen Gesellschaft. Band 16. Jena, S. 154–165.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn.

Demokratie, Engagement und Systemvertrauen

Tragende Zusammenhänge empirisch infrage gestellt?

Prof. Dr. Thomas Klie

Institutsleiter Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) | klie@agp-zze.incarefor.de

Zusammenfassung

Die Demokratie als Gesellschafts- und Staatsform ist unter Druck. In unseren Studien zum Verhältnis von Demokratie, Zivilgesellschaft und Systemvertrauen gehen wir von den Zusammenhängen der drei das Konzept der demokratischen Integration konstituierenden Dimensionen demokratischer Gemeinwesen aus. Im Monitoring Demokratische Integration 1.0 konnten Strukturmerkmale von Regionen identifiziert werden, die im Sinne von sozialen Strukturen das Niveau von Engagement, Wahlbeteiligung und Systemvertrauen mit einer hohen Varianzerklärung identifizieren. In dem Monitoring Demokratische Integration 2.0 wurde das methodisch experimentell angelegte Monitoring repliziert. Dabei konnten immer noch Zusammenhänge zwischen Strukturbedingungen von Regionen mit dem Niveau demokratischer Integration gefunden werden. Es zeigt sich aber zugleich eine deutliche Auflösung und Relativierung der im Monitoring 2017 dokumentierten Zusammenhänge. In diesem Beitrag werden die wesentlichen Ergebnisse des Monitorings Demokratische Integration 2.0 vor- und zur Diskussion gestellt.

Schlagwörter: Demokratie; Engagement; Systemvertrauen; Region; Strukturbedingungen; Ehrenamt; Refeudalisierung

Democracy, engagement, and trust in the system

Fundamental relationships empirically questioned?

Abstract

Democracy as a form of society and government is under pressure. In our studies on the relationship between democracy, civil society, and trust in the system, we start from the interrelationships between the three dimensions of democratic communities that constitute the concept of democratic integration. In Monitoring Democratic Integration 1.0, structural characteristics of regions were identified that, in terms of social structures, explain the level of engagement, voter turnout, and trust in the system with a high degree of variance. In Monitoring Democratic Integration 2.0, the methodologically experimental monitoring was replicated. Correlations between the structural conditions of regions and the level of democratic integration were still found. At the same time, however, there is a clear dissolution and relativization of the correlations documented in the 2017 monitoring. This article presents the main results of the Monitoring Democratic Integration 2.0 for discussion.

Keywords: democracy; engagement; trust in the system; region; structural conditions; voluntary work; refeudalization

1. Vorspann

Demokratie lebt von einer vitalen Zivilgesellschaft, die die Werte, die hinter der Staatsform Demokratie stehen, sowohl im alltäglichen Leben als auch in der politischen Auseinandersetzung und Kultur lebendig hält. Die Demokratie als Gesellschafts- und Staatsform ist unter Druck. Nicht einmal die Hälfte der Staaten, die in der UN vertreten sind, sind (noch) Demokratien (Economist Intelligence 2024). Auch die großen Demokratien stehen unter Druck oder es droht ihre Erosion oder Zerstörung von innen und von außen.

In unseren Studien zum Verhältnis von Demokratie, Zivilgesellschaft und Systemvertrauen gingen wir von den Zusammenhängen der drei, das Konzept der demokratischen Integration konstituierenden Dimensionen demokratischer Gemeinwesen aus. In den ersten Studien (Blinkert/Klie 2018) wurden auf nationalstaatlicher Ebene im Vergleich von EU-Mitgliedstaaten Einflussgrößen für das ausgemacht, was wir unter demokratischer Integration verstehen (Blinkert/Klie 2018). Für die europäische Ebene wurden Indikatoren für zivilgesellschaftliches Engagement im European Social Survey (ESS) identifiziert, die die Unterschiede in dem Engagementniveau zwischen den europäischen Staaten im hohen Maße erklären: Zivilgesellschaftliches Engagement als eine soziale Struktur konnte durch andere soziale Strukturen erklärt werden. Es wurden Strukturmerkmale identifiziert, die auf eine zivilgesellschaftliche Verfasstheit verweisen (Blinkert/Klie 2018: 403). Dazu gehörten unter anderem die Indices der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionskontrolle, der Sozialausgaben und der Partizipation. Wir haben seinerzeit danach gefragt, woraus die sehr hohe Korrelation zwischen den Indikatoren für eine Zivilgesellschaft und den Durchschnittswerten für zivilgesellschaftliches Engagement entsteht. Vier hypothetische Antworten wurden seinerzeit gegeben:

- Sicherheit – die strukturellen Merkmale einer Zivilgesellschaft eröffnen einen Möglichkeitsraum für zivilgesellschaftliches Handeln von Individuen in einer Gesellschaft. Die nötige Sicherheit motiviert Menschen, sich nicht nur mit ihrer persönlichen Situation auseinanderzusetzen, sondern auch das Gemeinwesen nicht aus dem Blick zu verlieren.
- Identifikation – in einer Gesellschaft, in der zivilgesellschaftliche Strukturen im hohen Maße verwirklicht werden, identifizieren sich Menschen sehr viel stärker mit dem Gemeinwesen als in Gesellschaften, in denen das nicht der Fall ist. Insbesondere der Konsens hinsichtlich der Grundwerte von Kultur und Gesellschaft trägt dazu bei, dass Menschen bereit sind, sich für das Gemeinwesen zu engagieren.
- Systemvertrauen – in Gesellschaften, in denen das Leben durch zivilgesellschaftliche Strukturen geprägt wird, haben Menschen ein hohes Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen. Dazu trägt die Rechtsstaatlichkeit ebenso bei

wie die wirkungsvolle Kontrolle von Korruption und die Gewährleistung von Grundfunktionen der Daseinsvorsorge.

- Vorbildlichkeit – zivilgesellschaftliches Engagement wird für sich genommen zu einer sozialen Struktur, in dem es mit großer Häufigkeit auftritt und dadurch sichtbar wird. Es gehört zur gesellschaftlichen Normalität. Gelingt dies, gewinnt die Orientierung am Gemeinwesen einen hohen Aufforderungscharakter.

Diese auf europäische Nationalstaaten bezogene Analyse wurde im Monitoring Demokratische Integration 1.0 auf die Regionen in Deutschland, genauer auf die 96 Planungsregionen, übertragen. Lassen sich Strukturmerkmale von Regionen identifizieren, die im Sinne von sozialen Strukturen das erklären, was wir unter demokratische Integration fassen: das Niveau von Engagement, Wahlbeteiligung und Systemvertrauen? Das Monitoring Demokratische Integration 1.0 konnte die sozialen Strukturen mit einer hohen Varianzzerklärung identifizieren (Blinkert/Klie 2019).

Im hier vorzustellenden Monitoring Demokratische Integration 2.0 sollte das methodisch experimentell angelegte Monitoring repliziert werden. Dabei haben sich die Rahmenbedingungen und Stimmungen seit 2019 deutlich verändert. Unabhängig von Differenzen zwischen Ost und West und damit einhergehenden Dynamiken ist von Engagementmüdigkeit die Rede, von der Krise unserer Demokratie. Unsere Gegenwart ist stark von Krisen geprägt, die sich auf das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie und ihre Institutionen auswirken: Der von Russland ausgelöste Ukrainekrieg, die nachfolgende Energiekrise, der Rückgang des Wirtschaftswachstums, der deutliche Anstieg der Lebenshaltungskosten, die Klimakrise und steigende Migrationszahlen (Körber Stiftung 2024). Auch das Vertrauen in die staatlichen Institutionen hat in den letzten Jahren gelitten (Haumann 2024). Die Herausforderungen für die Zukunft, ökonomisch, ökologisch, demokratisch und hinsichtlich der globalen Krisenherde – sie nehmen zu. Einfache Lösungen für multiple Herausforderungen sind nicht verfügbar. Sie werden aber gewünscht, eingefordert und von populistischen Parteien versprochen. Die Demokratie der letzten Jahrzehnte basierte auf Wohlstand, Wirtschaftswachstum und weithin eingelösten Sicherheitsversprechen. In allen Regionen ging und geht es Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland in den letzten Jahrzehnten (ökonomisch) besser. Das gilt, wie wir im Monitoring Demokratische Integration 1.0 darstellen konnten, ausnahmslos für alle Regionen Deutschlands (Blinkert et al. 2019). Das Monitoring Demokratische Integration 2.0 fiel in die Zeit grundlegender Transformationen und ist in seinen Befunden insofern in mehrfacher Hinsicht zu kontextualisieren. Nach der demokratischen Grundordnung und in einem demokratischen Gesellschaftsverständnis lebt Demokratie nicht allein von Wahlen, sondern von der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch die Bürgerinnen und Bürger – und dies in vielfältiger Weise. Engagement und Demokratie sind, so hat es

schon der Zweite Engagementbericht der Bundesregierung betont, zwei Seiten einer Medaille (BMFSFJ 2016). Das Engagement ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen – in den meisten Bundesländern, besonders etwa in Thüringen (Bundeszentrale für politische Bildung 2024). Gleichzeitig wird etwa von der BAGFA berichtet, dass in einer Reihe von Engagementbereichen, etwa in der Unterstützung von Geflüchteten, „Engagementmüdigkeit“ zu spüren ist. Das Klima und die Stimmung gegenüber Geflüchteten spielen dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Die verbreitete Annahme genereller Engagementmüdigkeit wird aber empirisch nicht gestützt (Gaiser/de Rijke 2021).

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wird durch vielfältige Maßnahmen unterstützt, durch Freiwilligenagenturen, durch Engagementförderprogramme in unterschiedlichen Feldern, vom Sport über Kultur bis zu Sozialem und Gesundheit. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und der Bundesfreiwilligendienst stellen weiterhin im hohen Maße nachgefragte Angebote gerade für junge Menschen oder Menschen in biografischen Übergangssituationen dar. Auch die politische Bildung spielt im Kontext der Engagement- und Demokratieförderung eine wichtige Rolle. Der Vielfalt des Engagements und seiner Förderung entspricht die Vielfalt politischer und demokratischer Partizipation, die in der Beteiligung an Wahlen, der Mitwirkung in Parteien, in der Bewerbung um Mandate in Parlamente, in Bürgerentscheiden, in Bürgerinitiativen, in Bürgerräten, Beschwerden, Petitionen, aber auch Demonstrationen ihren Ausdruck findet. Die Vielfalt des Engagements und die Vielfalt politischer und demokratischer Partizipation sind Ausdruck einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer lebendigen Demokratie. Sie sind in Deutschland fest verankert, allerdings nicht überall in gleicher Weise. Die Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation, Engagement und Systemvertrauen, sie wurden auch im Monitoring Demokratische Integration 2.0 wieder bestätigt.

1.1 Das Monitoring Demokratische Integration 2.0: Kontexte

Das Monitoring Demokratische Integration 2.0 wurde von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) gefördert. Die Gründung der DSEE geht u.a. auf die Empfehlungen der Kommission „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zurück. Auch hinsichtlich der Engagementniveaus kann in Deutschland nicht von „gleichwertigen Lebensbedingungen“ gesprochen werden. Der Freiwilligensurvey (BMFSFJ 2023) dokumentiert die großen Unterschiede im Niveau und Ausmaß des Engagements in Deutschland. Die Unterschiede finden sich nicht nur für die Bundesländer, sondern, wie bereits im Monitoring Demokratische Integration dargelegt, auch auf regionaler Ebene (Abbildung 1).

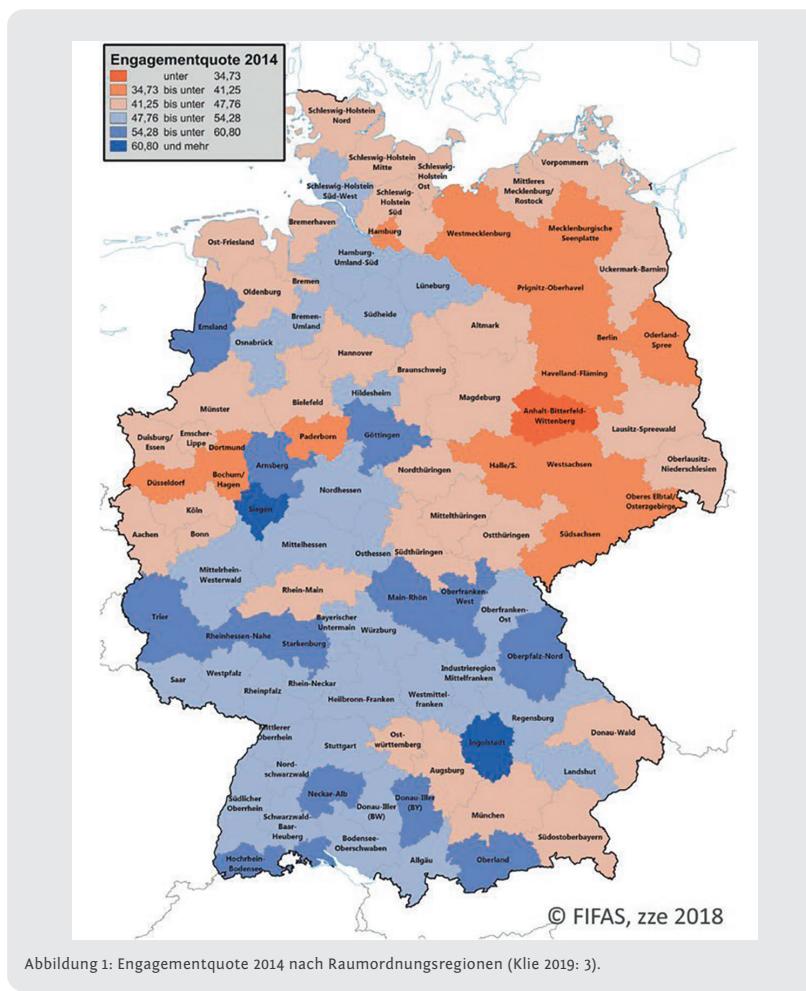


Abbildung 1: Engagementquote 2014 nach Raumordnungsregionen (Klie 2019: 3).

Die Kommission zur Erstellung des Zweiten Engagementberichts der Bundesregierung hatte die Aufgabe, den Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung herauszuarbeiten. Die Bundesregierung ging davon aus, dass das bürgerschaftliche Engagement in seinen vielfältigen Formen für die individuelle Teilhabe, gesellschaftliche Integration, das wirtschaftliche Wachstum, den Wohlstand, das kulturelle Leben, aber auch für die demokratischen Strukturen unerlässlich ist und damit eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von Herausforderungen und Problemen unserer Gesellschaft spielt (BMFSFJ 2016). Wie erklären sich die Unterschiede der Engagementniveaus innerhalb von Deutschland? Auch diese Frage wurde im Zweiten

Engagementbericht der Bundesregierung intensiv diskutiert und führte zu dem Monitoring Demokratische Integration in Deutschland (Klie 2019). Lassen sich auf der Basis von verfügbaren Datensätzen Erklärungen für die Unterschiede im Engagementniveau ableiten? Auf den von der Bundesregierung mit der Beauftragung zum Zweiten Engagementbericht formulierten Annahmen, dass Engagement, Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt aber auch Systemvertrauen zusammenhängen, basierte das Monitoring Demokratische Integration 1.0. Für die staatlichen Fördermaßnahmen könnte es maßgeblich sein, auf regionale Unterschiede zu reagieren und auf sie bei Maßnahmen zur Förderung des Engagements besonders Rücksicht zu nehmen. Aber nicht nur regional sensible Fördermaßnahmen lassen sich als Schlussfolgerung aus regionalen Differenzen im Engagementniveau und den Erkenntnissen des Monitorings Demokratische Integration ableiten, sondern auch strukturpolitische Maßnahmen, wenn sich denn Strukturmerkmale als maßgeblich für die demokratische Integration erweisen (Klie et al. 2019). Mit dem Monitoring Demokratische Integration in Deutschland wurde seinerzeit in mancherlei Hinsicht Neuland in der empirischen Demokratie- und Engagementforschung betreten: Nicht auf Personenmerkmale, sondern auf Strukturmerkmale von Regionen hebt das Monitoring ab und kommt auf diese Weise zu für die Politik sowohl in analytischer als auch in strategischer Hinsicht bedeutsamen Erkenntnissen: Es lassen sich, so das Ergebnis des Monitorings Demokratische Integration 1.0 belastbare Erklärungen für die unterschiedlichen Grade demokratischer Integration im Sinne von Wahlbeteiligung und Engagement identifizieren.

Ein Monitoring ist auf Dauer angelegt und nicht als Einzelbeobachtung konzipiert. Mit der Förderung des Monitorings Demokratische Integration 2.0 durch die DSEE konnte die Monitoringidee weiterentwickelt und umgesetzt werden. Dabei war das Monitoring Demokratische Integration 2.0 in der methodischen Anlage mit manigfachen Herausforderungen konfrontiert (Spiegel 2024). Eine kontinuierlich nutzbare und auf die 96 Planungsregionen in Deutschland auswerthbare Datenlage mit den relevanten empirischen Informationen lag und liegt nicht in verlässlicher und kontinuitätssichernder Weise vor. Relevanten Befragungsinstrumente und Surveys ändern ihre Fragen. Es ist zudem nicht gelungen, für das Monitoring Demokratische Integration relevante Items in den SOEP aufnehmen zu lassen. Insofern war es methodisch nicht (einfach) möglich ein Monitoring mit kontinuierlich zur Verfügung stehenden und aktuellen Datensätzen fortzuführen. Die schon im Monitoring Demokratische Integration 1.0 als bedeutsam erachtete Dimension des Systemvertrauens konnte nunmehr mithilfe des Freiwilligensurveys 2019 einbezogen werden – allerdings ohne die Möglichkeiten eines Vergleichs mit dem ersten Monitoring. Für die Zukunft sieht der Freiwilligensurvey Fragen zum Systemvertrauen nicht mehr vor. In der Vorbereitung des Monitorings Demokratische Integration 2.0 wurde geprüft und in Workshops beraten, auf welche bisher genutzte, aber gegebenenfalls

auch zusätzlich relevanten und verfügbaren Datensätze für das Monitoring Demokratische Integration 2.0 zurückgegriffen werden kann (Klie 2021).

Es waren aber nicht nur methodische Fragen sowie solche der Verfügbarkeit von Datensätzen, die sich als Herausforderung für das Monitoring Demokratische Integration 2.0 stellten. Deutschland, aber auch die Europäische Union insgesamt waren und sind von sehr grundlegenden und weitreichenden Dynamiken infolge der aktuellen Krisensituationen und politischen Dynamiken erfasst. Dazu gehörte die Coronapandemie, dazu gehören der Ukrainekrieg, der Krieg in Nahost, der Klimawandel, aber auch das Erstarken rechtspopulistischer und -extremistischer Parteien in Deutschland und Europa. Kann angesichts dieser zum Teil grundlegenden gesellschaftlichen Krisen und Veränderungsprozesse weiterhin von den Zusammenhängen ausgegangen werden, die beim Monitoring Demokratische Integration als Annahme dienten und bestätigt werden konnten? Hängen Engagement, Wahlbeteiligung und Systemvertrauen weiterhin in gleicher Weise zusammen? Um diesen Fragen nachzugehen, auch im Sinne einer „Eichung“ des für das Monitoring Demokratische Integration genutzten Datenmaterials, wurden zwei repräsentative Bevölkerungsbefragungen durch das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt (Haumann 2024). Ähnlich wie Steffen Mau et al. (2023) in seinen Studien kommt auch Haumann zu dem Ergebnis, dass trotz der Krisen, trotz der gesellschaftlichen und politischen Dynamiken der gesellschaftliche Zusammenhalt weiter hoch ist, wesentliche Werte von einem Großteil der Bevölkerung geteilt und Demokratie als die bevorzugte und beste Gesellschaftsform akzeptiert und unterstützt werden. Die öffentlichen Debatten und die sich polarisierenden gesellschaftlichen Diskurse verstehen den Blick auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Dabei sind allerdings die von Mau und Kollegen herausgearbeiteten Triggerpunkte durchaus als gefährliche Katalysatoren einer Polarisierung gesellschaftlicher Gruppen und der Erodierung eines zumindest politischen Zusammengehörigkeitsgefühls auszumachen, so Steffen Mau und Hartmut Rosa in einem Interview (Rabe 2024). Umso wichtiger erscheinen in diesem Zusammenhang Erfahrungen gesellschaftlicher Mitwirkung in den unterschiedlichen Formen von Engagement und Ehrenamt, da sie am ehesten den (örtlichen) Zusammenhalt stärken und die Erfahrung gesellschaftlicher und demokratischer Mitgestaltung vermitteln. Dass dies der Fall ist, wird auch in den von Haumann zusammengefassten Vorstudien deutlich belegt (Haumann 2024). Was allerdings die Vorstudien ebenso erkennen lassen, ist eine zunehmende Differenz und Diskrepanz zwischen Einstellungen, Haltungen und Erfahrungen zwischen Ost und West. Das Vertrauen in staatliche Institutionen, das Systemvertrauen ist in ostdeutschen Bundesländern deutlich geringer ausgeprägt als in westdeutschen. Protesthaltungen nehmen in Ostdeutschland einen deutlich größeren Raum ein als in Westdeutschland. Auch wird die Demokratie der westdeutschen Prägung in deutlich geringerem Umfang als in Westdeutschland als die beste Gesellschaftsform angesehen und ihr auch eine geringere Problemlösungskompetenz zugeschrieben.

Diese Dynamiken und Unterschiede dürfen nicht übergangen werden. Es sind eben nicht nur, wie in dem Ansatz des Monitorings Demokratische Integration 1.0 als Fragestellung in den Mittelpunkt gestellt, Strukturbedingungen von Regionen, die das Niveau demokratischer Integration erklären bzw. beeinflussen. Es sind auch Ost-West-Differenzen als solche, die ihre Wirkung entfalten.

„Die Institutionen einer demokratischen Regierungsform sind zwar notwendig, aber keineswegs hinreichend für ein lebendiges und erfolgreiches demokratisches Gemeinwesen“ (Klie 2019: 1). Eine zentrale Bedeutung wurde schon beim Monitoring Demokratische Integration 1.0 einer Kultur der Demokratie zugeschrieben, die auf den Orientierungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung beruht. Diese dokumentiert sich u. a. in dem Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse, in der Nutzung von Partizipationsmöglichkeiten und in dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen. Diese Bedingungen konstituieren das, was wir als demokratische Integration der Bevölkerung bezeichnen und was im Zentrum des Monitoringansatzes steht. Demokratische Integration im Sinne des Monitorings wird als Eigenschaft von territorialen Aggregaten, von Ländern, Gemeinden und anderen Regionen verstanden. Es basiert allerdings auf in der Bevölkerung verbreiteten Haltungen, Orientierungen und Verhaltensweisen. Die Daseinsführung des Menschen (Schulz-Nieswandt et al. 2021: 24) ist in Kontexte eingebunden, in regionale und soziale Bedingungen. Dabei spielen jeweils „Kapitalien“ eine Rolle: Humankapital als (qualifizierte) Arbeitskräfte, Sozialkapital als Netzwerke, die soziale Unterstützung, soziale Integration und Rollenangebote anbieten, Vertrauenskapital, d. h. dem Vertrauen in die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Institutionen des Staates und der Gemeinde und in die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen. Die Nöte, Sorgen und Ängste, die das „menschliche Drama“ ausmachen, sie werden in den gemeinsamen Lebensbezügen bearbeitet und, wenn es gut geht, durch eine sicherheitsstiftende staatliche Gewährleistung existenzwichtiger Infrastruktur aufgefangen (Schulz-Nieswandt et al. 2021: 26). Dieses Vertrauen in die Gewährleistung einer sicherheitsstiftenden Infrastruktur, einer im Kernbereich sichergestellten Daseinsvorsorge, es ist, wie bestätigt werden konnte, Voraussetzung für Systemvertrauen. Daseinsvorsorge, die koproduktive Formen der Daseinsvorsorge kennt, in denen Engagement eine wichtige Rolle spielt, ist wiederum abhängig von Strukturmerkmalen von Regionen: wirtschaftliche Prosperität, Wohlstandsunterschiede, demografischer Druck. Insofern bleiben regionale Einflussfaktoren bedeutsam für das, was wir demokratische Integration nennen. Allerdings wird die Bereitschaft zum Engagement dort deutlich beeinträchtigt, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt vor Ort Schaden leidet, wo sich die Verhärtungen und Polarisierungen auch Eingang in die örtliche Kultur verschaffen und den vor Ort tätigen Gestaltern und Gestalterinnen der örtlichen Angelegenheiten, seien es Kommunalpolitiker*innen, seien es zivilgesellschaftliche Akteure, das Vertrauen in den Respekt gegenüber den von ihnen wahrgenommenen Rollen und Aufgaben abhandenkommt.

Die vermehrten Übergriffe auf Mandatsträger*innen auf kommunaler Ebene sind Ausdruck davon, dass der örtliche Gemeinsinn in Gefahr gerät und die für eine genossenschaftliche Lebensweise so bedeutsamen „vertrauensklimatisierten Räume“ verloren gehen. Dabei zeigt sich, dass die örtlichen Belange am ehesten in der Lage sind, Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierungen in ihrem Ringen um die Bedingungen guten Lebens (Adloff et al. 2022) und die Zukunftsfähigkeit ihres Ortes zusammenzubringen. Demokratie kennt ihren Ursprung vor Ort. Insofern liegen auch und gerade hier die stärksten Resilienzfaktoren für die Demokratie, die es zu bewahren gilt: Auch deswegen lohnt der regionale, möglichst sogar der kommunale und sublokale Blick auf die Faktoren, die für die demokratische Integration von Bedeutung sind. In einem subsidiären Staatsverständnis lebt die Sicherheits- und vertrauensstiftende Struktur des Gemeinwesens nicht nur aus staatlichen und marktlichen Angeboten, sondern auch und gerade aus der Stabilität von informellen und zivilgesellschaftlichen Strukturen im Sinne einer Miteinerverantwortung, die sich auch in den vielfältigen Formen des Engagements und Ehrenamtes ausdrückt.

Die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements (BMFSFJ 2016) sind Ausdruck der „Miteinerverantwortung“ von der eine lebendige Demokratie lebt. Sie stehen auch für Formen genossenschaftlicher Lebensweisen. Mit der Übernahme von Ehrenämtern werden Rollen im demokratischen Gemeinwesen wahrgenommen. Insofern steht das Engagementniveau, das auf regionaler Ebene mit dem Monitoring Demokratische Integration „gemessen“ wird, für ein auf Subsidiarität basierendes Gesellschaftsverständnis, das auf der anthropologischen Ebene mit dem Konzept der Personalität korrespondiert (Lehmann 1982). Engagement, das soll damit betont werden, kann eben nur eine Messgröße sein, um etwa das Konstrukt der demokratischen Integration zu bestimmen. Engagement, das wurde bereits im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung herausgearbeitet, steht dann im Zusammenhang mit einer grundrechtlich rückgebundenen und fundierten Demokratie und ist Teil einer lebendigen Demokratie, wenn es in ein normatives Verständnis von Zivilgesellschaft eingebunden und auf ein solches ausgerichtet ist (BMFSFJ 2016; Evers et al. 2015). Sowie die Paideia als Formung zur prosozialen Empathie der Person mit den Fähigkeiten zu Respekt, Rücksichtnahme, Vertrauen, Anerkennung des Anderen, Weltoffenheit und Sorgefähigkeit zur Schlüsselfrage der Kultur des sozialen Miteinanders wird (Schulz-Nieswandt et al. 2021: 29), gilt Ähnliches für die anthropologischen Grundlagen, die im Engagement zum Ausdruck kommen und gelebt werden. Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung und aufkommender Kulturmärkte, durch Triggerpunkte (Mau et al. 2023) verschärft und in ideologische Verhärtungen geführt, wird ein Engagement, das auf den Erhalt und das Ringen um die für das Gemeinwesen bedeutsamen Lebensgrundlagen gerichtet ist, bedroht und verliert das Engagement potenziell seine Bedeutung für den Erhalt und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die multiplen Krisen und die

Antizipation von unsicheren Zukünften provozieren potenziell Kultukämpfe, die aktuell an vielen Stellen sichtbar werden und aufbrechen (Sloterdijk 2009). Schulz-Nieswandt spricht von den Modi der Welterschließung, aus denen Muster sozialer Interaktion resultieren, wie das der Gewalt, der Distanz und Weltflucht, der Sorgehaltung, der Kränkung und Demütigung und der Problemverdrängung, um einige zu nennen (Schulz-Nieswandt et al. 2021: 189). Die aktuellen Phänomene von Kultukämpfen und politischen Polarisierungen, die durch Social Media und gezielte Desinformationsstrategien unterstützt werden – sie stehen in Gefahr, das, was auch im Monitoring Demokratische Integration an großen Übereinstimmungen, an geteilten Werten, als die Gesellschaft verbindende Haltung herausgearbeitet wurde, infrage zu stellen. Verschwörungstheorien in Zeiten der Coronapandemie, mit hohem Aggressionspotenzial ausgetragene gesellschaftliche Konflikte, in denen sich die Durchsetzung von Partikularinteressen mit der Verdrängung von künftigen Herausforderungen, etwa im Klimaschutz, verbinden, wirken bis in bisher stabile soziale Netzwerke und lokale Gemeinschaften und Engagementkulturen hinein. Sie überlagern potenziell das, was im Monitoring Demokratische Integration 2019 in den Fokus gerückt wurde: die Bedeutung von Strukturbedingungen auf regionaler Ebene. Sie bleiben, so wie im Monitoring Demokratische Integration 2.0 (Spiegel 2024) herausgearbeitet, weiterhin von Bedeutung, haben aber nicht mehr die gleiche Prägkraft und den gleichen Einfluss, wie Dieter Rucht im Interview betont (Haak 2024). Auch Rucht geht von einer künftig noch stärkeren Polarisierung der Gesellschaft aus und interpretiert die gesellschaftlichen Bedingungen, sowohl in Deutschland als auch global, als Konstellationen, die zu einer weiteren Verhärtung der Fronten und zu einer Schärfung der verschiedenen Positionen führen werden.

Die Arbeiten an dem Monitoring Demokratische Integration 2.0 fallen in eine Zeit sehr grundlegender gesellschaftlicher Transformation. Dabei bleiben Strukturbedingungen von Regionen maßgeblich für das Systemvertrauen von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch für ihre gesellschaftliche Mitwirkungsbereitschaft. Auch das konnte in den Vorstudien zum Monitoring Demokratische Integration 2.0 herausgearbeitet werden (Haumann 2024): dass etwa Zweifel an der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung (Verfügbarkeit von hausärztlicher Versorgung und klinischen Angeboten), der Verfügbarkeit von Kindertagesstättenplätzen und Schulen sowie Infrastrukturen der pflegerischen Versorgung einen maßgeblichen Einfluss auf das Systemvertrauen haben. Dort, wo grundlegende Infrastrukturen der Daseinsvorsorge nicht als gesichert erscheinen, nimmt auch die Bereitschaft zum Engagement tendenziell ab (für den Gesundheitssektor: Nagel et al. 2010). Insofern bleibt der Ansatz, der mit dem Monitoring Demokratische Integration 2.0 verfolgt wird, von Bedeutung: Auf die Strukturmerkmale von Regionen, auf die strukturellen Einflussgrößen, aber auch Infrastrukturen von Regionen, besser noch von Kommunen zu schauen, das wird, so man der Zielsetzung gleichwertiger Lebensbedingungen in Deutschland einerseits und dem Ziel der Förderung von Demokratie als

Grundlage der Gestaltung des Gemeinwesens andererseits festhält, weiter bedeutsam bleiben. Strukturpolitik von Bund und Ländern spielen dabei ebenso eine Rolle, wie *regional good governance* und kommunale Regierungskunst.¹ Strukturbedingungen sind keine Determinanten für die demokratische Resilienz von Regionen respektive Kommunen und Gemeinden (Klie 2023). Es gibt genügend Beispiele dafür, dass in strukturschwachen Regionen, in denen die Strukturbedingungen, die für die demokratische Integration begünstigend wirken, nicht erfüllt sind, gleichwohl eine besondere demokratische und zivilgesellschaftliche Vitalität und Gestaltungskraft zu finden ist (Dehne und Klie 2024). Eine in die Lebensführung der örtlichen Bevölkerung eingeschriebene Haltung, die Bemühungen um Bedingungen guten Lebens in den kleinen Lebenskreisen auch als eigene Angelegenheit zu verstehen, wirkt in jedem Fall begünstigend. Gefragt sind sachbezogene Bemühungen im Ringen um Bedingungen guten Lebens heute und in der Zukunft vor Ort. Maßnahmen der Bildung und Demokratieförderung sowie der Unterstützung von Engagement können unterstützend wirken. Damit antidemokratische Haltungen und Handlungsformen nicht bis in die kommunalen Strukturen hinein ihre zerstörerische Kraft entfalten, tragen alle Bürgerinnen und Bürger und die maßgeblichen Institutionen von Schulen über Vereine bis hin zu den Unternehmen ihre Verantwortung so auch Dieter Rucht im Interview (Haak 2024).

Die Ergebnisse des Monitorings Demokratische Integration 2.0 bieten Stoff zur Diskussion – methodisch und hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Implikationen. Die Veränderung des Parteispektrums sowie Gruppen von Wählerinnen und Wählern, die mit rechtstremen Parteien sympathisieren, waren und sind ebenso zu berücksichtigen, wie die deutlichen Anzeichen dafür, dass die in der Vergangenheit relativ stabile Zufriedenheit mit der Performance der Bundesregierung auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt ist. In jedem Fall: Material für die Debatten zur Weiterführung der Demokratie- und Engagementforschung.

1.2 Vorstudien: Breite Zustimmung zur Demokratie – „Neue Entfremdung“ zwischen Ost und West

Die vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführten Vorstudien zum Monitoring Demokratische Integration 2022 und 2023 dienten, wie bereits ausgeführt, dazu die dem Konzept des Monitorings Demokratische Integration zugrunde gelegten Zusammenhänge zwischen Wahlverhalten, Engagement und Systemvertrauen angesichts der aktuellen Krisen und Transformationsdynamiken einer Prüfung zu unterziehen. Im Ergebnis konnten die unterstellten und vorausgesetzten Zusammenhänge weitgehend bestätigt werden.

¹ Vgl. das Studienprojekt „Engagement, Gemeinwirtschaft und Daseinsvorsorge“ unter der Leitung von Professor Klie und Professor Dehne (Hochschule Neubrandenburg 2023).

Ähnlich wie von Steffen Mau et al. (2023) in ihren Studien herausgearbeitet, besteht (immer noch) ein breiter Konsens in der Bevölkerung: Demokratie ist die weithin akzeptierte Staatsform. Rund 90 Prozent der Bevölkerung stimmen dem demokratischen Prinzip zu – meist verbunden mit einer Ablehnung autoritärer Staatsformen und Problemlösungen. 2023 findet sich (auch) noch eine Mehrheit, die zufrieden ist mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Auch das Institutionenvertrauen ist noch ausgeprägt, allerdings nimmt es dort ab, wo nach dem Vertrauen in den engeren politischen Bereich, in das Parlament, in die Kompetenz von Abgeordneten und Regierung gefragt wird. Es zeigen sich allerdings deutliche und zunehmende Unterschiede zwischen Ost und West (Abbildung 2).

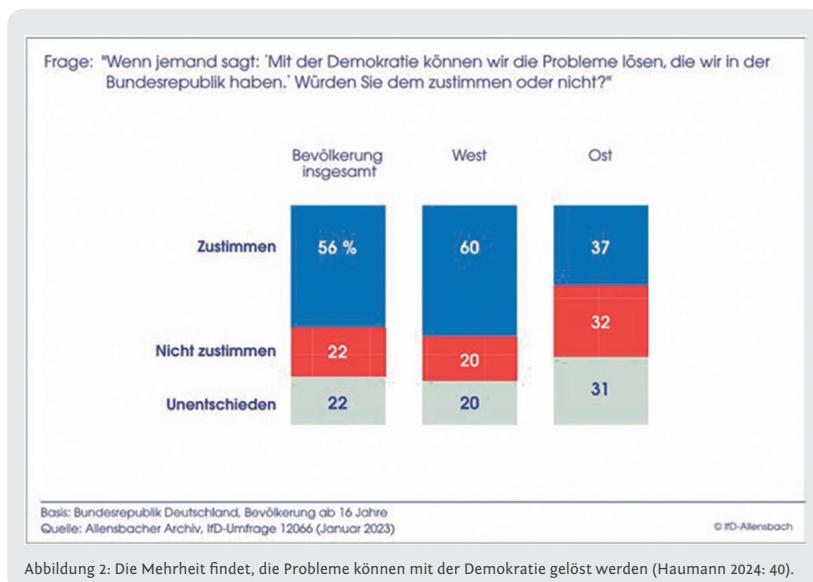
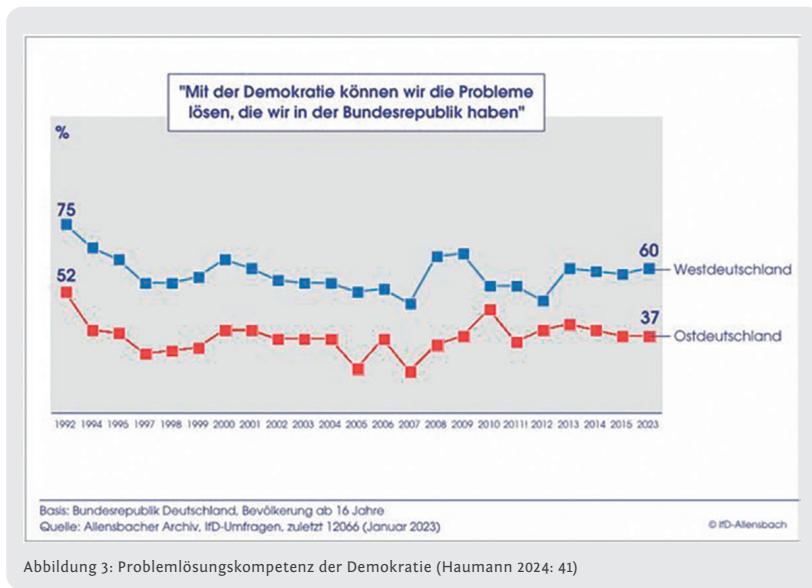


Abbildung 2: Die Mehrheit findet, die Probleme können mit der Demokratie gelöst werden (Haumann 2024: 40).

Auch in der Vergangenheit gab es Schwankungen in dem Demokratie- und Institutionenvertrauen in Deutschland. Dabei ist auffällig, dass die Schwankungen in Ostdeutschland respektive in den ostdeutschen Bundesländern besonders ausgeprägt sind und waren. Das grundsätzliche Vertrauen in die Demokratie als Staatsform und in die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen wird allerdings zunehmend begleitet von Zweifeln, dass die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger durch die Politik berücksichtigt werden. Die Responsivität des politischen Systems nimmt ab. Auch bestehen Zweifel an der Selbstwirksamkeit und den Möglichkeiten sie zu erfahren. Bei den Engagierten und denjenigen, die regelmäßig zur Wahl gehen, ist das Selbstwirksamkeitserleben deutlich ausgeprägter als bei den Nichtengagierten. Auch hier zeigt sich durchaus ein Zusammenhang zwischen Engagement, Systemvertrauen und Wahlbeteiligung, der für das Konzept der demokratischen

Integration konstitutiv ist. Bei allen, insbesondere in Ostdeutschland, zunehmend kritischen Haltungen und Vertrauensverlusten gegenüber der aktuellen Performance der demokratischen Institutionen verkörpernden Parteien und Personen bleibt das politische Interesse und die politische Information für eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bedeutsam (Abbildung 3).



Nur wenige haben sich ganz von Politik und gesellschaftlichen Entwicklungen abgewandt. Bei diesen findet sich auch ein anderes Informationsverhalten, das sich in der Mediennutzung abbildet. Die partizipativen Dimensionen der demokratischen Integration, die auch ihren Ausdruck im politischen Interesse und der Information über das politische Geschehen haben, sind weiterhin stark verankert. Das gilt auch für das freiwillige Engagement, das eine große Rolle für die gesellschaftliche und politische Teilhabe spielt: Etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger sind auf unterschiedliche Weise engagiert, ein Drittel etwa in festen Organisationen und mit klaren Verantwortungsrollen und Ämtern. Die Vorstudien bestätigen den Zusammenhang zwischen Einstellungen und Aktivitäten: zwischen Einstellungen zur Demokratie und Formen des Engagements und der Wahlbeteiligung. Sie sind eng miteinander verbunden. Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern, deren Mitglieder überdurchschnittlich häufig vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind, tendieren weitaus eher zum Vertrauen gegenüber den Institutionen. Auch beteiligen sie sich häufiger an Wahlen und übernehmen auch beim freiwilligen Engagement öfter Ämter und feste Aufgaben als andere. Engagement und Wahlverhalten können damit als Indikatoren für die anderen Dimensionen der Demokratieverankerung

genutzt werden: Darauf baut das Konzept der demokratischen Integration auf. Die so bestätigten Zusammenhänge bedürfen gleichwohl jeweils genauerer Analysen. Aus einer Zeitreihenbetrachtung lässt sich folgern, dass es zumindest in den zurückliegenden Jahren keine grundsätzlichen Veränderungen der für die demokratische Integration maßgeblichen Variablen gab. Das Institutionenvertrauen ist in Zeiten der Krisen zurückgegangen. Insgesamt rückten und rücken die Wählerinnen und Wähler von den Parteien der Bundesregierung ab. Mit Blick auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie verändert dies aber das Bild nicht substanzell. Durch die zwischen 2017 und 2021 gewachsene Bereitschaft von politischen Unzufriedenen, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen, schwächte sich die Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und anderen Indikatoren der demokratischen Integration leicht ab. Diese Abschwächung könnte sich weiter vertiefen. So kann aus der regionalen Wahlbeteiligung nicht mehr mit der gleich hohen Wahrscheinlichkeit auf die „demokratische Integration“ der Region geschlossen werden wie zuvor. Das gilt es bei der Integration der Analysen zu den Berechnungen des Monitorings zu berücksichtigen.

Und noch einen bedeutenden Befund haben die Vorstudien hervorgebracht: Aus sozialen, regionalen und politischen Teilgruppen konnten jene identifiziert werden, in denen sich überdurchschnittlich viele Personen mit Distanz zu demokratischen Systemen finden. Zu ihnen gehören:

- Menschen mit geringem sozialökonomischen Status,
- Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern sowie
- Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die sich in ihrer Kritik und Unzufriedenheit deutlich von den Anhängerschaften der „etablierten“ Bundestagsparteien unterscheiden.

Auch unabhängig davon, dass die Vorstudien den Ansatz der demokratischen Integration grundsätzlich als tragfähiges Konzept bestätigt haben, weisen die Vorstudien auf ausgesprochen interessante und wichtige Zusammenhänge von Einstellungen und Aktivitäten hin, die gerade auch für das Thema Engagement und Ehrenamt von einiger Bedeutung sind. Auch machen sie deutlich, wie sich grundsätzliche Einstellungen zur Demokratie lösen und entfernen von den Einstellungen und Bewertungen der aktuellen Performance der für die Demokratie maßgeblich verantwortlichen Institutionen und Akteure.

1.3 Das Monitoring 2.0: Zwischen Kontinuität und Limitationen

Mit dem Monitoring Demokratische Integration wurde Neuland in der Engagementforschung betreten: Demokratische Integration als ein Merkmal von Regionen zu untersuchen war und ist auch international ein „Sonderweg“. Er stieß auf große Resonanz – nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Diskussionen um gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland. Die Unterschiede der Lebensbedingungen

gilt es analytisch und politisch gestaltend in den Blick zu nehmen. Das gilt auch für die Demokratie- und Engagementpolitik. Ein Monitoring lebt von der Kontinuität in der Methodik. Diese Kontinuität wurde im Monitoring 2.0 institutionell dadurch gewährleistet, dass das Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaften (FIFAS e. V.) die Berechnungen wie schon beim ersten Monitoring durchführte – und auch dadurch, dass die Methodik im Prinzip beibehalten, wenn auch weiterentwickelt wurde. Sie musste insbesondere hinsichtlich der genutzten Indikatoren angepasst werden, um die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse zu berücksichtigen, die Einfluss auf die zugrunde liegenden Annahmen entfalten. Welche gesellschaftlichen Wandlungseffekte mitzuberücksichtigen waren, ergibt sich auch aus den vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführten Vorstudien. Sie beziehen sich insbesondere auf die Dimension Wahlbeteiligung, die im Monitoring 2.0 „differenzierter“ betrachtet wurde. Die Zunahme von sogenannten Protestwählern galt es zu reflektieren. Ein Monitoring baut grundsätzlich darauf, dass die auszuwertenden Datensätze kontinuierlich und fortgeschrieben vorliegen. Dies ist bezogen auf die herangezogenen Datensätze leider nicht in jeder Hinsicht der Fall. Die Daten zur Wahlbeteiligung liegen vor, auch die zum Engagement: Die weiteren Strukturmerkmale von Regionen, auf die im Monitoring abgehoben wird, basieren leider nicht auf Datensätzen, die dauerhaft und auch auf der Aggregationsebene der 96 Planungsregionen vorliegen. Es wurde aber insofern die Kontinuität des Monitorings beibehalten, als hinsichtlich sozialer Strukturen auf die Urbanität der Regionen, die Verbreitung von Familismus als Lebensform, den demografischen Druck durch einen hohen Anteil älterer Menschen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region, die relative Benachteiligung und die Belastung der Bevölkerung durch Kriminalität abgehoben wurde. Insofern wurde die Kontinuität des ersten Monitorings gewahrt, auch wenn die zur Messung der sozialen Struktur genutzten Datensätze aus den vorstehend genannten Gründen (Diskontinuität der Daten) (leicht) verändert werden mussten. Das Monitoring 2.0 dokumentiert die großen Unterschiede zwischen den Regionen in den Niveaus demokratischer Integration (Abbildungen 4 und 5).

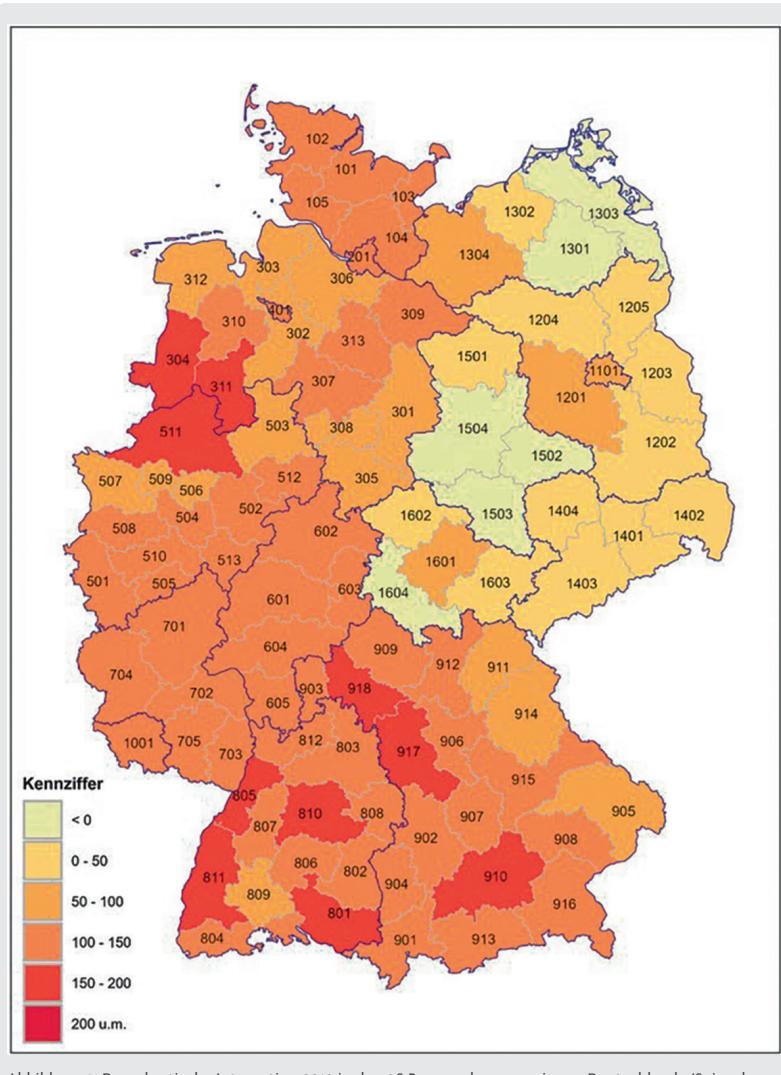


Abbildung 4: Demokratische Integration 2019 in den 96 Raumordnungsregionen Deutschlands (Spiegel 2024: 121)

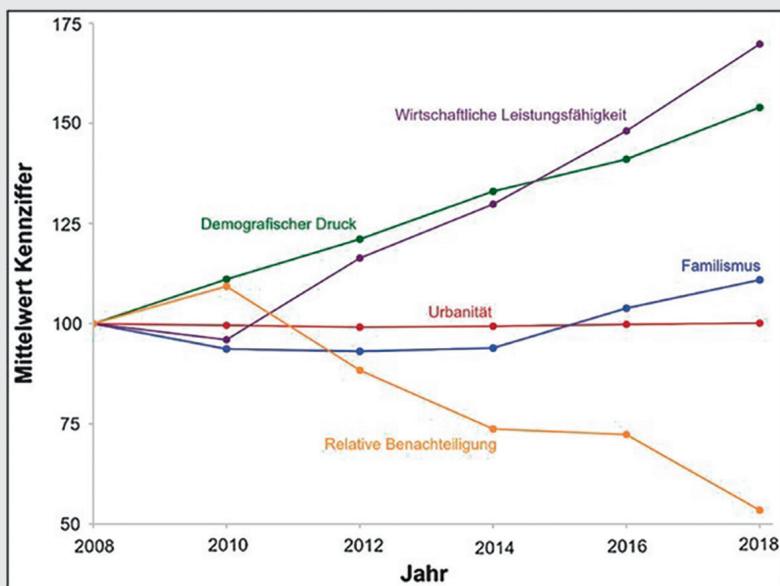


Abbildung 5: Entwicklung der durchschnittlichen Kennziffern für soziale Strukturen in den 96 Raumordnungsregionen Deutschlands 2008 bis 2018 (Spiegel 2024: 207)

Das Monitoring 2.0 bestätigt schon im Monitoring 1.0 aufgezeigte Trends. So hat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Deutschland weiter deutlich zugenommen. Das gilt für alle Regionen in Deutschland, auch und gerade in ostdeutschen Bundesländern. Dabei bestätigt sich der Fahrstuhleffekt. Der Abstand zwischen Regionen bleibt vergleichsweise stabil. Es gibt kaum Mobilität im Ranking der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Auch der demografische Druck nimmt weiter zu. Das überrascht in keiner Weise, da sich die demografische Transformation insgesamt in der Bevölkerung und in Deutschland als Megatrend abbildet. Allerdings sind manche Regionen von dem demografischen Druck, das heißt von einer besonders großen Zahl älterer Menschen bei einer zurückgehenden Zahl junger Menschen, stärker betroffen. Das sind insbesondere Regionen mit einer geringen Zuwanderung. Regionen mit einem ausgeprägten demografischen Druck weisen ein vergleichsweise niedriges Niveau demokratischer Integration auf: ein Zusammenhang, der sehr ernst zu nehmen ist und auch politische Interventionen nahelegt. Die entfaltete Diskussion um Einsamkeit und Ressentiments (Kersten et al. 2024) greift ebenfalls Phänomene auf, die in Regionen mit einem ausgeprägten demografischen Druck wahrzunehmen sind. Die relative Benachteiligung der Bevölkerung hat insgesamt abgenommen, wie auch die Zahlen der Arbeitslosen deutlich zurückgegangen sind. Ein Rückgang ist ebenso bei der Belastung mit Kriminalität zu verzeichnen. Diese

Entwicklungen im Zeitverlauf zeigen sich in den 96 Planungsregionen recht unterschiedlich. So ergeben sich weiterhin große Unterschiede der demokratischen Integration in den Raumordnungsregionen, die sich in sehr hohem Maße durch die Einflüsse der zu berücksichtigenden Strukturmerkmale erklären lassen (Abbildung 6).

Als Haupteinflussfaktoren lassen sich der demografische Druck einerseits und (indirekt gemessen) die für westliche und östliche Bundesländer typischen Strukturmerkmale ausmachen. Dabei treffen das, was wir demokratische Integration nennen, und das dem Konzept der demokratischen Integration zugrunde liegende Demokratieverständnis in den ostdeutschen Bundesländern auf eine andere Geschichte, Mentalität und kollektive Erfahrungen (Wellmer 2024). Uns ist bewusst, dass mit dem weiterhin relevanten und reizvollen Ansatz des Monitorings Demokratische Integration methodisch ein von Risiken gekennzeichnetes Terrain betreten wurde. Die zur Verfügung stehenden Datensätze, die für die Strukturmerkmale herangezogen wurden, sind nicht alle von der gleichen Aussagekraft. Dies wurde bei den Berechnungen sorgfältig geprüft und jeweils auch referiert. Insofern bleibt das Monitoring Demokratische Integration 2.0 in gewisser Weise experimentell. Aber nicht nur Personen und Milieus, sondern auch Regionen als bedeutsame Aggregate für demokratische Integration in den Blick zu nehmen, dies bleibt u. E. wichtig. Der mit dem ersten Monitoring Demokratische Integration eingeschlagene Weg sollte von daher fortgesetzt werden. Durch die Vorstudien wurden die möglichen Einflüsse von gesellschaftlichen und globalen Krisen berücksichtigt, sodass in seriöser Weise eine Fortsetzung und Replikation des Monitorings durchgeführt werden konnte. Es wurde ebenso geprüft, ob weitere Indikatoren, etwa der Gesundheitsstatus der Bevölkerung miteinbezogen werden sollten (Klie 2021). Wir haben uns entschieden, bei den im ersten Monitoring entwickelten Strukturmerkmalen – mit einigen kleineren Variationen – zu bleiben. Die Zusammenhänge zwischen sozialen Strukturen und dem Ausmaß demokratischer Integration auf regionaler Ebene konnten, wenn auch weniger prägnant, herausgearbeitet und dokumentiert werden. Sie bleiben relevant. Die unterschiedlichen Niveaus dessen, was demokratische Integration genannt wird, lassen sich auch im Zusammenhang mit rechtspopulistischen und demokratiefeindlichen Dynamiken diskutieren. Gerade hier gilt, dass ein eindeutiger Zusammenhang zwischen sogenannter Strukturschwäche und Demokratiefeindlichkeit respektive dem Erstarken des Rechtspopulismus nicht gegeben ist. Wie schon für die europäische Ebene festgestellt (Blinkert/Klie 2018) beeinflussen Werthaltungen und politische Kultur die Problemdeutung. Insofern wird man nicht allein mit Maßnahmen zur Infrastrukturentwicklung dem Rechtspopulismus entgegentreten können (Klärner 2023).

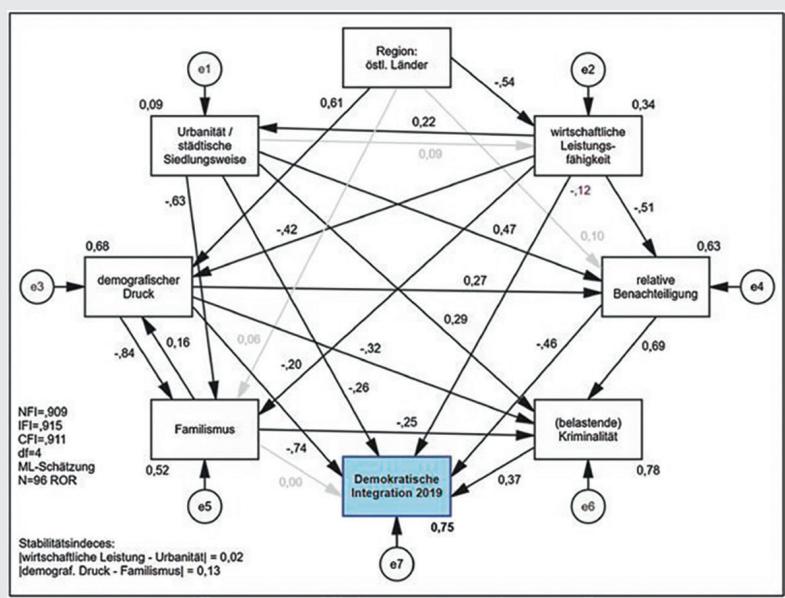


Abbildung 6: Erklärmodell soziale Strukturen und demokratische Integration 2019 (Spiegel 2024: 208)

Die Monitorings Demokratische Integration 1.0 und 2.0 beruhen auf Daten aus einem Zeitraum wirtschaftlicher Prosperität in Deutschland. Es ist eine für die Zukunft hoch bedeutsame Frage, wie sich die aktuellen und die Krisen der letzten Jahre und die erwartbaren Wohlstandseinbußen auf die demokratische Integration in Deutschland insgesamt und in den Regionen auswirken werden.

2. Ausblick

Unsere Zeit ist von historisch zu nennenden Dynamiken gekennzeichnet, was die globale, aber auch die europäische Ordnung und die Verschiebung von globalen und europäischen Machtverhältnissen anbelangt. In besonderer Weise wird deutlich, welchen Einfluss Monopole von wirtschaftlicher Macht und Datenmacht auf die Demokratie entfalten: Was lässt sich unter diesen immer sichtbarer werdenden neuen Bedingungen noch an gesellschaftlicher Wirklichkeit in demokratischer Weise gestalten? Die Selbstwirksamkeitserfahrung ist eine wichtige Voraussetzung für Engagement, demokratische Beteiligung und Systemvertrauen. Das konnte in den Vorstudien zum Monitoring 2.0. gezeigt werden. Gesa Lindemann (2025) hat in ihrem lesenswerten Essay Erträge ihrer gewaltsoziologischen Forschung aufbereitet und die Demokratie gefährdende und zerstörende Wirkung der Refeudalisierung beschrieben, die sich als Gewalt für diejenigen darstellt, die faktisch keine

Chance zur gesellschaftlichen Mitgestaltung haben, da ihnen jeder Ressourcenzug verwehrt ist. Die Monopole wirtschaftlicher Macht und Datenmacht leisten einen wesentlichen Beitrag zur Refeudalisierung. Lindemann stellt die Refeudalisierung in Beziehung zu dem Konzept der Refatalisierung und dies auf zwei Ebenen: Die Konzentration der ökonomischen und wirtschaftlichen Macht in den Händen weniger höhlt die Demokratie aus und stabilisiert ein wirtschaftliches System, das in seiner kapitalistischen Binnenlogik verteidigt wird. Hier spricht sie von der aktivistischen Fatalisierung der Eliten, die an den Sach- und Systemzwängen dieser sich zunehmend „refeudalisierenden“, globalen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme ausrichten und sich defensiv ihren Logiken anschließen, wie dies etwa aktuell in vielfältiger Weise zu besichtigen ist. Mit der Fatalisierung der Eliten korrespondiert die „Fatalisierung der Fleißigen“, die sich auf lokale und lebensweltliche Zusammenhänge zurückziehen und dort ihre bisherige Lebensweise und ihren Lebensstandard verteidigen und sich den globalen Herausforderungen des Klimawandels, der demografischen Transformation und der Krisenherde auf der Welt entziehen.

Verbunden mit den libertären Gesellschaftsmodellen, die auf die Zerstörung der Demokratie gerichtet sind (Birkenfeld 2025) werden die in den Forschungen zur demokratischen Integration vorausgesetzten Zusammenhänge von Engagement, Demokratie und Systemvertrauen nicht in ihrer inneren Logik und ihren immer noch empirisch nachzuzeichnenden Zusammenhängen infrage gestellt, aber doch hinsichtlich ihrer Resilienz. Umso wichtiger erscheint es, die Voraussetzungen für das Zusammenspiel von Engagement, Demokratie und Systemvertrauen zu erhalten und zu verteidigen. Das kennt Handlungsaufträge an einen Daseinsvorsorge stabilisierenden Staat hinsichtlich existenznotwendiger Infrastrukturen – etwa im Gesundheitswesen. Das kennt aber auch als Voraussetzung eine Kultur und Haltung der Bürgerinnen und Bürger und zivilgesellschaftlicher Assoziationen, selbst Sorge zu tragen für eine von gegenseitiger Fürsorglichkeit getragene Miteinanderverantwortlichkeit – auch für die Wahrung der Menschen- und Grundrechte vulnerabler Mitbürger*innen, die zunehmend in ihrer Dignität in Frage gestellt werden – und für die eigenen Lebensbedingungen. Auch wenn man der klugen Konzeption der „Refatalisierung der Fleißigen“ folgt, bleibt der Ort, die Gemeinde, die Kommune der Erfahrungs- und Gestaltungsraum für Demokratie, aus dem sie sich erneuern oder stärken kann. Die in diesem Beitrag herausgearbeiteten empirischen Zusammenhänge zwischen Systemvertrauen, Engagement und der Erfahrung der Selbstwirksamkeit gilt es politisch und gouvernemental im Sinne der Integrationskraft von Demokratie zu verteidigen. Wenn es gelingt, das Engagement in örtlichen Zusammenhängen um Bedingungen guten Lebens vor Ort (Daseinsvorsorge) in Beziehung zu setzen zu den Herausforderungen unserer Zeit in ökologischer und demografischer Hinsicht und mit Blick auf soziale Gerechtigkeit, würde der Zusammenhang, der dem Konzept der demokratischen Integration zugrunde liegt, verteidigt werden. In diesem Zusammenhang gibt es unendlich viele Mut machende

Beispiele, die apokalyptischen Narrativen die Bilder einer „Kunst der Daseinsvorsorge“ (Dehne/Klie 2025) gegenüberstellen (Associazione dei Comuni Virtuosi 2025; Dehne und Klie 2024). Dabei stehen diese Zuversicht vermittelnden Bilder in einem schwer auflösbaren Kontrast zu den skizzierten Analysen von Gesa Lindemann oder denen von Ingolfur Blühdorn (2024), in denen er die Dialektik des Scheiterns des Ökosozialen-Emanzipations-Projektes und damit auch das der Demokratisierung entfaltet. Wir befinden uns auf dem Weg in eine andere Moderne.

Literaturverzeichnis

Adloff, Frank; Caillé, Alain (Hrsg.) (2022): Convivial Futures. Views from a Post-Growth Tomorrow. Bielefeld. <https://library.oapen.org/bitstream/id/5b353f8b-b2f9-4ea9-8e03-5fd94b9842f7/9783839456644.pdf> (3.9.2025).

Associazione dei Comuni Virtuosi (2025): <https://comunivirtuosi.org/> (4.9.2025).

Birkenfeld, Tilman W. (2025): Peter Thiel – Zukunft denken, Macht gestalten. Neobooks.

Blinkert, Baldo; Klie, Thomas (2018): Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa. In: Klie, Thomas; Klie, Anna Wiebke (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden, S. 339–424.

Blinkert, Baldo; Klie, Thomas (2019): Demokratische Integration in Europa: Deutschland im europäischen Vergleich. In: Klie, Thomas (Hrsg.): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Wiesbaden, S. 11–30.

Blinkert, Baldo; Klie, Thomas; Rischard, Pablo; Siegel, Irina (2019): Demokratische Integration in den Raumordnungsregionen von Deutschland. In: Klie, Thomas (Hrsg.): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Wiesbaden, S. 31–114.

Blüdorn, Ingolfur (2024): Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2023): Deutscher Freiwilligensurvey 2019. Unter Mitarbeit von ifnas Institut für angewandte Sozialwissenschaft und Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Zentrale Ergebnisse. Berlin.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“. Bundesdrucksache, 18/11800.

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hrsg.) (2024): Demokratie und Partizipation. bpb-Magazin #25. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/6827_bpб-mag25_Buch_240315_Online_.pdf (21.4.24).

Dehne, Peter; Klie, Thomas (2024): Daseinsvorsorge – gemeinwirtschaftlich und engagementgetragen. Erträge aus einem explorativen Forschungsprojekt. In: Zeitschrift für Gemeinwirtschaft und Gemeinwohl, 47. Jg., Heft 3, S. 406–441, <https://www.doi.org/10.5771/2701-4193-2024-3-406>.

Economist Intelligence (2024): Democracy Index 2024. <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2024/> (4.9.2025).

Evers, Adalbert; Klie, Thomas; Roß, Paul-Stefan (2015): Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Bd. 65, S. 3-9. <http://www.bpb.de/apuz/203531/die-vielfalt-des-engagements?p=all> (3.9.2025).

Gaiser, Wolfgang; de Rijke, Johann (2021): Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Bd. 44. <https://www.bpb.de/system/files/pdf/CNAYED.pdf> (3.9.2025).

Haak, Sebastian (2024): „Kommunikation im Internet kann den Straßenprotest nicht ersetzen.“ Interview mit Dieter Rucht. In: bpb:magazin 25, S. 6-13. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/6827_bpb-mag25_Buch_240315_Online_.pdf (18.4.2024).

Haumann, Wilhelm (2024): Feste Demokratieverankerung – mit Ausnahmen. Die Ergebnisse der Vorstudien. In: Klie, Thomas (Hrsg.): Demokratie, Engagement und Systemvertrauen. Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen. Wiesbaden, S. 25-74.

Hochschule Neubrandenburg (2023): Engagement, Gemeinwirtschaft und Daseinsvorsorge. <https://www.hs-nb.de/institute/institut-fuer-kooperative-regionalentwicklung/forschungsschwerpunkt/aktuelle-projekte/buergergenossenschaften> (3.9.2025)

Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold (2024): Einsamkeit und Ressentiment. Hamburg.

Klärner, Andreas (2023): Demokratiefeindliche Tendenzen in ländlichen Räumen. Unveröffentlichter Vortrag bei der 4. Sitzung des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung am 17.10.2023 in Berlin. Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen.

Klie, Thomas (Hrsg.) (2019): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze); Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft e. V. (FIFAS). Wiesbaden.

Klie, Thomas (2021): Monitoring „Demokratische Integration“ in Deutschland 2.0. Bericht zur Vorstudie. Unter Mitarbeit von Isabel Schön. Hrsg. v. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze). Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt: Freiburg. https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/wp-content/uploads/2022/11/2022-10-21_DSEE_DI_2.0_Bericht-zur-Vorstudie-2021_web-1.pdf (21.4.2024).

Klie, Thomas (2023): Demokratische Resilienz. Was macht eine widerstandsfähige demokratische Gesellschaft aus? In: Außerschulische Bildung, 54. Jg., Heft 1, S. 55-58.

Klie, Thomas (Hrsg.) (2024): Demokratie, Engagement und Systemvertrauen. Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen. Wiesbaden.

Klie, Thomas; Rischard, Pablo; Siegel, Irina (2019): Zusammenfassung und Ausblick. In: Klie, Thomas (Hrsg.): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Wiesbaden, S. 115-128.

Körber Stiftung (2024): Demokratie in der Vertrauenskrise. <https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-in-der-krise-umfrage-2024/#s41892> (3.9.2025).

Lehmann, Gert Efraim (1982): Menschsein ist Mitsein. Göttingen.

Lindemann, Gesa (2025): Demokratie – Wirtschaft – Gewalt. Für eine realistische Gesellschaftskritik. Weilerswist/Metternich.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin.

Nagel, Eckhard; Alber, Kathrin; Bayerl, Brigitta (2010): Rationalisierung, Priorisierung und Rationierung – Konzepte zur Gesundheitsversorgung der Zukunft. In: Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen, 104. Jg, Heft 5, S. 355–359.

Rabe, Jens-Christian (2024): Kippt diese Demokratie? Rassismus, Rechtspopulismus und Sehnsucht nach Extremen in allen Debatten: Die Soziologen Hartmut Rosa und Steffen Mau im Gespräch über eine aufgewühlte Republik. Interview mit Steffen Mau und Hartmut Rosa. In: Süddeutsche Zeitung (SZ). <https://www.sueddeutsche.de/kultur/steffen-mau-hartmut-rosa-afd-1.6338787?reduced=true>, (18.4.2024).

Schulz-Nieswandt, Frank; Köstler, Ursula; Mann, Kristina (2021): Kommunale Pflegepolitik. Eine Vision. Stuttgart.

Sloterdijk, Peter (2009): Die Verachtung der Massen. Versuch über Kultukämpfe in der modernen Gesellschaft. 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main.

Spiegel, Jürgen (2024): Demokratische Integration Deutschland 2.0. In: Klie, Thomas (Hrsg.): Demokratie, Engagement und Systemvertrauen. Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen. Wiesbaden, S. 75–222.

Wellmer, Jessy (2024): Die neue Entfremdung. Warum Ost- und Westdeutschland auseinanderdriften und was wir dagegen tun können. Köln.

In/formelles Engagement und Dörflichkeit: Mischzonen und Grenzen von Verein, Hilfsnetzwerken und Gemeinschaft

Dr. Philipp Knopp

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bertha von Suttner Privatuniversität St. Pölten, Bereich Soziales und TU Chemnitz, Institut für Medienforschung | philipp.knopp@phil.tu-chemnitz.de | <https://orcid.org/0000-0001-8617-2222>

Paul Herbinger, M. A.

Managing Director, Vienna Centre for Societal Security (VICESSE) | paul.herbinger@vicesse.eu | <https://orcid.org/0000-0002-3127-2397>

Zusammenfassung

Anhand des Fallbeispiels eines Männergesangvereins im ländlichen Österreich entwickelt der Beitrag das Konzept des in/formellen Engagements. Damit trägt er zur Debatte um das Verhältnis von Formalität und Informatlichkeit in der Engagementforschung bei. Es wird aufgezeigt, wie sich formelle Vereinstätigkeit, informelle Hilfe und dörfliche Vergemeinschaftung überlagern, ergänzen und begrenzen. Wo formelles Engagement den Rhythmus informeller Vergemeinschaftung prägt, erweitert die informelle Hilfe den Verein um soziale Komponenten im Alltag, wodurch die soziale Integration des Kollektivs und der dörflichen Vergemeinschaftung gesteigert wird. Zugleich treten Spannungsverhältnisse auf und die enge Verbindung von Verein, informellen Netzwerken und Dörflichkeit birgt Exklusionsrisiken. Zusammenfassend wird für eine analytische Perspektivverschiebung argumentiert, die anstatt kategorialer Grenzziehungen die Verknüpfung von formellen und informellen Tätigkeiten betont.

Schlagwörter: Informelles Engagement; ländlicher Raum; Vergemeinschaftung; Kulturvereine; Grounded Theory; Freundschaft

In/Formal Engagement and the Village: Hybrid zones and boundaries of association, support networks and community

Abstract

Using the case of a male choir in rural Austria, the article develops the concept of in/formal engagement. Contributing to the debate on the relationship between formality and informality, it shows how formally organised activity, informal support and rural community practices overlap, complement, and limit each other. Where formal engagement shapes the rhythm of informal community-building, informal help interweaves the formal association with everyday life, thereby increasing the social integration of the collective and the village community. At the same time, tensions between the formal and informal arise. The close connection between association, informal networks, and village life harbors risks of exclusion. In sum, the article argues for a shift in perspective to trace relational practices instead of emphasizing categorical boundaries between formal and informal activities.

Keywords: Informal engagement; rural sociology; community practices; cultural associations; grounded theory method; friendship

1. Einleitung

Seit der Coronapandemie hat die politische Aufmerksamkeit für informelles Engagement zugenommen.¹ Aufgrund der parallelen Stagnation der formellen Freiwilligenhilfe sprechen Engagementforscher:innen bereits von einem Strukturwandel der deutschen Zivilgesellschaft (Krimmer et al. 2022). Ein ähnliches Bild herrscht in Österreich vor, wo die vorliegende Studie durchgeführt wurde. So fiel die Zahl der Aktiven im formellen Freiwilligenbereich zwischen 2006 und 2022 leicht von 28,0 % auf 25,8 %, während die Beteiligungsquote an informellen Tätigkeiten von 27,0 % auf 36,7 % stark stieg (Göttlinger/Kronsteiner-Mann 2022: 16). Während diese Ergebnisse einen Trend zur Informalisierung zu bestätigen scheinen, birgt die ihnen zugrundeliegende rigide Unterscheidung zwischen Formellem und Informellem gewichtige Probleme. Ist das formelle Engagement klar durch Vereins- oder Organisationsmitgliedschaft definiert, wird das informelle Engagement vorwiegend ex negativo bestimmt.

Diese kategoriale Trennung hat Vorteile, weil sie Ordnung im vielgestaltigen Durcheinander der Engagementpraktiken schafft und hilft, die knappe Ressource gesellschaftlicher Anerkennung zu verteilen. Allerdings läuft die idealtypische Entgegensetzung Gefahr, Zwischenräume zu vernachlässigen (Abschnitt 2). Dieser Beitrag fragt anhand von Gruppendiskussionen mit Mitgliedern eines Männergesangvereins (Abschnitt 3) nach diesen Übergangszenen zwischen formellem und informellem Engagement und danach, welche Form von Dörflichkeit als „spezifische Ausprägung von Sozialität“ (Barlösius 2019: 97) diese herstellen (Abschnitt 4). In der empirischen Analyse werden neben einer wechselseitigen Stabilisierung von informellen und formellen Engagementpraktiken auch Zugangsvoraussetzungen erkennbar, die über den Verein hinaus für die Teilhabe am dörflichen Leben relevant sind. Am Ende des Beitrags werden die Ergebnisse auf den Begriff des *in/formellen Engagements* verdichtet.

2. Das Verhältnis von informellem und formellem Engagement

Die lange Zeit vorherrschende Tendenz, informelle Unterstützungsleistungen als privat zu klassifizieren (Evers et al. 2015), hat dazu geführt, dass sie nicht nur gesellschaftlich unsichtbar, sondern auch konzeptionell unterbestimmt blieben. Formalität und Informalität werden noch immer häufig dualistisch entgegengesetzt. Der Dualismus zieht sich international durch viele Versuche informelles Engagement begrifflich zu fassen (Finkelstein/Brannick 2007). Wo dem formellen Engagement

¹ Diese Publikation wurde teilweise im Projekt „Temporäre Infrastrukturen im ländlichen Raum“ durchgeführt, das vom Amt der Landesregierung Niederösterreich, Abteilung Wissenschaft und Forschung (K3) gefördert wurde.

Gemeinwohlorientierung, Struktur, Dauerhaftigkeit und Stabilität zugeschrieben wird, gilt das informelle als spontan und „selbstorganisiert ohne Anbindung an Dritte“ (Scholten/Jepkens 2022: 110). Davon ausgehend wird das informelle Engagement beispielsweise definiert als „privat organisierte Tätigkeiten ohne einen Verein oder eine Organisation im Hintergrund für Personen, die *nicht* im eigenen Haushalt leben, das heißt Freunde oder Nachbarn“ (Göttlinger/Kronsteiner-Mann 2022: 13; Herv. Autoren).

Demgegenüber argumentieren neuere Studien, dass die „Gleichsetzung von Informativität, Unverbindlichkeit und mangelnder Stetigkeit“ (Schubert 2023: 17) empirisch nicht haltbar ist. Ebenso wird die Unterscheidung von Privatem und Öffentlichem vor dem Hintergrund der Plattformisierung von Unterstützungspraktiken kritisiert, weil sie ein eindimensionales Konzept von Öffentlichkeit zugrunde legt, dass gerade das Engagement marginalisierter Gruppen systematisch ausschließt (Klie 2022: 74). Daher wird mittlerweile häufiger von Formalisierungsgraden gesprochen (Scholten/Jepkens 2022), um die Klassifizierung zu verfeinern. Die Trennung bleibt aber aufrecht. Dieser Beitrag verschiebt hingegen die Perspektive und fragt nach den Übergängen zwischen informellem und formellem Engagement. Er liefert damit Erkenntnisse darüber, wie sich entsprechende Praktiken und Kollektive aufeinander beziehen und miteinander verflochten werden.

3. Fall und Methoden

Gesangvereine sind in Österreich weit verbreitet. Männergesangvereine (MGV) sind zunächst durch geschlechterexklusive Teilnahmeregeln gekennzeichnet. Musikalisch sind sie von der Aufteilung in zwei Bässe und zwei Tenöre geprägt, womit eine eigenständige Chorliteratur einhergeht (Fastl 2023). Auch wenn der Wiener MGV wohl der bekannteste Verein ist, sind MGVs gerade in ländlichen Gemeinden zentrale kulturelle Einrichtungen. Ihre formellen Zwecke sind die Aufrechterhaltung der Gesangstradition und die kulturelle Tätigkeit des Singens. Neben regelmäßigen Proben, eigenen Konzertveranstaltungen und öffentlichen Auftritten bei lokalen Feierlichkeiten oder zu karitativen Zwecken führen viele MGVs Chroniken und pflegen internationale Freundschaften mit anderen Chören. MGVs sind insofern ein exemplarischer Fall für formelles, traditionelles Engagement im Kulturbereich. Gegenwärtig ist für die MGVs ein relativ hohes Durchschnittsalter typisch.

Die Datengrundlage der folgenden Ausführungen bilden drei Gruppendiskussionen (GD) mit je drei Sängern aus Westösterreich, die in einem Forschungsseminar von Studierenden² durchgeführt, transkribiert und anonymisiert wurden. Es handelt sich dabei um natürliche Gruppen, die sich selbst rekrutierten. Das erhöht die Chance

² Wir danken Marcel Meszaros, Maria Engel und Alexander Hick dafür, die Transkripte zur Verfügung gestellt zu haben.

auf selbstläufige Gespräche und Themenwahl. Die Auswertung erfolgte durch die Autoren nach der Grounded-Theory-Methode (Strauss/Corbin 1996). In diesem Prozess wurden die im Folgenden aufgestellten Dimensionen durch systematische Vergleiche entlang der selektiven Kategorie In/Formalität gewonnen.

4. Zwischen Verein, Freundschaft und Dorf

Am Fall des Männerchors sollen im Folgenden die Übergangszonen und Spannungsverhältnisse zwischen informellen und formellen Engagementpraktiken in einem ländlichen Kontext nachvollzogen werden. Zunächst wird darauf eingegangen, wie das Singen als formelle Vereinstätigkeit mit besonderer Struktur die Beziehungen zwischen den Teilnehmenden prägt (Abschnitt 4.1), um danach das informelle Hilfskollektiv als Erweiterung des Chors in den Alltag zu beschreiben (Abschnitt 4.2.). Zuletzt steht im Mittelpunkt, wie die Aktivitäten des Chors eine bestimmte Form von dörflichem Zusammenleben prägen (Abschnitt 4.3.). In der Analyse wird dabei auch auf räumliche und zeitliche Aspekte sowie auf die Rolle von Medien und Artefakten hingewiesen.

4.1 Männerchorsingen als formelle Tätigkeit

Der MGV ist zunächst als Verein formell strukturiert. Um den Zweck der Traditionspflege und des Chorgesangs gruppieren sich diverse *Rollen und Rituale*. Neben den vereinstypischen Funktionen wie dem Vorstand, Schriftführer und Kassenwart, führen Chormeister und Sänger spezifische tätigkeitsorientierte Rollen aus. Im Rahmen der Traditionspflege gibt es zudem einen Chronisten bzw. Vereinsarchivar. Mit der formalen Vereinstätigkeit geht einher, dass offizielle Statuten die Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten regeln. Auch gibt es einen offiziellen Proberaum, in dem die Mitglieder regelmäßig zusammenkommen. Zusammen mit den Konzertterminen erzeugen die Proben die *formale Zeitlichkeit* des Vereins. In diesem Abschnitt soll es nun darum gehen, wie die formelle Struktur die informelle Kollektivbildung befördert.

4.1.1 Die Probe als Ritual

Die Proben konstituieren den Rhythmus des MGV. Jenseits ihrer formellen Struktur stellen sie für die Mitglieder Rituale dar, die fest in den Alltag eingebettet sind. Das gilt insbesondere für ältere Sänger: „Der Probentag ist ein heiliger Tag! [...] An dem Tag da bin ich da und ich singe wirklich mit Leidenschaft“ (GD2). Die Probe beginnt mit einer ritualisierten gegenseitigen Begrüßung und endet wiederum mit einem Handschlag, guten Wünschen und der Aufforderung wiederzukommen. Nach ersten Gesprächen beginnt der ‚ernste‘ Teil der Probe. ‚Ernst‘ bezieht sich hier auf Ernstnehmen, im Sinne einer zweckorientierten Praxis, bei der Qualitätsanforderungen gestellt werden. Der Chormeister ist aufgrund seiner fachlichen Kompetenz zur Korrektur und Disziplinierung der Mitglieder im Rahmen der Probe berechtigt

„und dann in der Pause werden Sprüche geklopft und es geht locker ab“ (GD3). Dieser zweite, informelle Teil ist essenziell für das Ritual, weil er die Vergemeinschaftung der Mitglieder in den Mittelpunkt stellt.

Die Unterscheidung von ‚ernstem‘ Chorgesang und ‚lockerer‘ Geselligkeit spiegelt sich in der Aufteilung des Proberaums wider, in dem Artefakte aus der Vereinsgeschichte die Mitglieder daran erinnern, dass der Verein „uns allen eine Aufgabe“ (GD1) ist. Die Fortführung der Tradition nimmt also eine über die Leidenschaft für das Singen hinausgehende Tragweite an, die einen durch die Raumgestaltung präsent gehaltenen, äußereren Anlass für das Engagement bildet. Dieser Innenbereich ist für die formelle Tätigkeit des Singens reserviert. Der Außenbereich dient der Unterhaltung. Gerade das Beisammensein vor und nach dem Singen verleiht der Probe ihre besondere soziale Attraktivität.

Das Proberitual ist durch eine besondere Kopplung von räumlicher Einbindung und zeitlicher *Anbindung informeller Geselligkeit an den Verein* gekennzeichnet. Die Sänger begegnen sich nicht nur als formelle Mitglieder. Die Probe schafft einen Ort, Zeitraum und Rhythmus sowie einen offiziellen Zweck, der für die Reproduktion informeller Bindungen angeeignet wird. Sie entlastet daher von individuellen Koordinationsleistungen und insbesondere davon, immer wieder neue Begegnungsplätze zu schaffen.

Die Zeit vor und nach den Proben nutzen die Chormitglieder, um eine spezifische Form des Wissens auszutauschen – das *Dorfwissen*:

Wenn du bei uns bei der Chorprobe hergehst, [...] dann erfährst du alles, was [seit dem letzten Mal] los war ((kollektives Lachen)). Bei Todesfällen angefangen, wer hat geheiratet, was ist passiert, alles erfährst du. Also alles, was für ein Dorfwissen notwendig ist, erfährst du. (GD1)

Das Dorfwissen ist inhaltlich divers und relativ unbestimmt. Die genannten Beispiele weisen aber auf einige Charakteristika hin. Es handelt sich weniger um ein systematisches Wissen als um eine sukzessive Erzählung von Ereignissen im Leben der Sänger und anderer Dorfbewohner:innen (Ereignisorientierung). Die Bedeutung der Einzelereignisse ergibt sich nur im Zusammenhang mit dem „notwendigen“ Wissen, das über viele Proben hinweg erworben wird. Das Dorfwissen bedarf daher einer fortlaufenden Erneuerung bei den regelmäßigen Proben (Aktualität). Einerseits ist es seinem Namen nach auf das Dorf begrenzt (sozialräumliche Verankerung), andererseits sind insbesondere Zu- und Abgänge sowie neue Beziehungen im Dorf erwähnenswert (Kollektivorientierung). Dabei beansprucht der Chor, obwohl in seiner Zusammensetzung hochgradig selektiv, einen Ort zu bieten, an dem man alles erfährt, was man wissen sollte. Das Leben der Außenseiter:innen, von denen man nichts weiß (siehe Abschnitt 4.3.1.), erscheint daher im Grunde auch nicht relevant für das Dorfwissen.

Für die Bildung informeller Netzwerke haben die Vereinsrituale also zusammengefasst folgende Funktionen: 1) Rhythmen, 2) Räume und 3) zweckmäßige Anlässe für Vergemeinschaftung schaffen und 4) Vermittlung von gemeinschaftsbezogenem Wissen.

4.1.2 Kulturverein oder Social Club?

Die Proben sind mithin Vorbereitungen auf Konzerte, wodurch das Gewicht des ‚ernsten‘ Teils zunehmen kann, und eine kollektive Verpflichtung entsteht, an Proben teilzunehmen. Das führt zu *Grenzverhandlungen zwischen formellem Zweck und informeller Geselligkeit*. Dabei geht es um nicht weniger als den Charakter des Vereins bzw. darum, ob man ein Kulturverein oder ein „soziale[r] Verein“ (GD1) ist:

P1: [...] [E]s ist lieb, wenn wir singen, es ist super, wenn wir irgendwelche Auftritte haben, aber ich bin nicht der, der jetzt sagt, okay, ich geh außerhalb vom regelmäßigen Probentag noch einmal in eine Probe, weil ich das und das dazulernen will. Das ist mir eigentlich wurscht. [...] ich gehe daher, weil es mir einen Spaß macht. Und mehr schon nicht! Is so! Ich habe meinen Gaudi mit meinen Gesangsbrüdern [...]

P2: Ich sehe es ein bisschen anders! [...] Grundsätzlich sehe ich das so, wenn ich bei einem Verein bin, dann bringe ich mich auch, soweit es irgendwie möglich ist, ein. (GD2)

Die Überlagerung von Vergemeinschaftung bzw. Spaß und Chorsingen wird hier problematisch. Das Informelle droht den formellen Zwecken den Rang abzulaufen. Die Grundkonstellation der Kollektivtätigkeit Chorsingen verschärft diese Spannung. Denn die individuellen Performances bedürfen der Abstimmung und Korrektur in der Probe. Erst diese wechselseitige Abhängigkeit macht die Frage der Ernsthaftigkeit zu einem Anliegen, auf das gemeinsam Antworten gefunden werden müssen. Während die Zeit- und Raumstruktur die Trennung von Formellem und Informellem im Routinemodus des MGV zu balancieren vermag, stellt die intensive Phase vor Auftritten diese Balance in Frage. Als *zeitliche Grenzverhandlung* tritt dies auf, insofern fraglich wird, in welchem Ausmaß sich der formelle Zweck des Vereins in den Alltag ausdehnen darf. Es handelt sich aber ebenso um eine Kontroverse um die primäre Ausrichtung des Kollektivs. Dieses Spannungsverhältnis kann über den Fall hinaus im Kontext vielfältiger Engagementpraktiken auftreten, insofern sie kollektiver Koordination und Fähigkeiten bedürfen.

4.1.3 Verhandlungen um Kollektivgrenzen

Die Tätigkeit für den Verein ist, wie bereits angeklungen, an der Fortführung dieser „Institution“ (GD1) interessiert, woraus auch die Aufgabe der Rekrutierung von neuen Mitgliedern erwächst. Sie werden vor allem aus informellen Netzwerken und aus Familien gewonnen. Das Engagement ist also nicht nur Leistungserbringer,

sondern abhängig von der Unterstützung in anderen sozialen Kontexten. Empirisch besteht so eine enge Kopplung der sozialen Reproduktion des Vereins an die informellen Netzwerke. Dies führt – trotz an die Allgemeinheit gerichteter formeller Werbekampagnen – zu sozialer Homogenität, die den MGV von anderen Vereinen des dörflichen Lebens unterscheidet (z. B. freiwillige Feuerwehren oder Sportvereine), die von den Sängern selbst als inklusiver und heterogener wahrgenommen werden.

Das Dauerproblem der Rekrutierung wird von den Vereinsmitgliedern auch explizit im Strukturwandel hin zur Informalisierung verortet. Sie kritisieren, dass „sobald irgendwo ein bisschen eine Bindung dabei ist, [...] ist von den Jungen kein Interesse mehr“ (GD2). In dieser Diagnose einer verallgemeinerten Bindungsunwilligkeit gilt der ländliche Raum nur mehr bedingt als zuträgliche Umgebung, in der der Verein Bestand haben kann. In Folge tritt die Frage nach der Veränderung der formellen Mitgliedschaftsregeln als *Verhandlung der Kollektivgrenzen* auf die Tagesordnung. Die Zulassung von Frauen wird als mögliche Lösung der Rekrutierungskrise diskutiert, allerdings mit Verweis auf die Besonderheit des Männerchor gesangs verworfen. Gleiches gilt für eine Aktualisierung des Liedguts als *Verhandlung der sachlichen Grenzen*. Der Chor singt zwar auch Volkslieder und jüngere deutschsprachige Musik, eine stärkere Anpassung an neuere Musiktrends tritt allerdings in Konflikt mit dem Anliegen, die klassische Männerchormusik zu tradieren. Die horizontale Unterscheidung von anderen Vereinen wird dabei begleitet von einer vertikalen Distinktion durch die Wahl anspruchsvollen, klassischen und österreichischen Liedguts.

Die Themen Genderinklusion und musikalische Gattungen berühren zentrale Abgrenzungsmerkmale des Kollektivs. Die enge Kopplung von Verein und informellen Netzwerken und die korrespondierende soziokulturelle Homogenität erweisen sich daher als hochgradig ambivalent für die Reproduktion des Männergesangs. Sie stabilisieren zwar die Bindung an den Verein, begrenzen aber dessen Offenheit für Neue(s). In der Kollektivierungsdimension geraten nach außen orientiertes *bridging*, welches das Rekrutierungspotenzial erweitern würde, nach innen orientiertes *boning* durch Distinktion sowie der formelle Zweck der Traditionspflege in Konflikt (vgl. zu den Begriffen Claridge 2018). Das formelle Engagement und die korrespondierenden Vergemeinschaftungspraktiken sind nur in begrenztem Maße anpassbar an kulturelle Wandlungsprozesse im Dorf. Der Verein in seiner spezifischen Gestalt bedarf also einer bestimmten Ausprägung des dörflichen Zusammenlebens, um zu bestehen, dessen sozialstrukturelle Grundlagen aus Sicht der Akteure erodieren.

4.2 Erweiterung in den Alltag: Freundschaftliche Hilfe

Neben der Mitgliedschaft ist die „Freundschaft“ und „Kameradschaft“ (GD1) ein zentraler Aspekt der Zugehörigkeit zum Chor. Mit der Freundschaft verbinden die Sänger wechselseitige Zuneigung und Unterstützungsbereitschaft. Die Freundschaft, die sich auf das gemeinsame Chorsingen stützt, wird als ein besonderes Beziehungsgefüge erlebt. Die Einzigartigkeit der Freundschaft steht der Generalisierung von Erwartungen in formellen Mitgliedschaftsrollen geradezu diametral entgegen.

Betrachtet man die Erzählungen der Gruppendiskussionen genauer, zeigt sich aber, dass beide keineswegs voneinander getrennt sind. Im MGV gilt die gegenseitige Hilfe außerhalb der Vereinstätigkeit zu den zentralen Prinzipien. „Sozialverträglich“ (GD1) im Männerkollektiv zu sein, gilt als informelle Anforderung hinsichtlich des soziokulturellen Habitus der Mitglieder. Gegenseitige Unterstützung ist nicht als explizite Anforderung formalisiert, wenngleich sie unter Einsatz der jeweiligen Fähigkeiten und Ressourcen die Normalität darstellt und damit ein hohes Maß an *impliziter Verpflichtung* birgt. Vereinsbezogene soziale Medien erweisen sich dabei als zentrale Mittel der Mobilisierung informeller Hilfe:

P3: [...] [I]ch hab dort in die Telegram-Gruppe reingeschrieben, ob jemand Zeit hätte, und innerhalb kürzester Zeit war ein Team beieinander. [...] es ist bei uns auch eigentlich eine Normalität. Wenn du sagst „Bitte, ich brauch was“, dann, alle die Zeit haben, kommen und machen mit.

P2: Wir haben ja auch irgendwie für alles ein Mitglied, nicht? ((kollektives Lachen)). [...] jeder hat irgendwo was gelernt. [...] (GD1)

Das hier themisierte Anliegen war eine typische Aufforderung zur informellen Nachbarschaftshilfe. Allerdings wird nicht die Nachbarschaft, sondern die Chorgruppe adressiert, in der erwartbar die nötige Bereitschaft zur Unterstützung besteht. Die Medien für die Vereinskommunikation und die Bekanntschaft im Chor werden über die formelle Tätigkeit hinaus in die Bearbeitung von Alltagsproblemen eingebunden. Die Social-Media-Gruppe erweitert das Sängerkollektiv sachlich hinsichtlich der Art der Herausforderungen, denen man sich gemeinsam widmet. Zeitlich und räumlich dehnt sich das formell begründete Kollektiv in den Alltag aus und erweitert somit die *informellen Unterstützungsnetzwerke* der Mitglieder. Die formelle Tätigkeit im MGV fungiert als Zugangsbedingung zu den Ressourcen des informellen Netzwerks. Umgekehrt stärkt das informelle Netzwerk das formelle Kollektiv. Die sozialen Medien bilden insofern eine bedeutende *Übergangs- und Kreuzungszone*. Das Formelle wird durch die Alltagsbeziehungen der Mitglieder formalisiert, das Informelle durch die Mitgliedschaftsvoraussetzung formal vorgeprägt.

Allerdings leistet der Verein hier auch eine wichtige *Begrenzung* des Kreises derjenigen, die durch die Aufforderung zur Hilfe angesprochen und verantwortet werden. Adressiert sind nicht alle möglichen Dorfbewohner:innen, sondern dieser besondere Kreis von „Gesangsbrüdern“, deren Beziehung dadurch bestätigt wird, dass sie zur Hilfe angefragt werden und tatsächlich helfen, ohne selbst eine reziproke Hilferwartung zu explizieren. Das Hilfersuchen ist also nicht nur Nachfrage, sondern auch Angebot zur Aktualisierung dieser Beziehungen (Mauss 1990). Allerdings werden dabei implizit bestimmte Fähigkeiten und Ressourcen vorausgesetzt, was denjenigen, die über sie verfügen, höhere Chancen auf Anerkennung gewährt.

Die Ad-Hoc-Hilfe im informellen Hilfsnetzwerk des Chors kennzeichnet daher, was Jacques Derrida (2018) mit Blick auf die männlich konnotierte Freundschaft kritisiert hat: das Füreinanderdasein der Freunde beruht auf vorausgesetzten Gemeinsamkeiten. Eine solche Freundschaft begrenzt den Kreis derjenigen, die einen Anspruch auf selbstlose Unterstützung stellen können, und den Kreis derjenigen, die in wechselseitiger Hilfsverantwortung stehen. Diese intensive Zugehörigkeitsarbeit bringt das informelle Hilfsnetzwerk hervor, das den Chor in den Alltag erweitert, aber in seiner Praxis Zugehörigkeit bereits voraussetzt.

4.3 „Wir sind ein Vereinsmeierdorf“: Engagement und Dörflichkeit

Bislang wurde aufgezeigt, wie formelle und informelle Tätigkeiten des Chors miteinander verknüpft werden, indem sie sich zeitlich (Alltag – Probe), räumlich (Dorf – Proberaum), sachlich (Alltagsherausforderungen – Chorsingen), emotional (Spaß – Disziplin), hinsichtlich des Wissens (Dorfwissen und Fähigkeiten – Gesangsfähigkeiten) und normativ (Verantwortung – Vereinsregeln) ergänzen und erweitern. Sichtbar wurden aber auch Reibungsflächen, an denen Prioritäten verhandelt werden. Nun steht im Mittelpunkt, wie der Verein die Sozialität des Dorfs prägt.

4.3.1 Aktive Dörflichkeit

Um die Beziehung zum Dorf zu beschreiben, soll zunächst ein Blick darauf geworfen werden, was die Vereinsmitglieder gerade nicht als gute Beteiligung am Dorfleben diskutieren. Sie argumentieren, wenn man sich als Zugezogene:r nicht ins Vereinsleben einbringe,

schläfst du nur hier, nicht? Und bist mit deinen Gedanken noch daheim, wo du herkommst, und du hast hier eine billige Wohnung, arbeiten tust in einem Ballungszentrum, und kommst auf die Nacht nur her, Einkauf hast unterwegs erledigt und sperrst deine Gartentür auf und schläfst und das wars. Und da weißt nix vom Dorf. (GD1)

Im hier referenzierten Bild der Schlafsiedlung erschöpft sich der Tag in Arbeit, Konsum und Schlafen. Der Rückzug ins Private versperrt der Dorfgemeinschaft den Einblick ins Leben der Inaktiven und umgekehrt fehlt ihnen die dörfliche Erfahrung,

die man in den Vereinen erlangt. Die Außenseiter:innen sind weder Träger noch Gegenstand von Dorfwissen. Die Vereine werden von den formell Engagierten als Kontaktofferten verstanden. Zugleich können Zugezogene auf diese Weise gemäß ihren Interessen eingeordnet werden. Das Idealbild des aktiven dörflichen Zusammenlebens fordert somit eine Anpassung der neuen Dorfbewohner:innen an die kulturellen Interessen der Etablierten des Dorfes, um im Gegenzug Zugang zu den informellen Netzwerken zu erhalten.

Dörflichkeit ist aus Sicht der Engagierten also keine räumliche Kategorie, sondern entsteht durch *aktive Zugehörigkeitsarbeit*. Die selbstironische, aber stolze Feststellung, man lebe in einem „Vereinsmeierdorf“ (GD1), fasst diesen Umstand zusammen. Diese Form der Dörflichkeit wird von den Aktiven maßgeblich mitgestaltet. Wenngleich hier auf traditionelle Gemeinschaftswerte rekuriert wird, zeichnet sich also ab, was Soziolog:innen als Posttraditionalisierung beschreiben (vgl. zum Konzept: Hitzler et al. 2009). Zwar basiert Dörflichkeit auf der physischen Nähe der Bevölkerung, normativ und sozial stützt sie sich aber nunmehr auf „Interesse“ an den kulturellen Aktivitäten. Dieses Ideal der Dörflichkeit kann durch bloßen Bevölkerungszuwachs nicht reproduziert werden. Als Konsequenz wird die Nicht-Beteiligung am formellen Engagement durch junge Menschen oder die Zugezogenen als Ablehnung dieses Ideals aufgefasst. Damit gründet sich der Inklusionsanspruch von Dörflichkeit nunmehr auf eigenverantwortlicher Integration.

4.3.2 Dorfrituale und die Herstellung gemeinsamer Öffentlichkeit

Inwiefern ist der MGV nun daran beteiligt, Dörflichkeit aktiv herzustellen? Im Dorf gibt es einen Terminkalender, der die Aktivitäten der Vereine bekanntmacht. Für den Männerchor ist das Organisieren von kulturellen Veranstaltungen ein Hauptzweck im Rahmen der Traditionspflege. Es bildet zudem eine Schnittstelle zwischen formellem Engagement und dörflicher Kollektivbildung. Die Aktivitäten des Chors dienen der Finanzierung des Vereins oder karitativen Zwecken. Ebenso nimmt der Chor an dörflichen Feierlichkeiten teil und unterstützt andere Institutionen der Umgebung bei ihren Veranstaltungen. Die Vereine sind insofern kontinuierlich damit beschäftigt, *Events zu schaffen*, die Dorfbewohner:innen versammeln. Ein Blick auf diese Ereignisse des ländlichen Lebens macht deutlich, wie informelle Netzwerke, formelle Vereinstätigkeit und dörfliche Öffentlichkeit miteinander verknüpft werden.

Die Vorbereitung auf größere Veranstaltungen beginnt damit, dass die Vereinsmitglieder „unterwegs in der Ortschaft [sind], einladen und natürlich damit verbunden, Spenden einsammeln“ (GD2). Die gemeinsame Begehung des Ortes verändert zugleich die alltäglichen Beziehungen der Mitglieder zu zuvor unbekannten Nachbar:innen:

[...] [W]enn du das zweite oder dritte Mal schon anläutest, kann es schon sein, dass sie sagen: „Ah, kommt rein.“ [...] Ich sag's jetzt so: die, die sowieso selber einen [...] Stampperl trinken wollen, die nutzen uns beinhart aus und wir machen gute Miene zum guten Spiel. (GD1)

Die umhergehenden Sänger bieten die Gelegenheit, Kontakt zu knüpfen oder Beziehungen zu pflegen. Die Gegeneinladung der Nachbar:innen überwindet – als Kontrast zur abgesperrten Gartentür der Schlafsiedlung – die Grenze in den privaten Bereich. Während die Geldspende die Kontaktaufnahme mit einer formalen Vereinstätigkeit rationalisiert, intensiviert das angebotene „Stampperl“ den Beziehungsaspekt der Begegnung (vgl. zum kollektivierenden Moment von Drogen in Ritualen Delitz 2019). Beide entspannen das Aufeinandertreffen als gemeinschaftliches „Spiel“, bei dem die Unterscheidung, ob es informellen, wohltätigen oder vereinsbezogenen Zwecken dient, verschwimmt. „Ernst“ und Spaß gehen ineinander über. Bereits das Einstimmen auf das Kulturevent bietet also Gelegenheiten zur Ausweitung und Pflege informeller Netzwerke. Für die Vereinsmitglieder handelt es sich zudem um eine gemeinsame Anstrengung, die neben der Bewerbung auch die Intensivierung der formellen Tätigkeit umfasst (siehe Abschnitt 4.1.2.). Das heißt, „anständig proben“ (GD2), Choreografien und Programme entwerfen und die Veranstaltungsräume gestalten.

Der Auftritt selbst ist ein Moment der Anerkennung, an dem sich eine besondere affektive Beziehung zwischen Sängern und dörflichem Publikum einstellt:

P2: Das Feeling wird wahrscheinlich bei einem Profimusiker nach einem gelungenen Konzert nicht anders sein, und das ist das Schöne, die Belohnung, wenn etwas wirklich gut gelingt, oder der Applaus bei den großen Konzerten. Du stehst dann bei der Schlusssequenz oben und die springen alle auf und applaudieren minutenlang [...]

P3: Also ein, zwei Reißer unter den Liedern haben wir schon auch immer dabei, wo dann das Publikum mitgeht und das ist echt unbezahldbar. Also, wenn sie dann aufstehen und mitklatschen, wenn eine Zugabe verlangt wird, ahm ja, das macht schon stolz und schweißt auch, glaube ich, ein bisschen zusammen. (GD1)

Die Unterscheidung zwischen Chor und Publikum löst sich im Konzertritual zunehmend auf (vgl. dazu bereits Durkheim 2020). Das zum Konzert versammelte Dorf wird Teil der Darbietung, lässt sich zum Klatschen mitreißen und kommuniziert im rhythmischen Gleichklang der Bewegungen Anerkennung. Dies steigert sich zur kollektiven „Euphorie“ (GD1). Die „ein, zwei Reißer“ werden zu musikalischen Kollektivsymbolen und zu Anlässen der performativen Aktualisierung der Zusammengehörigkeit von Chor und Dorf. Die gesellschaftliche Stellung des Chorkollektivs wird stabilisiert. Die Durchführung dörflicher Kulturevents ist so eine

Übergangs- und Mischzone, die die Vereinstätigkeiten, informellen Beziehungen der Mitglieder und Dörflichkeit verknüpft.

Analog zur informellen Netzwerkbildung schafft der Verein also auch für die erweiterte Dorfgemeinschaft Anlässe und Erfahrungen der Vergemeinschaftung im Kontext von ritualisierten Events. Wird das Dorf um ein Ereignis der Zusammenkunft erweitert, erfahren die formell Engagierten Anerkennung durch das Dorfkollektiv und können auf dem Weg zum Event bereits neue informelle Beziehungen knüpfen.

5. Zusammenfassung: In/formelles Engagement und seine Ambivalenzen

Dieser Beitrag hat Übergangszonen und Spannungsverhältnisse zwischen formellem Engagement, informellen Hilfsnetzwerken und dörflicher Vergemeinschaftung aufgezeigt. Wenngleich kein Anspruch besteht, alle möglichen Formen der Verknüpfung abzubilden, konnte gezeigt werden, wie informelle Hilfe und formelles Engagement sich ergänzen, ineinander übergehen und sich gegenseitig begrenzen. Anstelle einer rigidien oder graduellen Trennung hat sich diese Betrachtung der Vermischung und Grenzverhandlung als sinnvoll erwiesen, um die Attraktivität des MGV und seine Rolle für die Dorfgemeinschaft zu verstehen.

Im Fall des Männerchors lässt sich eine enge Kopplung von informellen Netzwerken und Verein erkennen, die zu dessen soziokultureller Homogenität beitragen. Damit ergeben sich aber zugleich Grenzen seiner Reproduktionsfähigkeit und gemeinwesenorientierten Integrationskraft. Während diese Befunde inhaltlich für andere Vereine anders ausfallen mögen, sind die herausgearbeiteten Dimensionen der Wechselwirkungen zwischen informellen und formellen Tätigkeiten über den Fall hinaus von Relevanz.

Gerade weil die Vereinstätigkeit nicht allein auf der einen oder anderen Seite des Engagements verstanden werden kann, wird deutlich, dass sich die Praxis des Engagements einem Schematismus von Formalität und Informatilität entzieht. Vielmehr ist sie wesentlich *in/formell*: Formelle Strukturen sind verwoben mit und abhängig von informellen Praktiken. Der Begriff der In/Formalität bezeichnet daher keinen Dualismus oder zielt auf eine graduelle Kategorisierung, sondern rückt eine Dualität in den Fokus: „*a spectrum, of modes of interaction and performance, where each is entangled with, and inseparable from the other, and invariably invokes the other mode when one is enacted*“ (Smart/Koster 2024: 2).

Vermischung und Interdependenz konnten in den Dimensionen sachliche Orientierung, Zugehörigkeitsmodus, Zeitlichkeit, Räumlichkeit, Emotionalität, Wissen und Normativität aufgezeigt werden. Die Tabelle 1 fasst diese Dimensionen zusammen, typisiert und abstrahiert sie, um sie für die weitere Forschung nutzbar zu machen.

Dabei handelt es sich nicht um Merkmale von Informativität oder Formalität, betont wird vielmehr der Aspekt, um den das jeweils andere Engagement erweitert wird.

Tabelle 1: Wechselseitige Erweiterungen von formellem und informellem Engagement in Vereinen

Dimension	Formelles Engagement	Informelles Engagement
<i>Sachorientierung</i>	Formelle Vereinstätigkeit	Bearbeitung alltäglicher Probleme der Mitglieder
<i>Zugehörigkeit</i>	Mitgliedschaft	Freundschaft
<i>Zeitlichkeit</i>	Organisierte Rhythmen und Events	Ereignisse des Alltags
<i>Räumlichkeit</i>	Vereinsräume, Veranstaltungsorte	Lebensräume der Beteiligten
<i>Emotionalität</i>	Ernst und Gefühl der Anerkennung für formelle Tätigkeit	Freude und gegenseitige Zuneigung
<i>Wissen</i>	Wissen und Fähigkeiten zur Ausführung	Gemeinschaftswissen und allgemeine Fertigkeiten
<i>Normativität</i>	Regeln und Regelmäßigkeit	Implizite Verantwortung

Quelle: eigene Darstellung.

Männerchöre stehen dabei beispielhaft für ländliches Engagement, das lokale Beziehungen einerseits herstellt, sie aber auch zu seiner Stabilisierung voraussetzt. Die Informativität des Formellen befördert unter Umständen eine *Integration der Integrierten*, die von den Engagierten nicht unbedingt gewollt wird und sogar zum Hindernis für die Reproduktion ihres Engagements werden kann, wenn die Rekrutierungsnetzwerke nicht erweitert werden können. Diese Herausforderungen für die Inklusivität der Vereine zeigen sich am Beispiel traditionellen Kulturengagements besonders deutlich.

Für die Engagementförderung ist die In/Formativität der Vereine dennoch eine wichtige Ressource. Sie verweist auf die vergemeinschaftende Rolle des Engagements jenseits formell festgelegter Sachleistungen. Vereine entfalten zunächst eine integrative Wirkung nach innen und stärken informelle Netzwerke der Beteiligten. Obwohl es diesen inneren Kreis gibt, der stärker auf kollektive Ressourcen zurückgreifen kann, schafft der Verein zusätzlich immer wieder Anlässe für das Zusammenkommen der Dorfbevölkerung. Für die Engagementförderung und -politik ist mit dem Konzept der In/Formativität daher eine Blickverschiebung auf die informellen Voraussetzungen des formellen Engagements verbunden. Zugleich gilt es die sozialen und materiellen Funktionen und Bedingungen (etwa in Form von Hilfsleistungen) des Engagements jenseits formeller Satzungsleistungen zu berücksichtigen. Die diagnostizierte Homogenisierungstendenz informeller Beziehungen bedarf, gerade

wenn eine Auflösung nach außen ansprechbarer Engagementformen verzeichnet wird, besonderer Beachtung. Denn Informalität ist immer auch anfällig für implizite soziale Schließungsprozesse.

Künftige Forschung kann entlang des Konzepts des in/formellen Engagements die Momente und Zonen der Vermischung identifizieren und die Aufrechterhaltung entsprechender Beziehungen nicht mehr nur entlang von Personen, sondern entlang von Infrastrukturen, Ereignissen und Medien nachvollziehen, die heterogene Praktiken miteinander verknüpfen und so ein immer auch lückenhaftes Netz der Unterstützung in ländlichen Gebieten schaffen. Eine solche Forschung hat den Vorteil analytisch dort anzusetzen, wo politische und kommunale Entscheidungsträger:innen Maßnahmen setzen können. Ein besseres Verständnis der Dynamiken des in/formellen Engagements kann nicht nur Exklusions- und Reproduktionsrisiken aufzeigen, sondern auch, wie formelle Mitgliedschaften Zugang zur informellen Unterstützung schaffen. Dann ist wiederum die Frage, wie diese Gelegenheiten mit der gebührenden Vorsicht, die die Intimität der informellen Beziehungen schützt, für Außenseiter:innen und deren Interessenlagen geöffnet werden können.

Aus diesen Befunden können Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Zunächst sollte Engagement über tradierte Klassifizierungen hinaus als in lokale Beziehungen und Vergemeinschaftungsprozesse eingebettet verstanden werden, die für die Involvierten soziale und materielle Ressourcen verfügbar machen. Einzelne Vereine sind dabei nicht unmittelbar integrativ für alle. Kommunale Engagementpolitik kann geteilte Räume und Infrastrukturen schaffen, in denen die Vielfalt des Engagements anerkannt und Vernetzungen zwischen etablierten und weniger etablierten Gruppen gefördert werden. Auf einer basalen Ebene kann dies bereits durch eine explizite Einladungspolitik erfolgen, die sich jenseits der informellen Netzwerke bewegt. Zudem erkennen die Vereine in ihrer Praxis selbst Teilnahmehürden. Gerade wenn sie Schwierigkeiten bei der Findung von Mitgliedern haben, ist eine Beratung für mehr Inklusivität nicht nur eine von außen kommende gleichheitspolitische Maßnahme, sondern eine existenzielle Unterstützung zur Aufrechterhaltung des Engagements im ländlichen Raum.

Literaturverzeichnis

Barlösius, Eva (2019): Infrastrukturen als soziale Ordnungsdienste. Ein Beitrag zur Gesellschaftsdiagnose. Frankfurt/Main.

Bourdieu, Pierre (2008): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/Main.

Claridge, Tristan (2018): Functions of social capital. Bonding, bridging, linking. In: Social capital research, 20. Jg., Heft 1, S. 1-7.

Delitz, Heike (2019): Kollektive Efferveszenz, Kollektiv- und Subjektwerden. In: Feustel, Robert; Schmidt-Semisch, Henning; Bröckling, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Drogen in sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden, S. 195–208.

Derrida, Jacques (2018): Politik der Freundschaft. 5. Auflage. Frankfurt/Main.

Durkheim, Émile (2020): Die elementaren Formen des religiösen Lebens. 5. Auflage. Berlin.

Evers, Adalbert; Klie, Thomas; Roß, Paul-Stefan (2015): Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 65. Jg., Heft 14–15, S. 3–9.

Fastl, Christian (2023): Männergesang. In: Boisits, Barbara (Hrsg.): Oesterreichisches Musiklexikon online, <https://dx.doi.org/10.1553/0x0001d859>.

Finkelstein, Marcia A.; Brannick, Michael T. (2007): Applying theories of Institutional Helping to Informal Volunteering. Motives, role identity, and prosocial personality. In: Social Behavior and Personality. An international journal, 35. Jg., Heft 1, S. 101–114.

Göttlinger, Susanne; Kronsteiner-Mann, Christa (2022): Freiwilliges Engagement in Österreich. Ergebnisse der Erhebung zur Freiwilligentätigkeit. Wien.

Hitzler, Ronald; Honer, Anne; Pfadenhauer, Michaela (2009): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen. Wiesbaden.

Klie, Anna Wiebke (2022): Zivilgesellschaftliche Performanz von religiösen und säkularen Migrantenselbstorganisationen. Eine Studie in Nordrhein-Westfalen. Wiesbaden.

Krimmer, Holger; Schubert, Peter; Tahmaz, Birthe (2022): Informalisierung, Deinstitutionalisierung, Politisierung. Überlegungen zum Strukturwandel von Zivilgesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 35. Jg., Heft 3, S. 467–483.

Mauss, Marcel (1990): Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt/Main.

Scholten, Lisa; Jepkens, Katja (2022): Formalisiertes und informelles Engagement. Chancen und Herausforderungen der Teilhabe spezifischer Engagementformen. In: Gille, Christoph; Jepkens, Katja (Hrsg.): Teilhabe und Ausschlüsse im Engagement. Sonderband Voluntaris, S. 104–122.

Schubert, Peter (2023): Informelles Engagement. Die neue Normalität – Eine Analyse des organisationalen Rahmens von freiwilligem Engagement. Essen.

Smart, Alan; Koster, Martijn (2024): Beyond Formal-Informal Dichotomies. In: Oxford Research Encyclopedia of Anthropology, Oxford, S. 1–29.

Strauss, Anselm; Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim.

Connecting with Young Volunteers: A Multimethod Approach to Boosting Youth Engagement in NPOs

Dr. Carmen Koch

IAM Institut für Angewandte Medienwissenschaft, ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften | carmen.koch@zhaw.ch | <https://orcid.org/0000-0001-6282-1750>

Dr. Nadine Klopfenstein

IAM Institut für Angewandte Medienwissenschaft, ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften | nadine.klopfenstein@zhaw.ch | <https://orcid.org/0000-0001-5487-4529>

Abstract

Nonprofit organizations (NPOs) often face challenges in attracting young volunteers. Building on the model by Kals et al. (2021), this study identifies organizational characteristics, work characteristics, motivation, and communication as key foundations for fostering a willingness to volunteer. Conducted in collaboration with various NPOs in Switzerland, the research employs a multimethod approach, including guideline interviews with current, former, and potential volunteers, as well as a validating online survey. The findings reveal that young volunteers prioritize autonomy, meaningful tasks, and opportunities for personal development. However, they frequently encounter uncertainty and concerns about overcommitment. The study underscores the importance of offering flexibility, low-threshold entry points, and clear communication about volunteer roles and conditions. These insights provide actionable strategies for NPOs to enhance their youth recruitment efforts effectively.

Keywords: Recruiting; young volunteers; types of volunteers; work characteristics; communication; NPO-communication

Junge Freiwillige gewinnen: Ein multimethodischer Ansatz zur Förderung des Engagements von Jugendlichen in NPOs

Zusammenfassung

Non-Profit-Organisationen (NPOs) stehen oft vor der Herausforderung, junge Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Aufbauend auf dem Modell von Kals et al. (2021) identifiziert diese Studie organisationale Merkmale, Merkmale der Tätigkeit, Motivation und Kommunikation als zentrale Grundlagen für die Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren. In Zusammenarbeit mit verschiedenen NPOs in der Schweiz wurde ein multimethodischer Ansatz verfolgt, der Leitfadengespräche mit aktuellen, ehemaligen und potenziellen Freiwilligen sowie eine validierende Online-Umfrage umfasst. Die Ergebnisse zeigen, dass junge Freiwillige Autonomie, sinnstiftende Aufgaben und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten priorisieren. Gleichzeitig kämpfen sie häufig mit Unsicherheiten und der Angst vor übermäßiger Verpflichtung. Die Studie betont die Bedeutung von Flexibilität, niedrigschwelligen Einstiegsoptionen und klarer Kommunikation über die Aufgaben und Bedingungen der Freiwilligenarbeit. Diese Erkenntnisse bieten praxisorientierte Strategien, um die Rekrutierung junger Freiwilliger in NPOs zu verbessern.

Schlagwörter: Rekrutierung; junge Freiwillige; Freiwilligentypen; Arbeitsmerkmale; NPO-Kommunikation

1. Introduction

The Swiss Volunteer Monitor shows that about one-third of individuals aged 15 and older in Switzerland engage in volunteer activities within organizations or associations, with the rate increasing with age. In Switzerland, the term ‘young people’ is often used to describe individuals in the age group of approximately 12 to 18 years (Leu et al. 2018); a period in which they are in the transition phase between childhood and adulthood. But there is no uniform definition of what is meant by young volunteers. The age range varies from 14 to 25 years in different studies with focus on 16- to 25-year-olds (Aristeidou et al. 2021; Brügger et al. 2020; Cortessis/Weber 2018). However, there is untapped potential among 15- to 29-year-olds, as 53 % of non-volunteers in this age group state that they would ‘definitely’ or ‘maybe’ consider engaging in formal volunteering. Based on previous study results (Koch/Klopfenstein 2019; 2021; 2022), the authors extended the age limit for ‘young volunteers’ from 15 to 34, since, on the one hand, young people are only specifically targeted by NPOs from this age onwards and, on the other hand, starting a family marks a transition to a different stage of life for many volunteers, which has fundamental changes on their everyday life and thus also on their voluntary commitment. Since the age group was deliberately defined in broad terms, the surveys examined variations within this age bracket. Organizations focused on social welfare and charity (44 %) as well as environmental and animal protection (34%) are preferred (Fischer et al. 2025: 102). Attracting young volunteers presents a significant challenge for non-profits in Switzerland, as highlighted by interviews with 16 volunteer coordinators (Koch/Klopfenstein 2019). This research, funded by Stiftung Mercator Schweiz, was developed in collaboration with these NPOs. While motivation is well-researched, the focus of this study is on the organizational and job characteristics of volunteering and how to communicate effectively with potential young volunteers. The article highlights findings from guideline interviews with current, former, and potential volunteers, supplemented by results from a validating online survey. However, the primary emphasis is placed on the insights gained from the guideline interviews.

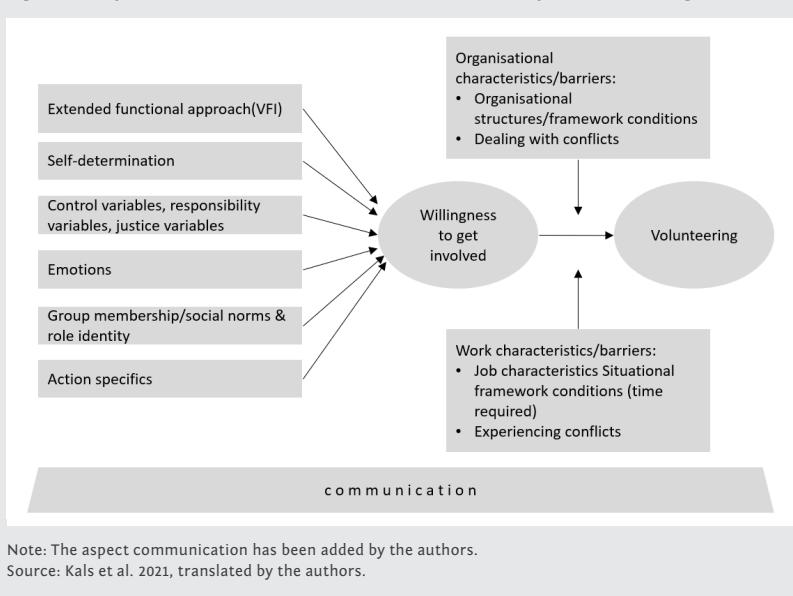
Volunteering is defined as unpaid, voluntary work that serves the broader community beyond one’s immediate household. This study focuses on formal volunteering, where individuals take on roles in non-profit organizations, particularly in social, environmental, animal welfare, and human rights sectors. These motivations and tasks differ significantly from those in sports or cultural associations, which often focus on internal functions for the benefit of their members. In the following, we introduce the Theory of Planned Behavior and Kals et al.’s (2021) multifactorial model of volunteering – with communication added as a connecting element – as the theoretical foundation for our multimethod design. The result presents findings from guideline interviews with current, former, and potential volunteers, followed by survey results that validate and extend these insights. The final section discusses

implications for NPO practice, addresses the research questions, and highlights limitations and avenues for future research.

2. Theoretical background

As a starting point the Theory of Planned Behavior (TPB) by Ajzen (1991) provides the foundation for understanding behavior triggers, emphasizing the role of behavioral intention, which is influenced by attitudes, subjective norms, and perceived behavioral control. However, intention does not always result in action. Mohiyedini et al. (2009) suggest that emotions may mediate this gap, while MacGillivray and Lynd-Stevenson (2013) found no evidence for its relevance in volunteer recruitment. Role identity, however, shows promise as a mediator, linking behavioral intention to attitudes, social norms, past behaviors, and parental modelling (Marta et al. 2014). Kals et al. (2021) propose a multifactorial model that incorporates motivational and organizational elements, with communication added as a crucial factor that directly influences motivation and organizational dynamics. They consolidate various factors into a multifactorial model to explain volunteering, combining motivational and organizational elements. The authors of this article added communication, as it functions as a connecting element between dimensions and stakeholders, directly influencing motivation and organizational dynamics.

Figure 1: Adapted illustration of the multifactorial model to explain volunteering



Motivation is a key driver of the willingness to volunteer and involves factors such as self-determination, responsibility, justice, emotions (e. g., indignation, gratitude, pride, guilt), social norms, role identity, and field-specific influences. For example, developing a role identity in the early phase of volunteering increases the likelihood of continued volunteering (Marta et al. 2014). Aligning these motivations with organizational needs is essential for effective recruitment, task allocation, and training (Chacón et al. 2011). Clary et al. (1998) argue that volunteering arises from a mix of altruistic values, the desire for new experiences, social interactions, and personal growth. Later studies (Güntert et al. 2015) introduced additional motivations, such as a sense of community and belonging, which vary depending on the field of activity (Butt et al. 2017). In Germany, younger individuals aged 14–29 particularly value idealistic motives like helping others (91 %) and contributing to the common good (87 %). At the same time, personal benefits such as enjoyment (94 %) and skill acquisition (73 %) play an important role (Arriagada/Karnick 2022: 135). However, motivation alone is not enough to turn willingness into actual commitment. Young people get involved for a variety of reasons: in addition to the desire to help others, personal development, gaining new experiences and improving their own career prospects are also key motivators. In Switzerland, for example, young adults display a mixture of altruistic and self-centred motives, with pure altruism rarely being the sole driving force (Cintulová/Radková 2012; Jardim/Da Silva 2018; Rehberg 2005). In Europe, individual benefits such as skills acquisition and social integration also predominate (Cintulová/Radková 2012; Jardim/Da Silva 2018).

Organizational and work-related factors significantly influence whether individuals engage in volunteering (Kals et al. 2021). These include organizational structures, conflict management, job characteristics, and situational conditions. Communication is another decisive factor. According to Arriagada and Karnick (2022: 142), 35 % of young people in Germany aged 14–29 do not know whom to contact to start volunteering. Similarly, Fischer et al. (2025: 101) report that in Switzerland, roughly every seventh person (15 %) would prefer a direct invitation to become engaged, 13 % need information about meaningful opportunities, and 11 % require more clarity on available options. Additionally, one-quarter of respondents across all age groups feel unsuitable for volunteering. These findings underscore the importance of clear and targeted communication by NPOs.

Flexibility in volunteering has emerged as another critical requirement but is often underexplored in the literature. In Switzerland, 42 % of potential volunteers highlight the importance of time flexibility, while 14 % prefer time-limited assignments (Fischer et al. 2025: 101). Micro-volunteering and online volunteering models offer potential solutions (Samochowiec et al. 2018). Despite these trends, face-to-face interactions remain vital for many volunteers. As Koch and Klopfenstein (2022) highlight, personal connections and a supportive working environment are

essential. The Swiss Volunteer Monitor also shows that 42 % of volunteers consider a good team crucial for their commitment. Key factors for ending a voluntary engagement in Switzerland (Fischer et al. 2025: 98) include professional (41 %) or family obligations (29 %), relocation (23 %), too time consuming (17 %), changing interests (16 %), school or further education (13 %), and health-related reasons (13 %). These findings highlight that life stage plays a decisive role in determining whether and how volunteering can be integrated into one's everyday life.

Communication and organizational characteristics are closely linked, as communication significantly shapes how organizations are perceived (Kals et al. 2021). Yet many NPOs still lag in digital development (Dufft et al. 2018; Koch/Klopfenstein 2019; 2022). A robust digital volunteering culture is crucial. This goes beyond simply having an online presence. It also requires addressing cognitive, emotional, and technical aspects to sustain volunteer engagement (Murray/Pérez 2014). Effective needs assessments should focus on communication strategies and acknowledge the pivotal role of employees in creating a supportive organizational culture (Niederhäuser/Rosenberger 2017).

Finally, recognition is a key factor in attracting and retaining volunteers. Organizations need to understand what volunteers value and what benefits they seek. Failure to show appreciation or provide direct feedback can lead to attrition. For instance, one-twelfth in Germany (Arriagada/Karnick 2022: 137) stopped volunteering due to a lack of recognition. Effective communication strategies – including targeted outreach, an appropriate tone, and well-designed digital interactions – are essential for engaging and retaining volunteers (Erpf/Marin 2018).

We can state barriers to engagement of young people in Europe include a lack of information, inadequate programmes, low recognition, and weak trust in organisations (Bocsi et al. 2017; Pantea 2015).

Research questions

The literature highlights the multifaceted challenges NPOs face in recruiting volunteers. Volunteer roles and communication strategies must be carefully aligned with both the organization's objectives and the volunteers' needs to ensure a successful match. This raises the following research questions about recruiting young volunteers:

RQ1: What aspects (motivation, organizational characteristics, working conditions) are pivotal in attracting young people to volunteer?

RQ2: What needs to be considered when approaching young people for volunteering (communication)?

3. Methods

The study employed a multimethod design (Loosen/Scholl 2012), using sequential and complementary research methods (see Table 1). A literature review offered an overview (module 1), and guideline interviews with volunteer coordinators (module 2) defined the field and identified the NPOs' framework conditions. Modules 3 and 4 focused on former, current, and potential volunteers, with guided interviews exploring volunteering challenges, volunteer acquisition, and communication (Loosen 2015), uncovering new aspects. The online survey (module 4) built on these insights, and a final workshop with coordinators (module 5) validated the findings.

Table 1: Overview of the modules and sample

Module	Sample
1	Overview of volunteer job offers NPO platforms=10 volunteer job portals=9
2	Guideline interviews with volunteer coordinators total=10 from environmental protection organizations=2, from humanitarian & human rights organizations=8
3a	Guideline interviews with potential volunteers total=9 women=5, men=4 up to 20 years =2, 21-24 years=5, 25 years & more=2
3b	Guideline interviews with current volunteers total=12 women=6, men=6 up to 20 years =3, 21-24 years=6, 25 years & more=3
3c	Guideline interviews with former volunteers total=9 women=6, men=3 up to 20 years=1, 21-24 years=3, 25 years & more=5
4	Online survey of young people total=611 currently doing volunteer work=303, can imagine to volunteer=231, can't imagine to volunteer=77
5	Validation workshop with volunteer coordinators 1 workshop with 6 volunteer coordinators

Note: Timeline Spring 2021–End of 2023.

Source: Own representation.

3.1 Guideline interviews

An overview of the sample for modules 3a-c is provided in Table 1. Actual and former volunteers were recruited through partnering NPOs, with former volunteers including both short- and long-term participants. Potential volunteers were recruited via a network of student employees, ensuring diversity in occupational and educational backgrounds. The interview guide focused on volunteering demands – motivation,

organization, and work characteristics – especially in the acquisition and early volunteering stages, including preferences, recruitment, and communication methods. It also addressed experiences and reasons for leaving, with particular emphasis on how recruitment and initial involvement influence long-term retention.

Interviews were transcribed and analysed using a combination of semi-structured and summarizing content analysis (Mayring 2015). The main categories were deductively derived from Kals et al.'s multifactorial model to explain volunteering (2021) and included:

- Motivational Needs
- Barriers to Volunteering
- Requirements for Volunteering Work (Organizational and Work Characteristics)
- Ideal Recruitment: Channels, Approach, Contact
- Communication with the NPO: Channels, Modes, Criteria, Contact

Each interview was analysed according to these predefined categories, with additional subcategories developed in the coding process. To ensure validity, the analysis was performed by two researchers independently and finally compared.

3.2 Online survey

The online survey was conducted among a panel of young German-speaking people aged 15–34 living in Switzerland. During the survey, respondents were asked whether they were already active volunteers and, if not, whether they could imagine volunteering (again). The 77 respondents who couldn't imagine themselves volunteering were excluded from further analysis, leaving a total sample of 534 young people.

Table 2. shows the demographic distribution.

Gender	49 %	male
	51 %	female
Age	10 %	15–19 years
	31 %	20–24 years
	15 %	25–29 years
	44 %	30–34 years
Education	1 %	compulsory school
	15 %	secondary level II
	33 %	tertiary
	51 %	initial education completed
percentage of positions	55 %	>90 %
	16 %	50–90 %
	12 %	1–49 %
	17 %	0 %
Legal guardian	24 %	
Volunteer work	57 %	currently volunteering
	16 %	former volunteers
	27 %	never volunteered
Total	N=534	

Table 2: Overview of the Online Survey Sample

Source: Own representation.

The online survey (module 4) followed an exploratory design to identify volunteer types without predefined hypotheses. Drawing on the multifactorial model to explain volunteering (Kals et al. 2021) and guideline interviews, the questionnaire focused on motivational needs, work characteristics, role identity, organizational preferences, and communication. Based on the Volunteer Functions Inventory (VFI), it included idealistic and personal value-based factors, allowing participants to prioritize criteria like learning, fun, or making a difference. Participants could design their ideal engagement by specifying preferences for time, commitment, autonomy, teamwork, and location. Role identity questions addressed responsibility, skill use, leadership, and training needs. Simplified organizational characteristics from module 3 focused on contact points, personal development, and beneficiary interaction. The communication section explored website features (e. g., quizzes, job listings, filters), preferred contact methods, and task clarity. Demographic data, including education, employment, and parental status, were also collected, alongside a section on communication examples and recruitment channels. Lastly, a section on communication in volunteer recruitment presented examples of opportunities and contact

channels. Demographic data on education, employment, and parental status were also collected.

4. Results of guideline interviews

In the result section the following abbreviations are used when presenting the results: fv=former volunteers, cv=current volunteers, and pv=potential volunteers. The section is structured along motivation, work characteristics, organizational characteristics, and addressing. The quotes are translated from German.

Motivation

The motivational needs largely reflect the results of the Volunteer Monitor (Fischer et al. 2025). The motivation reported by all three groups, potential volunteers, volunteers, and former volunteers is normative. Moreover, meeting people in person is central, like getting to know new people (of the same age) (fv1, cv1), having fun in a team (pv2), or doing a leisure activity with friends (pv1). The benefit added to the CV is mentioned only once.

Work characteristics

The factors influencing the willingness to engage in volunteering can be divided into three categories: framework conditions, work content, and communication.

Young people's lives are marked by constant change, including evolving schedules and life transitions such as graduation, starting a career, or family building. As one potential volunteer (pv5) noted: "At the moment, things don't stay the same for me for more than half a year." Many (cv n=9, pv n=9, fv n=8) find long-term plans difficult during this dynamic phase. Flexibility is therefore critical. Volunteers value the ability to organize themselves, as pv6 highlighted: "I can organize myself, at least to some extent." Flexibility in scheduling was also essential for fv3, who appreciated the choice between Monday and weekend shifts: "With my studies and work, that was the only option for me."

Micro-volunteering, with its short and flexible assignments, appealed to three potential volunteers. However, many (pv n=6, fv n=5) were unaware of such opportunities or lacked imagination about what micro-volunteering entails. Short-term volunteers often struggle to connect with the organization while avoiding extensive commitments. Interviewees stressed the need for volunteers to "always have the option to leave at any time" (fv4; cv n=4, pv n=6, fv n=8).

While flexibility is crucial, volunteers also need a clear and predictable framework. Many (pv n=8, fv n=7, cv n=9) emphasized the importance of clearly defined tasks, including frequency and time requirements. Volunteers, however, want flexibility within this structure, which places significant demands on coordination. Travel time

was another key factor, as most volunteers prefer roles with interpersonal contact and are less interested in remote or online opportunities (pv n=6, fv n=8, cv n=9). Lack of team integration (fv n=4) or interaction with other volunteers (fv n=5) were often cited as reasons for quitting.

Flexibility in work content is equally important. Volunteers expect clear task definitions and outcomes but also want space for personal initiative and co-creation (pv n=5, fv n=6, cv n=7). As pv2 explained: “I don’t want to be told this is your project and it has to be done. I prefer something where I can contribute my ideas, but still guided by someone who can give tips.”

Many (pv n=5, fv n=3, cv n=3) enjoy variety in their tasks as a refreshing change from work or studies. As pv2 stated: “I would find it exciting to do something completely different.” Others (pv n=2, cv n=3) prefer simple tasks to relieve stress. Excessive administrative work, however, can be demotivating. For example, fv5 criticized cumbersome software, while fv8 cited restrictions due to data protection rules.

Volunteers also want to see the tangible impact of their efforts. As pv3 put it: “I just want people to see what I have achieved in the end. That it’s not a ‘blind’ investment.”

Among former volunteers (4 out of 9), excessive demands and overburdening due to too much responsibility in the early stages were cited as common reasons for quitting.

Many (cv n=8, fv n=6) stressed that the flexibility and framework conditions of roles are often poorly communicated in advertisements, deterring young people. Potential volunteers (n=6) cited uncertainty and fear of being pressured into commitments. Clear communication from the outset is essential.

As fv8 explained: “It is a good exchange so that I always know what to expect. I need to know how long the assignment will last, what exactly I’ll be doing, whether I can withdraw occasionally, and if the office is available for me.” The importance of defining responsibilities and clarifying contact persons at the beginning is frequently overlooked (fv n=4, cv n=5).

Organizational Characteristics

The findings highlight four key aspects of organizational characteristics that influence volunteering:

Organizational values are highly important, particularly for well-known organizations with widely recognized goals, such as animal welfare. As one former volunteer (fv3) noted: “These are the usual ones, and I really haven’t looked further to see what else is out there.” For lesser-known organizations, it is crucial not only to articulate values but also to make them evident through activities and operations. A website should clearly “radiate” these values, even though they are not explicitly searched

for by most volunteers (n=8). After initial contact, organizations must introduce potential volunteers to their mission in a meaningful way. As pv4 explained: "Not just superficially, but in such a way that you really know what it's all about." While some prefer formal training (pv4), others favour jumping into action right away (fv1).

Clarifying the distinction between volunteer and paid work is essential (fv n=4, pv n=3). This distinction often needs to be actively communicated to avoid misunderstandings. For example, one former volunteer (fv4) felt discomfort early on due to a lack of clarity about their role. Establishing a clear role identity and fostering an appreciative tone are critical for building connections and turning initial interest into long-term engagement. Misperceptions persist: two potential volunteers perceived volunteering as exploitative, while three others struggled to imagine meaningful roles, equating volunteering to street canvassing for donations.

Putting a human face on volunteering enhances its appeal. Both potential (n=5) and active volunteers (n=9) value seeing results shared through social media, as it creates a sense of connection and pride in the organization's work.

Internal communication about projects, plans, and events is vital for volunteer appreciation (cv n=6, fv n=5). Lack of early recognition can lead to disengagement. For instance, fv4 recalled: "In the beginning, everyone got a water bottle – but not me. At some point, I asked and was told I could get it at the camp. I thought that was stupid. I think it should come from them." On the other hand, small gestures of appreciation can make a significant difference. Positive examples include: "A meal is provided for every assignment" (cv4) and "If you complete training, you get a sticker [...]. It just shows that you have a plus if you are committed" (fv1).

Recruitment Approach

The key factors in recruiting volunteers can be categorized into four stages: attracting attention, selecting a commitment, making contact, and post-contact engagement.

Potential volunteers discover opportunities through various channels, with personal connections and chance encounters often playing a pivotal role. However, Google is the primary search tool for many (pv n=5). The use of social media for volunteer recruitment is divisive. While social media is widely used, some respondents find advertisements on these platforms intrusive: "I just find advertising on social media annoying because that's not why I go to these channels" (pv5). This sentiment was echoed by six potential volunteers and eight current volunteers.

Volunteers tend to decide on opportunities based on clear and transparent advertisements. Importantly, these should be presented as volunteer opportunities rather than job postings, a preference shared by all respondents. Additionally, the

Table 3. Frequency distributions online survey

A) Motivation	
idealistic added value	doing good* (80 %) fun & good feeling* (74 %) can see the effects of the work immediately (57 %)
personal added value	learning* (48 %) meet other people (23 %) gain for career* (network, CV) (22 %)
B) Work characteristics	
Framework conditions	make no commitment (52 %) frequency: One-time commitment (35 %), project-based commitment (45 %), long-term commitment (20 %) season: Year-round (51 %), vacation/holiday season (33 %), semester (4 %), other (11 %) rhythm: fixed date (27 %), fixed date agreed in team (24 %), Set appointments from time to time (14 %), independent & flexible scheduling (21 %), irregular, when it suits (14 %) work mostly on-site (44 %), combined digital/on-site (41 %), digital (15 %) travel time: < 15 minutes (8 %), 16-30 minutes (48 %), 31-45 minutes (17 %), 46-60 minutes (20 %), 60+ minutes (8 %) scope is clearly defined (70 %), open (30 %) work independently (18 %), with others (51 %), alternating with others/independently (31 %)
Arrangement	professional/school knowledge ... not contributing (29 %), contributing (71 %) talents ... can contribute (57 %), do not contribute (43 %)
Role identity	assumption of responsibility None (28 %), gradually (60 %), as soon as possible (15 %) tasks can be co-developed (46 %), clearly defined from the start (54 %) responsibilities clearly defined from the start (55 %), defined in the team (42 %), unclear (3 %) part of a permanent team (56 %), changing teams (29 %), independent (14 %)
C) Organizational characteristics	
Criteria for the contact person	does not matter (34 %) employed by the organization (43 %), volunteer (25 %) same age (17 %), older (9 %), younger (0.6 %) same gender (3 %)
Development opportunities	developing the activity (54 %) participate in training (17 %) have opportunities for personal development (46 %)
Visibility	personal contact with people I help (49 %)
D) Addressing	
Salutation	formal 9 %, informal 81 %

	different areas of engagement to browse (38 %)
	quizzes to find out which area suits you (38 %)
Find Engagement	job offers (36 %)
	filter mask to receive tailored offers (24 %)
	open offer – find the right one in exchange with the group (15 %)
	other (2 %)
	classic online* (e-mail, form) (64 %)
	information on site* (taster/info event) (55 %)
First Contact	messenger* (37 %)
	telephone (28 %)
	video conference* (in person, information event) (19 %)
	web chat (11 %)
	on-site meeting (11 %)
Total N=534	

Note: *Factors based on rotating factor analysis. Source: Own representation.

conditions of the role must be explicit: “I feel addressed by these offers because it is already clear from the title and description what the activity is about” (pv5). A welcoming and approachable tone in the advertisement is also crucial to making volunteers feel invited and valued.

Respondents prefer a straightforward and informal process for establishing initial contact. Email or a simple online contact form are the preferred methods. As one former volunteer (fv3) put it: “A very formal application process is off-putting.” Similarly, a potential volunteer (pv3) noted: “It would feel rather sterile, as if I had to fit in, but I want to contribute something.” A streamlined, approachable process encourages potential volunteers to take the first step without hesitation.

After the initial contact, two-thirds of respondents identified a major obstacle: the fear of committing too quickly. To alleviate this concern, providing an easy exit option without requiring an explanation is considered essential: “I would be most put off if I had to make a firm commitment during the application process” (cv4). Additionally, volunteers expressed a strong desire to integrate quickly into the community to avoid feelings of isolation and to foster a sense of belonging.

5. Online survey results

We tested the factors identified as important during the guideline interviews in the online survey and aimed to capture a broad range of motivational and work characteristics. Organizational characteristics were also included, though this proved challenging due to their highly NPO-specific nature. The results are summarized as percentual frequencies in the following overview table 3:

The results show that the requirements vary widely and frequently across the different response options and that the unambiguity of the guided interviews is not apparent. This may be because in the guided interviews more can be described and explained, whereas the online survey requires a clear definition. Some of the results, which are marked accordingly, are briefly explained here. We didn't find significant, strong differences between most variables. This also applies – to be specific – to the distinction between potential inexperienced, current, and former potential volunteers.

It is striking that 48 % see volunteering as an opportunity to learn. In the Volunteer Monitor (Fischer et al. 2025: 87) 33 % volunteers highlight the chance to broaden their own knowledge and experience. However, they are reluctant to attend training courses, which only 17 % find attractive. Conversely, interviewees are motivated to contribute their knowledge (71 %). Regarding the framework conditions, results confirm that few young people (20 %) are enthusiastic about the idea of a long-term commitment. 70 % consider it important to have a clearly defined field of work, i. e. clear tasks. Working independently of a team is only an option for 14 %, while only 10 % can imagine working purely digitally from home.

The requirements for the volunteer job advertisement and the contact person are not unambiguous. 43 % prefer a person employed by the NPO over a volunteer (preferred by 25 %). Potential volunteers prefer to be approached informally (81 %). How volunteer job offers should be presented however varies widely: Cumulatively, 78 % would like to see one of the more clearly defined offers – i. e. job offers, filter masks, or quizzes with matching offers.

The refusal of job offers, which was mentioned repeatedly in the interview, is not as explicit in the online survey. Nevertheless, more than a third of respondents would like to be made aware of volunteer opportunities. The traditional method of contact via email or web form is preferred (64 %). The lower preference for messengers may be because this method is already too personal and too close for a first step, as mentioned in the interviews.

6. Conclusion

Key factors (RQ1)

All three areas – motivation, organizational characteristics, and job characteristics (Kals et al. 2021) – influence the decision to volunteer, as confirmed by both the guideline interviews and the online survey.

The motivations reported in the online survey align with the VFI (Clary et al. 1998) and the Volunteer Monitor (Fischer et al. 2022). Interestingly, many respondents struggled to articulate their motivation and reasons for volunteering. Both current and former volunteers emphasized that their involvement is not primarily driven by

intrinsic motives. Instead, they are often inspired by chance (e. g., a spontaneous conversation at an event), opportunities (e. g., staying with an organization after completing community service), and social connections (e. g., friends). Interviews suggest that motivational factors are not typically the initial impulse for discovering volunteering opportunities but rather serve as background conditions. The decisive factors are mostly related to organizational characteristics and, more importantly, working conditions.

Working conditions include framework conditions, work content, and the clear communication of these factors. The results of the online survey show that the requirements for volunteering are as diverse as the individuals themselves, making it difficult to categorize them into typical groups. A central point from the guideline interviews is that the requirements must align with the dynamic life phases of young people. Clear task descriptions are crucial, as both qualitative and quantitative interviews have confirmed. Moreover, the idea of long-term commitment poses a significant hurdle, with many young people preferring one-time or temporary, project-based assignments.

The demands placed on volunteers are high in an era of constant change and multiple commitments. Organizations are challenged to create frameworks that balance flexibility with structure. The importance of frameworks and roles is often underestimated. Young people seek flexible ways to contribute without neglecting other commitments. At the same time, they do not want impersonal tasks and value the connection with a team. A balanced approach that combines clear tasks with room for creativity can help volunteers feel more connected to the organization and foster long-term commitment.

Online volunteering is an option for only a few, as many volunteers prefer social engagement. Another reason is the lack of imagination regarding online volunteering opportunities.

Using cluster analysis, we sought to identify distinct types of volunteers who could be addressed with specific communication strategies. However, this approach did not yield clear typologies. Overall, we found that volunteers mainly differ in their preferences for working from home or as part of a team, whether they prefer to work independently or with others, and the length of their commitment. Ultimately, it is not the motives or organizational characteristics that are most important, but the work characteristics that influence the volunteer experience.

Communication and outreach to young people (RQ2)

In summary, the recruitment process follows a clear sequence for individuals not recruited through personal contacts. The first step is an internet search (via Google), making it advantageous for NPOs to have visibility, as this builds a foundation

of trust. All respondents emphasized the importance of a familiar atmosphere. Volunteer opportunities must be easily identifiable and presented clearly on the organization's website. The presentation should include specific information about the tasks involved and clear contact details, ideally with personal email addresses. The contact process should be simple, ideally via an email or a straightforward form. Trial days can be an option, but interested individuals express concerns about being persuaded or pressured. They worry about hidden conditions, unexpected tasks, or excessive commitments. Offering an exit option without requiring detailed explanations seems to lower the inhibition threshold for taking the first step toward contact.

Regarding communication, conclusions can be drawn about all three areas of influence – motivation, organizational characteristics, and work characteristics. Many young volunteers struggle to articulate the reasons behind their motivation when not asked to list them. This indicates that motivation is less likely to be activated, and the personal benefits of volunteering are not always clear. One potential motivation for young people could be the improvement of career opportunities, such as gaining experience, networking, and enhancing their CVs. Is this not a motive, or are these opportunities not sufficiently recognized? In the Voluntary Survey (Arriagada/Karnick 2022: 135), obtaining qualifications was a key motivator for 73 % of individuals aged 14 to 30. However, very few of the NPOs surveyed actively advertised this opportunity. Appreciative communication is essential to maintain motivation from the outset. While this is well-known, former volunteers often complain about its lack of execution.

An organization's values need to be communicated implicitly, such as by demonstrating the impact of its work. It is also noteworthy that some potential volunteers do not fully understand what volunteering entails. There is a clear need to educate young people about the importance of volunteering and the numerous possibilities and opportunities it offers. Recruitment posts on social media, often perceived as cheap advertising, can have a deterrent effect.

Working conditions are a crucial factor. Flexibility must be a given. Potential volunteers often find opportunities too vague, which leads to concerns about too much commitment and responsibility.

Finally, a key point to emphasize is that life transitions, such as the birth of a child, are common reasons for leaving an organization. However, these former volunteers are often open to rejoining the NPO in the future. This represents a missed opportunity for organizations, as communication with former volunteers is often not maintained, and the relationship is not nurtured.

Limitations and prospectives

The study employed a multi-perspective approach, combining an analysis of volunteer opportunities with guided interviews with volunteer coordinators, potential, former, and current volunteers, an online survey of young people, and a final workshop with volunteer coordinators. Recruitment for Module 3 was carried out through NGOs and the network of student workers, following clear guidelines to minimize bias. However, there is a risk of selection effects.

The guideline interviews revealed several crucial aspects of volunteering that resonate with young people. The interviews with current and former volunteers were particularly insightful, as they were able to share their experiences, both positive and negative. This allowed for a more nuanced understanding of the requirements for volunteering. However, potential volunteers without prior volunteering experience had difficulty articulating their needs, as they lacked a frame of reference.

The study found that the differences in young people's expectations concerning the organization and working conditions were primarily in the details. The demands and preferences of volunteers were so diverse that it was not possible to identify clear volunteer types that could be addressed based on their preferences.

While the study underscores the importance of working conditions and the implicit communication of organizational values, an experimental design could provide valuable insights into how identical volunteer opportunities can be presented in different ways, and which approach is more likely to appeal to potential young volunteers. It would also be interesting to explore how various future work opportunities could be framed as volunteer positions.

Bibliography

Ajzen, Icek (1991): The theory of planned behavior. In: *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 50. Jg., Heft 2, S. 179–211.

Aristeidou, Maria et al. (2021): How Do Young Community and Citizen Science Volunteers Support Scientific Research on Biodiversity? The Case of iNaturalist. In: *Diversity*, 13. Jg., Heft 7, <https://doi.org/10.3390/d13070318>.

Arriagada, Céline; Karnick, Nora (2022): Motive für freiwilliges Engagement, Beendigungsgründe, Hinderungsgründe und Engagementbereitschaft. In: Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Wiesbaden, S. 125–150.

Boci, Veronika; Fényes, Hajnalka; Markos, Valéria (2017): Motives of volunteering and values of work among higher education students. In: *Citizenship, Social and Economics Education*, 16. Jg., Heft 16, S. 117-131, <https://doi.org/10.1177/2047173417717061>.

Butt, Matti Ullah; Hou, Yu; Soomro, Kamran Ahmed; Acquadro Maran, Daniela (2017): The ABCE Model of Volunteer Motivation. In: *Journal of Social Service Research*, 43. Jg., Heft 5, S. 593–608, <https://doi.org/10.1080/01488376.2017.1355867>.

Brügger, Adrian; Gubler, Miriam; Steentjes, Katharine; Capstick, Stuart (2020): Social Identity and Risk Perception Explain Participation in the Swiss Youth Climate Strikes. In: *Sustainability*, 12. Jg., Heft 24, S. 1-17 <https://doi.org/10.3390/su122410605>.

Chacón, Fernando; Pérez, Tania; Flores, Jérôme; Vecina, María Luisa (2011): Motives for Volunteering: Categorization of Volunteer's Motivation using open-ended Questions. In: *Psychology in Spain*, 15. Jg., Heft 1, S. 48-56.

Clary, E. Gil; Snyder, Mark; Ridge, Robert D.; Copeland, John; Stukas, Arthur A.; Haugen, Julie; Miene, Peter (1998): Understanding and assessing the motivations of volunteers: A functional approach. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 74. Jg., Heft 6, S. 1516-1530.

Cortessis, Sandrine; Weber Guisan, Saskia (2018): Non-profit organizations as an alternative to school for skills development: the case of young volunteers. In: *eugen Studies – Journal of ULLL*, 2. Jg., Heft 1, S. 65-70.

Dufft, Nicole; Kreutter, Peter; Peters, Stephan; Olfe, Frieder (2018): Digitalisierung in Non Profit Organisationen: Strategie, Kultur und Kompetenzen im digitalen Wandel. In: Berndt, Reinhard; Kreutter, Peter; Stolte, Stefan (Hrsg.): *Zukunftsorientiertes Stiftungsmanagement*. Wiesbaden, S. 105-115.

Erpf, Philipp; Marin, Nathalie (2018): Digitalisierung in Nonprofit-Organisationen: NPO-Führung in Zeiten neuer Herausforderungen. In: *Verbands-Management*, 44. Jg., Heft 2, S. 6-13.

Fischer, Adrian; Lamprecht, Markus; Stamm, Hanspeter (2025): *Freiwilligen-Monitor Schweiz 2020*. Zürich.

Güntert, Stefan T.; Neufeind, Max; Wehner, Theo (2015): Motives for Event Volunteering. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 44. Jg., Heft 4, S. 686-707.

Jardim, Catarina; Da Silva, Susana (2018): Young People Engaging in Volunteering: Questioning a Generational Trend in an Individualized Society. In: *Societies*, 8. Jg., Heft 1, <https://doi.org/10.3390/SOC8010008>.

Kals, Elisabeth; Strubel, Isabel T.; Güntert, Stefan T. (2021): Gemeinsinn und Solidarität: Motivation und Wirkung von Freiwilligenarbeit. In: *Bibliothek Forschung Und Praxis*, 45. Jg., Heft 1, S. 14-25.

Koch, Carmen; Klopfenstein Frei, Nadine (2022): Digitalisierung als Herausforderung: warum Freiwilligenkommunikation Spielregeln braucht. In: *Voluntaris*, 10. Jg., Heft 1, S. 27-45, <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2022-1-27>.

Koch, Carmen; Klopfenstein Frei, Nadine (2021): Mit digitaler Kultur zur verbindlichen Freiwilligenkommunikation: wie Strukturbedingungen Inklusion in der Freiwilligenarbeit fördern können. In: Keel, Guido; Weber, Wibke. Baden-Baden, S. 143-156, <https://doi.org/10.5771/9783748920656-143>.

Koch, Carmen; Klopfenstein Frei, Nadine (2019): Digitalisierung in der Freiwilligenkommunikation. Veranstaltung «Freiwilligenkommunikation in Zeiten digitaler Transformation – Status Quo, Chancen und Herausforderungen», Winterthur, 26. November 2019.

Loosen, Wiebke (2015): Das Leitfadeninterview – eine unterschätzte Methode. In: Averbeck-Lietz, Stefanie; Meyen, Michael (Hrsg.): *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden, S. 139-156.

Loosen, Wiebke; Scholl, Armin (2012): Theorie und Praxis von Mehrmethodendesigns in der Kommunikationswissenschaft. In: Loosen, Wiebke; Scholl, Armin (Hrsg.): *Methoden und*

Forschungslogik der Kommunikationswissenschaft: Methodologische Herausforderungen und empirische Praxis. Köln, S. 9–25.

MacGillivray, Guy S.; Lynd-Stevenson, Robert M. (2013): The revised theory of planned behavior and volunteer behavior in Australia. In: *Community Development*, 44. Jg., Heft 1, S. 23–37.

Marta, Elena; Manzi, Claudia; Pozzi, Maura; Vignoles, Vivian Laurance (2014): Identity and the theory of planned behavior: Predicting maintenance of volunteering after three years. In: *The Journal of Social Psychology*, 154. Jg., Heft 3, S. 198–207.

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. 12., überarbeitete Auflage. Weinheim.

Mohiyeddini, Changiz; Pauli, Regina; Bauer, Stephanie (2009): The role of emotion in bridging the intention-behaviour gap: The case of sports participation. In: *Psychology of Sport and Exercise*, 10. Jg., Heft 3, S. 226–234.

Murray, Michael, and Pérez, Juan (2014): Unraveling the digital literacy paradox: How higher education fails at the fourth literacy. In: *Issues in Informing Science and Information Technology*, 11. Jg., Heft 1, S. 85–100.

Niederhäuser, Markus; Rosenberger, Nicole (2017): Unternehmenspolitik, Identität und Kommunikation: Modell, Prozesse, Fallbeispiele. Wiesbaden.

Pantea, Maria-Carmen (2015): Understanding non-participation: perceived barriers in cross-border volunteering among Romanian youth. In: *International Journal of Adolescence and Youth*, 20. Jg., Heft 3, S. 271–283, <https://doi.org/10.1080/02673843.2013.793205>.

Rehberg, Walter (2005): Altruistic Individualists: Motivations for International Volunteering Among Young Adults in Switzerland. In: *Voluntas*, 16. Jg., Heft 2, S. 109–122, <https://doi.org/10.1007/S11266-005-5693-5>.

Samochowiec, Jakub; Thalmann, Leonie; Müller, Andreas (2018): Die neuen Freiwilligen: Die Zukunft zivilgesellschaftlicher Partizipation. <https://www.gdi.ch/de/publikationen/studien-buecher/die-neuen-freiwilligen> (23.1.2025).

Simonson, Julia et al. (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland: Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). Berlin.

DEBATTE & DIALOG

Von der Haltung zur Handlung

Zum Umgang des NABU mit rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Interventionen im Naturschutz

Matthias Laurisch

Fachbereichsleiter Engagement und Verbandsentwicklung im NABU-Bundesverband |
matthias.laurisch@nabu.de

Alina Mendler

Referentin Verbandsentwicklung im NABU-Bundesverband | alina.mendler@nabu.de

Schlagwörter: Verbandspraxis; Rechtspopulismus; Rechtsextremismus; Positionierung; Dialog; Lernweg; Umweltschutz; Naturschutz

Keywords: organizational practice; right-wing populism; right-wing extremism; public stance; dialogue; learnings; environmental protection; nature conservation

1. Einordnung dieses Beitrags

Natur- und Umweltschutz bleiben wichtige Themen, auch wenn ihre gesellschaftliche und politische Priorität in letzter Zeit etwas abgenommen hat. In diesem Bereich engagieren sich zivilgesellschaftliche Gruppen, die die Interessen und das Engagement vieler Menschen bündeln und öffentlich einbringen. Genau hier haben rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur:innen begonnen, gezielt Einfluss darauf zu nehmen, wie über Natur und Umwelt gesprochen und gedacht wird. Sie beziehen Position und machen inhaltliche Angebote. Dabei nutzen sie den Naturschutz für ausgrenzende gesellschaftliche Vorstellungen, verschärfen Spannungen und verbreiten entsprechende Erzählungen. Demokratisch orientierte Akteursgruppen im Naturschutz sollten deshalb klare Positionen beziehen.

Dieser Artikel zeigt, wie der NABU als größter Naturschutzverband Deutschlands bei der Erarbeitung eines Umganges mit Rechtspopulismus und -extremismus vorgegangen ist, was er auf dem Weg dorthin gelernt, entwickelt und verworfen hat. Es werden Voraussetzungen für das Gelingen gezeigt, dargestellt, wo der Verband erfolgreich war und mit welchen Herausforderungen er sich auseinandersetzen muss. Ein Blick darauf, welche Allianzen sinnvoll und möglich sind und was sich für die zukünftige Arbeit abzeichnet, rundet den Beitrag ab. Wir erheben hierbei keinen Anspruch darauf, dass unsere Erfahrungen und die erarbeiteten Elemente der einzig gangbare Weg sind, sondern zeigen, welche Fragen sich dem NABU gestellt haben, wie wir diesen Fragen begegnet sind und welche Konsequenzen sich aus den Antworten ergeben.

2. Einführung

Im Jahr 2017 riefen zuerst Björn Höcke (AfD) (Facebook 2017) und 2019 dann auch der damals deutlich bekanntere Alexander Gauland (AfD) zum Kampf um die Vorherrschaft in der öffentlichen Meinungsbildung im Naturschutz auf (Desiderius-Erasmus-Stiftung 2019). Klimaschutz sei links, Umweltschutz (der Naturschutz war hier wohl mitgemeint) sei rechts und solle vor allem den Grünen wieder entrissen werden. In der Folge wurden Natur- und Klimaschutz wieder verstärkt zu einem Interventionsfeld für rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur:innen. Naturschutz ist Mittel zum Zweck, um in die Mitte der Gesellschaft zu kommen. Ein echter Einsatz für den Naturschutz kann zwar im Einzelfall vorhanden sein. Die NABU-intern durchgeführte Gegenüberstellung von AfD-Positionen zu naturschutzfachlichen Themen und dem realen Abstimmungsverhalten der AfD im Bundestag und im EU-Parlament zeigen jedoch, dass die AfD Naturschutzpositionen kaum in die politische Praxis übersetzt. Das stellt nicht zuletzt die Naturschutzverbände vor eine Daueraufgabe: die Verteidigung demokratischer Prinzipien im Spannungsfeld von Ehrenamt, Fachlichkeit und gesellschaftlichem Wandel.

Das betrifft auch Deutschlands größten Naturschutzverband, den NABU (Naturschutzbund Deutschland e.V.). Mit 960.000 Mitgliedern und Fördernden und ca. 75.000 Ehrenamtlichen in etwa 2.000 Gliederungen steht der Verband für praktischen Naturschutz in der Fläche und für eine fachpolitische Organisation, die sich von der lokalen bis zur EU-Ebene für die Belange der Natur einsetzt. Engagierte Menschen beschäftigen sich dabei konkret vor ihrer Haustür mit Problemen wie dem Verlust der Artenvielfalt, Streit über die Nutzung von Flächen (zum Beispiel für Naturschutz, Straßenbau oder Windenergieanlagen) und dem Ringen um gesellschaftliche Mehrheiten. Sie stellen sich einer Daueraufgabe mit hoher Komplexität und mit großer gesellschaftlicher Brisanz. Der NABU ist ein Gesamtverband mit einer gestuften Mehrfachmitgliedschaft. Beim NABU ist man nicht nur Mitglied in einer NABU-Gruppe vor Ort, sondern automatisch auch im jeweiligen Landesverband und im Bundesverband. Dadurch bestehen Abhängigkeiten der verschiedenen Verbandsebenen zueinander, die für die nachfolgend dargestellten Prozesse eine hohe Relevanz haben (NABU 2022).

3. Das Problem im Überblick

Naturschutz ist traditionell auch ein Themenfeld rechtsextremer und völkischer Akteur:innen. Historisch kann dieser Umstand dabei aus der „Blut und Boden“-Ideologie und aus modernitätskritischen Strömungen Anfang des 20. Jahrhunderts hergeleitet werden (FARN o. A.). Sie propagierten, für einen „gesunden Staat“ brauche es eine Verwurzelung von einem „reinen“ Volk mit „seiner“ Landschaft. Heutige rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur:innen stellen Themen des Naturschutzes in verschiedenen Themenfeldern in einen Zusammenhang mit den eigenen

Gesellschaftsbildern. Dabei geht es keineswegs ausschließlich um die Belange einer gesunden Natur. Vielmehr wird versucht, in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen, mit Mitteln, die einen wissenschaftsbasierten, ganzheitlichen, effektiven Natur- und Klimaschutz gefährden. Gesellschaftliche Interessensgegensätze werden genutzt (zum Beispiel zwischen dem Artenschutz und dem Ausbau der erneuerbaren Energien), um demokratische Akteur:innen und Prozesse verächtlich zu machen (NABU 2024c). Gleichzeitig fließen Falschinformationen vermehrt in die öffentliche Diskussion ein.

Im Naturschutz sind diese Interventionen sichtbar und sie finden dynamisch und vielfältig statt. Sie wirken sich nicht nur auf das Feld und die dort verhandelten Themen und Arbeitsbereiche aus, sondern fordern auch die etablierten zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen heraus. Rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur:innen nutzen dabei verschiedene Kommunikationsformen, arbeiten unter anderem mit politischen Anfragen oder der Zeitschrift „Die Kehre“. Es finden zudem reale Angriffe auf Strukturen und Unterwanderungsversuche statt. Auffallend ist, wie stark sie Social Media nutzen. Diese Interventionen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Praxis des ehrenamtlichen Naturschutzes.

Für den NABU war offensichtlich, dass die Werte dieser Akteur:innen mit denen der NABU-Bundessatzung (NABU 2022) nicht zusammenpassen und dass es einer Strategie für den Umgang mit diesen Akteur:innen und ihren Narrativen bedarf. Der NABU hatte rechtspopulistische und rechtsextremistische Pfade im Naturschutz bereits als Thema erkannt und sich an verschiedenen Stellen dazu geäußert. Was aber fehlte, war ein systematischer Überblick zur eigenen Betroffenheit. In einem ersten Schritt wurde daher die Frage nach dem Umfang von Einflussnahme auf den Verband und nach den thematischen Einflugschneisen gestellt. Mit dem zunehmenden Erstarken der AfD, die sich aktiv in den Kampf um die Deutungshoheit im Naturschutz einmischt (Instagram 2024), erhöht sich die Relevanz für große Naturschutzakteur:innen wie den NABU.

4. Erste Schritte

Um ein belastbares Bild über Umfang und Themen von Interventionen im Naturschutz zu erhalten, führte der NABU 2021 gemeinsam mit der Universität Kassel und der Stiftung Naturschutzgeschichte eine Untersuchung zu Versuchen der Einflussnahme auf NABU-Gliederungen durch (Schroeder/Frohn 2022). Mehr als 250 Gruppen und alle Landesverbände im NABU beteiligten sich an der Untersuchung.

Die Studie zeigte: Interventionen sind auf verschiedenen Ebenen bereits Realität. So gab es insbesondere Vorfälle, in denen sich Mitglieder rassistisch äußerten oder ihre Fremdenfeindlichkeit auf Naturschutzthemen übertrugen. Zudem gab es ein NABU-Mitglied, das zugleich Mitglied in einer verfassungsfeindlichen Organisation war und

dies auch kommunizierte. Es wurde auch deutlich, dass im NABU eine Sensibilität für die Gefahren vorhanden ist, die von rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Einflussnahme ausgehen. Allerdings nimmt sie zur Gruppenebene hin ab. Die Frage „Für wie gefährlich hält Ihr Landesverband rechte¹ Einstellungen und Aktivitäten für den Zusammenhalt in der Gesellschaft?“ beantworteten alle Teilnehmenden bspw. mit mindestens „gefährlich“. Auch auf Gruppenebene sieht die Mehrheit eine große Gefahr, dennoch gibt es hier einen kleinen Anteil, der die Einflussnahme als „wenig gefährlich“ wahrnimmt. In einer Medienanalyse, die Teil der Untersuchung war, wurden zudem inhaltliche Einflugschneisen herausgearbeitet. Besonders im Fokus stehen dabei Spannungsfelder im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz: Die für die Dekarbonisierung der Wirtschaft notwendige Energiewende lässt sich nur durch einen Ausbau der erneuerbaren Energien erreichen. In Konflikten, die in diesen Situationen entstehen, positionieren sich rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur:innen zugunsten des Artenschutzes, allerdings ohne Lösungen anzubieten. Sie nutzen diese Interessenskonflikte und weiten so ihre antidemokratischen Vorstellungen über den Weg des Artenschutzes im engeren Sinne auch auf andere Debatten, zum Beispiel über den Schutz der Kulturlandschaft oder des Waldes, aus.

Diese Ergebnisse markierten den Auftakt einer intensiven Auseinandersetzung mit der Abwehr rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Interventionen auf den NABU. Zugleich warf dies zahlreiche Folgefragen auf. Wie sehen die Interventionen im Detail aus? Unter welchen Bedingungen entstehen sie – was wehrt sie ab? Welche Unterschiede zeigen sich im Vergleich zu anderen Umwelt- und Naturschutzverbänden? Wie verändern sich Themen und Einflussnahme über die Zeit? Welche Akteursgruppen sind maßgeblich? Diese Fragen hatten praktische Bedeutung für unsere verbündlichen Strategien und Angebote.

In einem Projekt der Stiftung Naturschutzgeschichte konnte etlichen dieser Fragen nachgegangen werden. Gefördert vom Bundesamt für Naturschutz wurden Interventionen bei weiteren Verbänden untersucht. Nach dem Projektabschluss gibt es fundierte Erkenntnisse, die den NABU betreffen:

- Es gibt zwar keine systematische Unterwanderung der großen Naturschutzverbände, ein Grund zur Entwarnung besteht allerdings nicht. Denn das Feld ist weiterhin hochdynamisch. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Akteur:innen agieren gezielt, vor allem in sozialen Medien, um ihre ausgrenzenden Gesellschaftsbilder und stark vereinfachten, politischen Vorstellungen über den Naturschutz zu legitimieren. Beispiele sind ein AfD-Post mit der Botschaft „Naturschutz nur mit der AfD“ samt Schlagzeile „Zerstörung der Natur: NABU“

¹ Mit „rechte Einstellungen“ wurden in der Studie explizit alle Strömungen gemeint, die sich im Feld von Rechtspopulismus bis Rechtsextremismus bewegen, eine genaue begriffliche Einordnung und Erklärung findet sich in der NABU-Broschüre (Schroeder/Frohn 2022).

und BUND warnen vor Grüner Politik“ (Instagram 2024) sowie die unrechtmäßige Verwendung des KI-generierten EU-Wahlkampf-Otters des NABU als AfD-Wahlaufruf (Balser 2024).

- Es braucht ein dauerhaftes Monitoring des Engagementfeldes und seiner Themen, um daraus Ableitungen für praktische Gegenstrategien zu entwickeln. Ein Monitoring sollte aber aus Sicht des NABU nicht in jedem Verband separat laufen. Ein überverbandliches Monitoring ist derzeit noch nicht etabliert.
- Die Gegenstrategien benötigen Ressourcen, die überverbandlich und vernetzt gedacht werden sollten, damit die auf demokratischen Werten aufbauenden Natur- und Umweltschutzverbände ganzheitlich das Thema im Blick haben. Die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)² ist hier ein guter Startpunkt, es braucht aber noch mehr.
- Es besteht zudem die Sorge, dass enttäuschte Naturschützer:innen, die für sich und ihre Anliegen kein Gehör finden und in Zielkonflikten zerrieben werden, eine Offenheit für rechtspopulistische und rechtsextreme Narrative entwickeln. Daher sind nicht nur Interventionen von außen, sondern auch Prozesse innerhalb des Engagementfeldes zu betrachten. In einem neuen Projekt schaffen wir bspw. verbandliche Räume, in denen Engagierte ihre aktuellen Frustpunkte im Natur- und Umweltschutz in einem moderierten Dialog besprechen können (siehe auch Abschnitt 7.).

5. Aus der eigenen Geschichte lernen

Im Herbst 2023, kurz vor dem 125-jährigen Jubiläum des NABU, wurde das Gutachten zur Rolle der Gründerin der NABU-Vorgängerorganisation Bund für Vogelschutz während der NS-Diktatur erstellt (Frohn 2024). Thematisiert wurde hier vor allem die fehlende Bindung an Werte wie Menschenwürde oder Toleranz und die darauf aufbauende „Anverbandelung“ mit dem NS-Regime. Lina Hähnle richtete den Verband staatstragend und unpolitisch aus, sie versuchte im NS-System Unterstützung für die Anliegen des Vogelschutzes zu gewinnen, ohne sich dabei volumnäßig an die Ideologie des Nationalsozialismus zu binden. Gutachter Dr. Hans-Werner Frohn leitete daraus den Aufruf an den NABU ab, Überparteilichkeit nicht im Sinne von Neutralität zu verstehen, sondern immer mit einer Wertebindung im Sinne des Grundgesetzes zu verbinden.

Als es dann im Zuge der Veröffentlichungen von Correctiv zum Potsdamer Geheimtreffen (Correctiv 2024) auch im NABU zu Diskussionen um eine starke öffentliche

² FARN ist eine Fachstelle, die rechtsextreme Strömungen im Natur- und Umweltschutz analysiert, darüber aufklärt und demokratische, menschenfreundliche Alternativen für Fachkräfte, Engagierte und junge Menschen entwickelt. Sie ist Teil der NaturFreunde Deutschlands e. V.

Positionierung des Verbandes gab, wurde unter anderem mit dem Gutachten zur Rolle Lina Hähnles argumentiert. Es folgte eine klare Positionierung (NABU 2024a) des Verbandes, die aber verbandsintern mit Fragen dazu einherging, wie man sich von wem und warum abgrenzen soll. Parallel wurden mehrere Prozesse in Gang gesetzt.

Eine Klarheit, wie wir uns im Rahmen unserer Gemeinnützigkeit politisch äußern dürfen und wo die Grenzen zwischen politischer Betätigung laut Satzung und allgemeinpolitischer Betätigung liegen, war im Verband bereits grundsätzlich gegeben. Es existierten bereits Papiere zu den Grenzen der politischen Betätigung des NABU, die wir nun noch einmal im Verband teilten und durch Beispiele anreicherten. Eine Sensibilisierung zur praktischen Anwendung dieser Erkenntnisse des Verbandes (z. B. in Pressemitteilungen, bei Besuchen von Demonstrationen, aber auch ganz grundsätzlich dazu, zu welchen Themen der Verband in welcher Form Stellung bezieht) erfolgte dann vor allem über die NABU-Landesverbände.

Durch den Ausbau unserer Partnerschaften wird das Bewusstsein für den Einfluss rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Menschen und Organisationen im Feld gestärkt und gemeinsam Wissen weiterentwickelt: Austausche mit FARN, der Stiftung Naturschutzgeschichte, ein gemeinsames Projekt mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) (NABU-Wissen 2025) und die Entwicklung eines Kompetenznetzwerks unseres Jugendverbandes, der Naturschutzjugend, verbreiterten die Wissensbasis ebenso, wie diverse öffentliche Präsentationen unserer Erkenntnisse, u. a. beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement oder beim Deutschen Naturschutztag 2024.

6. Position beziehen

Die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Naturschutz führte im NABU zu der grundlegenden Erkenntnis: Es braucht eine klare und sichtbare Positionierung unsererseits. Vor diesem Hintergrund entstand unser Positionspapier zum „Umgang mit der AfD“ (NABU 2024c). Dieses Papier war das Ergebnis eines mehr als sechs Monate andauernden, partizipativen Prozesses. Vertreter:innen aus allen Ebenen des Verbands kamen zusammen, um gemeinsam zu diskutieren, auf welchen unumstößlichen Werten unsere Haltung beruht. Im Rahmen des NABU-Gremiums „Bund-Länder-Rat“ bildete sich eine temporäre Arbeitsgruppe. Diese bestand u. a. aus interessierten Landesvorsitzenden von NABU und NAJU (Naturschutzjugend im NABU) sowie Mitgliedern des NABU-Präsidiums und der Geschäftsleitung und sollte in den kommenden Monaten den Entstehungsprozess des Positionspapiers durch verschiedene Perspektiven und Kontakte in den Verband begleiten.

Basierend auf den Erkenntnissen der Aufarbeitung Lina Hähnles Geschichte war klar, dass es neben der fachpolitischen Kritik an der AfD, die wir auch bei anderen Parteien

vornehmen könnten, um eine wertebasierte Abgrenzung gehen muss: Unsere, in der Satzung verankerten verbandlichen Grundwerte sind mit der AfD nicht vereinbar. Die AfD greift dezidiert den Rahmen unseres Handelns an, indem sie die Rolle der selbst-organisierten, kritischen Zivilgesellschaft attackiert. Dabei stellten sich zentrale Fragen: Wovon genau grenzen wir uns ab – von Ideologien oder konkreten Akteur:innen? Welche Begriffe sind angemessen: „rechts“, „extremistisch“, „populistisch“? Und wie weit greifen wir – schließen wir auch andere extreme Ideologien mit ein?

Ebenso wichtig war die Frage der praktischen Umsetzung: Wie formulieren wir eine klare Position, die gleichzeitig tragfähig in der Fläche bleibt? Wo verlaufen die Grenzen zwischen notwendigem Austausch und untragbarer Zusammenarbeit?

Im März 2024 wurde das Positionspapier schließlich auf dem Bund-Länder-Rat verabschiedet und ist seither in gekürzter Fassung auch öffentlich auf nabu.de zugänglich (NABU 2024c). Es macht deutlich, dass die Werte der AfD mit den in der Bundessatzung verankerten Werten des NABU nicht vereinbar sind. So skizziert das Papier warum Natur- und Umweltschutz wissenschaftlich fundiert, ganzheitlich gedacht und demokratisch verankert, gestaltet werden sollte. Es stellt diesem Ansatz die Auffassung der AfD gegenüber, die auf ausschließenden Prinzipien, einer einseitigen Betrachtungsweise und wissenschaftlich teils widerlegten Annahmen basiert. Gleichzeitig differenziert das Papier zwischen verschiedenen Rollen (Bsp.: Tritt die Person als Vertreter:in ihrer Partei oder des Staats auf?). Dieser differenzierte Zugang spiegelt die Realität unserer Engagierten wider: In ihrem Engagement-Alltag lässt sich der Austausch – etwa mit einem/einer Bürgermeister:in – nicht immer vermeiden, Abgrenzung ist trotzdem nötig. Das Papier bietet dafür Orientierung.

Mit der Veröffentlichung ist der Prozess jedoch nicht abgeschlossen. Neue Fälle, Rückmeldungen und Erfahrungen bringen stetig neue Erkenntnisse, die in unsere weitere Arbeit einfließen und in den NABU-Gremien diskutiert werden. Auf der Bundesebene und der Mehrzahl der Landesverbände gibt es dafür feste Ansprechpersonen.

7. Von Argumenten und Grenzen: Befürwortende und kritische Stimmen aus dem Verband

Bereits im Zuge der innerverbandlichen Beteiligungsaufrufe für die Teilnahme an der Studie und noch stärker im Rahmen der Veröffentlichung und Diskussion der Ergebnisse gab es Anfragen und Kritiken zu unseren Aktivitäten. Im Groben zeigten sich hier folgende Cluster:

- Wertegebundenheit und parteipolitische Neutralität werden häufig (un)absichtlich verwechselt;
- Kritik, dass explizit nach Rechtsaußen geschaut wird, während es weitere Extremismusformen gibt, die (vermeintlich) unbeachtet bleiben;

- kritische Fragen, ob sich ein Naturschutzverband überhaupt mit Fragen jenseits engerer naturschutzfachlicher Themen (politisch) befassen sollte;
- Fragen danach, was ein demokratischer Verband an Meinungsvielfalt aushalten sollte und dem, was der Verband insgesamt für nicht akzeptabel hält.

Sehr schnell war klar, wie wir auf die Punkte eins bis drei reagieren. Parteipolitische Neutralität bedeutet selbstverständlich nicht, dass der NABU nicht auf Grundlage der in seiner Bundessatzung verankerten Werte³ handelt – vielmehr kann gerade diese Werteorientierung dazu führen, dass er sich bewusst von politischen Akteuren abgrenzt, ohne damit seine parteipolitische Neutralität zu verletzen. Auch die Frage, warum wir vor allem auf rechtspopulistische und rechtsextremistische Akteur:innen und Narrative fokussieren, war mit Blick auf die eigene Betroffenheit mit großer Klarheit zu betrachten. Ein zivilgesellschaftlicher Akteur wie der NABU muss sich zudem natürlich dort politisch äußern, wo seine Belange berührt sind.

Gleichzeitig machten die kritischen Stimmen deutlich, dass wir mit unserer Positionierung sowie den theoretischen Aufarbeitungen (NABU-Studie; Rolle Lina Hähnles) insbesondere jene Menschen im Verband erreichen, die bereits eine Affinität für das Thema mitbringen. Vielen der Einwände lässt sich zwar mit guten Argumenten begegnen, und einige der kritischen Stimmen bewegten sich mit ihren Aussagen außerhalb demokratischer Werte. Allerdings gab es auch jene Stimmen, die grundsätzlich zeigten, dass wir unsere Aktivitäten (noch) nicht verständlich genug argumentativ begründen bzw. platzieren, um eine größtmögliche Bandbreite an demokratisch überzeugten Mitgliedern abzuholen; u. a. Stimmen, deren Kritik von sehr viel Frustration oder Resignation in Bezug auf Naturschutzbelaenge, Ärger wegen politischer Prozesse und Zukunftsängsten zeugte. Die Auseinandersetzung mit den kritischen Stimmen aus dem Verband regte mehrere Anpassungen in unserem Vorgehen an:

- Wiederholtes Befassen mit unserem verbandlichen Selbstverständnis: Der NABU bietet auch in herausfordernden Zeiten eine starke Gemeinschaft für seine Mitglieder und Engagierten. Wir wollen eine Atmosphäre aufrechterhalten, in der sich die Engagierten gehört fühlen – solange dies im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geschieht.
- Von Abgrenzung zu nachhaltiger Prävention: Bisweilen hatten wir uns auf die Abgrenzung von Extremen konzentriert. Nun belaufen sich unsere Vorhaben

³ Siehe auch NABU-Bundessatzung §2(3): Er [der NABU] ist überparteilich und überkonfessionell und bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Er steht in seiner Tätigkeit als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er bietet den Mitgliedern unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Alter, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine Heimat. Mitglieder, die ein damit unvereinbares Verhalten offenbaren, können wegen vereinsschädigendem Verhalten aus dem Verband ausgeschlossen werden.

darauf, den NABU zusätzlich langfristig sowie nachhaltig zu stärken und resilient in Bezug auf populistische Einflüsse zu machen.

- Ein neues Problem bewusstsein: Um den Verband nachhaltig resilient zu gestalten, braucht es ein Bewusstsein auch für die Ursachen des aktuell erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus. Ein stärkerer Fokus auf den aktuellen gesellschaftlichen Wandel, der auch im Naturschutz spürbar ist, ermöglicht eine genauere Beschreibung unserer aktuellen Herausforderungen – frustrierter Naturschützer:innen, Kritiker:innen, aber auch jener Gesinnungen, vor denen wir unseren Verband mit einer Positionierung schützen.
- Nutzen jener Ressourcen, die unser Verband natürlicherweise bietet: Einer Gemeinschaft und eines gemeinsamen Ziels, bei uns der praktische Naturschutz von ehrenamtlichen Gruppen. Wir lehnen extreme Gesinnungen grundsätzlich ab. Zugleich ist es wichtig, mit Menschen, die kritisch auf unsere bisherigen Angebote und deren Sprache schauen, die sich enttäuscht von demokratischen Prozessen zeigen oder die sich eher einer Neutralität im Sinne Lina Hähnles zugewandt sehen, im Gespräch zu bleiben.
- Gleichzeitig ergibt sich damit die Frage danach, was unser Verantwortungsbereich in Bezug auf Populismusprävention beinhaltet und was darüber hinausgeht. Beispielsweise wenden sich Kritiker:innen häufig mit allgemeinpolitischen Aussagen an uns – die Herausforderung und gleichzeitig Chance eines Verbandes ist allerdings, dass wir uns stets auf unser gemeinsames Thema Naturschutz berufen.

Dieser Logik folgend widmen wir uns in einem aktuellen Projekt, einem durch die Heidehofstiftung gGmbH geförderten Vorhaben, der Aufgabe, in Dialogen aktuelle Stimmungsbilder der Gruppen zu erfragen und in Gespräche darüber zu gehen, wie wir auch in herausfordernden Zeiten für einen starken Naturschutz arbeiten können.

8. Neue Sichtbarkeit des Themas im Verband

Die Rückmeldungen aus der breiten verbandlichen Öffentlichkeit warfen neue Herausforderungen auf. Mit der Thematisierung wurden Fälle sichtbar, in denen der Rahmen für ein demokratisches Miteinander verlassen wurde – und in denen der Verband gefordert war zu handeln. Es kam zu einzelnen Austritten, in einem Fall wurde ein Vereinsausschlussverfahren mit Hinweis auf §2 (3) der NABU-Bundessatzung durch einen NABU-Landesverband eingeleitet, dem die betroffene Person jedoch durch eigenen Austritt zuvorkam. Dabei wurde deutlich: Der Umgang mit solchen Situationen ist herausfordernd. Vereinsrechtliche Abläufe mussten teils neu geschärft werden – und es zeigte sich, wie schwer es fällt, Sanktionen zu verhängen, wenn gemeinsame Werte verletzt werden (von der mündlichen „Ermahnung“ bis zum Vereinsausschluss), und dass klare verbandliche Rollen zur Sanktionierung nicht immer gelebt werden.

Diskussionen gab es auch darüber, wer ein Kooperationspartner sein kann. Während der NABU dies bisher vor allem aus fachlicher Perspektive betrachtete und dabei z. B. an eigene Umweltstandards oder Beschaffungsgrundsätze dachte, spielten nun Wertefragen eine größere Rolle. Schnell wurde allerdings deutlich, und dieser Punkt ist bis heute ungeklärt, dass sich durch Recherchen von Ehrenamtlichen oft nur schwer herausfinden lässt, inwiefern mit Blick auf potenzielle Kooperationen tatsächlich Gründe zur Kooperationsablehnung vorliegen.

Auch die Perspektive darauf, mit welchen Begrifflichkeiten wir Interventionen beschreiben, Akteur:innen benennen und Gegenstrategien aufbauen, schärfte sich mit fort schreitender Erfahrung. Die Diskussion, ob wir uns per se „gegen rechts“ aussprechen sollten, wo für uns ein demokratischer Diskurs endet, wen wir meinen, wenn wir ein undemokratisches Gegenüber beschreiben, und gegen wen wir uns aus welchen objektiven Gründen abgrenzen, nahm im Verband zu.

Maßgeblich für eine Weiterentwicklung unserer Vorgehensweise waren dabei die systematische Auswertung kritischer Stimmen (insb. per E-Mail und Social Media). Zum einen hatten wir dadurch ein genaues Bild von den gängigsten Kritikpunkten, die man uns entgegensezten, zum anderen erhielten wir so einen Einblick darin, wie der populistische und rechtspopulistische Anteil der Stimmen im Natur- und Umweltschutz argumentiert und welche kommunikativen Mittel dabei eingesetzt werden. Basierend darauf wurde bspw. deutlich, dass nicht ausschließlich Rechtsextremismus ein Problem darstellt, sondern wir uns auch mit den Konsequenzen von Populismus befassen müssen. Mitunter entstanden aus dieser Erkenntnis auch eine Erklärungshilfe und Positionierung mit dem Fokus auf Populismus (NABU 2024b).

9. Schlussfolgerung und Ausblick

Wenn wir heute, nach etwa fünf Jahren intensiver Beschäftigung mit dem Thema, zurückblicken, lassen sich einige Erkenntnisse extrahieren, die wir hier teilen möchten. Dazu gehört zuerst, dass unser Prozess der Erarbeitung von Tools, Papieren und Netzwerken nicht so glatt und gerichtet war, wie er hier gegebenenfalls erscheint. Es gab viele Suchbewegungen, Nachjustierungen und Projektstränge, die wir zwischen durch beendet haben. Es gehört zu solch einem Prozess, auszuprobieren und zu lernen. Das bedeutet auch, sich darauf einzulassen, Fehler zu machen, die erst im Nachhinein korrigierbar sind.

Weitere Erkenntnisse seien hier kondensiert dargestellt:

- Problembewusstsein entwickeln: Es muss klar sein, dass die Zivilgesellschaft herausgefordert ist, sich gegen Vereinnahmung von Themen und Strukturen zu positionieren und kluge Gegenstrategien zu entwickeln. Hier besteht eine Dauer- aufgabe.

- Thematische und strukturelle Einflugschneisen kennen: Im Naturschutz werden einzelne Themen und Zielkonflikte extern rechtspopulistisch aufgeladen und strukturelle Einfallstore genutzt. Es ist notwendig, diese zu kennen und zu beobachten, wo sich welche neuen Narrative entwickeln. Die thematische Nähe zum Verband und seinen Satzungszielen muss stets gewahrt bleiben, weil sich Menschen sonst fragen, was politische Themen mit ihnen zu tun haben. Wir informieren unsere Engagierten über Newsletter und interne Kommunikationsstrukturen zu Fortbildungen und Materialien und argumentieren dabei stets aus der eigenen Betroffenheit, was zudem wichtig für die Sicherung der Gemeinnützigkeit ist. Zu beachten ist, dass Grenzen zwischen Populismus und Extremismus fließend sind und Ehrenamtliche herausfordern. Thematische und strukturelle Einflugschneisen sind daher immer konkret für Ehrenamtliche zu übersetzen.
- Haltung zeigen, Position beziehen: Eine verbandliche Haltung ist zentral, um allen Beteiligten Sicherheit im Handeln zu geben. Beim NABU leitet sich die Haltung aus der Bundessatzung ab, muss dann aber in der Praxis eine Übersetzung finden (daher unsere Positionierung). Unsere gut begründete Position zum Umgang mit der AfD war wichtig, weil wir darlegen müssen, warum wir bestimmte Positionen beziehen.
- Arbeitshilfen auf verschiedenen Ebenen anbieten: Ein Verband braucht in der Fläche sehr unterschiedliche Hilfsmittel, daher bedarf es einer Vielfalt von Instrumenten, die sowohl unabhängig voneinander eingesetzt werden können, sich aber auch aufeinander beziehen und zusammen nutzbar sind (Handreichungen, eLearning-Kurse, Austauschformate, Workshopangebote).
- Menschen, die voran gehen: das beste Instrumentarium ist nichts wert, wenn es nicht von Menschen getragen wird, die voran gehen und das authentische Gesicht für ein Thema sind. Es braucht Leadership von Einzelpersonen, die sich das Thema zu eigen machen, es immer wieder setzen und andere Menschen mitziehen.
- Netzwerke in der Fläche: Die Zahl dieser anderen Menschen, die mitziehen, muss wachsen. Das Thema ist für den NABU nicht nur aus der Bundesgeschäftsstelle heraus lösbar, sondern braucht Multiplikator:innen auf allen Ebenen des Verbandes. Es bedarf nicht nur jener zentralen Ansprechpersonen, die sich dem Thema auf Bundesebene angenommen haben, wie wir sie etabliert haben. Gerade lokale Ansprechpersonen aus dem eigenen Verband sind wichtig. Eine Zusammenarbeit mit Beratungsstellen und lokalen Bündnissen ergibt Sinn, ist aber kein Ersatz für Verbandsmenschen, die lokal ansprechbar sind.
- Fähigkeit zur permanenten Weiterentwicklung erhalten: Das Thema bleibt relevant und ist zugleich hochdynamisch. Narrative und Einfallstore ändern sich und jeder Zielkonflikt vor Ort kann aufgeladen werden. Daher braucht es neben der

permanenter Feldbeobachtung, die Ressourcen benötigt, die Bereitschaft zur fortlaufenden Weiterentwicklung der eigenen Arbeit. Im NABU nehmen sich mehrere Personen, dem Thema an – jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten (bspw. Formate entwickeln, Fälle einordnen, auseinandersetzen mit kritischen Stimmen).

- Ressourcen bereitstellen: die Arbeit an dem Thema ist nicht dauerhaft nebenbei zu bewältigen. Es braucht Ressourcen, um eine Grundstruktur aufzubauen und dauerhaft mit Leben zu füllen. Die verschiedenen Arbeitsfelder wurden oben bereits skizziert.

Unsere zentralen Herausforderungen würden wir heute wie folgt beschreiben:

Wir blicken auf ein hochdynamisches Arbeitsfeld, dass sich insbesondere auf Social Media abbildet und dort Narrative setzt, die dann praktisch wirken. Es werden Zielkonflikte getrieben und es wird bewusst mit der Unzufriedenheit von Menschen gespielt. Daher ist es wichtig, die Feldbeobachtung fortzuführen und unsere Tools und Argumentationen ständig anzupassen und weiterzuentwickeln.

Allerdings wird all das, was wir erarbeiten, nur Erfolg haben können, wenn wir es schaffen, auch Menschen anzusprechen, die sich jenseits einer ohnehin gut informierten und interessierten Community von Menschen im Naturschutz (die wir natürlich trotzdem brauchen und für die wir dankbar sind) bewegen. Unpolitisch eingestellte Naturschützer:innen, frustrierte oder in Bezug auf unsere politische Positionierung skeptische Menschen wollen und müssen wir erreichen, denn sie sind Teil der Lösung. Wir haben wiederholt gelernt, wie klein der Anteil derer ist, die wir aufgrund eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes kaum oder nicht mehr erreichen können und wollen. Mit allen anderen wollen wir im Dialog bleiben, um weiterhin einen starken, demokratischen Verband als Teil einer starken, selbstorganisierten Zivilgesellschaft zu gestalten.

Weiterführende Links

NABU (2022): Rechte Aktivitäten im Naturschutz – Eine Information des NABU. <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/220718-nabu-broschuere-rechte-aktivitaeten-im-naturschutz.pdf> (3.9.2025).

NABU (2024): Position zum Umgang mit der AfD. Gekürzte, öffentliche Fassung. <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/240516-positions-papier-afd-kurzfassung.pdf> (3.9.2025).

NABU (2025a): Populismus – eine Gefahr für den NABU?. <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/organisation/struktur-und-gremien/34635.html> (3.9.2025).

NABU (2025b): NABU Wissen. Verschaff Dir Weitblick. www.nabu-wissen.de (3.9.2025). Eine Lernplattform, auf der sich mehrere eLearning-Kurse zum Thema befinden.

NAJU (2025): Kein Blattbreit der Rechten. <https://www.naju.de/f%C3%BCr-jugendliche-junge-erwachsene/naturschutz-und-demokratie/materialien-kein-blattbreit-der-rechten/> (3.9.2025). Materialien und Angebote der Naturschutzjugend im NABU (NAJU).

FARN (2025): Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz. <https://www.nf-farn.de/> (3.9.2025).

Literaturverzeichnis

Balser, Markus (2024): Otter im Wahlkampfsumpf. In: Süddeutsche Zeitung, 6.6.2024. <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-umweltschutz-nabu-tierschutz-naturschutz-soziale-medien-junge-alternative-lux.KUamutVWkc9e9JCWzSpqS?reduced=true> (13.8.2025).

Correctiv (2024): Geheimplan gegen Deutschland. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (8.7.2025).

Desiderius-Erasmus-Stiftung (2019): Nachhaltigkeit – ein konservatives Prinzip: Vortrag mit Dr. Alexander Gauland. <https://erasmus-stiftung.de/nachhaltigkeit-ein-konservatives-prinzip-vortrag-mit-dr-alexander-gauland/> (8.7.2025).

Facebook (2017): Post von Björn Höcke „Echter Naturschutz geht nur mit der AfD!“. <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/echter-naturschutz-geht-nur-mit-der-afdes-geh%C3%B6rt-zu-den-wirklichen-trag%C3%B6dien-der/1964616223779654/> (8.7.2025).

FARN (o. A.): Glossar „Blut und Boden“. <https://www.nf-farn.de/glossar-blut-boden> (8.7.2025).

Frohn, Hans-Werner (2024): Lina Hähnle: vom Kaiserreich bis zur NS-Diktatur. <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/organisation/geschichte/34595.html> (8.7.2025).

Instagram (2024): AfD-Post „NABU und BUND warnen vor Grüner Politik“. <https://www.instagram.com/afd.bund/p/C6vsm13qiDc/?locale=en> (8.7.2025).

NABU (2024a): Für ein demokratisches Miteinander – Warum sich der NABU im Bündnis Hand in Hand engagiert. <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/was-wir-tun/34479.html> 8.7.2025).

NABU (2024b): Populismus – eine Gefahr für den NABU?. <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/organisation/struktur-und-gremien/34635.html> (8.7.2025).

NABU (2024c): Positionspapier zum Umgang mit der AfD. <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/organisation/struktur-und-gremien/34928.html> (8.7.2025).

NABU (2022): NABU-Bundessatzung. <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/satzung.html> (8.7.2024).

NABU-Wissen (2025): eLearning – Populismus im gesellschaftlichen Wandel. <https://nabu-wissen.de/courses/9928> (8.7.2025).

Schroeder, Wolfgang; Frohn, Hans-Werner (2022): Rechte Aktivitäten im Naturschutz – Eine Information des NABU. <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/220718-nabu-broschuere-rechte-aktivitaeten-im-naturschutz.pdf> (8.7.2025).

Freiwilligendienste zwischen Ermutigung und den Grenzen des Zumutbaren

Wer alle mit einschließt, schließt die Falschen aus – Wieso Freiwilligendienste nicht für alle junge Menschen vorbehaltlos offen sein können

Jens Maedler

Leiter des Geschäftsbereichs Freiwilliges Engagement bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. und Bundestutor für die Freiwilligendienste Kultur und Bildung | maedler@bkj.de

Schlagwörter: FSJ Kultur; Diversitätsorientierung; Bildungsarbeit; Empowerment; Antidiskriminierung; Ungleichwertigkeitsideologien

Keywords: *FSJ Culture; diversity orientation; educational work; empowerment; anti-discrimination; ideologies of inequality*

Viele Akteure in der Zivilgesellschaft nehmen eine bedrohliche Veränderung des gesellschaftlichen Diskurses wahr (BMBF 2024): Homophobie, Queerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und andere menschengruppenfeindliche Einstellungen sind salonfähiger geworden. Diese Entwicklungen zeigen sich auch in den Kontexten der Freiwilligendienste Kultur und Bildung.

Bildungs- und Kultureinrichtungen, die sich für Meinungsfreiheit und Vielfalt engagieren, werden bedroht und attackiert, Fördergrundlagen werden in Frage gestellt oder entzogen (Mosig 2024). Junge Menschen erleben Anfeindungen wegen ihres Aussehens, ihrer Hautfarbe, ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer sexuellen Orientierung (Ohlendorf 2025). Die letzten Wahlergebnisse verdeutlichen, dass Parteien mit extrem rechten Positionen zunehmend Zustimmung bei jungen Menschen erfahren (DKJS 2025: 3). Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf die Freiwilligendienste Kultur und Bildung? Dieser Debattenbeitrag nähert sich einer Antwort auf diese Frage aus Sicht einer männlichen weißen Cis-Person in einer Leitungsfunktion.

Die Freiwilligendienste Kultur und Bildung: Haltung und Selbstverständnis

Die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (Bkj) ist eine zivilgesellschaftlich organisierte verbandliche Zentralstelle. In ihrem Selbstverständnis ist verankert, dass die Freiwilligendienste Kultur und Bildung im Einklang mit demokratischen Werten sowie den Grund- und Menschenrechten stehen (Bkj 2024). Kulturelle Bildung ist hierbei ein Weg zur Entwicklung von weltoffenen und gesellschaftlich verantwortlichen Menschen, die in der Lage sind, die Welt zu

interpretieren, sich in ihr zu positionieren, eigene Haltungen künstlerisch auszudrücken und in konkretes Handeln zu übersetzen (BKJ 2024).

Im Jahrgang 2023/24 haben sich 2.210 Menschen in den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung engagiert. Knapp 70 %, also das Gros der jungen Freiwilligen, war im Bereich Kultur tätig, etwas über 20 % im Bereich Schule, knapp 3 % im Bereich Politik. Hierbei ist anzumerken, dass viele Träger Einsatzplätze im politischen Leben unter dem Label FSJ Kultur subsumieren. Unabhängig von den Freiwilligendienstformaten registrieren die Träger unter den Freiwilligen ein gleichbleibend hohes politisches Interesse und Engagement.

Korrelation von Diversität und Diskriminierungserfahrungen

Die Teilnehmenden der Freiwilligendienste Kultur und Bildung weisen in einigen Aspekten Merkmale von Diversität auf und geben an, auch selbst von Diskriminierung betroffen zu sein. Eine Umfrage unter den Freiwilligen im Jahrgang 2023/24 zeigt, dass etwas über acht Prozent sich als non-binär einordnen, das heißt sie identifizieren sich weder mit der weiblichen noch der männlichen Geschlechtskategorie. Dieser Wert ist im Vergleich der verbandlichen Zentralstellen signifikant hoch. Unter allen Freiwilligen im FSJ wählten 2023/24, laut einer internen Statistik der verbandlichen Zentralstellen, drei Prozent eine non-binäre Verortung. Diese Zahl ist insoweit von Interesse, weil sich auf der Ebene der Freiwilligen bestätigt, dass sich die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Kunst, also auch die Freiheit, explizit nicht an vorherrschende gesellschaftliche Konventionen gebunden zu sein, verbindet mit dem diesem Bereich zugeschriebenen Selbstverständnis einer höheren Akzeptanz gegenüber von der (heteronormativen) Norm abweichenden Formen der sexuellen und/oder geschlechtlichen Orientierung.

Es ist zudem anzunehmen, dass die Gruppe der unter dem Sammelbegriff *queer* zusammengefassten Freiwilligen, welche die LGBTQ-Community (lesbian, gay, bisexual, transgender, queer) versammelt, deutlich größer ist als die Gruppe derjenigen Freiwilligen, die sich keiner binären Geschlechtskategorie zuordnen. Es ist also von einem relevanten Anteil queerer junger Menschen in den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung auszugehen. Queere Menschen erfahren in Deutschland in einem hohen Umfang Diskriminierung (LSVD 2024). Zu diesem Ergebnis kommt auch die Jahrgangsabschlussbefragung 2021/2022 der BKJ, in der nach diskriminierenden Erfahrungen gefragt wurde. Über ein Viertel (26,7 %) der antwortenden Freiwilligen (n=1.137) gab darin an, sich in Deutschland benachteiligt zu fühlen, allein 17,2 % aller Befragten wegen ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung, 3,4 %, weil sie als „nicht weiß“ angesehen werden, 3 % aufgrund einer Beeinträchtigung oder Behinderung (9,2 % aus anderen Gründen) (BKJ 2023).

Die Freiwilligendienste Kultur und Bildung sind sich bewusst, dass Freiwillige, die sie mit ihrem Angebot erreichen, Menschengruppen zuzurechnen sind, die Erfahrungen von Diskriminierung gemacht haben oder sie aufgrund ihrer Disposition aller Voraussicht nach machen werden. Junge Menschen aus diesen Personengruppen gilt es in besonderer Weise zu unterstützen, zu ermutigen und in ihrer Persönlichkeit zu bestärken.

Diskriminierungssensibilität, Subjektorientierung und gesellschaftliche Positionierung

Für alle Freiwilligen findet der Freiwilligendienst in einer biographischen Phase statt, die ein hohes Maß an Persönlichkeitsentwicklung zulässt. Diese Phase ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, sich nachschulisch (neu) zu orientieren, sich in der Gesellschaft zu positionieren sowie Erfahrungen von Selbstwirksamkeit zu sammeln. Junge Menschen mit Diskriminierungserfahrungen stehen zusätzlich vor der aufgekrotenen Aufgabe einen Weg des Umgangs mit diesen Erfahrungen zu finden.

Die BKJ und die Träger der Freiwilligendienste Kultur und Bildung haben sich dafür entschieden, für Freiwillige, die einer Gruppe angehören, die im hohen Maße von Diskriminierung betroffen ist, Unterstützungsangebote in Form von Beratungen, Vernetzungs- und Empowermenttreffen vorzuhalten. Angebote bestehen derzeit als Online- und Präsenzformate für Freiwillige, die sich selbst als queer, BPoC (Black and People of Colour) oder neurodivergent verorten.

Für marginalisierte Gruppen exklusive Angebote vorzuhalten und die Begleitung der Freiwilligengruppen zugleich möglichst inklusiv auszustalten, ist für die Bildungserfahrung in den Freiwilligendiensten ein wichtiges Handlungsfeld. Dies beginnt bereits mit der Planung und Anreise, da Bahnhöfe und öffentliche Verkehrsmittel nicht für alle Menschen zugängliche und sichere Orte darstellen. Zudem umfasst es inhaltliche, didaktische und methodische Aspekte wie die Berücksichtigung des Seminarumfelds, die Freizeitgestaltung und die Priorisierung des physischen und psychischen Wohlbefindens der Freiwilligen. Hierfür gibt es aus der Praxis entwickelte Empfehlungen, die vielfach in die Gestaltung der Bildungsangebote einfließen. Unterstützend wirken, jenseits der pädagogischen Teams, Freiwillige selbst in geschulten Awareness-Teams bei verschiedenen Trägern mit.

Auf diese Weise stellt sich kulturelle Bildung der Herausforderung, die „subjektiven Bedürfnisse zu respektieren (und zu entwickeln), ohne im rein Privaten zu verharren“ (Fuchs 1990: 30). Kulturelle Bildung zeigt hier viele Berührungspunkte und Überschneidungen mit politischer Bildung. Diversitätsorientierte Kulturelle Bildung verpflichtet sich, Räume für Multiperspektivität und eine Vielfalt an Möglichkeiten anzuregen und sichtbar zu machen (Auma 2017: 61–75).

Aus dem Ansatz, eine Verbindung zu schaffen zwischen Subjektorientierung und einem gesellschaftspolitischen Grundverständnis, das freiwilliges Engagement, Partizipation, Diversität und Inklusion in den Mittelpunkt stellt, ergeben sich unsere Wirkungsziele. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ein explizites Ziel: Die Freiwilligendienste Kultur und Bildung sollen zu einer diversitätsbewussten, diskriminierungskritischen und inklusiven Gesellschaft beitragen und so Zivilgesellschaft und Demokratie stärken (BKJ 2024). Bezugsrahmen für das Gelingen dieses Prozesses ist also eine Demokratie, die als Gesellschaftsform ein gleichberechtigtes Zusammenleben unterschiedlicher Menschen fördert und möglich macht.

Die Ideologie der Ungleichwertigkeit ist der Extremfall – die Auseinandersetzung mit Werten und Haltungen ein Normalfall

Ein Kern rechtsextremen Denkens ist demgegenüber die Vorstellung, Menschen seien grundsätzlich nicht gleich und vor allem auch nicht gleichwertig (Botsch/Kopke 2015). Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit geht einher mit dem Grundelement der Gewaltakzeptanz gegen bestimmte Gruppen, die als ungleichwertig angesehen werden. Extrem rechte Gewalt trifft regelmäßig queere, nicht weiße Jugendliche oder Jugendliche aus nicht rechten Jugendkulturen sowie Jugendliche mit Behinderung (Botsch/Kopke 2015). Menschen mit diesen Identitätsmerkmalen finden sich in allen Freiwilligendienstformaten, die erstbenannte Gruppe nachweislich vermehrt in den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung.

Aufgrund des Selbstverständnisses wissen wir um die Wichtigkeit der Freiwilligendienste in ihrer schutzwürdlichen Funktion für junge Menschen, die von Diskriminierung bedroht oder betroffen sind. Zugleich führen die Freiwilligendienste kein Inseldasein und die gesellschaftliche Wirklichkeit verlangt es – vielleicht mehr denn je – sich miteinander auseinanderzusetzen.

Für die Bildungsarbeit in den Freiwilligendienste Kultur und Bildung ist es von Bedeutung, unterschiedliche Erfahrungen von Benachteiligung und Privilegierung anzuerkennen und diese Aspekte ganzheitlich in die Ausgestaltung der Bildungsangebote einzubeziehen. Eine diskriminierungskritische kulturelle Bildung setzt sich dafür ein, den Zusammenhang von Kultur und Bildung mächtensibel zu befragen und zu erfassen. Dieses Bestreben trifft vielfach auf Anerkennung, mitunter provoziert es auch Ablehnung und Verweigerung – insbesondere aus einer Position unbewusster Privilegierung heraus. Der Versuch, ein gemeinsames Verständnis herzustellen, das für alle Freiwilligen in einer Seminargruppe tragfähig für ein einträgliches miteinander ist, ist dabei Teil der pädagogischen Begleitung.

Zum Umgang mit extrem rechten Raumnahmen

Diese Haltung adressiert jedoch nicht junge Menschen mit einem geschlossenen, explizit rechtsextremen Weltbild. Für eine Einschätzung der Verortung von Menschen in rechter Szene und Ideologie ist die Differenzierung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin in Sympathisant:innen/Mitläufer:innen und Kader:innen/Aktivist:innen hilfreich (mbr 2016). Unter Sympathisant:innen/Mitläufer:innen werden dabei diejenigen verstanden, die zwar rechte Vorurteile und Stereotypen wiedergeben, jedoch interessiert sind an anderen Haltungen und Weltbildern und Diskussionen und Gegenargumenten offen gegenüberstehen. Diese Gruppe ist im Gegensatz zu Kader:innen/Aktivist:innen, also denjenigen, die ein geschlossenes, extrem rechtes Weltbild haben, selbst Gewalt ausüben oder der Gewaltausübung als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Vorstellungen bereitwillig zustimmen, noch erreichbar. Für junge Menschen, die den Kategorien der Kader:innen und Aktivist:innen zuzurechnen sind, stellen die Freiwilligendienste Kultur und Bildung aufgrund der zu stark voneinander abweichenden Einstellungen kein ihnen offenstehendes Angebot dar.

Eine Analogie lässt sich herstellen zu potenziellen Einsatzstellen aus dem Spektrum der extremen Rechten. Im Spektrum des politischen Lebens wären dies z. B. Parteien, die über einen Fraktionsstatus auf Bundes- oder Länderebene verfügen. Bereits bevor die AfD vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem wahrgenommen wurde, wurden Anfragen von Abgeordneten oder Fraktionen im FSJ Politik auf Anerkennung als Einsatzstelle mit Verweis auf das Rahmenkonzept der Freiwilligendienste Kultur und Bildung und der Gegenüberstellung mit programmatischen Positionen abgelehnt: „Um mit ihrem Angebot sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung nachzukommen, werden die Freiwilligendienste Kultur und Bildung von gemeinwohlorientierten Organisationen (Einsatzstellen) umgesetzt, die die Gleichberechtigung diverser Lebensentwürfe anerkennen und in ihrer Arbeit den Allgemeinen Menschenrechten folgen“ (BKJ 2024: 5).

Meinungen aushalten und Grenzen des Sagbaren aufzeigen

Angesichts der Tatsache, dass über 20 Prozent der Wähler:innen zwischen 18–24 Jahren die AfD gewählt haben, ist davon auszugehen, dass sich auch in den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung junge Menschen finden, die eine hohe Zustimmung zu Positionen zeigen, wie sie im Spektrum der extremen Rechten vertreten werden. Diese Gruppe begreift eine autoritäre Orientierung selbst meist nicht als politisch und hält eigene alltagsdiskriminierende und demokratiefeindliche Anschauungen für gewöhnliche, normale Einstellungen (Schnetzer/Hurrelmann 2024).

Mit diesen bestehenden Einstellungen müssen sich die Freiwilligendienste auseinandersetzen, sie sind gesellschaftliche Realität. Dass sich in den Bildungssettings

der Freiwilligendienste junge Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensweisen, -vorstellungen und politischen Haltungen auf freiwilliger Basis begegnen, fungiert dabei als eine Chance.

Damit Begegnungen sehr unterschiedlich positionierter Menschen darin münden, sich konstruktiv und gleichberechtigt miteinander auseinanderzusetzen, braucht es einen Rahmen, welcher hier aus den vermittelten Gründen klar durch eine Positionierung für die Menschenrechte und gegen Diskriminierung gesteckt ist. Innerhalb dieses Rahmens, der durch die Pädagog:innen/Seminarleitungen abzustecken ist, erhalten die Freiwilligen die Möglichkeit, sowohl individuell als auch als Gruppe Aushandlungsprozesse zu gestalten und gemeinsame Verständigungen zu entwickeln.

Auch hier bleiben genügend Herausforderungen in den intensiven kommunikativen Prozessen bestehen, etwa wenn es trotz des gesetzten Rahmens zur Verbreitung rechter Narrative durch Freiwilligendienstleistende kommt. Die Freiwilligendienste Kultur und Bildung verfügen für jenen Fall jenseits der Möglichkeit einer einseitigen Kündigung der Vereinbarung über kein formal geregeltes, abgestuftes Sanktionsinstrumentarium. Zwar besteht theoretisch wie praktisch die Möglichkeit, Freiwillige von der Teilnahme tage- oder wochenweise auszuschließen, doch sind dies Umgangsweisen, die im Kontext der non-formalen Bildung absolute Ausnahmesituations darstellen, und aus pädagogischer Sicht ein (vorläufiges) Scheitern, wenn nicht gar das Ende eines Verständigungsprozesses bedeuten.

Wie kann es angesichts dieser Herausforderungen gelingen, ein Verständnis für einander zu entwickeln, ohne dass dies zuvorderst auf Kosten von Freiwilligen stattfindet, deren Diskriminierungserfahrungen angezweifelt oder stetig reproduziert werden? Ein Gruppenprozess, der hierauf Antworten zu finden vermag und das Individuum nicht im Stich lässt, ist für alle Beteiligten von hohem Wert und hat das Potential, Wirksamkeit darüber hinaus zu entfalten.

Für die einen bedeutet ein solcher Prozess, extrem rechte Sichtweisen, die abwertende Vorurteile und Stereotype befördern, abzulegen und weitere auf Intoleranz beruhende Weltbilder zu revidieren sowie die eigenen Haltungen und Handlungsoptionen mithin zu erweitern. Andere können ebenfalls erkennen, dass es sich lohnt, eigenes Schubladendenken abzulegen und sich in einem geschützten Rahmen mit weit verbreiteten Stereotypen auseinanderzusetzen.

Sich insbesondere für die Bedarfe und Rechte stark vulnerabler Gruppen einzusetzen, geht einher mit dem Ausschluss derjenigen, die fester Bestandteil von Gruppen sind, deren DNA darin besteht, die eigene Überlegenheit durch die Ideologie der Ungleichwertigkeit anderer Menschen herzustellen. Doch für alle, die die Gleichwertigkeit von Menschen nicht grundsätzlich in Frage stellen, also für die, die erreichbar sind, braucht es gerade in diesen Zeiten die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich einander zuzumuten.

Literaturverzeichnis

Auma, Maisha-Maureen (2017): Kulturelle Bildung in pluralen Gesellschaften. In: Schütze, Anja; Maedler, Jens (Hrsg.): Weiße Flecken. Diskurse und Gedanken über Diskriminierung, Diversität und Inklusion in der Kulturellen Bildung. Schriftenreihe Kulturelle Bildung, Bd. 63. München, S. 61–75.

Botsch, Gideon; Kopke, Christoph (2015): Wer sind die Opfer – und wie werden sie dazu gemacht? Bundeszentrale politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/213886/wer-sind-die-opfer-und-wie-werden-sie-dazu-gemacht/> (25.7.2025).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2024): Gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen. <https://www.geistes-und-sozialwissenschaften-bmbf.de/de/News-Bedrohte-Demokratieprojekte-wappnen-und-resilient-machen-3279.html> (25.7.2025).

Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (2023): Abschlussbefragung Jugendfreiwilligendienste 2021/2022.

Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (2024): Rahmenkonzept für die Freiwilligendienste Kultur und Bildung. https://freiwilligendienste-kultur-bildung.de/fileadmin/FWD/Dokumente/Qualitaet_Rahmenkonzept_Leitbild/PU_20240601_Rahmenkonzept_Freiwilligen...tur_Bildung_BKJ.pdf (25.7.2025).

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (2025): Politische Einstellungen und Wahlverhalten junger Menschen. <https://www.dkjs.de/wp-content/uploads/2025/02/analyse-politische-einstellungen-und-wahlverhalten-junger-menschen.pdf> (25.7.2025).

Fuchs, Max (1990): Kultурpädagogik und gesellschaftlicher Anspruch – Theorie und Praxis. Remscheid, S. 13–37.

Lesben und Schwulenverband Deutschland (2024): Diskriminierung und Gewalterfahrung von LSBTIQ in Deutschland. <https://www.lsvd.de/de/ct/3111-Diskriminierung-und-Gewalterfahrungen-von LSBTIQ-in-Deutschland-Ergebnisse-des-dritten-grossen-LGBTI-Survey#H1.1>. (25.7.2025).

mbr – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2016): Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und – Intervention bei Jugendlichen. 3. Auflage. Berlin, S. 14–19.

Mosig, Luise (2024): Zivilgesellschaftliche Initiativen auf dünnem Eis. Jungle World, 24.7.2024. <https://jungle.world/artikel/2024/27/afd-ostdeutschland-zivilgesellschaftliche-initiativen-auf-duennem-eis> (25.7.2025).

Ohendorf, Lena (2025): Wir lassen uns nicht vertreiben. CSDS bleiben standhaft gegen rechte Angriffe. Amadeu-Antonio-Stiftung, 3.7.2025. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wir-lassen-uns-nicht-vertreiben-csds-bleiben-standhaft-gegen-rechte-angriffe-142205/> (25.7.2025).

Schnetzer, S.; Hurrelmann, K. (2024): AfD: Warum viele Jungwähler die Partei in Sachsen und Thüringen unterstützen. In: Der Spiegel, 3.9.2024. <https://www.spiegel.de/politik/rechtsextremismus-warum-viele-jungwaehler-die-afd-in-sachsen-und-thueringen-unterstuetzen-a-74e30288-7055-4b9f-835d-7e294d8766ba> (25.7.2025).

Der zivilgesellschaftliche Raum in Deutschland 2024

Ein Statusbericht

Dr. Sascha Nicke

Programm Manager für das Tocqueville Forum | Maecenata Stiftung | sn@maecenata.eu

Schlagwörter: Civic Space Report, schwindende Handlungsspielräume, Gemeinnützige Recht, zivilgesellschaftliche Resilienz

Keywords: *Civic Space Report, non-profit law, civic resilience*

Einleitung

Seit 2023 veröffentlicht das European Civic Forum (ECF) jährlich einen Civic Space Report, in dem eine aktuelle Bestandsaufnahme über den Zustand der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene sowie in den einzelnen europäischen Ländern enthalten ist. Die Maecenata Stiftung verfasst seit Beginn das Kapitel über Deutschland. Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse des Civic Space Report 2025 für Deutschland (Nicke 2025) zusammenfassend dargestellt.

Die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen

Auf den ersten Blick scheint die Demokratie in Deutschland in einem guten bis sehr guten Zustand zu sein, schneidet Deutschland doch in verschiedenen Demokratie-Rankings gut bis sehr gut ab.¹ Eine tiefergehende Auseinandersetzung offenbart jedoch ein nuanciertes Bild mit deutlichen Anzeichen für eine Verschlechterung im zivilgesellschaftlichen Raum. Denn einerseits kommen andere Institutionen wie etwa der CIVICUS Monitor, ein globaler Index zur Überwachung des Zustands des zivilgesellschaftlichen Raumes, zu abweichenden Ergebnissen. In diesem wurde die Bewertung für Deutschland für das Jahr 2023 auf „eingeschränkt“ herabgestuft und diese Beurteilung für 2024 aufrechterhalten (Civicus Monitor 2024a). Auch der Rechtsstaatlichkeitsbericht der Europäischen Kommission für 2024 führt eine Verschlechterung im Zustand der Demokratie in Deutschland an und verweist dabei auf Einschränkungen des Rechts auf Protest und anderer bürgerlicher Freiheiten (European Commission 2024: 1, 29–30).

¹ Mit Ausnahme der Kategorien Religionsfreiheit und Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit schneidet Deutschland in allen Kategorien des Global State of Democracy (GSoD) Index mit sehr gut ab (Global State of Democracy Initiative 2024). Zudem rangiert Deutschland in allen Indizes des V-Dem-Instituts der Universität Göteborg unter den ersten 15 Plätzen und hat sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert (V-Dem Institute 2024: 17, 58 u. 62.).

Andererseits hat es die vorherige Bundesregierung entgegen ihrer Ankündigung im Koalitionsvertrag von 2021 versäumt (Strachwitz 2024: 34–38), in ihrer Regierungszeit Gesetze zu erlassen, die die Bedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) verbessern. Das im Juli 2024 vom ehemaligen Bundeskabinett verabschiedete Steueränderungsgesetz befasst sich beispielsweise zwar mit Regeln für die Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen. Die Neuformulierungen sind jedoch sehr vage ausgefallen, so dass sie keine klare gesetzliche Regelung zu den als gemeinnützig anerkannten Zwecken sowie keine klaren Regeln für deren einheitliche Auslegung durch die Finanzbehörden zur Folge haben. Eine Unklarheit besteht dementsprechend fort (Strachwitz 2024: 21–22).

Des Weiteren haben sich die Rahmenbedingungen für ZGO aufgrund der Zunahme von Populismus, Feindseligkeit gegenüber Personen mit Migrationsgeschichte, Hasskriminalität oder islamfeindlicher und antisemitischer Straftaten in 2024 (BМИH 2024: 11–16) weiter verschlechtert. Diese haben die soziale Unsicherheit befördert, das demokratische Zusammenleben und seine Grundwerte unter Druck gesetzt (Strachwitz/Hummel 2024: 13) sowie das Vertrauen in Nichtregierungsorganisationen (NGO) beeinflusst.² Anstatt entschlossen gegen den Aufstieg der rechtsextremen Partei Alternative für Deutschland (AfD) vorzugehen, griffen einige etablierte politische Parteien rechtsextreme, rassistische und migrationsfeindliche Narrative auf (HRW 2025) und begannen, die durch das Grundgesetz garantierten Menschenrechte in Frage zu stellen (DIM 2024: 4–6.).

Diese Entwicklungen haben erhebliche Auswirkungen auf ZGO und den zivilgesellschaftlichen Raum im Allgemeinen. Trotz ihrer Bemühungen und Erfolge sehen sich zivilgesellschaftliche Organisationen mit einem Rückgang an Unterstützung von den Bürger*innen und vor allem von einigen der etablierten politischen Parteien konfrontiert. Insbesondere Politiker*innen der CSU untergraben aktiv das Vertrauen der Öffentlichkeit in ZGO, indem sie diese etwa in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 2025 homogenisierend als „linke“ oder „linksgerichtete Organisationen“ bezeichnen (Diefenbach-Trommer 2025: 1) oder als „Empörungsindustrie“ diffamieren (Strachwitz 2025a: 2). Durch die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Februar 2025 hat die öffentliche Infragestellung zivilgesellschaftlicher Organisationen zudem eine neue Dimension erreicht. Denn darin wurde nicht nur das rechtsextreme Narrativ von *NGO* als eine aus Steuermitteln finanzierte *Schattenstruktur* von einer demokratischen Fraktion des Bundestages reproduziert (DB 2025), sondern damit ist eine von rechtsextremen Akteuren seit Jahren propagierte Diffamierungs- und Delegitimierungskampagne von Vertreter*innen aus dem demokratisch-konservativen Lager übernommen und somit in den

² Während der Edelman Trust Index für das Gesamtvertrauen in 2024 den als Misstrauen kategorisierten Wert von 45 anführt – einen Punkt weniger als im Jahr zuvor –, fällt das Vertrauen gegenüber NGO in Deutschland mit einem Wert von 40 für 2024 noch geringer aus (Edelman Trust Barometer 2024: 6, 12).

demokratischen Diskurs überführt und legitimiert worden. Dies wird weitere Konsequenzen für ZGO und den zivilgesellschaftlichen Raum in Deutschland haben, die gegenwärtig noch nicht abzuschätzen sind.

Bürgerliche Rechte und Freiheiten

Aufgrund von Einschränkungen bei der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit von Einzelpersonen, Fällen von Polizeigewalt gegen Klima- und Pro-Palästina-Demonstrierenden sowie der Unterdrückung dieser Protestbewegungen durch staatliche Behörden verdeutlicht sich, dass sich die Rahmenbedingungen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten in Deutschland 2024 weiter verschlechtert haben (HRW 2025).

Bei der *Vereinigungsfreiheit* kam es in Deutschland 2024 zu einer Verschärfung der Repressionen gegen Klima- und Palästina-Solidaritätsaktivist*innen. So wurden beispielsweise Mitglieder der Aktivistengruppe Letzte Generation mit über 5.000 Strafverfahren konfrontiert und zu Geldstrafen von über einer Million Euro verurteilt (Schipkowski 2024); im Mai 2024 erhob in Brandenburg die Staatsanwaltschaft Neuruppin nach einer Aktion an mehreren Raffinerieanlagen Anklage gegen fünf Mitglieder der Gruppe mit dem Vorwurf, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben (LTO 2024). Durch diese Anklage wurde die Polizei ermächtigt, Razzien durchzuführen, das Pressetelefon der Gruppe abzuhören und ihre Spendenkonten zu beschlagnahmen (Troschke 2024: 46–48). Mehrere Organisationen wie Transparency International oder Green Legal Impact Germany haben diese Anklage als eine weitere Eskalation und Kriminalisierung von Klimagerechtigkeitsverbänden und -aktivist*innen verurteilt (AI 2024). Zudem haben 2024 aktiv Engagierte, die sich für Palästina einsetzen, erhebliche Repressionen durch deutsche Behörden erlebt. Beispielsweise forderte die teil-staatliche Berliner Sparkasse die Konten der Organisation „Jewish Voice for a Just Peace in the Middle East“ ein, verboten die Behörden des Landes Nordrhein-Westfalen die Organisation „Palästina Solidarität Duisburg“ oder führte die Berliner Polizei koordinierte Razzien in mehreren Bezirken gegen fünf Aktivist*innen durch, die verdächtigt wurden, „pro-palästinensische Verbrechen“ begangen zu haben (Civicus Monitor 2024b: 1). Dies ist nur eine kleine Auswahl an Beispielen.

Im Bereich der *Versammlungsfreiheit* zeichnet sich für 2024 ab, dass die deutschen Behörden wiederholt hart gegen Solidaritätsproteste für Palästina vorgingen und bei friedlichen Demonstrationen übermäßige Gewalt gegenüber Demonstrierenden, darunter auch Minderjährige, anwendeten (ECF 2024: 5–8). Dazu äußerte der UN-Sonderberichterstatter für Umweltverteidiger*innen im Rahmen der Aarhus-Konvention Michel Forst im Februar 2024 seine Besorgnis über die zunehmende Anwendung von Präventivhaft gegen Klimaaktivist*innen in Bayern und warnte davor, dass solche Gesetzesänderungen und -anwendungen den zivilgesellschaftlichen Raum

einschränken sowie zu einer Gefährdung der Vitalität von demokratischen Gesellschaften führen (Forst 2024: 9–10).

Im Bereich der *Meinungsfreiheit* und beim *Recht auf Privatsphäre* setzten sich 2024 einige problematische Entwicklungen in Deutschland fort. Die im November im Bundestag verabschiedete Resolution zu Antisemitismus (DB 2024) löste bei ZGO Befürchtungen aus, dass damit eine weitere Stigmatisierung von Menschen muslimischen Glaubens und Einwanderergemeinschaften sowie eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Protest einhergehen könnten, während der einheimische Antisemitismus heruntergespielt würde (Ward 2024). Dazu wurden im Verlauf des Jahres mehrere Fälle von Zensur gegenüber Aktivist*innen dokumentiert, die sich für Palästina einsetzten. Dazu gehörten etwa die Absage von Guestredner*innen für Vorträge und Veranstaltungen, die Absage von Kunstausstellungen oder das Verbot palästinensischer Symbole wie der Wassermelone und der palästinensischen Flagge (ECF 2024: 10–11). Darüber hinaus offenbarte die Kontroverse um die ehemalige deutsche Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) den politischen Druck gegenüber Aktivist*innen der Palästina-Solidaritätsbewegung. Berichten zufolge hatte die Ministerin eine rechtliche Prüfung in Auftrag gegeben, um herauszufinden, ob das Ministerium die Fördermittel für Wissenschaftler*innen kürzen könne, die nach der Räumung eines Zeltlagers von Palästina-Aktivist*innen an der Freien Universität Berlin einen offenen Brief unterzeichnet hatten, in dem sie sich für die Meinungsfreiheit und das Recht der Studierenden auf freie Protestäußerung einsetzten. Trotz der Zurückweisung der Vorwürfe durch die Bildungsministerin führte die Kontroverse zum Rücktritt einer ihrer Staatssekretärinnen (Matthews 2024).

Sichere Räume

Im Jahr 2024 kam es in Deutschland zu einer deutlichen Zunahme von Angriffen auf marginalisierte Gruppen, darunter LGBTQI+-Personen, sowie von rassistischer, rechtsextremer und antisemitischer Gewalt. Die im Mai veröffentlichten offiziellen Statistiken zeigten ein Rekordhoch bei den registrierten politisch motivierten Verbrechen, darunter war ein erheblicher Anstieg von Angriffen auf Unterkünfte für Migrant*innen und Asylsuchende. Erschreckend ist zudem der deutliche Anstieg sowohl antisemitischer Verbrechen – um 95 % im Vergleich zu im Vorjahr – als auch islamfeindlicher Verbrechen – um 140 % im Vergleich zu im Vorjahr (BMIH 2024: 11). Auch die Angriffe auf LGBTQI+-Personen durch Rechtsextreme haben 2024 in ganz Deutschland spürbar zugenommen. Besonders CSD-/Pride-Feiern und -Veranstaltungen bildeten dabei Ziele der Rechtsextremen, was nicht nur zu erheblichen Sicherheitsrisiken und Gefährdungen für die Teilnehmenden, sondern auch zu Absagen von Teilen geplanter Veranstaltungen führte (Reichert 2024).

Des Weiteren setzten Mitglieder der rechtsextremen AfD ihre Einschüchterungstaktiken gegen ZGO fort. Gemeinnützige Organisationen, die sich etwa im Kampf gegen Rechtsextremismus engagierten, werden wegen angeblicher politischer Aktivitäten systematisch bei den Steuerbehörden gemeldet, damit diesen ihr Gemeinnützigenstatus aberkannt wird. Dies hätte viele Auswirkungen, etwa dass ZGO nicht mehr für öffentliche oder philanthropische Fördermittel in Frage kämen, Steuerbegünstigungen der vergangenen Jahre zurückzahlen müssten (Troschke 2024: 34–38; Fried 2024) oder Befreiungen und Ermäßigungen von Kosten-, Gebühren- und Beitragspflichten verlören (Cremer 2022: 320–403).

Positiv zu erwähnen ist das im April 2024 im Bundestag verabschiedete und im November in Kraft getretene, neue Selbstbestimmungsgesetz. Dieses Gesetz ermöglicht es Transgender- und nicht-binären Personen, ihre rechtlichen Dokumente durch ein auf Selbstbestimmung basierendes Verwaltungsverfahren an ihr Geschlecht anzupassen. Die bisherige Anforderung von ‚Gutachten‘ wurde abgeschafft (HRW 2025). Entwürfe der neuen Bundesregierung deuten jedoch darauf hin, dass einige Fortschritte des Selbstbestimmungsgesetzes wieder rückgängig gemacht werden könnten (Siggelkow 2025).

Finanzielle Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit der Zivilgesellschaft

Der Bundeshaushaltsplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sah für das Jahr 2024 Mittel in Höhe von rund 348,1 Millionen Euro vor, von denen der Großteil für Freiwilligendienste (ca. 329,9 Millionen Euro) bereitgestellt wurde. Für die Schaffung und Entwicklung günstiger Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement wurden dagegen vergleichsweise bescheidene Mittel in Höhe von rund 18,2 Millionen Euro bereitgestellt (BMFSFJ 2024a: 32). Dies entspricht einem Rückgang von 800.000 Euro gegenüber dem vorangegangenen Haushaltsjahr (BMFSFJ 2023: 32). In einer letzten Anstrengung vor der Bundestagswahl 2025 hat das Ministerium im Januar 2025 das Programm zur Demokratieförderung „Demokratie leben!“ um eine dritte Förderperiode mit einem Budget von 182 Millionen Euro verlängert. Die Förderperiode läuft bis 2032 und gewährleistet zumindest den geförderten Projekten eine gewisse finanzielle Sicherheit. Fördermittel erhalten jedoch nicht nur ZGO, sondern in größerem Umfang auch Kommunen und andere Träger.

Der von der vergangenen Bundesregierung angestrebte Gesetzentwurf zur Förderung der Demokratie, der auf die finanzielle Unterstützung von ZGO abzielte, die sich für die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, wurde von der Regierungskoalition vor ihrer Auflösung nicht mehr verabschiedet (Staber 2025). In der Zivilgesellschaft selbst nimmt aber auch die Debatte darüber zu, ob die finanzielle Abhängigkeit von ZGO von staatlichen Mitteln in

Deutschland nicht zu groß sei und ZGO sich um staatsunabhängige Finanzierungsmöglichkeiten bemühen sollten (Strachwitz 2025b: 3–6).

Im Jahr 2024 war zudem ein leichter Anstieg der privaten Spenden zu verzeichnen. Der Deutsche Spendenmonitor berichtete, dass sich die privaten Spenden im Jahr 2024 auf insgesamt 6 Milliarden Euro beliefen, was einer Zunahme gegenüber den 5,8 Milliarden Euro im Jahr 2023 entspricht (Probst 2024). Diese positive Entwicklung ist für ZGO von Vorteil. Dennoch sehen sich viele weiterhin mit rechtlichen Unklarheiten hinsichtlich der Vereinbarkeit von Gemeinnützigkeit und politischem Engagement konfrontiert, weil das bereits erwähnte, vom Bundeskabinett im Juli 2024 verabschiedete Steuerreformgesetz die vorhandenen Unklarheiten nicht beseitigt hat (Strachwitz 2024: 21–22). Dies hat die Europäische Kommission wie bereits im Jahr zuvor in ihrem Rechenschaftsbericht 2025 beanstandet (European Commission 2025: 30). Deswegen besteht weiterhin die Gefahr für ZGO, dass sie durch eine Anzeige von AfD-Parteimitgliedern bei den Finanzbehörden ihren Gemeinnützigkeitsstatus verlieren (Selinger 2025a).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die allgemeinen Rahmenbedingungen für die finanzielle Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit von ZGO im Jahr 2024 nicht verbessert haben, sondern eine beträchtliche Anzahl von ZGO sich anstelle dessen in einer systemischen prekären Lage befindet (Strachwitz 2024: 32).

Zivilgesellschaftliche Resilienz

Deutschlands robuste und facettenreiche Zivilgesellschaft bildet eine solide Grundlage und eine förderliche Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement. Aktuellere Daten zeigen, dass etwa 28,8 Millionen Menschen ehrenamtlich tätig sind, was 39,7 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren entspricht (BMFSFJ 2024b: 16). Die Zahl der ZGO hat in den letzten Jahren zugenommen, und die Zivilgesellschaft ist in der Lage, ein breites Spektrum an Aufgaben und Bedürfnissen in der Gesellschaft abzudecken (Troschke 2024: III).

Dazu nutzten ZGO 2024 weiterhin das deutsche Rechtssystem, um Rechtsbehelfe gegen Grundrechtsverstöße einzulegen. Beispielsweise reichten Greenpeace und Germanwatch im September zusammen mit über 10.000 Mitlägern und Mitlägerinnen eine Verfassungsklage gegen die Bundesregierung und deren Klimapolitik ein (Ra Gabbert/Miller 2024). Auch die Gesellschaft für Freiheitsrechte hat ihre Rechtsstreitigkeiten gegen Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten fortgesetzt und führt Stand Juli 2025 allein im Bereich der Demokratie und Grundrechte 42 Verfahren (Selinger 2025b). Diese Strategie scheint positive Ergebnisse zu erzielen, wurden doch bereits mehrere Urteile zugunsten der zivilgesellschaftlichen Kläger*innen gefällt (BVerfG v. 1. Oktober 2024; BVerfG v. 17. Juli 2024).

Fazit

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich der zivilgesellschaftliche Raum in Deutschland 2024 weiter verschlechtert hat. Erschwerende gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen aufgrund der Zunahme von Populismus, Hasskriminalität sowie Difamierungen von rechtsextremen und demokratischen Parteien, Einschränkungen von bürgerlichen Rechten und Repressionen bei der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und im Bereich der Meinungsfreiheit insbesondere gegenüber Engagierten der Klima- und Pro-Palästina-Bewegungen, vermehrte Angriffe von Rechtsextremen gegenüber queeren Personen oder Veranstaltungen der LGBTQI+-Bewegung, sich verändernde finanzielle Rahmenbedingungen für ZGO u. a. durch das Wegbrechen von Fördermitteln – all diese Entwicklungen setzen der Zivilgesellschaft zu. Diese erweist sich jedoch auch als robust und widerstandsfähig. Nicht destotrotz gilt es, sie durch bestimmte Maßnahmen zu stärken. Zu empfehlen wäre:

- Das gegenwärtige Steuerrecht, das de facto für die meisten ZGO in Deutschland gilt, muss reformiert werden, um Unklarheiten zu beseitigen und den ZGO eine Beteiligung am öffentlichen Diskurs und an politischen Debatten zu ermöglichen. Der Reformprozess sollte eine umfassende Konsultation mit verschiedenen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft implizieren.
- Die Verfolgung von Klima- und Umweltaktivist*innen sowie der Solidaritätsbewegung für Palästina durch deutsche Behörden muss sofort eingestellt werden. Es gilt, deren Recht auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung zu achten, wie es durch internationale Menschenrechtsstandards garantiert ist.
- Alle demokratischen Parteien in Deutschland müssen das politische Mandat der Zivilgesellschaft und ihrer Interessengruppen im Rahmen des Paradigmas der deliberativen Demokratie formell anerkennen.
- Bestehende Herausforderungen im zivilgesellschaftlichen Raum müssen angegangen und damit ungleiche Zugangsmöglichkeiten sowie bestehende Benachteiligungen in ZGO verringert werden, wie es im Vierten Engagementbericht dargelegt wird (BMFSFJ 2024c).

Literaturverzeichnis

AI – Amnesty International (2024): Deutschland: §129-Anklage gegen Letzte Generation verschärft Kriminalisierung von Protest. https://www.greenlegal.eu/wp/wp-content/uploads/2024/05/PE_Deutschland_Letzte-Generation_240522_fin.pdf (28.7.2025).

BMIH – Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024): Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (28.7.2025).

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024a): Bundeshaushaltplan. <https://www.bundeshaushalt.de/static/daten/2024/soll/epl17.pdf> (29.7.2025).

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024b): Engagementstrategie des Bundes. <https://www.bmbsfj.bund.de/resource/blob/251452/ac00fb8963654019ae158f9ae7d7efa6/engagementstrategie-des-bundes-data.pdf> (29.7.2025).

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024c): Vierter Engagementbericht Zugangschancen zum freiwilligen Engagement. <https://www.bmbsfj.bund.de/resource/blob/253736/dd4ef263cc3ef07961b92a09e5e99ff/vierter-engagementbericht-2024-data.pdf> (30.7.2025).

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2023): Bundeshaushaltplan. <https://www.bundeshaushalt.de/static/daten/2023/soll/epl17.pdf> (29.7.2025).

BVerfG – Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 01.10.2024. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2024/10/rs20241001_1bvr116019.html?nn=68080 (29.7.2025).

BVerfG – Bundesverfassungsgericht: Beschluss vom 17. Juli 2024. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2024/07/rs20240717_1bvr213322.html (29.7.2025).

Cremer, Oliver (2022): Steuerliche Gemeinnützigkeit und allgemeine Rechtsordnung. Baden-Baden.

Civicus Monitor (2024a): Germany. <https://monitor.civicus.org/country/germany/> (29.7.2025).

Civicus Monitor (2024b): Repression of Palestine solidarity continues: raids, detentions and police brutality. <https://monitor.civicus.org/explore/repression-of-palestine-solidarity-continues-raids-detentions-and-police-brutality/> (28.7.2025).

DB – Deutscher Bundestag (2025): Drucksache 20/15035. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf> (29.7.2025).

DB – Deutscher Bundestag (2024): Drucksache 20/13627. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf> (29.7.2025).

DIM – Deutsche Institut für Menschenrechte (2024): Developments of the Human Rights Situation in Germany July 2023 – June 2024. Executive Summary. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Menschenrechtsbericht/Executive_Summary_Annual_Report_Development_Human_Rights_Situation_Germany_2024.pdf (28.7.2025).

Diefenbach-Trommer, Stefan (2025): CSU: Gemeinnützigkeit und Bayern-Agenda 2025. <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/btw2025-wahlprogramm-csu/> (29.7.2025).

ECF – European Civic Forum (2024): Repression against Palestine solidarity in Europe widespread. <https://civic-forum.eu/wp-content/uploads/2024/11/Repression-against-Palestine-in-Europe-widespread.pdf> (28.7.2025).

European Commission (2025): Rule of Law Report. The rule of law situation in the European Union. https://commission.europa.eu/document/download/0f7b852b-6b8a-4e21-8579-69db5386c6a2_en?filename=1_1_63910_communication_rol_en.pdf (31.7.2025).

European Commission (2024): Rule of Law Report Country Chapter on the rule of law situation in Germany. <https://commission.europa.eu/document/>

download/3d1a2f80-5989-4364-a9e6-d925d4a1c900_en?filename=16_1_58059_counFeindlichkeit gegenüber Personen mit _chap_germany_en.pdf (30.7.2025).

Edelman Trust Barometer (2024): Germany Report https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2024-01/2024%20Edelman%20Trust%20Barometer_Germany%20Report_0.pdf (28.7.2025).

Fried, Leon (2024): Gemeinnützigkeit. Vereine fürchten AfD-Anzeigen beim Finanzamt. <https://www.deutschlandfunk.de/gemeinnuetzige-vereine-politisch-afd-anzeige-100.html> (29.7.2025).

Forst, Michel (2024): State repression of environmental protest and civil disobedience: a major threat to human rights and democracy. https://www.greenlegal.eu/wp/wp-content/uploads/2024/02/UNSR-EDs-Aarhus_Position-Paper_Repression-Env-Protest-Civ-Disob_Feb2024-3.pdf (28.7.2025).

Global State of Democracy Initiative (2024): Germany. <https://www.idea.int/democracy-tracker/country/germany> (25.7.2025).

HRW – Human Rights Watch (2025): Germany. <https://www.hrw.org/world-report/2025/country-chapters/germany> (28.7.2025).

LTO – Legal Tribune Online (2024): Letzte Generation. Erste Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/staatsanwaltschaft-neuruppin-letzte-generation-klimaschutz-bildung-einer-kriminelle-vereinigung> (28.7.2025).

Matthews, David (2024): German science official steps down in row about pro-Palestine protest. <https://sciencebusiness.net/news/universities/german-science-official-steps-down-row-about-pro-palestine-protest> (29.7.2025).

Nicke, Sascha (2025): Germany. In: Civic Space Report 2025, S. 125–133. <https://civic-forum.eu/wp-content/uploads/2025/06/Civic-Space-Report-2025-ECF.pdf> (5.9.2025).

Probst, Larissa (2024): Deutscher Spendenmonitor 2024. <https://www.dfrv.de/blog/2024/12/03/pressemitteilung-deutscher-spendenmonitor-2024/> (29.7.2025).

Ra Gabbert, Baro Vicenta; Miller, Simone (2024): Klima-Zukunftsgericht eingereicht. <https://www.greenpeace.de/klimaschutz/klimakrise/gemeinsam-fuer-mehr-klimaschutz-klagen> (29.7.2025).

Reichert, Philipp (2024): Queere Szene im Visier gewaltbereiter Rechtsextremisten. <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/rechtsextremisten-gewaltbereit-queer-szene-csd-100.html> (29.7.2025).

Schipkowski, Katharina (2024): Klimaschützer*innen unter Druck. Repressionen nehmen global zu. <https://taz.de/Klimaschuetzerinnen-unter-Druck/l5988503/> (28.7.2025).

Selinger, Joschka (2025a): Gemeinnützigkeit und politisches Engagement. <https://freiheitsrechte.org/themen/demokratie/gemeinnuetzigkeit> (29.7.2025).

Selinger, Joschka (2025b): Starke Grundrechte für eine lebendige Demokratie. <https://freiheitsrechte.org/themen/demokratie> (29.7.2025).

Siggelkow, Pascal (2025): Pläne des Innenministeriums. Verbände befürchten Register für trans Personen. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/selbstbestimmungsge-setz-bundesinnenministerium-verordnung-100.html> (29.7.2025).

Staber, Miriam (2025): Das Ende des Demokratiefördergesetzes. Auswirkungen auf die Demokratiearbeit in Baden-Württemberg. <https://www.swr.de/swrkultur/>

leben-und-gesellschaft/das-ende-des-demokratiefoerdergesetzes-auswirkungen-auf-die-demokratiearbeit-in-baden-wuerttemberg-100.html (29.7.2025).

Strachwitz, Rupert Graf; Hummel, Siri (2024): Civil Society is Here to Stay! A Report on the Shrinking Civic Space Project (2019-2023). Berlin. <https://nbnresolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-92596-5> (5.9.2025).

Strachwitz, Rupert Graf (2025a): Was erwartet die Zivilgesellschaft nach der Bundestagswahl? Ein 12 Punkte Programm. In: Maecenata Observatorium. Analysen, Positionen und Diskurse zu Zivilgesellschaft, Engagement und Philanthropie. Nr. 78. <https://www.maecenata.eu/wp-content/uploads/2025/01/OBS-78-RS-final-Was-erwartet-die-Zivilgesellschaft-nach-der-Bundestagswahl.pdf> (5.9.2025).

Strachwitz, Rupert Graf (2025b): Mit Steuermitteln gegen den Staat agitieren? In: Maecenata Observatorium. Analysen, Positionen und Diskurse zu Zivilgesellschaft, Engagement und Philanthropie. Nr. 82. https://www.maecenata.eu/wp-content/uploads/2025/06/OB-82_Finanzierung-final.pdf (5.9.2025).

Strachwitz, Rupert Graf (2024): Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft: Anspruch und Wirklichkeit. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96407-2> (5.9.2025).

Troschke, Hagen (2024): Zivilgesellschaft in Deutschland: Daten, Fakten, Entwicklungen. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-93241-7> (5.9.2025).

V-Dem Institute (2024): Democracy Report 2024. Democracy Winning and Losing at the Ballot. https://www.v-dem.net/documents/43/v-dem_dr2024_lowres.pdf (25.7.2025).

Ward, Benjamin (2024): Germany's Muddle on Antisemitism. New Parliamentary Resolution Threatens Human Rights. <https://www.hrw.org/news/2024/11/11/germanys-muddle-antisemitism> (29.7.2025).

VOLUNTARIS FRAGT ...

Aydan Özoguz

Vorsitzende des Ausschusses für Sport und Ehrenamt im Deutschen Bundestag

Im Format *Voluntaris fragt ...* lassen wir Vertreter:innen aus Wissenschaft, Praxis und Politik zu aktuellen Entwicklungen und Themen im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Freiwilligendienste zu Wort kommen. Unsere Interviewpartnerin Aydan Özoguz (SPD) führt als Vorsitzende den Ausschuss Sport und Ehrenamt im Bundestag an, der sich im Mai dieses Jahres konstituiert hat.

Wir sprechen mit Aydan Özoguz über ihre Rolle als Vorsitzende und das Zusammenspiel des Ausschusses mit der neuen Staatsministerin für Sport und Ehrenamt, über die politischen Vorhaben der neuen Legislaturperiode im Bereich bürgerschaftliches Engagement und die Rolle von Politik bei der Engagement- und Demokratieförderung.

Voluntaris: Frau Özoguz, nachdem bürgerschaftliches Engagement in den vergangenen Jahren regelmäßig als Unterausschuss im Bundestag organisiert war, gibt es in dieser Legislaturperiode erstmals einen Ausschuss für Sport und Ehrenamt. Welche Chancen sehen Sie in dieser neuen Konstellation und wie müssen wir uns das Zusammenspiel von Sport und Ehrenamt in den Ausschuss-Sitzungen vorstellen?

Aydan Özoguz: Da sprechen Sie gleich einen wichtigen Punkt an: Der Ausschuss für Sport und Ehrenamt des Deutschen Bundestages wurde 1969 als Sportausschuss eingerichtet, um die Olympischen Spiele 1972 in München und die Fußball-Weltmeisterschaft 1974 vorzubereiten. Seither standen vor allem der Spitzensport, die Sportwissenschaft sowie die Wechselwirkungen zwischen Sport, Gesundheit und Umwelt im Zentrum der Arbeit. Das Ehrenamt fand dabei immer wieder Beachtung – schließlich bildet es die Basis des Breiten- und Amateursports.

Mit Beginn der aktuellen Legislaturperiode wurde dem Ehrenamt jedoch erstmals ein gleichrangiger Platz eingeräumt. Denn Sport und Ehrenamt gehören untrennbar zusammen. Hunderttausende Sportvereine leben von Trainerinnen und Trainern, Übungsleiterinnen und Übungsleitern, Vorständen und Engagierten, die viel Zeit und Energie einbringen. Zugleich ist der Sport auch ein Türöffner für Engagement insgesamt. Er bietet niedrigschwellige Zugänge, schafft Gemeinschaft und vermittelt Werte wie Fairness, Respekt und Solidarität, die für bürgerschaftliches Engagement zentral sind.

Selbstverständlich geht das Ehrenamt weit über den Sport hinaus. Als Wahlkreisabgeordnete bin ich in Hamburg Schirmherrin der Nachbarschaftsmütter, besuche regelmäßig die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr oder des Technischen Hilfswerks und unterstütze das DLRG bei Schwimmabzeichtagen. Immer wieder beeindruckt mich, wie vielfältig die Projekte sind, in denen Menschen Verantwortung übernehmen, sich gegenseitig unterstützen und so unsere Demokratie im Alltag stärken. Ebenso engagieren sich Menschen in Hilfsorganisationen, in Kulturprojekten, bei den Tafeln, in Jugendverbänden oder in der Geflüchtetenhilfe.

Daher ist es mir als Vorsitzende des Ausschusses auch ein zentrales Anliegen, diese Vielfalt sichtbar zu machen, Anerkennung und Wertschätzung für die Engagierten zu schaffen und konkrete Verbesserungen durchzusetzen. Wir müssen uns deshalb fragen: Welche Rahmenbedingungen brauchen Engagierte, um langfristig aktiv bleiben zu können? Und wie gewinnen wir neue Ehrenamtliche in einer Zeit, in der gesellschaftliche Bindungen schwächer werden?

Eine feste Aufteilung zwischen Sport- und Ehrenamtsthemen im Ausschuss gibt es nicht. Vielmehr werden die Tagesordnungspunkte von den Obleuten der Fraktionen gesetzt. Bereits im Oktober hat eine eigene Sitzung mit öffentlicher Anhörung zum aktuellen Stand des Ehrenamtes in Deutschland stattgefunden.

Voluntaris: Sie waren in der letzten Legislaturperiode Vizepräsidentin des Bundestags: Wie verstehen Sie Ihre neue Rolle als Vorsitzende des Ausschusses? Mit Dr. Christiane Schenderlein wurde nun erstmals eine Staatsministerin für Sport und Ehrenamt eingeführt. Sie war bereits in der zweiten Sitzung des Ausschusses für ein ausführliches Gespräch präsent. Wie werden Ausschuss und Staatsministerin künftig zusammenwirken?

Aydan Özoguz: In der allerersten Sitzung haben wir uns konstituiert und dann sofort die Staatsministerin Dr. Schenderlein eingeladen, um ihre Pläne zu hören und diese zu besprechen. Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Ausschuss ist ungemein wichtig. Die Regierung macht Vorschläge, am Ende entscheidet immer der Bundestag. Deshalb haben wir uns vorgenommen, eng zusammenzuarbeiten.

Als Vizepräsidentin habe ich für einen geordneten und respektvollen parlamentarischen Betrieb gesorgt und den Bundestag nach außen repräsentiert. Als Vorsitzende des Ausschusses für Sport und Ehrenamt übernehme ich eine ähnliche Rolle, nun mit Blick auf die Themenfelder Sport und Ehrenamt. Ich leite die Sitzungen, vertrete den Ausschuss nach außen, koordiniere die Arbeit zwischen den Fraktionen und möchte Impulse für die sport- und engagementpolitische Debatte setzen.

Ehrenamt und Engagement sind trotz unseres Ausschusses weiterhin Querschnittsthemen, die in vielen Politikfeldern verankert sind: Im Finanzausschuss geht

es um Übungsleiterpauschalen, im Familienausschuss um die Demokratieförderung, im Innenministerium um die Blaulichtfamilie und über alle Ausschüsse und Ressorts hinweg sollten wir uns um Bürokratieerleichterungen für Vereine und Ehrenamtliche bemühen. Diese verschiedenen Stränge gilt es im Ausschuss für Sport und Ehrenamt zusammenzuführen – mit dem klaren Ziel, die Rahmenbedingungen für Engagierte in Deutschland noch in dieser Legislatur spürbar zu verbessern.

Über die Sachverständigen, die wir in jeder Sitzung um ihre Expertise bitten, werden wir zugleich sicherstellen, dass die Anliegen aus Vereinen, Initiativen und Verbänden immer in unsere politische Debatte einfließen. Wichtig ist mir dabei die Zusammenarbeit sowohl im Ausschuss als auch außerhalb, im direkten Gespräch und in enger Abstimmung mit den Stakeholdern.

Voluntaris: Die letzte Legislaturperiode war für die Zivilgesellschaft und speziell für das Engagement in Deutschland tendenziell ernüchternd: Das geplante Demokratiefördergesetz liegt seit 2023 auf Eis, der Abbau der Bürokratie für Engagierte kommt mäßig voran, die umfassende Reform des Gemeinnützigenrechts ist ausgeblieben und die Engagementstrategie des Bundes bietet eher einen Maßnahmenüberblick zur Engagementförderung als eine Strategie zur nachhaltigen Stärkung von Engagementstrukturen. Wie bewerten Sie die Umsetzung und wie werden Sie im Ausschuss mit diesen drei Themen weiterarbeiten?

Aydan Özoguz: Mit der Bündelung der Zuständigkeiten für Ehrenamt im Bundeskanzleramt, der Einsetzung einer eigenen Staatsministerin und der Neustrukturierung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt sehe ich eine große Chance, die Themen ressortübergreifend voranzubringen. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte „Zukunftspakt Ehrenamt“ ist für mich dabei das zentrale Instrument, um wichtige Vorhaben dieser Legislatur gebündelt umzusetzen.

Ein erster Schritt ist bereits im September gelungen: Das Kabinett hat im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 2025 erste konkrete Verbesserungen beschlossen, die Engagierte seit Langem fordern und die nun noch durch den Bundestag beraten und verabschiedet werden sollen. Dazu gehören die Anhebung der Ehrenamtspauschale von 840 auf 960 Euro und der Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro pro Jahr, die Ausweitung der Haftungsprivilegierung für Ehrenamtliche auf einheitlich 3.300 Euro sowie die Erhöhung der Einnahmengrenze für die zeitnahe Mittelverwendung von 45.000 auf 100.000 Euro jährlich. Das sind spürbare Erleichterungen, die das Engagement im Alltag unmittelbar stärken.

Unverändert bleibt allerdings, dass das Thema Demokratieförderung, ein wichtiger Teil des Engagements, im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend liegt – ebenso wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Voluntaris: Und welche (weiteren) Themen möchten Sie in dieser Legislaturperiode voranbringen? Was sind Ihre Ziele?

Aydan Özoguz: Ich denke, uns allen im Ausschuss ist wichtig, dass diese bereits im Kabinett beschlossenen Maßnahmen als Auftakt zeitnah verabschiedet werden. Unter dem Dach des Zukunftspakts will ich darauf drängen, dass die weiteren im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele sowie zusätzliche Impulse aus der Zivilgesellschaft aufgegriffen werden. Dabei lege ich besonderen Wert auf den Abbau von Bürokratie und Rechtshemmnissen. Geplant ist, durch Vereinfachungen des Vereins- und Datenschutzrechts bürokratische Belastungen abzubauen, die viele Initiativen und Vereine im Alltag ausbremsen.

Daneben sind mir aber auch die Sichtbarmachung und Würdigung von Engagement, der Ausbau von Wissenstransfer und Strukturen sowie die Nachwuchsgewinnung sehr wichtig. Dazu gehört auch der Ausbau der wichtigen Arbeit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt.

Voluntaris: Das vorliegende Heft widmet sich dem Schwerpunkt „Einsatz für die Demokratie“ und versammelt Forschungsarbeiten zu unzivilem Engagement, zur Rolle von Engagement bei der Demokratiestärkung und zu innovativen Handlungsansätzen aus der Praxis. Wie kann die Politik Wissenschaft und Praxis unterstützen, um das Engagement und die Demokratie – vor allem in ländlichen, strukturschwachen Räumen – zu stärken?

Aydan Özoguz: Was aus meiner Sicht nicht sein darf, ist, dass wir engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Gesellschaft und unsere Demokratie einsetzen, unter einen Generalverdacht stellen und ihnen misstrauen. Da wurde in meinen Augen vor der letzten Wahl viel Porzellan zerschlagen. Das darf nicht sein. Und die Projekte, die aus dem Programm „Demokratie leben!“ gefördert werden, brauchen wir dringender als je zuvor. Wir sollten diejenigen, die sich für unser Gemeinwohl einsetzen, entsprechend unterstützen, denn die Menschen wissen am besten, wie es bei ihnen vor Ort aussieht – gerade im ländlichen Raum. Ich kann mich gut an einen Sportverein aus Mecklenburg-Vorpommern erinnern, der sich gegen Angriffe von Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen stark gemacht hat. Solche Leute und Projekte dürfen nicht allein gelassen werden.

Die unmittelbare Zuständigkeit für Fragen der Demokratieförderung bleibt beim Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Unsere Aufgabe im Ausschuss für Sport und Ehrenamt ist es, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich möglichst viele Menschen engagieren – und engagiert bleiben.

Voluntaris: Im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD haben Sie vereinbart: „Wir stärken die Freiwilligendienste, stellen die überjährige Finanzierung sicher und bauen die Strukturen und Plätze sukzessive aus.“ Wie werden Sie diese Ziele

konkret umsetzen? Und wie stehen Sie zu der Forderung von vielen Akteur:innen, statt eines Pflichtdienstes einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienstplatz zu verankern?

Aydan Özoguz: Die Stärkung der Freiwilligendienste ist im Koalitionsvertrag klar verankert. Wir wollen die Finanzierung überjährig absichern, die Strukturen und Plätze sukzessive ausbauen, einen Freiwilligendienst im Bevölkerungsschutz aufbauen und Modellprojekte im Handwerk erproben. Zudem sollen Jugendliche, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, einen Freiwilligendienst leisten können.

Auch hier liegt die konkrete Zuständigkeit für die Umsetzung im Bereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie sehen, wir werden uns hier alle miteinander gut abstimmen müssen, denn die Freiwilligendienste sind Teil der Engagementlandschaft und haben unmittelbare Schnittstellen zu Ehrenamt und zur Nachwuchsgewinnung.

Für einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst – wie auch für einen Pflichtdienst – müsste es ausreichend Angebote geben. Das ist bei Weitem nicht der Fall und derzeit zumindest nicht zeitnah zu gewährleisten. Daher wäre es zunächst geboten, die Freiwilligendienste strukturell zu stärken, um mehr Jugendlichen diese Möglichkeit zu eröffnen, was ja auch geplant ist.

DOKUMENTATION

Netzwerk Polylux – Spotlights für die antifaschistische Zivilgesellschaft

Lisa

Netzwerk Polylux e. V. | kontakt@polylux.network



Einleitung: Wer sind wir?

Polylux versteht sich als ein solidarisches Netzwerk, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, engagierte Akteur*innen einer kritischen, antifaschistischen Zivilgesellschaft miteinander zu vernetzen und finanziell zu unterstützen (Netzwerk Polylux e. V. 2025). Im Zentrum unserer Arbeit steht die Gewinnung von Fördermitgliedern und Spenden,

die wir gezielt in Projekte und Strukturen der ostdeutschen Zivilgesellschaft im ländlichen Raum umverteilen.

Die Arbeit, welche von der Vernetzung über Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Vereins- und Finanzverwaltung reicht, wird vollständig ehrenamtlich von einer engagierten Kerngruppe getragen. In regelmäßigen Treffen besprechen wir strukturelle Fragen, diskutieren über relevante Themen und entscheiden über gestellte Förderanträge. Sowohl die Fördermitglieder und Spender*innen als auch die Initiativen und engagierten Menschen vor Ort, die sich tagtäglich für eine antifaschistische, solidarische Gesellschaft einsetzen, sind ein essentieller Teil unseres Netzwerkes.

Wen fördern wir?

Unsere Förderkriterien sind klar definiert: Wir unterstützen Projekte, Initiativen, Vereine oder engagierte Personen im ländlichen Raum Ostdeutschlands. Ob Miete, Druck- und Portokosten, Veranstaltungsaufwendungen, Bauprojekte oder Honorare für Referent*innen: Wir fördern alle Posten, die dazu beitragen, dass die Projekte vor Ort aktiv werden können. Lediglich Personalkosten schließen wir momentan noch aus unserer Förderung aus. Dabei ist es für uns zweitrangig, ob es sich um eine einmalige Förderung oder um eine längerfristige strukturelle Unterstützung handelt – zum Beispiel, um die Miete für einen queeren Raum im sächsischen Hinterland dauerhaft zu sichern.

Wichtig ist uns vor allem ein klar erkennbarer emanzipatorischer Anspruch der Projekte. Wir fördern Vorhaben, die solidarisch mit marginalisierten Gruppen agieren, selbstorganisiert sind und sich (queer-)feministisch und antirassistisch positionieren. Eine antifaschistische Grundhaltung ist für uns dabei notwendig.

Die Menschen, die bei uns Förderung beantragen, arbeiten oft unter prekären Bedingungen und stehen unter erheblichem Druck. Daher ist die Antragstellung, welche über unsere Webseite erfolgt, bewusst niedrigschwellig, undogmatisch und unbürokratisch. Unser Ziel ist es, den Zugang zu finanzieller Unterstützung so einfach wie möglich zu machen.

Warum machen wir das?

Polylux ist nicht zufällig entstanden, sondern aus einer konkreten politischen Notwendigkeit heraus. Unsere Gründung im September 2019 fiel in eine Zeit, in der die AfD immer stärker wurde und erste Prognosen darauf hindeuteten, dass staatliche Förderungen für emanzipatorische und antifaschistische Projekte zunehmend erschwert werden würden. Fünf Jahre später können wir sehen, dass wir mit unseren Vermutungen vollkommen richtig lagen. Es hat sich abgezeichnet und es war klar, dass es eine unabhängige und langfristige Struktur braucht, die dieser Entwicklung etwas entgegensetzen kann. Zugleich verschärften sich die politischen Verhältnisse, insbesondere durch die starken Zugewinne der AfD bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland.

Umso bedeutender ist es, dass Polylux in den letzten Jahren stark gewachsen ist und an Reichweite gewonnen hat. Damit können wir heute wichtige gesellschaftliche Räume stabilisieren und viele Projekte abfedern, welche durch die finanziellen Herausforderungen vor dem Aus stehen würden.

Es sind aber nicht nur die Wahlergebnisse oder parlamentarischen Debatten, die uns beunruhigen. Auch die gesellschaftliche Stimmung hat sich in den letzten Jahren zunehmend nach rechts verschoben. Neue extrem rechte Jugendgruppierungen (Hoffmeister 2025), wiederholte rechte Angriffe oder vermehrte Einschüchterungsversuche von Neonazis, wie z. B. im CSD-Sommer 2024 (Mellea/Düker 2024) führen zu einem wachsenden Gefühl von Unsicherheit – insbesondere im ländlichen Raum. Diese Entwicklungen greifen tief in die gesellschaftliche Hegemonie ein und sorgen dafür, dass rechte Gedanken und Ideologien weiter normalisiert werden.

Wir halten als Netzwerk Polylux gezielt dagegen mit praktischer Solidarität, mit der Förderung kritischer Zivilgesellschaft und mit dem Ziel, Antifaschismus wieder fest im gesellschaftlichen Diskurs zu verankern. Um dafür stabile Banden zu bilden, ist es uns deshalb auch wichtig, die Vernetzung untereinander zu fördern. Abgesehen von der finanziellen Unterstützung der Projekte streben wir deshalb auch Besuche der Projekte und Räume vor Ort an, organisieren Vernetzungwochenenden zum Austausch und Kennenlernen oder laden zu inhaltlichen Online-Talks ein.

Unser Fokus liegt bei allem Handeln bewusst auf Ostdeutschland. Die strukturelle Benachteiligung der Region seit der Wiedervereinigung, die anhaltende soziale Ungleichheit und die finanzielle Auszehrung vieler zivilgesellschaftlicher Strukturen zeigen, dass die Lage hier besonders prekär ist. Vielerorts fehlt es an staatlicher Unterstützung, während rechte Kräfte gezielt versuchen, gesellschaftliche Leerräume zu füllen. Polylux versteht sich deshalb als ein solidarischer Lückenfüller und unterstützt dort, wo antifaschistische, menschenrechtsorientierte und solidarische Projekte Ressourcen brauchen, um ihre wichtige Arbeit fortzuführen.

Zivilgesellschaft unter Druck – unsere Antwort auf politische Repression

Wir sind als Netzwerk bislang noch nicht ins direkte Visier rechter Hetze geraten. Dennoch haben wir von Beginn an auf die zunehmende politische Repression reagiert und sind ihr bewusst zuvorgekommen. Eine zentrale Entscheidung bei der Gründung des Vereins war es, auf die Gemeinnützigkeit des Vereins zu verzichten. Das Gemeinnützige Recht wurde in den letzten Jahren immer wieder politisch instrumentalisiert, um kritische Organisationen zu delegitimieren und finanziell zu schwächen. Dieser Schritt schützt uns davor, wie viele andere Organisationen – etwa der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) oder Campact – durch die Aberkennung des

Gemeinnützigsstatus in ihrer Arbeit massive eingeschränkt zu werden und in finanzielle Not durch hohe Steuernachzahlungen zu geraten. Die politisch motivierte Auslegung des Gemeinnützigsrechts und die damit verbundene Androhung Vereinen die Gemeinnützigkeit zu entziehen, sind ein Angriff auf kritische zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Zwar bedeutet dieser Status, dass Spender*innen ihre Beiträge nicht steuerlich absetzen können – doch der enorme Zuspruch, die wachsende Öffentlichkeit und viele solidarische Rückmeldungen zeigen, dass der Wunsch, gesellschaftlich Einfluss gegen rechts zu nehmen, schwerer wiegt als ein steuerlicher Vorteil.

Während wir als Verein bislang relativ unbehelligt arbeiten können, trifft es die Projekte, die wir fördern, umso härter. Viele von ihnen sind im ländlichen Raum aktiv und damit einem Klima ausgesetzt, das zunehmend von rechter Gewalt und Einschüchterung geprägt ist. Uns erreichen regelmäßig Berichte von Angriffen auf sozio-kulturelle Zentren und Wohnprojekte durch rechte Sticker und Graffitis sowie eingeworfene Fensterscheiben oder von direkten Anfeindungen gegen engagierte Menschen. Körperliche Gewalt und Einschüchterungsversuche gehören zur normalisierten Strategie der agierenden Neonazis. Das zeigt sich unter anderem an verschiedenen Angriffen dieses Jahres, z. B. auf das Hausprojekt Zelle 79 in Cottbus (Bähr 2025) oder auf das Jugendkulturzentrum Jamm in Senftenberg (Geiler 2025). Auch in Bad Freienwalde wurde ein Demokratiefest am helllichten Tag von Neonazis mit Quarzhandschuhen besucht (Ayyadi 2025). Diese Vorfälle sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck einer sich verschärfenden gesellschaftlichen Atmosphäre, in der faschistische Gruppen wieder selbstbewusster auftreten.

Eine andere gravierende Entwicklung ist die oben schon erwähnte, systematische, finanzielle Aushöhlung zivilgesellschaftlicher Strukturen, welche auf parlamentarischer Ebene stattfindet. Besonders spürbar sind die staatlichen Kürzungen auf kommunaler Ebene, wie z. B. zuletzt beim Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzen, welchem die städtischen Zuschüsse durch den Stadtrat im April verweigert wurden (Bartsch 2025). Aber auch auf Landes- und Bundesebene zeigen sich massive Einschnitte. Projekte, die über Jahre hinweg im Rahmen von Demokratieförderprogrammen unterstützt wurden, berichten uns, dass ihre Förderungen gestrichen oder nicht verlängert wurden. Darunter fallen u. a. Jugendinitiativen, Frauen*projekte, Kulturveranstaltungen, antirassistische Initiativen und migrantische Selbstorganisationen. Immer mehr Projekte wenden sich an uns, weil ihre bestehenden Fördermittel wegbrechen und sie dringend eine alternative Unterstützung benötigen. Dabei kommt es auch immer häufiger vor, dass die Projekte und Vorhaben auf den ersten Blick nicht in das klassische Förderprofil von Polylux fallen. Das sind z. B. Anfragen von Schulen, die Ausflüge zu Synagogen planen, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder andere sozialarbeiterische Einrichtungen, bei denen wir die Verantwortlichkeit der Finanzierung klar bei den staatlichen Institutionen sehen. Nichtsdestotrotz ist es ein Spiegel der aktuell prekären Situation, mit der sich Vereine momentan konfrontiert sehen.

Dabei wird sichtbar, wie sehr die Strategie der AfD durch kleine Anfragen und Säen von Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit der demokratischen Akteur*innen bereits in den Parlamenten erfolgreich ist. Die demokratischen Parteien haben ihren Anteil daran, weil sie sich nicht klar davon abgrenzen, sondern über die Stöckchen der extrem Rechten springen. Der Höhepunkt dieser Anbiederungsversuche wurde dieses Jahr mit der Anfrage des amtierenden Bundeskanzlers Friedrich Merz durch die „551 Fragen an die Zivilgesellschaft“ (Litschko/am Orde 2025) erreicht. Dass die selbsternannte ‚Partei der Mitte‘ die Kriminalisierung von antifaschistischen und kritischen Akteur*innen vorantreibt, gibt vielleicht nur einen kleinen Vorgeschmack auf die Zusitzung der Situation in den kommenden Jahren. Die faktische Konsequenz ist, dass das Engagement von zivilgesellschaftlichen Gruppen zunehmend untergraben wird, die sich gegen rechts engagieren, Solidarität organisieren und marginalisierten Gruppen Schutz bieten. Sie verteidigen die Demokratie und müssten doch eigentlich alle Unterstützung von den Politiker*innen bekommen, die immer wieder betonen, wie wichtig der vermeintliche ‚Kampf gegen rechts‘ ist, oder die das Märchen der Brandmauer weiterhin erzählen.

Unsere Strategie und Antwort auf diese Entwicklungen ist das Kerngeschäft der finanziellen Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Projekten in Ostdeutschland, welche wir auch auf Nachhaltigkeit überprüfen. Wir lassen es uns auch nicht nehmen, immer wieder auf die Verfehlungen der Politik hinzuweisen, die dazu beiträgt, die kritische Zivilgesellschaft auszuhebeln. Außerdem bleiben wir weiterhin solidarisch und halten engen Kontakt und Austausch zu allen Akteur*innen in unserem Netzwerk. Dazu gehört auch, dass wir unserem Namen des ‚Polylux‘ (westdeutsch: Overheadprojektor) gerecht werden und in unserer Öffentlichkeitsarbeit Spotlights auf einzelne Projekte werfen, um ihnen Reichweite und Aufmerksamkeit zu verschaffen. Dabei wollen wir auch erreichen, dass ‚der andere Osten‘ sichtbar wird und den vielen, oft westdeutschen Narrativen über den ‚rechten Osten‘ etwas entgegengesetzt wird. Wir wollen zeigen, dass Menschen hier tagtäglich für die Menschenrechte und gegen rechte Hegemonien kämpfen.

Demokratie fördern statt blockieren oder: Bildet Banden!

Antifaschistische, solidarische und demokratische Arbeit braucht heute mehr Rückhalt denn je von einer breiten Masse und von allen Menschen, egal ob in Politik, Wissenschaft oder Zivilgesellschaft. Jeder einzelne Mensch kann sich einer rechten Raumnahme sowie Diskursverschiebungen entgegensezten und sich mit Zivilcourage für eine pluale und menschenrechtsorientierte Gesellschaft einsetzen. Das geschieht z. B. schon durch Widersprechen und Kommentieren von rechten Parolen auf Dorffesten, durch die Teilnahme an Demonstrationen gegen Kürzungen im sozialen Bereich oder im ehrenamtlichen Engagement in lokalen Initiativen zur Unterstützung geflüchteter Menschen.

Auf struktureller Ebene sind unsere Wünsche an die Politik klar: Parteien, die eigentlich hinter den Menschenrechten und den demokratischen Werten stehen, sollten sich auf diese zurückbesinnen und eine Politik machen, die diese auch konsequent umsetzt. Dazu gehört, dass der Kampf gegen rechts und antifaschistisches Engagement nicht zum Opfer von Repressionen werden und somit dem rechten Zeitgeist in die Hände gespielt wird.

Auch das Label des Linksextremismus und die Verfolgung von Aktivist*innen, die sich gegen rechts engagieren, sind in diesem Zuge eine politische Agenda, die vom eigentlichen Thema und der eigentlichen Bedrohung ablenkt. Wir wünschen uns, dass die Extremismustheorie gesamtgesellschaftlich kritisch hinterfragt wird und Akteur*innen, die sich für die Gleichheit aller Menschen und das gute Leben für alle einsetzen, nicht von staatlichen Behörden überwacht oder sogar eingesperrt werden.

Antifaschistisches Engagement muss salonfähig gemacht werden – als politische Haltung und praktische Solidarität. Das bedeutet, dass Schutz für Menschen, die fliehen müssen oder diskriminiert werden, gewährleistet wird. Das bedeutet, dass ein konsequenter Kampf gegen rechts geführt wird, ohne dass die Inhalte rechter Parteien übernommen werden, um diese vermeintlich klein halten zu wollen. Und das bedeutet auch: Politiker*innen müssen hinhören, was vor Ort gebraucht wird. Sie müssen Projekte kennen, Sorgen ernst nehmen und endlich anerkennen, dass es eine gefährliche Verschiebung des Diskurses über die letzten Jahre gegeben hat, der weitreichende Folgen für viele gesellschaftliche Gruppen hat. Zivilgesellschaft wirkt dieser Entwicklung aktiv entgegen und sie braucht dabei Unterstützung, nicht noch mehr Hürden.

Wir springen immer öfter dort ein, wo der Staat eigentlich verspricht, aktiv zu sein. Wir sehen die Politik in der Verantwortung die Lücken staatlicher Demokratieförderung selbst zu schließen. Sei es durch eine Erhöhung des Etats für Demokratieprogramme (z. B. durch Aufhebung der Schuldenbremse) oder durch die strukturelle Verankerung eines Demokratiefördergesetzes, welches seit Jahren diskutiert wird, aber unter der Ampel-Regierung vorerst gescheitert ist. Die Wiederaufnahme der Debatte wäre ein großes Zugeständnis an die Engagierten im Land.

Forschung und Wissenschaft sollten in unseren Augen immer kritisch bleiben. Wenn man beobachtet, wie rechte Diskurse sich seit Jahren in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verbreiten, ist es natürlich naheliegend, dass Forschungsinstitute und die Wissenschaft nicht davor geschützt sind. Unser Wunsch an diesen Sektor ist weiterhin kritisch zu bleiben und sich nicht von rechten Narrativen und Diskursen einschüchtern zu lassen.

Der Zivilgesellschaft können wir nur sagen: Macht weiter so, bleibt laut, bleibt sichtbar und vernetzt euch mit Akteur*innen, um gemeinsam durch eine politisch schwere Zeit zu kommen. Der Osten und die besondere Situation mit einer starken Rechten werden wahrscheinlich nur ein Ausblick für die kommenden Jahre für das ganze Land sein.

Deshalb gilt unser Appell vor allem auch den Leuten, die im Westen tätig sind: Informiert euch über Projekte im Osten, schaut differenziert auf die Situation vor Ort, baut Vorurteile ab und würdigt das Engagement von Antifaschist*innen, anstatt mit dem Finger in den Osten zu zeigen und zu sagen: „Dort sind doch eh alle Nazis“. Besucht Veranstaltungen vor Ort, wie z. B. die CSDs, teilt die Beiträge der Initiativen auf den sozialen Medien, macht sie in der breiten Öffentlichkeit sichtbar und tretet in Austausch, um ein realistisches Bild der Situationen vor Ort zu bekommen. Was alle Projekte und Engagierten gemeinsam haben ist, dass für die Arbeit immer Geld gebraucht wird. Deshalb: Spendet! Entweder direkt an die Initiativen vor Ort oder an uns, damit wir es in der ostdeutschen Provinz umverteilen können.

Die große Welle der Solidarität und der Zuspruch in den letzten Jahren bedeuten uns viel. Dass Polylux so stark gewachsen ist, zeigt uns: Es gibt viele Menschen, die mit dem gesellschaftlichen Status quo nicht einverstanden sind – und die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, um etwas zu verändern.

Literaturverzeichnis

Ayyadi, Kira (2025): Brandenburg: Jungnazis greifen Demokratiefest in Bad Freienwalde an. In: Amadeu-Antonio-Stiftung Analyse, 16.6.2025. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/brandenburg-jungnazis-greifen-demokratiefest-in-bad-freienwalde-an-141515/> (24.7.2025).

Bähr, Sebastian (2025): Neue rechte Jugend? In: ak – analyse und kritik, ak716, 17.5.2025. <https://www.akweb.de/politik/neue-rechte-jugend-neonazi-angriffe-auf-linke-raeume-jugend-clubs-und-csds-nehmen-zu-nicht-nur-in-suedbrandenburg/> (24.7.2025).

Bartsch, Michael (2025): Nach Attacken von rechts: Wurzener Verein sucht neue Förderung. In: mdr, 3.6.2025. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/grimma-oschatz-wurzen/foerderung-stadtrat-netzwerk-demokratische-kultur-kultur-news-100.html> (24.7.2025).

Geiler, Julius (2025): „Willkommen in den 90ern“ – Vermummte greifen Senftenberger Jugendclub an. In: Tagesspiegel, 3.3.2025. <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/willkommen-in-den-90ern-vermummte-greifen-senftenberger-jugendclub-an-13305190.html> (24.7.2025).

Hoffmeister, Anna (2025): Interview mit David Begrich; Neue rechte Jugendgruppen: Kehren die Baseballschlägerjahre zurück? In: Deutschlandfunk, 18.5.2025. <https://www.deutschlandfunk.de/neue-rechte-jugendgruppen-sozialwissenschaftler-david-begrich-im-gespraech-100.html> (24.7.2025).

Litschko, Konrad; am Orde, Sabine (2025): 551 Fragen im Bundestag – Union attackiert Zivilgesellschaft. In: taz, 25.5.2025. <https://taz.de/551-Fragen-im-Bundestag/!6072207/> (11.8.2025).

Mellea, Jessa; Düker, Joe (2024): Eine neue Generation von Neonazis: Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet. Berlin. https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas_-_2024-11_-_research_paper_-_neue_generation_neonazis.pdf (24.7.2025).

Netzwerk Polylux e. V. (2025): Polylux. <https://polylux.network/de> (3.9.2025).

DON'T BE SILENT – die Hütte brennt!

Doritta Kolb-Unglaub

Koordinatorin des Sozialen Orts und WIR im Bahnhof Plauen, des colorido e. V. sowie Sprecherin im Netzwerk Tolerantes Sachsen aus Plauen | kontakt@colorido.de
im Gespräch mit Friederike Hobein (Voluntaris)



Voluntaris: Wie sieht Ihr konkretes Engagement für Demokratie aus?

Doritta Kolb-Unglaub: Unsere Arbeit hat sich im Laufe der Jahre ganz schön verändert. Als es noch das Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts war, gab es wirklich den Schwerpunkt auf der Arbeit gegen Rechts. Inzwischen ist viel dazugekommen und man muss auch flexibel agieren und reagieren. Man kann nicht mehr sagen, wir machen nur das eine. Das funktioniert nicht, schon gar nicht im ländlichen Raum. Wir sind natürlich nach wie vor gegen Rechtsextremismus aktiv, das heißt auch gegen die AfD oder die Werte-Union. Da müssen wir schon aufpassen, in welche Richtung das Ganze geht: Wo verbinden, wo verbrüdernd die sich, wo gibt es Shake Hands? Das ist ein großer Schwerpunkt, da legen wir den Finger in die Wunde und sind nicht anpassungsfähig. Bei uns sind viele Ältere aktiv und wir kommen noch aus einer Zeit, in der wir schon andere Dinge erlebt haben. Deshalb kann man uns im Moment auch nicht mehr anpassen. Schon gar nicht, wenn man aus der Oppositionsbewegung des Ostens herauskam. Da geht es nicht, sich anzupassen und zu

sagen, da reden wir halt jetzt mit der CDU und lassen uns das Konservative aufdrücken. Damit einher geht unsere Arbeit gegen Antisemitismus. Der Antisemitismus hatte in den letzten Jahren wirklich schon ein ganz niedriges Level. Jetzt greift er wieder um sich, auch unter Jugendlichen. Hier frage ich mich, warum müsst ihr auf dem Fußballplatz antisemitische Beleidigungen schreien? Wo ist euch das wieder begegnet? Natürlich ist auch dort die AfD Wegbereiterin.

Ein weiterer Arbeitsfokus liegt im Bereich Migration. Am Anfang haben wir, nachdem wir 2019 unsere eigenen Büroräume bekommen haben, diese z. B. dem Sächsischen Flüchtlingsrat für wöchentliche Beratungen zur Verfügung gestellt. Genauso war es mit der queeren Beratung, different people e. V. aus Chemnitz. Während wir am Anfang gedacht haben, dass wir auf das Thema nicht so unser Steckenpferd draufsetzen müssen, hat sich das spätestens mit dem Ukraine-Krieg komplett verändert. Da kamen zwölf Ukrainerinnen auf mich zu, die schon lange hier lebten und die ich zum Teil schon kannte. Dann kam noch eine Gruppe Punks dazu, die wollten auch helfen. In Nullkommanix waren unser ganzes Büro und der Veranstaltungsraum voll mit Spenden, die haben wir dann auf vier 40-Tonnern an die polnisch-ukrainische Grenze geschafft und dort übergeben. Danach haben wir die Spenden hier verteilt und auch über 30 Wohnungen eingerichtet.

Mit der Ukraine-Hilfe hat sich unser Arbeitsfokus komplett verschoben. Wir haben ein Ladenlokal angemietet, weil wir das bei uns in den Büroräumen gar nicht mehr stemmen konnten. Nachdem uns im neuen Ladenlokal zweimal die Scheiben eingeschmissen wurden – wir lagen im Brennpunktbezirk des Dritten Wegs –, sind wir nochmal umgezogen und seitdem ist da Ruhe. Inzwischen ist das Ladenlokal ein Laden für alle geworden. Also wir sind ein richtiger sozialer Ort und wurden im letzten Jahr sogar gefördert. Nun sind wir im Moment wieder ohne Förderung und rein ehrenamtlich unterwegs und führen das aber trotzdem weiter. In diesen Laden kommen alle, alle Altersklassen, aller Couleur, alles. Es ist einfach für alle geworden. Man merkt das, wenn wir ein- oder zweimal die Woche aufhaben, kommen Menschen und nutzen einfach die paar Stunden, um mit anderen ins Gespräch zu kommen, um sich auszutauschen. Diese Orte braucht es jetzt und da liegt jetzt unser Fokus drauf. In diesem Zuge bespielen wir seit Anfang 2024 im Projekt ‚Platz für Neues‘ eine Multifunktionsfläche der Deutschen Bahn im Oberen Bahnhof Plauen. Diesen historischen Ort beleben wir u. a. mit Fachtagungen, Demokratiekonferenzen, Theaterstücken, Tango- und Sportkursen, Jüdischen Kulturtagen sowie Lese- und Musikabenden. Uns ist dabei wichtig, auf dieser Fläche nicht nur, aber vor allem jungen Menschen in Plauen und im Vogtland eine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung, ohne hohe finanzielle Aufwände zu bieten.

Wir haben zudem noch eine Rechercheplattform, die ist leider im Moment ein bisschen im Ruhen, aber die gehen wir jetzt wieder an. Wenn jemand hier in Plauen und Umgebung bedroht wurde, es Hakenkreuze, Schmierereien, Aufkleber gab, melden

uns Menschen das anonym oder schreiben uns direkt. Wir prüfen das, z. B. mit Polizeiberichten und Fotos, und dokumentieren das auf unserer Webseite. Zum Glück haben wir momentan eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei. Die haben gerade sogar die Anweisung, Schmierereien o. ä. zu übersprühen oder manchmal die Anzeigengestellung zu übernehmen, damit wir nicht als Anzeigenaufgeber auftreten müssen. Das erleichtert vieles, dass man da zusammenarbeitet.

Darüber hinaus unterstützen und betreuen wir wissenschaftliche Arbeiten von Student*innen, geben Interviews und Tipps, wo Studierende weiterrecherchieren können. Das ist extrem wichtig und das ist auch ein Umgang mit Bedrohungslagen. Wir müssen in Universitäten Arbeiten liegen haben, die Erkenntnisse zur Situation vor Ort beinhalten. Das war zuletzt z. B. hilfreich, als es darum ging, ob eine Partnerschaft für Demokratie im Vogtlandkreis überhaupt noch nötig ist. Die Frage ist allein schon komisch und es sollte innerhalb von drei Wochen wissenschaftlich belegt werden. Innerhalb von drei Wochen kann man kein wissenschaftliches Projekt aus dem Boden stampfen. Deshalb war es wichtig, dass Student*innen sich schon vorher mit diesen Thematiken beschäftigt hatten.

Außerdem reisen wir mit Vorträgen und Filmen, die wir im Rahmen von Schülerprojekten gemacht haben, durch ganz Deutschland. Es gibt drei, vier Leute, die fahren in viele, viele Städte – aktuell vor allem viel in den Westen. Wir erzählen unsere Geschichte und wir sagen: Passt auf, das ist bei euch auch schon da. Lasst es nicht so weit kommen, tut noch was. Da kann man auch viel über die DDR-Geschichte aufklären.

Dieses Jahr konnten wir leider kein Don't be Silent-Festival machen – unser eigentliches Highlight. Fünf Jahre lang haben wir das hier organisiert und damit oft die Demonstration des Dritten Weges deutlich verkürzt, um bis zu vier Kilometer. Dieses Jahr fehlte das Geld, also fiel es aus. Und ja, manche sagen, das sei eh nur für unsere Bubble. Aber genau solche Veranstaltungen braucht es, um den Rücken derer zu stärken, die noch da sind. Wenn dann noch andere dazukommen – umso besser. Aber besonders die, die zweifeln, die sagen: „Ich kann nicht mehr“, brauchen Rückhalt.

Voluntaris: Worauf liegt in der Arbeit bei colorido e. V. aktuell der größte Fokus? Was ist gerade die dringendste Herausforderung oder das wichtigste Ziel, an dem Sie arbeiten?

Doritta Kolb-Unglaub: Die oberste Priorität ist immer, dass man breiter werden muss, da wir im Moment zwischen Demokratie und Zivilgesellschaft ein riesiges Missverhältnis haben. Die Zivilgesellschaft soll und muss zu viel leisten und der Staat zieht sich systematisch aus allem raus und das betrifft viele Bereiche. Z. B. wenn ich jetzt sehe, dass sich der Intendant in einem Theater vor Ort, das eine super-gute politische Arbeit macht, auch noch mit Crowdfunding und Sponsoring

beschäftigen muss. Das ist nicht sein Job, das ist eine Staatsaufgabe. Genauso ist es bei uns, wir leben momentan auch nur von Spenden. Es kann aber nicht sein, dass dieser Staat sich aus der Verantwortung zieht und sagt: „Die Demokratiearbeit, sollen die mal sehen, wie sie das machen“. Nein, das ist eine Staatsaufgabe. Deshalb kommt es auch zu diesem Missverhältnis.

2015, als wir noch Aktionsbündnis Vogtland gegen Rechts waren, hat der Staat schon mal versagt in der ganzen Migrationssache. Die Zivilgesellschaft wurde alleine gelassen, in jedem kleinen Ort, in jeder größeren Stadt. Wer hat denn geholfen? Wer ist losgerannt? Das war die Zivilgesellschaft. Wer hat Stunden verbracht, Pläne erstellt, dass nicht jeder sich übernimmt und ins Burn-out rasselt? Das war die Zivilgesellschaft. Dann kam der Ukraine-Krieg, die Hilfestellung für Geflüchtete und Zivilgesellschaft ging wieder schief. Man hatte nichts, gar nichts gelernt. Wieder war es die Zivilgesellschaft, die z. B. Geflüchtete im Stellen von Anträgen unterstützte oder notwendige Dinge bereitstellte. Das ist nicht unsere Aufgabe, diese Sachen zu machen. Wir machen das trotzdem, weil den Menschen geholfen werden muss. Das Ziel muss sein, dass wir dieses Missverhältnis wieder ein bisschen auflösen; dass von politischer Seite wieder gesagt wird: „Die Leute, die im Land diese Arbeit machen, sind alle wichtig. Ob Sportvereine, Feuerwehr, uns als politische Vereine, die müssen wir dringend unterstützen“. Das ist ja nicht mehr der Fall. Da wird gefeilscht und um Geld gerungen und das ist gruselig. Man darf hier nicht klein beigegeben und sagen „Na gut, wir nehmen das wenige“, sondern daran erinnern, dass es seitens der Politik immer wieder Rufe nach Mitgestaltung gibt. Aber wirklich hören, was Zivilgesellschaft zu sagen hat, will Politik dann doch nicht. Das ist leider so.

Es braucht auch noch mehr Unterstützung aus Städten, wo mehr aktive Menschen sind, für das Land. Wenn sie sagen, „Ja, ja, bei den CSDs, das ist Demo- oder Kundgebungstourismus“, da werde ich fuchsteufelswild. Das ist es nicht. Es ist eine Unterstützung, ohne die wir sonst arm dran wären. Wir haben hier in diesem Dreiländereck so ein kleines fränkisch-thüringisch-sächsisches Bündnis und wir unterstützen uns gegenseitig, auch bei Veranstaltungen. Wir fahren dann z. B. nach Hof oder Zeulenroda und halten unseren Redebeitrag. Zeulenroda kommt dann auch zu uns zum Helfen. Solche Konstrukte sind sehr, sehr wichtig. Insgesamt braucht es aber vor allem mehr Akzeptanz, Wertschätzung und Unterstützung von staatlicher Seite, denn die ist nicht mehr da.

Voluntaris: Wo erleben Sie in Ihrem Engagement für Demokratie Bedrohungen?

Doritta Kolb-Unglaub: Im ländlichen Raum stehst du oft allein, hältst den Rücken hin und lässt dich abschießen. Da wirkt sich deine politische Arbeit auch auf das Privatleben aus. Es gibt bei uns vier Ältere, die stehen mit ihren Gesichtern vorn dran. Ich bin bald in Rente, mir ist das egal. Bei meinem Mann sieht es schon anders

aus. Der hat immerhin noch einen kleinen Betrieb und im letzten Jahr kaum Aufträge bekommen, weil er diese politische Arbeit macht. Wir haben auch junge Leute, die sagen: ‚Ich bereite die Veranstaltung vor, aber ich bin nicht sichtbar. Also nenn meinen Namen nicht‘. So weit sind wir, das kann doch nicht wahr sein. Als unsere Förderung auslief, hatte ich auch echt Sorge um meinen Kollegen, der hier familiär stark verwurzelt ist. Wird er einen neuen Job finden, wenn er aus so einem politischen Verein kommt, in einer Stadt, wo jeder jeden kennt? Zum Glück hat ihn der Sachsendruck übernommen, ein Betrieb mit Haltung, weltoffen, der was bewegt. Und wenn ich jetzt sehe, wie in größeren Städten bedeutende Unternehmen als CSD-Sponsoren wegfallen, dass selbst Headquarter namhafter internationaler Konzerne nicht mehr mitmachen, dann wird mir himmelangst. Was wird denn das jetzt? Wo geht das hin?

Wir brauchen mehr Aufstand, definitiv. Wobei ich sage, so wie wir es 1989 gemacht haben, funktioniert es nicht mehr. Wir müssen uns andere Taktiken überlegen, weil man heute viel schneller kriminalisiert wird, als man denken kann. Ich weiß nicht, wo der Knoten gerade zu lösen geht. Wir fangen ja auch an zu überlegen. Aber es ist ganz schwer. Aber es bräuchte halt die Erkenntnis, dass wir in der Demokratie nicht weiterkommen, wenn wir uns, wie Herr Merz an Herrn Trump, anpassen. Das ist das Problem mit einfachen Worten manchmal, das Ding geht nach hinten los. Das müssen aber immer noch viele andere begreifen.

Auf Social Media erleben wir natürlich auch Bedrohungen. Ich lese das, ärgere mich kurz und denke, da hat wieder mal jemand auf dem Sofa gesessen und sich ausgekotzt. Bei der Frau, die unser Social Media betreut, ist das etwas anders. Für sie ist das manchmal noch härter, sie hat jetzt auch gesagt, dass sie froh ist, dass wir jetzt eine Sommerpause machen. Ich hatte selbst schon Morddrohungen. Eine Person hat mir auf offener Straße gesagt, ‚Ich bring dich um‘, aber das gehört ja schon zum guten Sprachgebrauch. Aber als sie sagte, ‚Wir erschießen dich‘, habe ich es zur Anzeige gebracht. Aber es wurde als umgangssprachliche Äußerung als Zivilrechtsache weiterverfolgt. Ein anderer von uns hatte rohe Herzen im Briefkasten. Wir hatten die eingeschmissenen Scheiben und so eine Scheibe kostet 1.000 Euro. Da es sich um Vandalismus handelte, übernimmt das keine Versicherung. In unserem jetzigen Begegnungscafé spucken sie uns gern mal die Scheibe voll. Da war jetzt aber auch das LKA da und hat Proben genommen. Aufkleber, z. B. mit der Reichskriegsflagge und der schwarzen Sonne oder ähnliche, werden gerne an die Scheiben gepappt, wie neulich als ich ein Plakat zum Thema Menschenwürde von den Internationalen Wochen gegen Rassismus ins Schaufenster gehängt hatte. Da reagieren wir mit Anzeigen, Anzeigen, Anzeigen. Das sind so die physischen Dinge und dann sind da halt noch diese Dinge, die einem so durch Hörensagen zugetragen werden. Wir haben einen Kulturbürgermeister, der mündlich sämtlichen Schulen, Kindergärten, Einrichtungen der Jugendarbeit empfohlen hat, nicht mit colorido

zusammenzuarbeiten. Zum Glück kennen wir ja auch genug Menschen, die uns mögen und sagen: 'Wir holen euch trotzdem'. Solche Dinge passieren eben auch und das ist wirklich stellvertretend für andere Städte, wie Döbeln, Wurzen oder Löbau. Ich bin auch im Sprecherrat von Tolerantes Sachsen und wir haben einen regen Austausch. Gerade ist es so, dass, wenn du Leipzig oder Dresden verlässt, die Stimmung sehr schnell kippt.

Voluntaris: Welche Wünsche und Forderungen gibt es aus Ihren Erfahrungen und Ihrem Engagement heraus an Politik, an Wissenschaft und an Zivilgesellschaft?

Doritta Kolb-Unglaub: Meine Forderung an Politik ist Unterstützung, Rückendeckung, Wahrnehmung und Wertschätzung. Im Kleinen, im Kommunalen, wie im Großen. Vor allem junge Menschen im Engagement sollten nicht kriminalisiert, sondern unterstützt werden. Sie haben ein Recht darauf, gehört zu werden, denn sie müssen die Folgen unserer heutigen Entscheidungen tragen. Sie pauschal als 'Klimaterroisten' zu diffamieren, ist falsch. Ob bestimmte Protestformen wie das Festkleben sinnvoll sind, kann man unterschiedlich sehen. Klar ist: Aufmerksamkeit ist schwer zu bekommen, bloße Worte reichen oft nicht mehr. Deshalb ist es wichtig, zuzuhören und ihnen Rückendeckung zu geben. Seitens der Politik braucht es deutlich mehr Erklärung und Transparenz: Wie und warum Entscheidungen getroffen werden, muss verständlich kommuniziert werden. Und man sollte mal ausprobieren, dass man sich gut auf die Zivilgesellschaft verlassen kann. Ein paar Preise, die man im Jahr mal rausgibt, reichen da nicht.

Mit Blick auf die Wissenschaft braucht es noch mehr junge Leute, die sich unserer Themen annehmen und zum Beispiel im Rahmen von Forschungsarbeiten diese gesellschaftlichen Probleme zu ihren Themen machen. Dadurch kann man, glaube ich, eine ganze Menge verändern und Bewusstsein schaffen.

Außerdem muss die Zivilgesellschaft noch viel mehr zusammenrücken. Da muss auch dieser Beef weg, was schwer ist, weil dieser Beef im Großen und Ganzen gestiftet wird durch die Entscheidungen, wer Geld bekommt und wer nicht. Diese Arbeit muss einfach finanziert werden, ohne Wertigkeiten. Außerdem muss Zivilgesellschaft mehr werden. Da fehlt uns momentan noch die Lösung, wie wir uns über diese AfD-Erzählungen hinwegsetzen. Im unserem Laden funktioniert das noch relativ gut, da kommt man ins Gespräch. Aber es ist viel Arbeit, die Leute zurückzuholen und es wird immer schwieriger. Eine Rolle spielt hier auch die Wende, die aufgedrückt war. Die Leute haben erst mal ihre Bedürfnispyramide befriedigt, dann kamen die Massenentlassungen, manche hatten bis zu vier neue Berufe. Es ging um Fragen der Existenzsicherung: 'Wie komme ich, wie kommen meine Kinder jetzt hier durch diese Zeit?' Man hatte viel mit sich zu tun und hat das politische Handeln aus den Augen verloren. Es war schlichtweg keine Zeit, Demokratie zu lernen. Wir stehen jetzt an

einem Scheidepunkt. Das muss man der Zivilgesellschaft klarmachen. Der Westen muss versuchen zu verstehen, dass wir deren System immer noch als aufgedrückt empfinden. Trotzdem und gerade da müssen wir aber auch versuchen, noch mehr zusammenzurücken. Um dafür das Verständnis zu stärken und dafür zu sensibilisieren, machen wir die Vortragsreisen. Es gibt überall im Land großartige Projekte, die wirklich viel leisten und die brauchen Anerkennung und Rückenstärkung.

Im Nachgang zum Interview beendete die Deutsche Bahn die Nutzungsmöglichkeit der Fläche im Bahnhof in Plauen ohne Angabe von Gründen. Damit ist colorido e. V. gezwungen, die Nutzung der Fläche als Ort für politische, soziale und kulturelle Veranstaltungen aufzugeben.

Weiterführende Links und Literatur

Zur Recherche- und Dokumentationsplattform: <https://vogtlandspectrum.de/>.

Zur Webseite von colorido e. V.: <https://colorido.de/>.

Artikel zur terminierten Nutzung des Bahnhofs Plauen des Colorido e. V. durch die Deutsche Bahn: Muschenich, David (2025): Rechtsruck in Sachsen. Linker Verein raus, Neonazis rein. In: taz, 2.8.2025. <https://taz.de/Rechtsruck-in-Sachsen/>!6104029/.

Zuhören und Reden: Bürgerdialog in der Limus Zukunftsschmiede Gotha

Otmar Iser, M. A.

Ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Limus Zukunftsschmiede e. V. | otmar.iser@limus-zukunftsschmiede.de

1. Einleitung

„Es fällt mir schwer, nur zuzuhören“. Diesen Satz hören wir öfter nach einem Bürgerdialog, aber auch: „So etwas habe ich noch nie erlebt“. Im Alltag fehlen uns oft Kraft und Zeit, Menschen mit ganz anderen Standpunkten und Perspektiven „verstehenwollend“ und empathisch zuzuhören. In der Limus Zukunftsschmiede in Gotha praktizieren wir genau das in einem monatlichen Bürgerdialog (Limus Zukunftsschmiede e. V. 2025).

Ausgangspunkt für den Bürgerdialog ist unsere Beobachtung einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung, Verrohung und Radikalisierung, u. a. in der Kommunikation zwischen den Menschen. Trennendes wird betont, Meinungen werden als unverrückbare Standpunkte kundgetan. Informationen werden an die eigene Meinung angepasst. Falls das nicht gelingt, wird das Gehörte abgewertet, oft gemeinsam mit den Menschen, die eine andere Meinung äußern. Es entsteht ein destruktiver Kreislauf, unter dem das demokratische Miteinander leidet, in dem Menschen verstummen, polemisieren oder sich radikalisieren. Aber: „In einer Demokratie leben bedeutet [...], eine Stimme zu haben, gehört zu werden, das Wort ergreifen zu können [...] weil man weiß, wie man das macht. Und dazu muss man es üben. Demokratisch leben will gelernt sein“ (Heidenreich 2024: 31).

Durch Moderator:innen angeleitet, üben wir im Bürgerdialog trotz unterschiedlicher Sichtweisen die Perspektive der Anderen zu erforschen bzw. die Welt aus der Sicht der Anderen zu verstehen. Oft geht es um kontroverse Themen, wie z. B. die Haltung zu Krieg und Aufrüstung, zum Impfen, zu den Pandemiemaßnahmen oder den Demonstrant:innen, die sich als Spaziergänger:innen seit 2020 zu unangemeldeten Protesten, u. a. gegen die Pandemiemaßnahmen, versammelten.

Die Bürgerdialoge werden von einem kleinen Team Ehrenamtlicher seit 2022 regelmäßig organisiert. Viele Teilnehmer:innen kommen aus Interesse am jeweiligen Thema, andere kommen regelmäßig – wegen der besonderen Form des Dialogs.

Im Jahr 2024 wurde der Limus Zukunftsschmiede e. V. für dieses Angebot von der Thüringer Ehrenamtsstiftung mit dem Engagement-Preis „Demokratieförderung

und gewaltfreie politische Kultur“ ausgezeichnet, 2025 ist er für den Deutschen Engagementpreis nominiert.

Dieser Praxisbeitrag gibt einen Einblick in die Idee, Erfahrungen und Herausforderungen aus Sicht der Organisator:innen.

2. Ausgangslage

Als Organisator:innen der Bürgerdialoge erleben wir Unsicherheit und eine Vielzahl von Krisen, die uns das „knowing-doing gap“ (Scharmer 2018: 96) als Kluft zwischen der Wirklichkeit und unserem Denken und Handeln in alten Mustern verdeutlichen. Wir beobachten eine Metakrise (Peters/Kny/Scheffel 2025: 24). Um sie zu bewältigen, ist die Menschheit aufgerufen, tief verwurzelte Lebens- und Handlungsmuster zu erkennen und zu verändern.

Diese großen Herausforderungen unserer Zeit bedürfen kollektiven Handelns und neuer kreativer Lösungen (WBGU 2011). Offenheit für Veränderung ist gefragt (Fink u. a. 2024: 16) und wird von vielen Bürger:innen gefordert. Als Organisator:innen der Bürgerdialoge begrüßen wir die Politisierung der Gesellschaft in Deutschland in den vergangenen Jahren. Im Gegensatz zum Ruf nach einer autoritären Führung sehen wir das Potential in einem wachsenden Bewusstsein und kollektivem demokratischen Engagement der Menschen für ihr Gemeinwesen. Das Bewusstsein wächst z. B. durch die Steuerung unserer Aufmerksamkeit (Scharmer 2018: 73). Die Bürgerdialoge dienen der Hinwendung der Aufmerksamkeit zur gegenwärtigen Situation, den uns prägenden Paradigmen, Denkweisen und Strukturen bis hin zu unserem Selbstverständnis als Mensch als Teil der Natur und der Gesellschaft. In dieser Perspektive können wir uns unserer individuellen und kollektiven Muster und Traumata bewusst werden (Hübl 2023). Um jenseits dieser Muster und Erfahrungen adäquate Lösungsstrategien für die komplexen Herausforderungen zu entwickeln, brauchen wir Transformationswissen und -praktiken sowie Resilienz. Resilienz, als soziales Phänomen betrachtet, beschreibt die Ressourcen und Fähigkeiten, trotz unterschiedlicher Erfahrungen und Interessen zu einer gemeinsamen Handlungsgrundlage zu finden. Sie umfasst zudem die Fähigkeit, Lösungen zu entwickeln und umzusetzen, die die Interessen aller Betroffenen berücksichtigen (Peters/Kny/Scheffel 2025: 38).

3. Die Vision der Bürgerdialoge

In unseren Veranstaltungen und Kursen verbinden, entwickeln und denken wir ein neues Miteinander für heutige und zukünftige Generationen. Als Teil der örtlichen Zivilgesellschaft gestalten Menschen ehrenamtlich einen Lern- und Experimentierraum, einen „Reform Space“ (Peters/Kny/Scheffel 2025: 41). Dieser Raum fördert zunächst die Aufmerksamkeit für die Qualität der Beziehungen, in denen wir leben.

Diese Aufmerksamkeit und das daraus wachsende Bewusstsein für unsere Muster kann in jedem einzelnen Menschen reifen. Darüber hinaus sollen individuelle und kollektive Wahrnehmungs- und Dialogübungen helfen, Empathie zu entwickeln, eine systemische Perspektive einzunehmen und neue Handlungsoptionen zu entwickeln.

In diesem Entwicklungsprozess entstehen neue kreative Formen und Prototypen des gesellschaftlichen Miteinanders. Das neue Miteinander zeichnet sich durch einen Wechsel von einem egozentrierten zu einem öko-zentrierten Handeln aus (Scharmer 2018: 17). Nachhaltiges Handeln befriedigt nicht nur die eigenen Bedürfnisse, sondern beachtet auch die Ansprüche des gesamten Systems. Ein Weg, um diese Systemperspektive einzunehmen und zu erforschen, ist die Wahrnehmung bzw. Erfahrung der Wirklichkeit aus der Sicht anderer Menschen durch empathisches Zuhören und generativen Dialog (Iser/Schweitzer-Ries 2021).

Nicht nur das Erkennen, sondern auch das Erfahren ist nötig, um uns zu verändern. In den Dialogen laden wir daher zu einer zwischenmenschlichen Verbindung sowohl auf der kognitiven (Denken), als auch auf der emotionalen Ebene (Fühlen) ein. Die Teilnehmer:innen beobachten und konsumieren das Angebot nicht nur. Sie begeben sich vielmehr in einen persönlichen Öffnungsprozess. Sie erfahren, wie empathisches Zuhören innere Veränderungsprozesse auslöst, sich innere Vorstellungen und Einstellungen ändern und die Welt dadurch verstehbarer wird. Während des Dialogs kann in der Gruppe eine Art kollektive Intelligenz als ein neues gemeinsames Wissen entstehen (Iser 2022). Neue Handlungsoptionen können deutlich werden. Silodenken bzw. die Grenzen unserer Echokammern (Filterblasen) werden überwunden. Es kann ein Eco-Bewusstsein entstehen, das zu einem selbstreflexiven und gemeinwohlorientierten Handeln führt.

Aufbauend auf das individuelle erfahrungsbasierte Wissen, gestalten wir die Bürgerdialoge forschend: Was entsteht, wenn wir miteinander üben, empathisch zuzuhören und uns einander zu öffnen? Ist es möglich, trotz gegensätzlicher politischer Perspektiven voneinander und miteinander zu lernen? Welche Handlungsoptionen entstehen in uns, wenn wir uns über Möglichkeiten und Potentiale der gegenwärtigen Situation austauschen? Verändert sich in diesen Dialogen unser Standpunkt nur minimal, so sind wir schon in einem generativen bzw. transformativen Prozess. Verändert sich dadurch das Miteinander und das Wissen in der Dialog-Gruppe, befinden wir uns in einem kollektiven Entwicklungsprozess. Dieser kann dann auf der dritten Ebene, der Gesellschaft, wirksam werden. Bürgerdialoge werden so zu einer Art Lernraum für größere basisdemokratische Prozesse, wie z.B. lokale Bürgerräte.

4. Unsere Methodik

In jedem Bürgerdialog steht eine gesellschaftliche Frage oder ein kontrovers diskutiertes Thema im Mittelpunkt. Gemeinsam tragen wir unterschiedliche Sichtweisen zum Thema zusammen. Hilfreich ist dafür die Haltung des bewussten Nichtwissens und Verstehenwollens, in der intentional eigene Vorstellungen und Erwartungen zur Disposition gestellt und empathisch das Erleben der anderen erspürt wird (Meibert/Michalak 2013: 96). Diese Haltung fördert das Interesse am Zuhören, ermöglicht neue Erkenntnisse und kann in einen Prozess der inneren Veränderung und zu tieferem Verständnis der Wirklichkeit führen.

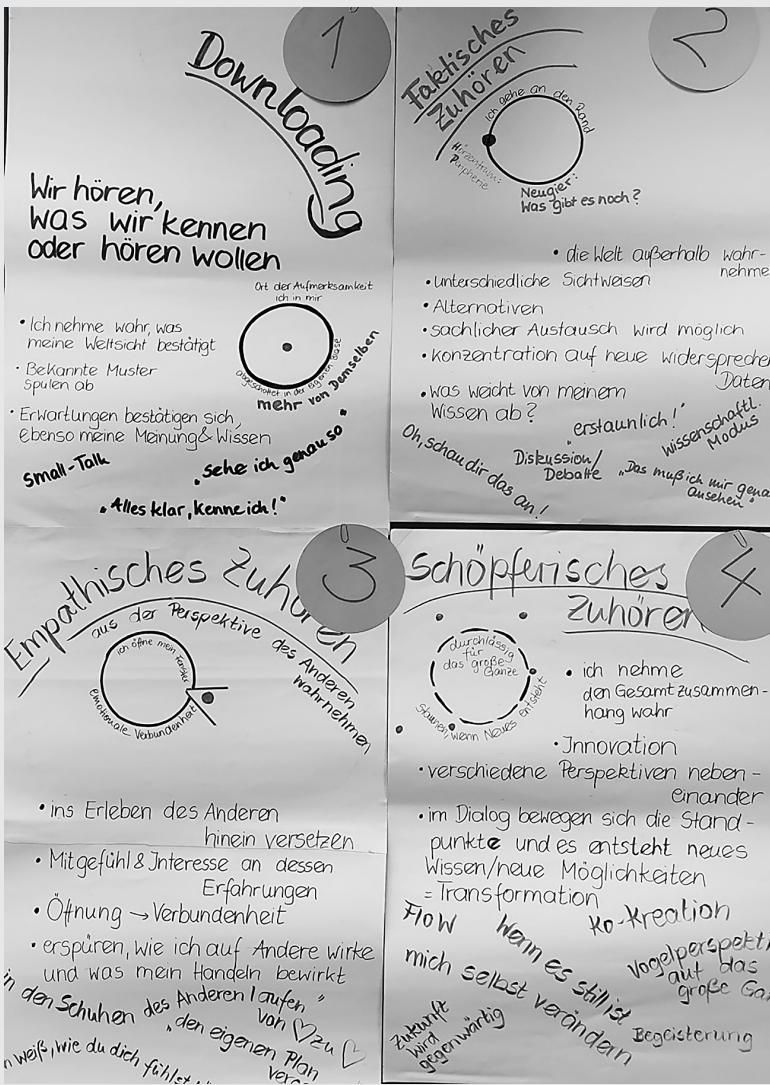
Methodisch stützen wir uns auf den Handlungsrahmen *Theorie U* von Otto Scharmer, insbesondere auf sein Modell der vier Arten des Zuhörens/Dialogs (Scharmer 2015: 27). Organisatorisch orientieren wir uns an sozialen Technologien aus der Achtsamkeitsforschung sowie an dem Moderationsansatz *Art of Hosting*, insbesondere an der Dialogmethode *The Circle Way* nach Baldwin/Linnea (2014).

Die Theorie U ist ein systemorientierter und achtsamkeitsbasierter Handlungsrahmen für soziale Veränderungsprozesse (Scharmer 2018). Sie beinhaltet Methoden und Ansätze auf individueller, kollektiver und gesellschaftlicher Ebene. Veränderung bedarf demnach der Öffnung für mich selbst und für meine Umwelt (Scharmer 2015: 58). Handlungsleitende Muster im eigenen System können reflektiert und verändert werden, wenn wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten, weshalb wir so handeln (Öffnung nach innen). Geprägt durch unsere Kultur und Erfahrungen haben wir eine eingeschränkte Sicht auf die gegenwärtige Wirklichkeit. Im Austausch mit anderen Menschen kann es uns gelingen, die Wirklichkeit im „Anfängergeist“, d. h. im Bewusstsein unserer Vorannahmen und Vorurteile, wahrzunehmen (Öffnung nach außen). Diese neuen Perspektiven, die aus dem bewussten Wahrnehmen entstehen, verbinden sich mit der individuellen oder gemeinsam geteilten Vision zu der Frage: Was ist jetzt zu tun (Scharmer 2015: 98)? Neue Handlungsmöglichkeiten zeigen sich oft schon in der Gegenwart. Gelingt es, dieser „im Entstehen begriffenen Zukunft“ zu folgen, können in Verbindung mit der inneren Vision und der Wirklichkeit Prototypen des Neuen entwickelt werden (Scharmer 2015: 123).

In seinem Konzept der vier Arten des Zuhörens (Abb. 1) beschreibt Scharmer den Prozess einer schrittweisen Öffnung im Zuhören (Scharmer 2015: 41). Die erste Form, das „Downloading“, kennzeichnet einen verschlossenen Zustand, in dem lediglich das aufgenommen wird, was bereits dem eigenen Weltbild entspricht. In der zweiten Form, dem faktischen Zuhören, wird der Blick für Differenzen zwischen dem Gehörten und dem eigenen Wissen oder der eigenen Meinung geöffnet. Das empathische Zuhören als dritte Form ermöglicht ein Einfühlen in die Lebenswelt des Gegenübers und eine perspektivische Verschiebung hin zu dessen Sichtweise. In der vierten Form, dem generativen Zuhören, wird die Bereitschaft vorausgesetzt,

den eigenen Standpunkt zu verändern und durch die entstehende Verbundenheit neue Einsichten, Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten zuzulassen.

Abbildung 1: Poster in der Zukunftsschmiede zu den vier Arten des Zuhörens nach Scharmer (2018)



Quelle: Bärbel Benkert

Eine Grundlage für empathisches und generatives Zuhören ist Präsenz. In den Bürgerdialogen verstehen wir darunter die intendierte Steuerung unserer Aufmerksamkeit auf das gegenwärtige Geschehen, sowohl in uns (Körperwahrnehmung, Gefühle, Gedanken), als auch hinsichtlich des Gegenübers. Dieses achtsame Dasein wird z. B. durch äußerliche Gestaltung des Raumes und durch innerliche Praktiken, z. B. durch Stille und Fokussierung kultiviert. Ein zentrales äußeres Element ist dabei das Sitzen im Stuhlkreis. Es symbolisiert allen Teilnehmer:innen die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit. Die Mitte des Stuhlkreises wird dem Thema entsprechend gestaltet. Gesagtes wird nicht an eine einzelne Person gerichtet, sondern der gesamten Gruppe zur Verfügung gestellt – sinnbildlich wird es „in die Mitte“ gelegt. Wer einem Impuls zum Sprechen folgen möchte, nimmt als Zeichen dafür einen in der Mitte platzierten Redegegenstand auf. Solange dieser Gegenstand gehalten wird, besteht das Rederecht, auch während etwaiger Pausen. Nach dem Sprechen wird der Redegegenstand zurück in die Mitte gelegt. Dieses Ritual verlangt den Austausch, die entstehenden Zeiten der Stille helfen den Teilnehmer:innen, das Gehörte und die dadurch ausgelösten Gefühle und Gedanken wahrzunehmen und zu verarbeiten.

5. Ablauf und Herausforderungen

Unser Verein Limus Zukunftsschmiede bietet den rechtlichen Rahmen und stellt die Räume für den Bürgerdialog. Die Räume einer alten Schmiede wurden in den letzten Jahren gezielt für Dialog und Begegnung restauriert. Viele Teilnehmer:innen äußern, dass die Ästhetik der Räume Gastfreundschaft und Angenommensein ausstrahlt und Aufmerksamkeit und eine innere Öffnung erleichtert.

Organisiert und durchgeführt wird die Veranstaltung ehrenamtlich von interessierten Bürger:innen. Es gibt einen offenen Kreis regelmäßiger Teilnehmer:innen, der Themenvorschläge, Termine und Rollen für die Veranstaltungen festlegt. Über die Themenvorschläge für kommende Monate stimmen die Teilnehmer:innen direkt nach den Bürgerdialogen ab. Termine und Themen werden im Internet, sozialen Medien und per Mailverteiler veröffentlicht.

Das ehrenamtliche Team übernimmt in jeder Veranstaltung verschiedene Rollen, z. B. Moderation, Zeitwächter:in und Gastgeber:in. Nach der Begrüßung erklärt die Gastgeber:in die Dialogregeln. Diese bilden eine Basis für das Miteinander und werden von den Moderator:innen eingefordert. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und einer knappen Einführung leitet die Frage nach einem ersten Redeimpuls die Gruppe in den Dialog. Im Verlauf sind auftretende stille Momente willkommen. Falls die Teilnehmer:innen allgemeine Statements in den Raum stellen, weisen die Moderator:innen darauf hin, wieder zu persönlichen Erfahrungen zurückzukehren. Wird der Austausch hitzig oder stark emotional, bitten sie um eine stille Minute. Zum Abschluss gibt es eine Goldkorn-Runde, in der die Teilnehmenden reflektieren, was

sie als den wertvollsten Erkenntnisgewinn aus der Veranstaltung mitnehmen. Die Arbeit der Moderator:innen erfordert ein hohes Maß an Professionalität. Als Anerkennung wollen wir als Verein ihnen eine Ehrenamtsentschädigung oder ein Honorar zahlen. Trotz der zeitweiligen Akquise von Fördergeldern, bleibt jedoch festzustellen, dass nur wenig finanzielle Ressourcen für diese Art regelmäßiger Veranstaltung zur Verfügung gestellt werden. Es stellt sich die Frage, ob dies auf mangelndes Interesse oder fehlende Aufmerksamkeit seitens der lokalen Politik und Verwaltung für diese gemeinwohlorientierte und demokratiefördernde Arbeit zurückzuführen ist. Eine mögliche Erklärung könnte in folgender Beobachtung liegen: Da keine (Gesinnungs-)Bedingungen für die Teilnahme gestellt und keine politischen Meinungen vorab ausgeschlossen werden, erleben wir gelegentlich von unterschiedlichen Seiten Misstrauen. Dieses Misstrauen äußert sich beispielsweise darin, dass eingeladene Gäste sich weigern, gemeinsam mit bestimmten Personen im Kreis Platz zu nehmen.

6. Resümee und Ausblick

Wir als Limus Zukunftsschmiede e. V. erleben den Bürgerdialog als eine außergewöhnliche Form des demokratischen Dialogs. Die Art und Weise des Austauschs ist für viele zunächst ungewohnt und bedarf der Übung. Auch wenn es beim Zuhören schwerfällt, andere Sichtweisen auszuhalten, werden im Laufe der Zeit dadurch innere Veränderungsprozesse und die Beweglichkeit des persönlichen Standpunktes gefördert. Teilnehmer:innen berichten von bewegenden Erfahrungen aufgrund der Perspektivwechsel, die sie im Bürgerdialog erleben. Einstellungen und Haltung verändern sich. Damit trägt der Bürgerdialog zu einer Reifung der Persönlichkeit bei. Er fördert u. a. die Wahrnehmung, die Emotionskontrolle sowie das bewusste und empathische Zuhören. Darüber hinaus ist der Bürgerdialog ein Beitrag zur kollektiven bzw. gesellschaftlichen Entwicklung. Wir sehen ihn als eine Form des gesellschaftlichen Dialogs, der eine Grundlage für basisdemokratische Entscheidungsprozesse bieten kann.

In der Zukunftsschmiede in Gotha wurde in den vergangenen Jahren eine Vertrauensbasis für potentielle Teilnehmer:innen aufgebaut. Trotz unterschiedlicher Meinungen vertrauen alle Anwesenden auf die grundsätzliche Wertschätzung jedes Menschen. Während sich die Methoden an andere Orte übertragen lassen, muss dieses Vertrauen an jedem Ort geduldig aufgebaut werden.

Bisher wurde die Wirkung nur intern und unstrukturiert evaluiert. Es gibt bereits eine Zusammenarbeit mit der Oral-History-Forschungsstelle der Universität Erfurt. Sobald eine Finanzierung sichergestellt ist, soll der Bürgerdialog wissenschaftlich evaluiert werden. Die Ergebnisse der Evaluation werden uns helfen, in Kooperation mit verschiedenen Organisationen, u. a. dem Mehr Demokratie e. V., die Idee in Thüringen und darüber hinaus zu verbreiten.

Zwar steht finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Projekte zur Demokratieförderung zur Verfügung, jedoch erweist sich diese als unzureichend. Die hohe Konkurrenz unter den Initiativen und die geringe Zuteilungsquote von Fördermitteln verschärfen die Situation zusätzlich. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen, z. B. dem Zulauf zu populistischen Parteien und der zunehmenden Enthemmung und Verrohung der Kommunikation, ist das Einüben von Wahrnehmung und Dialog unter den Bürger:innen ein Gebot der Zeit und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Literaturverzeichnis

Baldwin, Cristina; Linnea, Ann (2014): Circle: Die Kraft des Kreises: Gespräche und Meetings inspirierender, schöpferisch und effektiv gestalten. Weinheim.

Fink, Alexander; Burmeister, Klaus; Rammig, Hanna; Schulz-Montag, Beate (2024): Neue Horizonte 2045. Missionen für Deutschland. https://www.d2030.de/wp-content/uploads/2024/09/D2045_Neue-Horizonte-Studienreport.pdf (28.6.2025).

Heidenreich, Felix (2024): Die Vielfalt demokratischer Selbstregierung. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 361, S. 28–45.

Hübl, Thomas (2023): Die heilsame Kraft unserer Beziehungen. Trauma transformieren durch die Praxis wahrer Verbundenheit. München.

Iser, Otmar (2022): CoCreatingFuture – Wie eine Gruppe sich ihrer selbst gewahr wird. Öffnung des Denkens und Öffnung des Herzens. In: Weiterbildung – Zeitschrift für Grundlagen, Praxis und Trends, 33. Jg., Heft 5, S. 14 – 17.

Iser, Otmar; Schweitzer-Ries, Petra (2021): Inner Transition in our Universities – Entwicklung digital vernetzter Lehr- und Lernräume. In: Leal Filho, Walter (Hrsg.): Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Berlin, S. 65–82.

Limus Zukunftsschmiede e. V. (2025): Raum für Entwicklung. Limus Zukunftsschmiede. <http://www.limus-zukunftsschmiede.de/> (3.9.2025).

Meibert, Petra; Michalak, Johannes (2013): Grundvertrauen und Achtsamkeit: Eine empirische Annäherung. In: Hermeneutische Blätter, 19. Jg, Heft 1 und 2, S. 95–104.

Peters, Stephan; Kny, Josepha; Scheffel, Franka (2025): Die Meta Krise. Wie die Zivilgesellschaft zur gesellschaftlichen Resilienz beiträgt. Eine Studie des betterplace lab. better-place-lab-2024_Die-Metakrise_Wie-die-Zivilgesellschaft-zur-gesellschaftlichen-Resilienz-beitragen-kann_2024-10-15-115326_odqz.pdf (28.6.2025).

Scharmer, Otto (2018): The Essentials of Theory U. Core Principles and Applications. Oakland.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf (28.6.2025).

OMAS GEGEN RECHTS – Demokratie schützen. Jetzt!

Dagmar Leopold | Ulrike Wackerbarth

OMAS GEGEN RECHTS Hildesheim | hallo@omagegenrechts-hildesheim.org



Einleitung: Unser Engagement für Demokratie

Die Bewegung OMAS GEGEN RECHTS (OGR) wurde 2017 als Gegenbewegung zum politischen Rechtsruck in Österreich gegründet. Seit 2018 gibt es die Initiative und einen eingetragenen Verein OMAS GEGEN RECHTS auch in der Bundesrepublik Deutschland. Die OMAS GEGEN RECHTS Hildesheim sind eine zivilgesellschaftliche, überparteiliche und unabhängige Gruppe von mehrheitlich älteren Frauen, die sich in den politischen Diskurs einmischt. Unsere Gruppe existiert seit dem 19. Januar 2024 und umfasst aktuell ca. 60 Mitglieder. Auf Grundlage der Prinzipien aller OGR haben wir für uns folgende Statuten erarbeitet:

Wir OMAS GEGEN RECHTS widersetzen uns aktiv jeder Form von Hass, Hetze und Gewalt. Wir treten allen Bestrebungen zur Spaltung unserer Gesellschaft entgegen, insbesondere populistischen und rechtsextremen Strömungen.

Wir setzen uns ein

- für die Unantastbarkeit der Würde aller Menschen,
- für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit,
- für Respekt und Achtung gegenüber allen Menschen, unabhängig von Religion, Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung und körperlicher und/oder geistiger Behinderung,
- für Frauenrechte und soziale Standards, die auch weiterhin hart erkämpft werden müssen,
- für einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt.

Die OGR Hildesheim sind Teil des örtlichen Bündnisses gegen rechts. Innerhalb dieses Netzwerks unterstützen wir uns gegenseitig bei unseren Aktionen. Die Schwerpunkte der OGR Hildesheim liegen hier bei der Durchführung bzw. Teilnahme an versamm-lungsrechtlichen Aktionen (Kundgebungen, Aufzügen, Informationsständen) sowie der aktiven Demokratiearbeit in Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und ande-ren Verbänden. Zum Beispiel haben wir im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament (2024) und dem deutschen Bundestag (2025) in der Hildesheimer Innenstadt mehrfach sog. Wahlermutigungsstände eingerichtet, um für die Teilnahme an den Wahlen zu werben. Außerdem nehmen wir mit Informationsständen an örtlichen Veranstaltungen in der Stadt und im Landkreis Hildesheim teil, wie an der Hildesheimer Meile der Demo-kratie sowie an sog. Feierabendmärkten. Hier spielen wir auch gern mit dem Oma-Kli-schee, indem wir als „Gesprächsöffner“ unsere selbstgebackenen Oma-Kekse anbieten.

Wir tragen außerdem zur Erinnerungskultur bei, indem wir Exkursionen zu Gedenk-stätten an den Standorten ehemaliger Konzentrationslager unternehmen. In naher Zukunft werden wir als OMAS GEGEN RECHTS in Hildesheim Patenschaften für mehrere Stolpersteine zum Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus übernehmen. Zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus haben wir am 8. Mai 2025 bei einem Friedensfest im öffentlichen Raum verschiedene Generationen miteinander ins Gespräch gebracht.

Es ist uns wichtig, auch die berechtigten Anliegen der jüngeren Generation aktiv zu unterstützen. Dazu nehmen wir an Veranstaltungen wie dem Christopher-Street-Day zur Sichtbarmachung queerer Lebensentwürfe oder der Bewegung Fridays for Future zum Klimaschutz teil.

Maßgeblich sind für uns dabei immer unsere Statuten, die wir auf der Basis der bundes- weiten OGR-Bewegung für unsere Gruppe erarbeitet haben und die das Fundament unseres Engagements bilden. Als mehrheitlich lebensältere Frauen profitieren wir natür-lich von unseren vielfältigen Lebenserfahrungen sowohl in beruflichen als auch in familiären Kontexten.

Zwischen Zuspruch und Anfeindung: Unser Alltag im Engagement

Bei unseren Aktionen in und um Hildesheim erfahren wir mehrheitlich Zuspruch und Unterstützung, sowohl bei unserem persönlichen Auftreten in der Öffentlichkeit als auch in örtlichen Medien (Print und Rundfunk). Das Interesse an unserem Engagement ist im Allgemeinen groß. Viele Menschen äußern den Wunsch, uns bei Entgegennahme unseres Informationsmaterials durch kleine Geldspenden zu unterstützen, wobei wir großen Wert auf unsere politische und finanzielle Unabhängigkeit legen. Die so eingehenden Geldbeträge werden ausschließlich für die Ausstattung unserer Informationsstände (Plakate, Banner, Flyer) verwendet.

Von politisch Andersdenkenden werden wir regelmäßig mit dem Vorwurf konfrontiert, unsere Aktionen seien durch (Regierungs-)Parteien veranlasst und finanziert.

Angeblich werden wir für unsere ‚Auftritte‘ bezahlt. Diese Unterstellungen entbehren natürlich jeder Grundlage. Die OMAS GEGEN RECHTS erhalten auch in Hildesheim keinerlei finanzielle Zuwendungen von staatlicher Seite.

Sehr selten erleben wir offen geäußerte abschätzige Bemerkungen oder das typische hämische sowie künstliche Lachen vonseiten bekennender AfD-Unterstützer:innen oder Anhänger:innen der Querdenker-Szene. Bei der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen fällt uns wiederholt auf, dass insbesondere von politisch Andersdenkenden – vermeintlich oder tatsächlich – Foto- und Videoaufnahmen angefertigt werden. Diesen mutmaßlichen Einschüchterungsversuchen begegnen wir offensiv, selbstbewusst und gewollt deeskalierend mit Gesprächsangeboten.

Wir stärken uns gegenseitig in diesen konkreten Situationen und im Rahmen unserer monatlichen Arbeitstreffen. Viele Aktive von OMAS GEGEN RECHTS haben bereits an Kommunikationstrainings, z. B. wie ‚Widersprechen für die Demokratie‘ teilgenommen. Diese bieten wir bei Bedarf in Zusammenarbeit mit weiteren Bündnispartner:innen an, um unsere rhetorischen Kompetenzen weiter zu schulen.

Uns ist sehr bewusst, dass wir in Hildesheim in Hinblick auf Gefährdungen privilegiert sind. Von OGR-Gruppierungen in benachbarten Bundesländern wie Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, mit denen wir in Kontakt stehen, ist uns bekannt, dass die OMAS GEGEN RECHTS dort zum Teil massiven verbalen und/oder tätlichen Anfeindungen wie Beleidigungen, Anspucken etc. ausgesetzt sind. Hier sind wir bemüht, im Rahmen unserer Möglichkeiten ideelle und personelle Unterstützung zu leisten, indem wir an Aktionen der OMAS GEGEN RECHTS vor Ort mit möglichst vielen OMAS GEGEN RECHTS aus Hildesheim teilnehmen.

Dabei profitieren wir vom ständigen Erfahrungsaustausch mit anderen OGR-Gruppen. Durch diesen fühlen wir uns unterstützt und ermutigt. Insbesondere in der Gründungsphase unserer Hildesheimer Regionalgruppe haben wir sehr viel Support von

etablierten OGR-Organisationen aus dem benachbarten Hannover und dem Nordverbund der OMAS GEGEN RECHTS erleben dürfen.

Gegen Spaltung und Rechtsruck – für eine offene, gerechte Gesellschaft

Wir OMAS GEGEN RECHTS nehmen mit Besorgnis wahr, dass in den vergangenen Jahren und insbesondere vor der letzten Bundestagswahl die gesellschaftlichen Debatten immer schriller und unversöhnlicher geworden sind. Leider haben sich einige Vertreter:innen aus Parteien der demokratischen Mitte davon mitreißen lassen. Einen unrühmlichen Höhepunkt bildete aus unserer Sicht die Abstimmung zu einem geplanten „Zustrombegrenzungsgesetz“ im Januar 2025, im Zuge dessen erstmals ein Antrag aus der parlamentarischen Mitte nicht nur in der Diktion der extremen Rechten verfasst war, sondern auch eine Zustimmung der vom Bundesamt für Verfassungsschutz inzwischen als gesichert rechtsextremistisch eingestuften AfD billigend in Kauf genommen wurde.

Die zahlreichen öffentlichen Proteste gegen diese Besorgnis erregende Entwicklung, an denen wir OMAS GEGEN RECHTS uns aus unserem Selbstverständnis heraus natürlich aktiv beteiligten, wurden in der Folge heruntergespielt und diskreditiert. Führende Politiker:innen bezeichneten die Teilnehmer:innen dieser Proteste als ‚linker Spinner‘. Es wurde versucht, das politische Instrument der *Kleinen Anfrage* im Bundestag dazu zu missbrauchen, kritische Institutionen einzuschüchtern und so mundtot zu machen. Neben vielen anderen Nichtregierungsorganisationen waren auch die OMAS GEGEN RECHTS von dieser Anfrage betroffen. Wie oben bereits erwähnt, entbehrt die Unterstellung der Fremdfinanzierung und -steuerung der OGR jeder Grundlage.

Ziel unseres Engagements ist u. a. zu einem gesellschaftlichen Diskurs zurückzukehren, der nicht von demokratifeindlichen Kräften aus dem In- und Ausland bestimmt und dominiert wird, sondern von Toleranz und gegenseitigem Respekt getragen ist. Die OMAS GEGEN RECHTS stehen für einen offenen Austausch, werben für ein vorurteilsfreies Zuhören und für ein Aufeinander-Zugehen im Sinne eines gesellschaftlichen Miteinanders.

Wir OMAS GEGEN RECHTS befürchten eine voranschreitende Spaltung unserer Gesellschaft durch politische Kräfte aus dem rechtsextremistischen Spektrum. Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft fordern wir auf, diesen Bestrebungen auf allen Ebenen energisch und gewaltfrei entgegenzutreten. Wir fordern eine transparente und humane Migrationspolitik unter uneingeschränkter Achtung aller unveräußerlichen Menschenrechte und des verfassungsgemäßen Grundrechts auf Asyl auf nationaler und europäischer Ebene. Frauenrechte sowie die Rechte von Minderheiten müssen weiterhin von allen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen respektiert und geschützt

werden, um unsere freiheitliche Gesellschaft mit ihren hart erkämpften Errungenschaften für unsere Kinder und Enkelkinder zu erhalten.

Aus unserer Sicht ist eine verlässliche und auskömmliche Sozialpolitik für ein funktionierendes Gemeinwesen unerlässlich. Nur durch Absicherung der elementaren Bedürfnisse können Menschen dauerhaft befähigt werden, ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu führen – um auf dieser Basis verantwortungsvoll am gesellschaftlichen Diskurs mitzuwirken. Das Recht auf eine angemessene Wohnung, Nahrung und Bildung muss für alle Menschen in diesem Land gewährleistet sein.

Unser Engagement als Teil der bundesweiten Bewegung OMAS GEGEN RECHTS fußt auf dem unbedingten Glauben an die Würde aller Menschen, an die verfassungsmäßige Ordnung und die Unabhängigkeit unserer Gerichtsbarkeit. Bestrebungen extremistischer Kräfte, die darauf gerichtet sind, unsere demokratische Grundordnung abzuschaffen, ist mit allen gebotenen rechtsstaatlichen Mitteln auf der Grundlage des Art. 18 GG zum Schutz unserer Verfassung konsequent zu begegnen.

Dafür werden wir OMAS GEGEN RECHTS uns mit allen Kräften weiterhin einsetzen!

Weiterführende Links:

Zur Webseite der OMAS GEGEN RECHTS Hildesheim: <https://omasgegenrechts-hildesheim.org/>

Zum Instagram-Kanal der OMAS GEGEN RECHTS Hildesheim: https://www.instagram.com/omasgegenrechts_hildesheim/

Zur Webseite der OMA GEGEN RECHTS Deutschland e. V.: <https://www.omas-gegen-rechts.org/>

Sprembergs Schicksale als Orte des Erinnerns und Gedenkens – Stolpersteine für Demokratie und Demokratieförderung

Sebastian Kron, M.A.

Projektkoordinator im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Programmbereich „Partnerschaften für Demokratie“ an der Kommune Spremberg/Grodk



Einleitung

Orte des Erinnerns und Gedenkens sind wesentliche Bausteine gelebter Demokratie. Sie verbinden eine Sensibilisierungs- und Achtsamkeitskultur und zeigen auf, welchen Gefahren eine in sich gespaltene Gesellschaft ausgesetzt ist. Neueren Nachrichten zur Folge ist der Osten Deutschlands von einer erheblichen Popularisierung betroffen. Parteien, die sich klar im rechten Rand positionieren und eine zunehmende Spaltung hervorrufen, gewinnen an Bedeutung. Weiterhin hat die Bürgermeisterin Sprembergs in ihrer Kolumne im Amtsblatt und in diversen Medien auf eine Entwicklung aufmerksam gemacht, die zu einer zunehmenden Radikalisierung führt. Es gibt Anzeichen, dass der „Dritte Weg“ in der Stadt Spremberg/Grodk tendenziell größeren Zulauf erhält. Diese rechtsradikale, nationalistische Kleinstpartei, als Folgepartei der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NPD) (Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Fachkunde Brandenburg 2025), wird zunehmend durch Propaganda beworben. Der Busbahnhof wurde kürzlich mit Propaganda bekleidet, die klar auf die besagte Kleinstpartei hinweist und die natürlich in Spremberg/Grodk dadurch Ausmaße annimmt, die Angst, Schrecken und Sorgen mit sich führen. Belegbar ist, dass die Zunahme des „rechten Milieus“, das zugegebenermaßen die Geschichte der Stadt im negativen Sinne nachhaltig tangiert, von sämtlichen ideologischen Strömungen am meisten Zuspruch erhält. Die Stadtverordneten gaben kürzlich ein

Statement gegen Extremismus, Vandalismus und Menschenfeindlichkeit frei; trotz alledem bringen spaltende Initiativen und Parteien Gefahren, die von Hass, Hetze und Diskriminierung zehren, und erlangen zunehmenden Einfluss in verantwortungsvollen Gremien.

Diese Entwicklung braucht dringend eine Wende, um Menschen für Demokratie, Solidarität und für die einstigen, demokratisch agierenden Volksparteien zurückzogewinnen. Es braucht Sensibilität und keine „Verharmlosung“ der deutlich werdenen Tendenzen. Vermutlich ist es wichtig, Menschen dahingehend zu begegnen, dass politische Entscheidungen, die zu einer Unzufriedenheit führen, wohlmerklich nicht immer ihren Ursprung kommunalpolitisch haben und nicht zwangsläufig zur Folge haben müssen, einer Popularisierung zur Macht zu verhelfen. Kinder und Jugendliche, die bestimmte Orte in der Innenstadt Sprembergs mit verfassungsfeindlichen Symboliken zieren und darüber hinaus auch einander so begrüßen, begehen Straftaten. Solche Tendenzen sind eine Gefahr für alle Menschen, die in und um Spremberg/Grodk leben. Gerade deshalb ist es wichtig, für Demokratie, Menschenwürde und Solidarität einzustehen und eine Erinnerungskultur zu schaffen, die es ermöglicht, gemeinsam friedlich, ohne Angst und Sorgen aufzuwachsen.

Im Mai dieses Jahres verstarb in Berlin eine Koryphäe der Demokratieförderung. Margot Friedländer schaffte eine Erinnerungskultur wie kein*e Andere*r. Sie setzte sich aus Sicht der geschichtlich Betroffenen dafür ein, dass Erinnerung und Denkmäler wichtige Parameter der Demokratieförderung und Extremismusprävention sind (Margot Friedländer Stiftung 2025). Dieser Text soll im Zeichen der Auseinandersetzung mit einer geschichtsnahen Sensibilisierungskultur stehen.

Der vorliegende Beitrag soll dazu einladen, eine Arbeitsgemeinschaft in Spremberg/Grodk, einer mittelgroßen Stadt in der Lausitz (Stadt Spremberg/Grodk 2025), kennenzulernen. Die Dokumentation stellt den Standpunkt einer ehrenamtlichen Person im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft dar und soll differenzieren, wie sich diese seit ihrer Gründung im Jahr 2022 entwickelt hat und welche Bedeutung die Erinnerung jedes einzelnen Schicksals für eine gelungene Demokratieförderung einnehmen kann.

Engagement der Arbeitsgemeinschaft Spurensuche

Die Arbeitsgemeinschaft Spurensuche erforscht das Leben und Wirken von Menschen, die zu Zeiten des Nationalsozialismus verfolgt, vertrieben, abgestraft oder hingerichtet wurden. Im Zentrum der Arbeit steht die Recherche der Biografien dieser Menschen, die Gedenkveranstaltungen um den 9. November und die Verlegung von Stolpersteinen. Die konkrete Arbeit wird in dem folgenden Interview mit einer der engagierten Personen vorgestellt. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft übernimmt eine Pfarrerin der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde „Perle der Lausitz“. Damit ist die Arbeitsgemeinschaft der Kirche angesiedelt und unterliegt keiner expliziten

Organisationsform. Seit ihrer Gründung im Jahr 2022 engagieren sich in der Arbeitsgemeinschaft acht Mitglieder, die zu einem großen Teil bereits verrentet sind.

Für ihre herausragende Tätigkeit im Bereich der Demokratieförderung und der Zusammenarbeit mit tschechischen Jugendlichen im Kontext der Gedenkveranstaltungen um den 9. November erhielt die Arbeitsgemeinschaft auf Bewerbung der Stadt im Jahr 2024 den dritten Platz des Franz-Bobzien-Preises überreicht, dessen gleichnamiger Widerstandskämpfer Franz Bobzien sich im Zuge der sozialdemokratischen Kinder- und Jugendbewegung zu Zeiten des Nationalsozialismus engagierte. Der Franz-Bobzien-Preis wird alle zwei Jahre an Initiativen überreicht, die sich für das Gemeinwohl, für Demokratieförderung und zur Extremismusprävention engagieren.

Im Oktober 2024 fand die Ausstellung des Landes „Deine Anne – Ein Mädchen schreibt Geschichte“ statt. Diese Ausstellung wurde auch durch Rollups von der Arbeitsgemeinschaft unterstützt. Schülerinnen und Schüler der beiden weiterführenden Schulen engagierten sich im Rahmen dieser Ausstellung in der Vermittlung von Wissen. Als Dank für diese Tätigkeit, die sich in besonderem Maße mit der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft kompensieren lässt, „teilte“ sich die Arbeitsgemeinschaft den Franz-Bobzien-Preis mit diesen Schülerinnen und Schülern. Gemeinsam fuhren alle Beteiligten in die Gedenkstätte Sachsenhausen.

Erfahrungen aus dem Engagement

Die vorliegende Interviewsituation mit einem Mitglied der Arbeitsgemeinschaft (AG) soll das theoretisch Beschriebene „lebendig“ wirken lassen, jedoch weniger einen repräsentativen, verallgemeinernden Sinn verfolgen.

Sebastian Kron (SK): Was macht die Arbeitsgemeinschaft Spurensuche eigentlich?

Mitglied der AG Spurensuche: Die Arbeitsgemeinschaft hat sich zur Hauptaufgabe genommen, die Stolpersteine in Spremberg/Grodk zu verlegen und im Zuge dessen die Biografien von Menschen, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden und große Repressalien erlitten, zu erforschen. Grundlage der Durchführung dieser Arbeit ist die Konzeption des Künstlers Gunter Demnig, der die Stolpersteine maßgeblich erfunden und bereits über 100.000 Stück europaweit verlegt hat. Dies ist in meinen Augen eine bedeutsame Größe, da hinter jedem Stolperstein ein individuelles Schicksal steht.

SK: Wie entstand die Arbeitsgemeinschaft?

Mitglied der AG Spurensuche: Die Arbeitsgemeinschaft entstand unter der Federführung der Pfarrerin Henriette Förster aus Spremberg/Grodk und wurde im Januar 2022 gegründet. Acht Teilnehmende bringen sich aktiv in die Arbeit ein und treffen sich regelmäßig alle sechs Wochen. Jede*r bekommt eine Aufgabe, die er*sie zu erfüllen

hat. Diese haben im weitesten Sinne mit der Stolpersteinverlegung oder der Gedenkveranstaltung um den 9. November zu tun. Unsere Webseite wurde im vergangenen Jahr aktualisiert und entsprechend mit wesentlichen Informationen befüllt. Bei der Veranstaltungsvorbereitung werden wir durch das Bündnis #unteilbar Spremberg unterstützt, in dem auch einige Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft vertreten sind.

SK: Welche Rahmenbedingungen begleiten Ihre Arbeit?

Mitglied der AG Spurensuche: Als Rahmenbedingung ist das Konzept von Gunter Demnig nennenswert, wonach beispielsweise Stolpersteine nur am letzten Wohnort der Betroffenen verlegt werden. Ebenso muss der Sachverhalt mit dem Konzept kompatibel sein, das heißt, es werden nur Stolpersteine für Menschen verlegt, die im Nationalsozialismus verfolgt worden sind. Weiterhin ist die Arbeitsgemeinschaft auf Spenden angewiesen. In diesem Jahr wurden beispielsweise drei Stolpersteine für ehemalige SPD-Mitglieder verlegt, die trotz des Verbotes der Partei zur damaligen Zeit und vieler Repressalien für die Menschenwürde gekämpft haben. Die ortsansässige SPD-Fraktion unterstützt dieses Vorhaben. Das gibt in meinen Augen ein „rundes Bild“ und verdeutlicht den Zusammenhalt. Das Büro von Gunter Demnig unterstützt uns in unserer Arbeit. Die Zusammenarbeit verlief bisher immer gut.

SK: Auf welche Weise schärfen Orte des Erinnerns und Gedenkens das demokratische Grundverständnis?

Mitglied der AG Spurensuche: Erinnerungskulturen sind insbesondere bei jüngeren Menschen wichtig. Sie leben in einer doch unruhigen Welt heran und bestimmen mit, wie sich ihr Zusammenleben in der Gemeinschaft entwickelt. Es ist immer bedeutsam zu erwähnen und muss immer wieder publik gemacht werden, wohin die Politik führen kann. Junge Menschen leben oftmals in ihrem eigenen Alltag, im „Hier und Jetzt“. Die Entwicklung der politischen Situation wird nicht ausreichend durchdacht, vermutlich auch aus Gründen der Verharmlosung aktueller Entwicklungen nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit begleitet. Die Machtübernahme früher war vielfach ein schleichender Prozess, Menschen wurden instrumentalisiert, anderen Menschen großes Leid anzutun. Das Verbotsverfahren der SPD, die „Einengung“ der Lebensqualität, die Inhaftierung und systematische Vernichtung jüdischen Glaubens und der Menschen dahinter waren scheinbar kein offensiver, sondern ein schleichendgefährlicher Prozess. Das Herannahen wurde im Alltag nicht erkannt, vielleicht verharmlost oder nicht wirklich deutlich. Gerade hier lassen sich Parallelen zur heutigen Zeit herstellen. Daher ist die Erinnerungskultur einer der wesentlichen Grundpfeiler junge und heranwachsende Menschen zu schützen. Es ist deshalb umso wichtiger, stetig den Finger in die Wunde zu legen und zu sagen, soweit kann es gehen und das sollten wir alle gemeinsam verhindern. Hier braucht es demokratische Prozesse, die

Kompromissbereitschaft, das Einander-Zuhören, das Zulassen anderer Meinungen und daraus schöpfend die Revision eigener Ansätze oder die Festigung im eigenen Denken und Handeln.

SK: Welche Herausforderungen in der Umsetzung der Aufgabe sehen Sie?

Mitglied der AG Spurensuche: Bedeutsam ist es, eine solche vielschichtige Aufgabe in der Gemeinschaft und gemeinsam anzugehen. Es ist nötig mit Durchhaltevermögen dranzubleiben und eine solche Aufgabe mit Spaß umzusetzen, die Arbeit als eine Bereicherung des eigenen Lebens zu sehen und darüber hinaus daraus zu lernen. Es erfüllt mich mit Freude, wenn ich durch die Stadt gehe, die Stolpersteine sehe und mich erfreuen kann, dass wir diese Aufgabe bisher so gut umsetzen konnten. Wir helfen uns auch untereinander und bieten anderen Kommunen unsere Hilfe in der Umsetzung an. Vor kurzem war beispielsweise ein Mitglied von uns zu einem Erfahrungsaustausch in Forst/Lausitz.

SK: Was macht Ihre Arbeit innovativ?

Mitglied der AG Spurensuche: Das Innovative unserer Arbeit liegt, glaube ich, darin, dass wir verschiedene Orte aufsuchen, um Unterlagen zu den Biografien der Menschen zu sichten. Die Unterlagen verweisen immer wieder auf die Grausamkeit und Überzeugung, wie Menschen aufgrund ihres Glaubens und der damals herrschenden Ideologien drangsaliert, gedemütigt und hingerichtet wurden. Die Biografien zeigen oftmals, mit welchem Mut und welcher Überzeugung diese Menschen ihrem Glauben und ihrem Lebensstil treu geblieben sind.

Ein Beispiel für die Innovation unserer Arbeit lieferte der erste Stolperstein von Elfriede Rulla in Spremberg/Grodk. Sie war ein unbeschriebenes Blatt für uns. Wir wussten nur, dass sie Jüdin war und die Flucht in den Tod gesucht hat. Frau Rulla litt unter einem Scheidungskrieg mit ihrem Mann. Sie war jüdisch, er war „arisch“. Der Besuch des Brandenburger Landesarchivs in Potsdam gab mir einen Gänsehautmoment. Mit Briefen und sehr emotional wirkenden Unterlagen konnten wir das Leben, die Biografie von Frau Rulla erforschen. Sie ließ sich bezüglich ihrer Scheidung vom Rechtsanwalt Hammerschmidt in Cottbus beraten, der bereits viele Jüdinnen und Juden vertreten hatte und am Ende selbst sein Leben lassen musste. Die Tochter von Elfriede Rulla wanderte in die Niederlande aus, über den Sohn konnten wir keinerlei Informationen gewinnen. Einen weiteren, großen Gänsehautmoment erlebten wir, als sich der Enkelsohn von Frau Rulla, der aktuell in der Nähe von Frankfurt am Main lebt, über die Internetseite der Arbeitsgemeinschaft bei Frau Förster gemeldet hat und wir ihn besuchen konnten. Wir haben Bilder erhalten und konnten durch die Begegnung das Leben der Familie vervollständigen und aus dem Archiv in Thüringen wertvolle Informationen sammeln. Aus den Gesprächen mit dem Enkelsohn wurde deutlich, dass nie in der Familie über die Großmutter mit ihrer bewegenden Vergangenheit gesprochen

wurde. Es gab Informationen zur Großmutter, aber vieles wurde innerfamiliär nicht thematisiert. Ähnlich verhielt es sich bei der Familie von Walter Lehmann. Herr Lehmann war Kommunist in Spremberg und ist an den Folgen von Folter und Misshandlungen im Jahr 1940 in Plötzensee verstorben.

Ein weiteres Beispiel lieferte der Fall um Familie Bernfeld. Herr Bernfeld war jüdisch, seine Frau war „arisch“. Er durfte kein Vermögen besitzen, in seinem Testament stand, dass sein Vermögen nach dem Ableben seiner Frau an seine Nichte übertragen wird. In meinen Recherchen habe ich erfahren, dass seine Nichte in Amerika lebt.

Im Rahmen unserer Tätigkeit haben wir viel Unterstützung, unter anderem von der Stadtverwaltung Spremberg/Grodk, den umliegenden Museen und Archiven, in denen wir präsent sind, und auch die Gremien der Stadt unterstützen uns. Denen allen möchte ich hier einen aufrichtigen Dank aussprechen. Das Spremberger Museum wird mit uns im kommenden Jahr eine Ausstellung gestalten. Rollups sollen im Sommer in der Kirche, später auch im Rathaus ausgesellt werden und unsere Arbeit sichtbar machen. Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie“ der Stadt Spremberg/Grodk im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fördert außerdem jährlich unsere Arbeit.

Viele Diskussionen mit jungen Menschen zeigten mir, dass eine gute Erinnerungskultur bei dieser Altersgruppe gern gesehen ist und es doch noch viele Menschen in Spremberg/Grodk gibt, die sich für dieses großartige Projekt einsetzen.

SK: Möchten Sie noch etwas hinzufügen?

Mitglied der AG Spurensuche: Neben der Tragik der Biografien wird immer wieder deutlich, in welcher Angst und unter welcher Anspannung die betroffenen Menschen früher gelebt haben müssen. Es zeigt einmal mehr, wie gefährlich eine Entwicklung ist, die dazu tendiert, rechtsradikale Tendenzen zu verharmlosen und zu bagatellisieren. Aus diesem Grund ist es wichtig, solche Problematiken zu benennen und mit der nötigen Ernsthaftigkeit zu verfolgen. Dabei ist immer der Zusammenhang zwischen der Historie Deutschlands und dem Hier und Jetzt bedeutsam. Daher begrüße ich den eingangs genannten Schritt der Bürgermeisterin Sprembergs mit den aktuellen Vorkommnissen an die Öffentlichkeit zu gehen. Viele Befürworter unterstützen diese Bereitschaft, sich für Demokratie, Menschenwürde und Solidarität einzusetzen. Leider zeigen aber auch gewisse Gegenstimmungen die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft. Ich sehe es gefährlich, zu verfolgen, dass stellenweise Taten wieder verharmlost werden und dass wir uns wieder in einer Entwicklung befinden, die mit Sorge betrachtet werden sollte.

Resümee

Orte des Erinnerns und Gedenkens sind fundamental in einer heute in sich unruhigen Welt. Sie geben den Menschen Raum sich zu besinnen und sensibel mit einer herausfordernden Zeit umzugehen. In Spremberg/Grodk sind, wie in vielen Teilen Deutschlands und auch Europas, Stolpersteine verlegt worden (Demnig 2025). Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft Spurensuche haben sich bewährt und werden sich weiterhin fest in das Stadtbild integrieren müssen, um die Menschen zu sensibilisieren und das Wegschauen und Verharmlosen emotional mit dem nötigen „Gegenwind“ zu begleiten. Sie zeichnen sich dadurch aus, ein Konzept gegen das Vergessen und für das Erinnern zu schaffen und damit den Menschen vor Augen zu führen, dass Geschichte nicht vergänglich ist. Dieses aktive Erinnern fordert die Menschen, sich auf Demokratie und ein Demokratieverständnis zu besinnen, das es ihnen ermöglicht, in ihrer Einzigartigkeit heranzuwachsen, eigene Vorstellungen zu entwickeln und diese im Dialog mit anderen zu reflektieren, weiterzuentwickeln oder abzustimmen. Demokratie lebt von gruppendiffusen Entwicklungen, von gegenseitiger Akzeptanz sowie vom kontinuierlichen Diskurs, jeden Menschen als eigenständiges, individuelles Wesen mit bestimmten Vorstellungen, Einstellungen, kulturellen und religiösen Hintergründen zu begreifen/anzuerkennen und zu respektieren. Dabei hilft das Wechselspiel zwischen Erinnern und Achtsamkeit – zwischen dem, was Menschen in ihrer Einzigartigkeit voneinander unterscheidet, und dem bewussten Bemühen, einander zu verstehen und zu akzeptieren. Die Rückbesinnung auf jene gemeinsamen Grundlagen, die ein dynamisches und gelingendes Zusammenleben in der Gesellschaft ermöglichen, ist einer der wesentlichen Gelingensfaktoren dieses Prozesses (Bundeszentrale für politische Bildung 2024: 8–10).

Weiterführende Links

Auf der Website <https://www.geh-denken-spremberg.de/juedisches-leben/> hat die Arbeitsgemeinschaft Spurensuche wesentliche Informationen zur Arbeit eingestellt. Über diese Website wurde der Enkel von Elfriede Rulla auf das Engagement aufmerksam und gewann wesentliche Erkenntnisse über seine Großmutter.

Die Seite von Gunter Demnig präsentiert das Kunstwerk der Stolpersteine mit ihrem tieferen, geschichtlich und aktuell wertvollen Sinn: <https://www.stolpersteine.eu/>.

Die Website der Margot-Friedländer-Stiftung weist auf das besondere Leben und Wirken Margot Friedländers hin: <https://margot-friedlaender-stiftung.de/>. Sie thematisiert ebenso den Margot-Friedländer-Preis, den die Gründerin der Stiftung zu Lebzeiten ins Leben gerufen hat.

Die Stadt Oranienburg ruft alle zwei Jahre Initiativen, Vereine und Verbände auf, sich um den Franz-Bobzien-Preis zu bewerben oder eine Initiative entsprechend zu empfehlen: <https://oranienburg.de/Stadt Leben/Engagement/Franz-Bobzien-Preis/>.

Literaturverzeichnis

AG Spurensuche (2025): Jüdisches Leben. <https://www.geh-denken-spremberg.de/juedisches-leben/> (15.5.2025).

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung. Landeskunde Brandenburg (2025): Der Dritte Weg. <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/parteien/parteien-brandenburg/weitere-parteien-brandenburg/der-dritte-weg> (1.8.2025)

Bundeszentrale für politische Bildung (2024): Informationen zur politischen Bildung (izpb). Demokratie, Nr. 361, Heft 4. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/BPB_IzpB_361_Demokratie_241213_RZ_bf.pdf. (1.5.2025).

Demnig, Gunter (2025): STOLPERSTEINE. Ein KunstDenkmal von Gunter Demnig. <https://www.stolpersteine.eu/> (1.5.2025).

Margot Friedländer Stiftung (2025): <https://margot-friedlaender-stiftung.de/>. (20.4.2025).

Stadt Oranienburg (2025): Franz-Bobzien-Preis. <https://oranienburg.de/Stadtleben/Engagement/Franz-Bobzien-Preis/> (20.4.2025).

Stadt Spremberg/Grodk (2025): Stadt Spremberg/Grodk. Jahresbericht 2024. <https://spremberg.de/api/datei/202506040938tsp.pdf> (15.6.2025).

„vt:politics – Video-Tutorials zu Gesellschaft, Politik und Emanzipation in Bewegung“: Online-Erklärfilme zu Sozialen Bewegungen und Rechtsextremismusprävention

Prof.*in Dr.*in Christiane Leidinger,

Politik- und Sozialwissenschaftler*in, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften,
Hochschule Düsseldorf | christiane.leidinger@hs-duesseldorf.de

Dr.in Lina Brink

Medien- und Kulturwissenschaftlerin, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften,
Hochschule Düsseldorf, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt MAVIOPA
lina.brink@hs-duesseldorf.de | <https://orcid.org/0009-0009-4865-893X>

Einleitung: Zum Ausgangspunkt

Emanzipatorische Soziale Bewegungen sind Akteurinnen der Zivilgesellschaft und des politischen Systems. In ihnen aktiv zu sein, stellt eine Form politischer Partizipation dar. Auch dieses zivilgesellschaftliche Engagement wahrzunehmen, anzuerkennen und zu unterstützen, ist ein zentrales Element der Stärkung von Demokratie. Die Relevanz von emanzipatorischen Sozialen Bewegungen als demokratische und demokratisierende Akteurinnen mit gesellschaftlicher Gestaltungskraft sollte daher sowohl im Kontext von Hochschullehre als auch in der politischen, kulturellen und beruflichen Bildung stärkere Beachtung finden.

Zum Format

Hier setzt das Projekt „vt:politics – Videotutorials zu Gesellschaft, Politik und Emanzipation in Bewegung“ an der Hochschule Düsseldorf an. vt:politics hat sich der Herausforderung gestellt, zwei wissenschaftlich fundierte Erklärfilme zu Sozialen Bewegungen und zur Rechtsextremismusprävention zu entwickeln (Hochschule Düsseldorf 2025).

Video-Tutorials sind ein bisweilen unterschätztes didaktisches Instrument, mit dem über die Kombination von Visualisierungen, Text und Ton komplexe Zusammenhänge anschaulich vermittelt werden können. Außerdem schaffen sie Diskussionsgelegenheiten und geben entsprechende Impulse.

Die beiden Video-Tutorials sind teils einführend, teils vertiefend und erläuternd gestaltet. vt:politics greift dabei sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse als auch praxisreflektierte Inhalte und zudem Erfahrungen aus der Hochschullehre auf und transferiert Forschungswissen sowie offene Fragen in das Format digital frei zugänglicher Erklärfilme.

Ergänzt werden die Video-Tutorials durch wissenschaftliches Begleitmaterial sowie Bausteine für den Einsatz in der Hochschullehre, die über die Projektwebseite abrufbar sein werden.

Zur Verbindung

Eine lebendige und gelebte Demokratie ist darauf angewiesen, dass Bürger*innen von der politischen Gestaltbarkeit der Gesellschaft überzeugt sind und Möglichkeiten der Partizipation und Teilhabe kennen und nutzen. Aus der Perspektive von vt:politics ist es dabei zentral, sich nicht nur auf Formen der politischen Partizipation innerhalb institutionalisierter politischer Prozesse zu fokussieren, sondern auch verschiedene Orte und unterschiedliche Kontexte des Handelns in den Blick zu nehmen, nicht zuletzt hinsichtlich antideokratischer Bestrebungen. Auch dies kann als Rechtsextremismusprävention bezeichnet werden. Gerade zivilgesellschaftliches Handeln mit dem Ziel gesellschaftlicher Transformation im Kontext emanzipatorischer Sozialer Bewegungen geht mit individuellen und kollektiven Erfahrungen einher, mitgestalten und zur Demokratisierung von Gesellschaft beitragen zu können.

Zum vt:politics Erklärfilm Soziale Bewegungen

Dieses Tutorial erläutert theoretisch und handlungspraktisch, was aus politik- und sozialwissenschaftlicher Perspektive unter einer Sozialen Bewegung verstanden werden kann. Dazu werden Charakteristika von emanzipatorischen Bewegungen fokussiert. Der Erklärfilm zeigt auf, wie – ausgehend von verschiedenen gesellschaftlichen Konflikten und Widersprüchen – eine emanzipatorische Soziale Bewegung entsteht, sich die kollektive Akteurin aufbaut, einen Konflikt organisiert und Wissen sowie neue Praxen hervorbringt, wie sie politisch agiert und Forderungen in politische Aktionen umarbeitet, um protestierend auf gesellschaftliche Veränderungen hinzuwirken. vt:politics rückt dabei gesellschaftliche Macht-, Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, Widersprüche und Konflikte sowie deren emanzipatorische Bearbeitung – also etwa Kritik, Analyse, Politisierung, berufliche und politische Positionierung sowie Interventionen, politische Aktivitäten und Aktionen, Protest und Widerstand – in den Mittelpunkt.

Politische Kollektivsubjekte wie emanzipatorische Soziale Bewegungen und andere Selbstorganisationen sind es, die kritische Thematisierung, innovative Wissensbildung und meist auch die Historisierung, also geschichtliche Einordnung gesellschaftlicher Verhältnisse, vorantreiben. Sie setzen lebendige politische Zeichen für Veränderungen (nicht „nur“) auf Straßen und Plätzen und zeigen Alternativen und damit ebenso die Gestaltbarkeit des Politischen auf.

Zum vt:politics Erklärfilm Rechtsextremismusprävention

Dieses Tutorial setzt sich mit Strategien der extremen Rechten und mit ihren Gefahren – Bedrohungen, Gewalt bis hin zu Terror – auseinander. Blickpunkt ist dabei die daraus erwachsende demokratische Verantwortung, individuell und gesellschaftlich wachsam zu sein, aktiv zu werden und zu handeln, um diesen antideokratischen Bestrebungen entgegenzuwirken und sich zudem für mehr Demokratisierung einzusetzen, auch mit der Idee einer präventiven Wirkung von Demokratisierung. Zentral werden

im Tutorial Formen von Prävention erläutert und es wird aufgezeigt, wann Unterstützung von Expert*innen notwendig ist. Der Erklärfilm geht auf die Relevanz von Betroffenenperspektiven ein, auf die Bedeutung von Wissen über die extreme Rechte und die Notwendigkeit von Analyse, kritischer Positionierung und von Interventionen: im Alltag, in der Freizeit, in Bildungskontexten oder im Beruf.

Zum Ziel

Das Projekt vt:politics ist mit dem Anliegen verbunden, Wissen zu erweitern, zur Analyse zu befähigen und auf dieser Grundlage Handlungskompetenzen zu entwickeln mit dem Ziel verantwortliche, positionierte und reflektierte Haltungen zu stärken sowie zur Mitgestaltung und Demokratisierung von gesellschaftlichen Verhältnissen zu motivieren. vt:politics ermöglicht durch die Tutorials sowie die bereitgestellten Materialien, diese Perspektiven in die Hochschullehre oder in die politische, kulturelle oder berufliche Bildung einzubringen und trägt damit dazu bei, die Relevanz von Zivilgesellschaft und hier insbesondere von Sozialen Bewegungen und anderen kollektiven Selbstorganisierungen in Bildungsprozessen verstärkt und wissenschaftlich fundiert zu unterstreichen.

Link zu den Video-Tutorials

<https://vt-politics.net>

Literaturverzeichnis

Amadeu Antonio Stiftung; Radvan, Heike (Hrsg.) (2013): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin.

Bundeszentrale für politische Bildung; Langebach, Martin (Hrsg.) (2021): Protest. Deutschland 1949–2020 (Reihe Zeitbilder). Bonn.

Comtesse, Dagmar; Flügel-Martinsen, Oliver; Martinsen, Franziska; Nonhoff, Martin (Hrsg.) (2019): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. Berlin.

Leidinger, Christiane (2015): Zur Theorie Politischer Aktion. Eine Einführung. Münster.

Hochschule Düsseldorf (2025): vt:politics – Video-Tutorials zu Gesellschaft, Politik und Emanzipation in Bewegung. <https://vt-politics.net> (3.9.2025).

Raschke, Joachim (1988): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/New York.

Rucht, Dieter (2001): Protest und Protestereignisanalyse. In: Rucht, Dieter (Hrsg.): Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt a. M./New York, S. 7–25.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V.; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.) (2016): Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention bei Jugendlichen. Berlin. <https://mbr-berlin.de/en/publikationen/jugendarbeit-gegen-rechtsextremismus-2016/> (2.1.2023).

REZENSIONEN



Andreas Kewes, Moritz Müller, Chantal Munsch (2025)

Engagement im Zwiespalt. Erfahrungen ehemaliger Engagierter in Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Sportvereinen und Umweltinitiativen

Weinheim, Beltz Juventa
ISBN 978-3-7799-8409-2,
198 Seiten, 42,- €

Die empirische Forschung zum freiwilligen Engagement ist zweifellos umfangreich. Es gibt inzwischen umfangreiches Wissen darüber, welche Motive Menschen dazu bewegen, sich freiwillig in den unterschiedlichsten Bereichen zu engagieren. Studien und die Abfolge von hochrangigen Engagementberichten lassen nachvollziehen, wer sich da engagiert, wieviel Zeit dafür investiert wird und wie das Engagement gemeinhin organisiert wird. Und doch mussten die Autorin und die beiden Autoren des Buches feststellen, dass wir immer noch zu wenig wissen über die Dynamiken des Ein- und Ausstiegs in das bzw. aus dem Engagement. Sie haben deshalb den Blick „auf den Alltag des Engagements, auf die Beziehungen im Engagement sowie auf den Ein- und Ausstieg“ (S. 10) gerichtet. Ihr Anspruch war es, mit dem Band „zu einem tieferen Verständnis der Dynamiken eines Engagements aus der Perspektive von Engagierten beizutragen“ (S. 10). Mit dem Begriff der Dynamik wird zum einen betont,

dass ein Engagement immer auch ein Prozess ist – der bei denjenigen, die ihr Engagement beendet haben, auch ein deutliches Ende hat. Gleichwohl spricht das Autor*innen-Team stets vom ‚Abbruch‘ des Engagements, was ein wenig suggeriert, dass es als biografisches Projekt oder als zivilgesellschaftliche Aufgabe eigentlich noch nicht an einem legitimen Ende angekommen war.

Der Band nimmt die Leser*innen mit in die Ergebnisse und Erkenntnisse aus zwei qualitativen Erhebungen. Neben 65 Interviews mit Menschen, die ein Engagement abgebrochen haben, wurden auch die Daten aus Gruppendiskussionen mit aktuell engagierten Personen interpretiert. So sollte es gelingen, einen Bias in der Analyse von Engagementsdynamiken zu vermeiden, der vielleicht entstanden wäre, weil man vor allem die vom Engagement Enttäuschten erreicht hätte (was mit dem Begriff des Abbruchs ja auch vermutet werden könnte).

Der Forschungszugang wird im zweiten Kapitel des Bandes erläutert – während die Einleitung in Kapitel 1 neben dem erfri-schend knapp gehaltenen Forschungsstand, die Entwicklung der Forschungsperspek-tive entfaltet und schon einmal die zentralen Forschungsergebnisse zusammenfasst. Wer das noch gar nicht wissen möchte, liest im zweiten Kapitel die Begründungen für die Wahl des narrativen Interviews und der Gruppendiskussionen als Erhebungs-instrumente und findet eine – besonders für Einsteiger*innen in der empirischen Enga-gementforschung empfehlenswerte – Erläuterung zur Dokumentarischen Methode als Auswertungsstrategie. Sie befasst sich mit der „Suche nach ähnlichen Erfahrungen in spezifischen Kontexten“ (S. 20–21) oder im Duktus der Dokumen-tarischen Methoden gesprochen, wurde das Ziel verfolgt, mögliche kollektive Erfah-rungräume des freiwilligen Engagements zu rekonstruieren.

Ab Kapitel drei zeigt das Buch einen ungewöhnlichen, aber für das Fruchtbarmachen des Gelesenen für eigene Überlegungen sehr interessanten Aufbau: Chantal Munsch, Andreas Kewes und Moritz Mü-ler haben – wie im Titel des Buches vermerkt – vier sehr unterschiedliche Engagement-felder in den Blick genommen: Engagement in Wohlfahrtsverbänden, in Kirchengemeinden, in Sportvereinen und in Umwelt-initiativen. Für jedes Engagementfeld konn-ten die Forschenden zeigen, dass Engagement (als Prozess) immer durch ein Spannungsverhältnis von an das Engage-ment bindenden und abträglichen Erfah-run-gen gekennzeichnet ist. Diese Spannung gilt ebenso für die ehemalig wie die aktuell noch engagierten Teilnehmenden der Stu-dien. Diese Spannungen werden

engagementfeldspezifisch in den Kapiteln drei bis sechs entfaltet. Jedes Kapitel ist in sich abgeschlossen und kann – so auch der Hinweis des Autor*innenteams – unabhän-gig von den anderen gelesen (und verstan-den) werden. Die bindenden und abträgli-chen Erfahrungen wurden prägnant gegenübergestellt als „zwischen Resonanz und Widerspruch“ (im Sinne von wider-sprechen) für Engagierte in Wohlfahrts-verbänden – oder anders ausgedrückt bei Trägern der Sozialen Arbeit – hier schwingt der Professionalitätsdiskurs der Sozialen Arbeit spürbar mit, in dem Engagierte nur bedingt mit rechtlichen Vorgaben mitgehen mögen (Kapitel 3). Das Spannungsfeld des Sich-Engagierens in Kirchengemeinden wird durch drei Perspektiven der Engagier-ten auf die Kirchengemeinde aufgemacht, die zwischen Gemeinschaft, Bewegung und Organisation oszillieren (Kapitel 4). Enga-gement in Sportvereinen geschieht zwi-schen Selbstzweck und Strukturbildung, wobei der Selbstzweck nicht etwa die sport-liche Betätigung an sich, sondern im Kern die Freude ist – an der Bewegung, an der technischen Beherrschung einer Sportart, an einem institutionalisierten Kontext und an der Gemeinschaft (Kapitel 5.1) –, wäh-rend mit der notwendigen aber wohl auch abträglichen Strukturbildung durchaus der Begriff der Arbeit ins Spiel kommt.

Zwischen Umweltbewusstsein und Kom-petenzanspruch bewegen sich die Erzäh-lungen der Engagierten in Umweltinitiativen. Dieses Kapitel 6 fällt im Vergleich geradezu knapp aus, was vielleicht an der Klarheit der bindenden Aspekte (Umwelt-bewusstsein, Etwas-erreichen-Wollen und -Können) und den eher abträglichen Aspek-ten resultiert, die sich aus der notwendigen,

aber oft unzureichenden Ressourcenausstattung der Engagierten ergeben.

Nach einem Zwischenfazit zur Feldspezifität von Engagementdynamiken (Kapitel 7) folgen drei Kapitel zu den feldübergreifenden Herausforderungen des Engagements aus Sicht der Engagierten. Dies sind verschiedene Vorstellungen davon, wie Kooperation funktionieren sollte (als Puzzleteile, als Spielsteine) (Kapitel 8). Die zweite feldübergreifende Herausforderung bezeichnen die Autor*innen als das „Kuratieren von Lebenszeit und Engagement“ (Kapitel 9) und kommen damit den Lebenswelten und Biografien der Engagierten sehr nah. Deutlich wird, dass ein Vereinbaren von freiwilligem (und das ist es nun einmal!) Engagement mit allen anderen Aspekten des Lebens, den Erwartungen, Zielen, Verpflichtungen, Wünschen immer wieder in Einklang gebracht werden muss. In den Erzählungen erkennen die Autor*innen „eine meist sehr reflexive Darstellung des eigenen Lebens, indem einem jeweils ganz bestimmten Engagement ein sinnvoller Platz zugewiesen (oder auch wieder abgesprochen) wird“ (S. 140). Dafür den Begriff des Kuratierens zu wählen, erscheint eine sehr sprechende Art, diese Herausforderung zu fassen. Viel besser als viele Untersuchungen zu den Motiven von Engagierten für ihr Wirken, kann dieses Kapitel zu den Kongruenzen und Inkongruenzen von Engagement und Biografie – und Alltag – zeigen, was Engagement aus Sicht von Engagierten (die man für irgendeine schöne gesellschaftliche Aufgaben gewinnen will) wirklich bedeutet!

Mit Verletzlichkeit wird die dritte feldübergreifende Herausforderung betitelt. Hier geht es um den Verlust von Zugehörigkeit und von bedeutsamen Orten, den über die

Zeit verloren gegangenen Sinn in der Arbeit – als die die Aufgabe im Engagement bezeichnet wird – und die auch in anderen Engagementforschungen nachgewiesenen Erfahrungen abwertender Zuschreibungen statt der Würdigung der Arbeit (des Engagements).

Auch wenn das Autor*innenteam vorschlägt, die einzelnen Kapitel – weil in sich abgeschlossen – ruhig unabhängig voneinander zu lesen, so scheint doch das inhaltsreiche Fazit mit einer feldvergleichenden Perspektive vor allem dann sinnvoll zu lesen, wenn man sich auch mit den vorher erarbeiteten Herausforderungen und den darin sichtbaren Spannungsverhältnissen befasst hat. Die Autor*innen schließen mit der Erkenntnis, dass Engagement zu übernehmen für die Engagierten bedeutet, spezifische Erfahrungen zu machen. Diese sehen sie durch vier Merkmale beschreibbar: die Spannung zwischen Bindendem und Abträglichem (1), feld- und auch engagementsspezifische Erfahrungen (2), die in spezifischen Relationen stattfinden (3) und sich über die Zeit entwickeln (4).

Ein sehr empfehlenswertes Buch, das auch im Schreibstil konkrete empirische Engagementforschung nahebringt und sicher nicht nur für Wissenschaftler*innen von Interesse ist, sondern gerade für jene, die auf Engagierte angewiesen sind, um zivilgesellschaftliche und wohlfahrtstaatliche Aufgaben noch erfüllen zu können.

Prof. Dr. habil. Monika Alisch

Professorin für Sozialplanung, Sozialraum- und Gemeinwesenarbeit am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda, Leiterin des Zentrums Gesellschaft und Nachhaltigkeit (CeSt) der Hochschule Fulda, monika.alisch@sw.hs-fulda.de, <https://orcid.org/0000-0003-0274-9181>



Marleen Hascher | Ann-Katrin Kastberg | Benjamin Kerst |
Alina Möning | Edmund Osterberger | Matthias Quent |
Fabian Virchow (2025)

Jugend. Klima. Rechtsextremismus.

Perspektiven junger Menschen auf Herausforderungen der Gegenwart

Verlag Barbara Budrich, 978-3-8474-3165-7, 205 Seiten,
49,90 €

Zum Kontext der Publikation

Die thematisch hochaktuelle Publikation fußt auf dem Forschungsprojekt „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ (RIOET). Das Kooperationsprojekt zwischen dem Institut für demokratische Kultur der Hochschule Magdeburg-Stendal und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der Hochschule Düsseldorf fand in den Jahren 2023 und 2024 statt. Ziel war es, Einsichten in individuelle und kollektive Wahrnehmungen von jungen Menschen zu Klimawandel, sozialökologischer Transformation und möglichen Anschlussfähigkeiten für Ideologien der extremen Rechten zu gewinnen. Hierfür wurden interdisziplinäre und multimedialische Ansätze verfolgt. Dazu zählten Dokumentenanalysen, lokale Feldforschungen in Transformationsregionen in Sachsen-Anhalt, NRW und

Nordhessen sowie mehrere qualitative Untersuchungen und eine quantitative Erhebung. Die zentralen Befunde aller Teilstudien aus der Laufzeit des Forschungsprojektes sind in diesem Buch mit starkem Berichtscharakter gebündelt worden.

Methodisches Vorgeben und Buchaufbau

Zum Einstieg präsentieren die Autorinnen und Autoren anhand von Dokumentenanalysen und der exemplarischen Untersuchung der Zeitung „Junge Freiheit“, wie das Thema Klimawandel innerhalb der rechten Medienlandschaft verhandelt wird.

Im gleichen Kapitel folgen Einblicke in eine empirische Feldforschung zu rechter Agitation in vier Regionen, die sich durch spezifische sozialökologische Transformationskonflikte auszeichnen. Im Osten Deutschlands fiel die Wahl auf zwei Regionen Sachsen-Anhalts: die vom klimawandelbedingten Waldsterben

betroffene Region des Harz und die Stadt Zeitz inklusive ihrer Umgebung in unmittelbarer Nähe zum Mitteldeutschen Braunkohlerevier. In Westdeutschland stand mit dem Rheinischen Revier in NRW ebenfalls eine Kohleregion im Fokus und mit dem Reinhardswald in Nordhessen eine Waldregion im Kontext des Windkraft-Ausbaus.

Im anschließenden großen Kapitel mit dem Titel *Klimageneration und/oder rechte Jugend? Ergebnisse aus der RIOET-Forschung* werden gleich mehrere, methodisch sehr unterschiedliche Untersuchungen mit Jugendlichen vorgestellt. Neben Fokusgruppeninterviews und narrativ-biografischen Interviews gab es auch eine quantitative Erhebung. Im Zentrum standen die Fragen, welche Rolle der Klimawandel für junge Menschen in Transformationsregionen spielt und wie sie mit den dortigen Veränderungen umgehen. Ebenso waren die Umstände und Narrative von Interesse, die es rechten Kräften ermöglichen, junge Menschen zu erreichen.

In den vier Regionen fanden neun Fokusgruppeninterviews mit insgesamt 60 jungen Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren statt, die sehr unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen hatten. Die Gruppendiskussionen wurden mittels offenen Leitfadens und inhaltlicher Diskussionsimpulse in Form von Bildmaterial, Textausschnitten und Videos durchgeführt. Die Impulse bestanden größtenteils aus transformationsabwehrenden, desinformativen, klimawandeldeugnenden, verschwörungsideologischen und häufig extrem rechten

Inhalten, welche nach und nach zur Diskussion gestellt wurden. Die Quellen sind den Teilnehmenden transparent gemacht worden, jedoch nicht immer direkt zu Beginn der Auseinandersetzung.

Zudem fanden 12 narrativ-biografische Interviews mit Teilnehmenden aus den vier Regionen statt. Hierbei lag der Fokus stärker auf individuellen Perspektiven und biografischen Erfahrungen bezüglich der Themen Klimawandel, Klimaschutzpolitik und lokale Transformationsprozesse sowie -konflikte. Auch die Haltung gegenüber extrem rechten und verschwörungsideologischen Positionen und Strukturen wurde thematisiert.

Im Anschluss fand eine quantitative Online-Jugendbefragung mit 2099 Teilnehmenden im Alter von 16 bis 27 Jahren statt. Sie wurde durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaft durchgeführt. Die Daten wurden im Anschluss durch das RIOET-Forschungsteam ausgewertet. Erhoben wurden neben soziodemographischen Merkmalen die Einstellungen und Emotionen zu Klimawandel und Klimaschutz(-politik). Außerdem gab es Items zur Messung demokratiebezogener bzw. demokratiegefährdender, rechtsextremer Orientierungen.

Zentrale Erkenntnisse

Die Dokumentenanalyse zeigt neben unterschiedlichen und teils widersprüchlichen Positionen, dass der menschgemachte Klimawandel in der rechten Medienlandschaft überwiegend skeptisch bis leugnend verhandelt wird.

Folglich werden auch Klimaschutzmaßnahmen mehrheitlich abgelehnt. Die exemplarische Untersuchung der Thematisierung in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ verdeutlicht die Verbreitung der Narrative eines vermeintlichen Verlustes an Wohlstand und Wirtschaft durch Klimaschutzmaßnahmen. Auch diktatorische Vergleiche und wissenschaftsfeindliche Deutungen benennen die Forschenden. Klimaschutzpolitik werde demnach entweder als ideologisch, pseudoreligiös oder elitär gelenkt dargestellt.

Die Feldforschung in den vier benannten Regionen zeigt auf, dass extrem rechte und verschwörungsideologische Kräfte die Debatten aktiv beeinflussen und gegen Transformationsprozesse mobilisieren. Insbesondere die AfD als ressourcenstarke Partei profiliert sich mit ihrer Ablehnung des Kohleausstiegs in den entsprechenden Regionen. Aktiv waren zudem die neonazistische Partei Der III. Weg und rechte und verschwörungsideologische Gruppen in den sozialen Medien.

Die Befragungen der jungen Menschen zeigen nicht nur sehr emotionale Verknüpfungen zum Klimawandel wie Angst, Ohnmacht, Wut und Frust, sondern auch bedenklich große klimawandelleugnende Einstellungspotenziale. Anschlussfähig sind rechte Deutungsangebote auch bei konkreten Klimaschutzmaßnahmen, bei dem Thema Windkraft oder bezüglich klimaschutzenagiert Handelnder aus Politik und dem Protestmilieu. So resümieren die Forschenden, dass die Partei Bündnis

90/Die Grünen und Die Letzte Generation (heute Neue Generation) explizit als Feindbilder genannt wurden. Bedenklich ist auch, dass Naturschutzaktionen extrem rechter Organisationen nach dem völkischen Konzept „Umweltschutz ist Heimatschutz“ auf positive Resonanz stießen. Auch wenn darauf nicht explizit eingegangen wird, weisen die Ergebnisse auf eine gewisse Polarisierung hin. Junge klimaschutzenagigte Menschen verfügen über umfangreiches Wissen, können extrem rechte Narrative und Agitation einordnen und zeigen eine stärkere Resilienz. Hingegen sind jene, für die das Thema weniger bedeutend scheint und die zudem eine geringere politische Selbstwirksamkeit und politisches Vertrauen aufweisen, anfälliger für rechte Agitationen. Erstere befanden sich in den Fokusgruppen mit jungen Menschen, deren Beteiligung auf Eigeninitiative zurückging, während die Teilnahme zwei weiterer Gruppen im Rahmen ihres Freiwilligen Jahres organisiert wurden. Diese können in gewisser Weise als Kontrollgruppe angesehen werden, über die sich Abweichungen zwischen den qualitativ und quantitativ gemessenen Einstellungen teilweise erklären lassen. Die Ergebnisse bestätigen auch bei jungen Menschen große Unterschiede zwischen den Geschlechtern, zwischen Land und Stadt, sowie zwischen unterschiedlichen Bildungsgraden. Ebenfalls wurde der Zusammenhang zwischen rechten und klimawandelleugnenden sowie klimaschutzablehnenden Einstellungen bekräftigt.

Kritische Einordnung

Die inhaltliche Verknüpfung der eigenständigen Untersuchungen und der daraus resultierende Methoden-Mix sind für die Lesenden des Buches durchaus herausfordernd. Die Ergebnispräsentation der sehr unterschiedlichen Untersuchungen erfolgt zusammen nach inhaltlichen Schwerpunkten.

Die Untersuchungsergebnisse zu Orientierungen junger Menschen spiegeln das Bild der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Debatten. Umso überraschender ist es, dass auf die Verschiebung in den Diskursen kein Bezug genommen wird. Die herausgearbeiteten extrem rechten Narrative und abgefragten Inhalte sind bereits im Untersuchungszeitraum jenseits des entsprechenden politischen Spektrums transportiert und normalisiert worden. Entsprechend werden Heranwachsende in einer gewissen „Alltäglichkeit“ durch diese politisiert. Das zeigt sich beispielsweise im beschriebenen Verhalten der Fokusgruppen. Die Teilnehmenden haben sich von extrem rechten Narrativen häufig distanziert, wenn sie über die Absendenden und den Kontext in Kenntnis gesetzt wurden. Gerade dadurch zeigt sich jedoch die Anschlussfähigkeit der Inhalte. Die Umsetzung der Fokusgruppeninterviews ist hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes (Forschungsfrage, Kontext, Zielgruppe) kritisch zu betrachten. Unabhängig von der Emotionalität des Themas bestehen die großen Herausforderungen der Methode in ihren Eigendynamiken, Reproduktions- und Lerneffekten für die Teil-

nehmenden. Forschungsethisch bieten – insbesondere vorab nicht eingeordnete – Desinformationen sowie antideokratische und neonazistische Propaganda als „Impulse“ keine Grundlage für Gruppendiskussionen. Bei minderjährigen Teilnehmenden ist das obendrein jugendschutzrelevant, wie die Dynamik einer Fokusgruppe und deren Austausch von Gewalt- und Tötungsfantasien gegen Personen der Letzten Generation zeigte (S. 117). Zudem stellen das gegenseitige Bestärken im Legitimieren antidemokratischer Strukturen oder menschenverachtender Inhalte problematische Lerneffekte dar (S. 139).

Das Themenfeld Klimawandel, Klimaschutz und sozialökologische Transformation ist ein äußerst umfassendes und zu seinem Verständnis bedarf es eines kognitiven Reifegrads. Den setzen in gewisser Weise die Items der quantitativen Befragung für alle Jugendlichen im Alter von 16 bis 27 Jahren gleichermaßen voraus. Da die Altersspanne über alle Untersuchungen hinweg mit 15 bis 30 Jahren zudem sehr groß ist und unterschiedliche Phasen von Jugend betreffen, wäre eine differenzierte Auswertung sehr spannend.

Klimaschutzpolitik wird zunehmend jenseits des extrem rechten Spektrums als vermeintliches Verlustgeschäft für Wohlstand, Wirtschaft und Freiheit denunziert. Die Verantwortung für den fortschreitenden Klimawandel wird nun mehr parteiübergreifend externalisiert, grundlegende Transformationsnotwendigkeiten in Frage gestellt und Klimaschutzengagement herabgesetzt. Vor

diesem Hintergrund können die Rufe nach politischer Bildung, Demokratieförderung und Medienkompetenz zur Stärkung der Resilienz gegen extrem rechte Agitation schnell plakativ erscheinen. Einerseits fällt es selbst entscheidenden Institutionen schwer, sich im Sinne ihres Bildungsauftrages und des Jugendschutzes extrem rechter Einflussnahme zu verwehren. Zum anderen können auch die besten pädagogischen Angebote der erlebten Alltagsrealität nur wenig entgegensetzen. In Anbetracht aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen gilt es zuallererst selbstkritisch zu reflektieren, wie junge Menschen eigentlich Demokratie, Verantwortung und Gerechtigkeit erleben.

Janine Patz

*Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt / Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena,
janine.patz@fgz-risc.de, <https://orcid.org/0009-0006-3487-5341>*

Wissen, was juristisch gilt

Gesetze für die Soziale Arbeit

Textsammlung für Studium und Praxis

Mit Online-Aktualisierungsservice. Ausgabe 2025/26

Begründet von Ulrich Stascheit

15. Auflage 2025, 2.800 S., Klappenbroschur, 29,90 €

ISBN 978-3-7560-1963-2



Die topaktuelle Ausgabe 2025/26 der „Gesetze für die Soziale Arbeit“ mit Online-Aktualisierungsservice bringt die für die Ausbildung und Praxis der sozialen Berufe wichtigen Rechtsgrundlagen auf den aktuellsten Stand. Als besonderer Service sind bereits verkündete – aber später (bis 1.1.2026) in Kraft tretende – Änderungen berücksichtigt und herausgestellt.

Das transparente Orientierungssystem ermöglicht den Zugang zu den Einzelnormen auf mehreren Ebenen – für jeden verständlich:

- Klare alphabetische Gliederung: führt schnell zum gesuchten Gesetz
- Systematische Übersicht: für einen Gesamtüberblick über den thematischen Zusammenhang
- Detailliertes Stichwortverzeichnis: zum schnellen Auffinden der gesuchten Norm

Die Sammlung „Gesetze für Sozialberufe“ ist nun in der Sammlung „Gesetze für die Soziale Arbeit“ aufgegangen.

Stimmen zur Vorauflage

»Als wirklich topaktuelle Ausgabe 2023/2024 mit sogar dem Service, dass man nach der Drucklegung erfolgte Gesetzesänderungen über einen Aktualisierungsservice abrufen kann, handelt es sich hier um ein Grundlagenwerk für die Ausbildung und Praxis der sozialen Berufe. Alles in allem ein vortreffliches, nutzungsfreundliches Werk, das nicht nur für Studentinnen und Studenten hilfreich sein wird, sondern vielmehr auch für alle weiteren Personen, die in der Sozialen Arbeit tätig sind, eine große Bereicherung darstellt. Sehr zu empfehlen!«
Dipl.-Soz.päd. Detlef Rüscher, amazon.de 26.11.2023

»Die Sammlung ist für alle in der Sozialarbeit Tätigen eine ausführliche Informationsquelle. Insbesondere den noch in der Ausbildung befindlichen Studierenden sollte sie ans Herz gelegt werden. Nicht zuletzt empfiehlt sie sich durch ein sehr günstiges Preis-Leistungsverhältnis. Durch den online-Aktualisierungsservice unter <http://www.gesetze-soziale-arbeit-nomos.de> können nach der Drucklegung des Werkes ergangenen Rechtsänderungen abgerufen werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, über diesen Service Zugriff auf Regelungen, die in die Zuständigkeitskompetenz der Länder fallen, wie z.B. die Strafvollzugsgesetze oder die Heimgesetze der Länder zu haben.«

RAin Marianne Schörnig, FAInSozR, dierezensenten.blogspot.com Februar 2019

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter nomos-shop.de

Kundenservice +49 7221 2104-222 | service@nomos.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

Kinderrechte kennen und verstehen



Die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz ist nach jahrelangen Diskussionen gescheitert; doch die UN-Kinderrechtskonvention ist geltendes deutsches Recht. Welche Rechte garantiert die Kinderrechtskonvention? 18 Expertinnen und Experten aus verschiedenen Rechtsbereichen (Kindheit und Jugend, Familie, Bildung, Arbeit, Medien, Migration,

Kinderrechte

Handbuch des deutschen und internationalen Kinder- und Jugendrechts

Herausgegeben von Prof. Dr. Ingo Richter, Prof. Dr. Lothar Krappmann, Prof. Dr. Friederike Wapler und Prof. Dr. Stefanie Schmahl, LL.M.

2., aktualisierte und erweiterte Auflage

2025, 802 S., geb., 99,- €

ISBN 978-3-7560-0718-9

E-Book 978-3-7489-4303-7

(*NomosHandbuch* | *NomosHandbook*)

Behinderung, Gesundheit, Kriminalität u.a.) geben darauf in dieser 2., umfassend aktualisierten Auflage Antwort. Das Handbuch richtet sich sowohl an Rechts- und Sozialwissenschaftler:innen als auch insbesondere an diejenigen, die in der Praxis mit der Anwendung der Kinderrechte befasst sind.

Mit Beiträgen von

Hans-Jörg Albrecht | Philipp B. Donath | Hans-Peter Füssel | Lothar Krappmann | Gabriele Kuhn-Zuber | Roman Lehner | Isabel Lischewski | Ingo Richter | Stephan Rixen | Kirsten Scheiwe | Sebastian Schiller | Stefanie Schmahl | Daniela Schweigler | Margarete Schuler-Harms | Friederike Wapler | Reinhard Wiesner | Linda Zaiane-Kuhlmann

 Nomos
e Library nomos-elibrary.de

**Erhältlich im Buchhandel oder
versandkostenfrei unter nomos-shop.de**

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos